







# Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

Vollständige Sammlung der von

**Karl Kautsky**

zusammengestellten amtlichen Aktenstücke
mit einigen Ergänzungen

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach
gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky
herausgegeben von

Graf **Max Montgelas** und Prof. **Walter Schücking**



Charlottenburg 1919
Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und
Geschichte m. b. H.



Erster Band:

# Vom Attentat in Sarajevo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin

nebst einigen Dokumenten
aus den vorhergehenden
Wochen




Charlottenburg 1919
Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und
Geschichte m. b. H.

Gedruckt in der Reichsdruckerei

# Inhaltsübersicht der vier Bände

(ist jedem Bande vorgedruckt)

## Band I

Vom **Attentat in Sarajevo** bis zum Eintreffen der **serbischen Antwortnote** in Berlin nebst einigen Dokumenten aus den vorhergehenden Wochen

Vorbemerkungen

Inhaltsverzeichnis und Zeittafel von Band I

Aktenstücke Nr. 1 bis 278

## Band II

Vom Eintreffen der **serbischen Antwortnote** in Berlin bis zum Bekanntwerden der **russischen allgemeinen Mobilmachung**

Inhaltsverzeichnis und Zeittafel von Band II

Aktenstücke Nr. 279 bis 479

## Band III

Vom Bekanntwerden der **russischen allgemeinen Mobilmachung** bis zur **Kriegserklärung an Frankreich**

Inhaltsverzeichnis und Zeittafel von Band III

Aktenstücke Nr. 480 bis 734c

## Band IV

Von der **Kriegserklärung an Frankreich** bis zur **Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland**

Inhaltsverzeichnis und Zeittafel von Band IV

Aktenstücke Nr. 735 bis 879

## Anhang zu Band IV

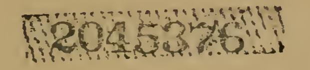
Enthält u. a. den Dreibundvertrag, den österreichisch-ungarisch-rumänischen Bündnisvertrag nebst deutscher Akzessionserklärung, ferner Berichte, Telegramme und Telephongespräche der bayrischen Gesandtschaft in Berlin

---

Namenverzeichnis

Nach Absendern geordnetes Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Telegrammnummern





# Vorbemerkungen

## I. Allgemeines

Im November 1918 erhielt Karl Kautsky von der Volksregierung den Auftrag, die auf die Vorgeschichte des Weltkrieges bezüglichen Akten des Auswärtigen Amtes zu sammeln und herauszugeben. Die Sammlung und Ordnung des Materials wurde von Karl Kautsky mit Unterstützung von Dr. Gustav Meyer Anfang Mai 1919 abgeschlossen. Von den anderen Hilfskräften hatte einen ganz hervorragenden Anteil an der Arbeit der vom Direktorium der Staatsarchive dem Auswärtigen Amt auf dessen Ersuchen zur Verfügung gestellte Archivar beim Geheimen Staatsarchiv Dr. Hermann Meyer, dessen fachmännische Spuren der Leser überall wahrnehmen wird. Von Februar bis Mai arbeiteten noch mit Dr. Richard Wolff und Frl. Nora Stiebel, cand. hist.

Die zeitweise hinausgeschobene Publikation der Akten wurde später vom Gesamtministerium dem General Grafen Max Montgelas und Professor Dr. Walter Schücking übertragen und Anfang September ds. Js. in Angriff genommen. Die Arbeitsteilung zwischen beiden war ursprünglich so gedacht, daß Professor Schücking die Urkunden vom Morde von Sarajevo bis zur russischen Gesamtmobilmachung, Graf Montgelas die Schriftstücke von diesem Ereignisse bis zur Kriegserklärung Englands durcharbeiten sollte. Wenn auch in der Hauptsache so verfahren wurde, so stellte sich doch heraus, daß aus inneren und äußeren Gründen eine getrennte Publikation nach verschiedenen Zeiträumen untunlich war. Denn die diplomatischen Verhandlungen dauern noch über den Zeitpunkt der allgemeinen russischen Mobilmachung fort, auch hätte bei einer Teilung der Publikation manches Beiwerk doppelt gemacht werden müssen. Die beiden Herausgeber haben sich deshalb geeinigt, nach einheitlichen Grundsätzen die Arbeit zusammen zu veröffentlichen.

Niemand wird leugnen, daß die politischen Ereignisse der letzten Wochen vor Kriegsausbruch in engem historischen Zusammenhange mit der gesamten politischen Weltlage stehen. Infolgedessen wurde vom Kabinett Auftrag gegeben, auch die Urkunden zu sammeln, die zum Studium der entfernteren Vorgeschichte des Weltkrieges erforderlich sind. Die Unterzeichneten konnten es aber nicht für

geboten erachten, ihre Publikation bis zur Vollendung jenes anderen, Professor Mendelssohn Bartholdy (Würzburg) übertragenen Unternehmens zurückzuhalten.

Die Herausgeber haben aus rein sachlichen Gründen wie aus solchen der äußeren Zweckmäßigkeit wenig an der Kautsky'schen Sammlung geändert. Diese Sammlung stellte sich ihnen bei unbefangener Betrachtung als sorgfältig durchgeführtes Unternehmen dar, das durch wesentliche Änderungen nur an Wert hätte verlieren können. Die Gesamtzahl der veröffentlichten Aktenstücke beträgt 1123, von denen 937 im vollen Wortlaut, 186 weitere in den Anmerkungen dem wesentlichen Inhalte nach angeführt sind. Davon wurden, abgesehen von den Berichten der bayrischen Gesandtschaft, neu aufgenommen nur 22 Urkunden, darunter zum Teil solche, die in der Kautsky-Sammlung deshalb nicht enthalten waren, weil sie sich nicht im Besitz des Auswärtigen Amts, sondern in dem anderer Reichsbehörden befanden. Die übrigen Änderungen waren nur technischer Natur und bezogen sich auf die Schlußredaktion. Die Anmerkungen wurden gelegentlich gekürzt, hier und da auch einmal ergänzt. Den meisten in fremder Sprache abgefaßten Dokumenten wurde eine Übersetzung angefügt; bei sehr langen Schriftstücken, die schon anderweitig amtlich übersetzt sind, mußte jedoch aus Rücksichten der Zeit- und Raumersparnis darauf verzichtet werden. Die auch von Kautsky für die Korrektur noch vorgesehene Vervollständigung der Verweise der einzelnen Stücke aufeinander wurde durchgeführt. Ein chronologisches »Inhaltsverzeichnis mit Zeittafel«, ein »Namenverzeichnis«, ein »nach Absendern geordnetes Inhaltsverzeichnis«, das den Schriftwechsel nach dem Ort der Entstehung zusammenfaßt, und ein »Verzeichnis der Telegrammnummern« wurden beigefügt. Die Herausgeber legen Wert darauf, festzustellen, daß alle Veränderungen, die sie an der Kautsky'schen Sammlung vorgenommen haben, im Einverständnis mit Herrn Kautsky erfolgt sind, und daß diesem die Korrekturen zur Nachprüfung vorgelegen haben.

Dem Zweck des Ganzen entsprechend, als wissenschaftliche Quellensammlung für die unbefangene Beurteilung der Ereignisse durch den Politiker und Historiker zu dienen, ist grundsätzlich von Kautsky wie den Herausgebern auf alles verzichtet worden, was irgendwie nach einer materiellen Beurteilung der Ereignisse hätte aussehen können. Wir waren dabei von der Erwägung geleitet, daß jede Art einer von den Dingen selbst handelnden Einleitung oder eines sachlichen Kommentars in die Veröffentlichung ein subjektives Moment der Wertung hineingetragen hätte, die besser dem Leser

überlassen bleibt. Nicht einmal offensichtlich unrichtige Angaben, die sich in den abgedruckten Urkunden finden, sind berichtigt worden. Als Beispiel verweisen wir in dieser Beziehung auf die Angaben über die Außerdienststellung (Demobilmachung) der englischen Manöverflotte, obwohl die Unrichtigkeit dieser Meldung sowohl aus dem französischen Gelbbuch Nr. 66 als auch aus dem englischen Blaubuch Nr. 47, 48 und 87 hervorgeht. Auch die irrigen Angaben über Bombenwürfe französischer Flieger in der Gegend von Nürnberg usw. sind nicht in Anmerkungen berichtigt.

Indes halten sich die beiden Herausgeber für verpflichtet, Stellung zu nehmen zu der im Anhang Nr. VIII enthaltenen Aufzeichnung vom 30. August 1917 des damaligen Unterstaatssekretärs Freiherrn von dem Bussche über eine »Beratung militärischer Stellen« in Potsdam am 6. (oder 5.) Juli 1914, da es sich hier nicht um ein Aktenstück aus dem zu bearbeitenden Zeitraum, sondern um einen nachträglichen Aktenvermerk eines an den Vorgängen des Jahres 1914 nicht beteiligten Beamten ohne Angabe der Quelle handelt. Die Erhebungen, die vom Auswärtigen Amt bei dem früheren Hofmarschallamt des Kaisers, dem preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten (für die Eisenbahnverwaltung Potsdam), den Flügeladjutanten vom Dienst, dem General- und Admiralstabe, dem Reichswehrministerium, dem Chef der Admiralität und den in der erwähnten Aufzeichnung genannten Militärpersonen gepflogen und zu den Akten des Auswärtigen Amts genommen wurden, sind in einem Anhang zu den Vorbemerkungen auf Seite XIII—XVI angefügt.

## II. Text der Urkunden

Alle Urkunden, die überhaupt in die Publikation aufgenommen wurden, sind ohne Kürzungen oder irgend welche Änderungen des Textes abgedruckt, auch zweifellose Schreibversehen sind unverändert wiedergegeben, oder die vorgenommene Änderung ist als solche ersichtlich gemacht. Nur die einleitenden Worte »Antwort auf Telegramm Nr. ...« sind mitunter im Interesse der Bequemlichkeit des Lesers durch einen Hinweis auf die betreffende Nummer der Aktensammlung selbst ersetzt. Ferner wurde eine einheitliche Schreibweise der Eigennamen durchgeführt, bei Telegrammen die Interpunktion ergänzt und durchweg folgende Abkürzungen angewendet:

Ew. M., S. M., Sr. M. für Euere, Seine, Seiner Majestät,
Ew. Exz., S. Exz., Sr. Exz. für Euere, Seine, Seiner Exzellenz,
k. für kaiserlich und königlich.

Bei jedem Aktenstück ist angegeben, ob der Text nach der »Ausfertigung« d. i. der bei den Akten vorliegenden Reinschrift

oder nach dem »Konzepte« oder nach der »Entzifferung« des Chiffrierbüros usw., angeführt wird.

Die Unterschriften sind bei schriftlichen Berichten so wiedergegeben, wie der Absender tatsächlich zu zeichnen pflegte, z. B. »v. Bethmann Hollweg, F. Pourtalès«; bei Telegrammen wurde jedoch nur der Familienname ohne jeden Zusatz abgedruckt.

## III. Reihenfolge der Aktenstücke

Für die Reihenfolge der Aktenstücke wurde eine streng chronologische Anordnung gewählt. Für alle Nummern, bei denen die genaue Zeit der Absendung vom Auswärtigen Amt zum Haupttelegraphenamt oder der Ankunft im Auswärtigen Amt (Chiffrierbüro) bekannt ist, war diese Zeit maßgebend. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß z. B. ein Zifferntelegramm, das $11^0$ vorm. zum Telegraphenamt gesandt wurde, im Entwurf vielleicht schon um $10^0$ fertiggestellt war, somit früher als ein um $10^0$ eingehendes Zifferntelegramm entziffert und gelesen sein konnte. Ferner kann ein dringendes oder ein kurzes Zifferntelegramm, das $10^0$ zur Station getragen wurde, später entworfen sein, als ein nicht dringendes oder langes Zifferntelegramm, das erst $10^{30}$ vom Auswärtigen Amt abgesandt worden ist. Endlich konnten die Bearbeiter nicht dauernd ohne jede Ruhepause im Amt tätig sein, so daß auch manche wichtigen Eingänge stundenlang unerledigt bleiben mußten. Eine Berücksichtigung aller dieser Umstände war nicht möglich; ein Versuch, darauf einzugehen, konnte die Anordnung der Reihenfolge leicht willkürlich gestalten. Die Herausgeber haben es daher vorgezogen, schematisch die Zeiten des Eingangs im Auswärtigen Amt usw. und der Absendung von dort zur Grundlage der Reihenfolge zu wählen. Bei den Telegrammen usw. des Kaisers waren jedoch die Zeiten des Abgangs vom Hoflager oder der Ankunft dort maßgebend. Zu beachten ist noch, daß die Abgänge aus Petersburg usw. nach osteuropäischer Zeit — 1 Stunde vor der mitteleuropäischen — die aus Paris, London usw. nach westeuropäischer Zeit — 1 Stunde nach der mitteleuropäischen — angegeben sind.

Aktenstücke, die nicht Telegramme sind, werden im Auswärtigen Amt nur mit dem Eingangsvermerk »vorm.« oder »nachm.« versehen. Die Einreihung solcher Nummern ist daher, soweit sich nicht aus anderen Stücken indirekt weitere Anhaltspunkte ergeben haben, nur annähernd genau. Dazu kommt, daß gerade besonders wichtige Eingänge oft sofort bearbeitet und erst erheblich später im Journal eingetragen und mit Eingangsvermerk versehen worden sind.

## IV. Anmerkungen

Der Umfang der Anmerkungen erklärt sich aus dem Bestreben, bei den dem hiesigen Auswärtigen Amt entstammenden wichtigen Schriftstücken die ursprüngliche Fassung dort anzugeben, wo es sich um materielle Änderungen auch von nur geringfügiger Bedeutung handelt. Denn für die entscheidenden Ideengänge der Urheber solcher wichtigen Schriftstücke und deren Sinnesrichtung verdient auch die ursprüngliche Fassung des Entwurfs Berücksichtigung. Die Nennung des Namens desjenigen, von dessen Hand der Entwurf eines politischen Dokuments herrührt, ist freilich nur die Feststellung einer äußerlichen Tatsache und braucht durchaus nicht zu bedeuten, daß der betreffende Beamte auch der wahre geistige Urheber des jeweiligen Schriftstücks ist. Die Möglichkeit liegt nahe, daß, wenn es sich um eine nachgeordnete Stelle handelt, der äußere Urheber das Schriftstück nach den Weisungen entworfen hat, die ihm von anderer Seite erteilt worden waren. Der Entwurf kann aber auch der Niederschlag einer gemeinsamen Beratung und Besprechung mehrerer beteiligter Beamten sein.

Bei Schriftstücken, die schon in früheren deutschen Weißbüchern ganz oder teilweise veröffentlicht sind, wurde auf die betreffende Stelle des Weißbuchs hingewiesen. In dieser Sammlung sind alle Dokumente ganz wortgetreu mitgeteilt, während bei dem früheren Abdruck zur Wahrung des Chiffriergeheimnisses eine allgemein übliche Umstellung stattgefunden hatte. Auf die Buntbücher der anderen Staaten ist jedoch nur ausnahmsweise Bezug genommen.

## V. Randbemerkungen

Von Kautsky sind auch die Randglossen des Kaisers mit in den Abdruck der diplomatischen Urkunden aufgenommen worden. Welche grundsätzliche Bedeutung ihnen für den Gang der Ereignisse beizumessen ist, kann an dieser Stelle nicht untersucht werden. Gelegentlich ergibt sich aus den Akten selbst, daß die Randverfügungen zu spät eintrafen, um für die Entscheidung noch irgendwie verwertet werden zu können. In anderen Fällen ergeben die Akten, daß es sich um Weisungen handelt, die nicht zur Ausführung gelangt sind. Sehr häufig handelt es sich offensichtlich nur um den Ausdruck momentaner Stimmungen. Zur Erleichterung der Prüfung, welchen Einfluß irgendeine kaiserliche Meinungsäußerung gehabt haben könnte, ist regelmäßig vermerkt, wann das betreffende Aktenstück mit den Randnoten zur amtlichen Stelle zurückgesandt wurde, oder wann die Noten sonst der zuständigen Berliner Stelle zur Kenntnis gekommen sind. Die Randbemerkungen des Kaisers und die von ihm bei der Lektüre unterstrichenen

Worte oder Sätze sind durch abweichenden Druck in lateinischer Kursivschrift, z. B. *Petersburg* kenntlich gemacht, während die vom Verfasser eines Schriftstückes selbst hervorgehobenen Stellen durch Sperrdruck bezeichnet sind.

## VI. Akten der Botschaften, Gesandtschaften und militärischen Stellen

Die Ende September eingeforderten Akten der deutschen Botschaft in Wien konnten wenigstens noch soweit verwertet werden, daß nach ihnen Unstimmigkeiten zwischen den Entzifferungen des Auswärtigen Amts und den Wiener Originalen berichtigt und die genauen Ankunftszeiten der von Berlin nach Wien gesandten Depeschen mitgeteilt wurden. Wichtig für den Forscher sind die Wiener Akten besonders deshalb, weil der damalige Botschafter mehrfach die Art der Erledigung der ihm von Berlin erteilten Weisungen und die Antworten des Wiener Kabinetts dazu in kurzen handschriftlichen Notizen vermerkt hat.

Eine Übersicht der letzten Ereignisse, die von der Botschaft in Petersburg gefertigt wurde, war schon früher von Kautsky in den Anhang aufgenommen worden.

Die von der bayerischen Gesandtschaft in Berlin den Herausgebern zur Verfügung gestellten 35 Berichte, Telegramme und Telephongespräche sind wegen ihrer Wichtigkeit im Anhang beigefügt.

Dagegen war eine Bearbeitung der Akten des früheren Kriegsministeriums und Reichsmarineamts sowie General- und Admiralstabs bei der knapp bemessenen Zeit nicht möglich.

## VII. Schlußbemerkung

Die Herausgeber verschließen sich nicht der Tatsache, daß erfahrungsgemäß in den Akten nicht alles enthalten ist, was unter den beteiligten Personen verhandelt wurde. Es gehört schon in innerstaatlichen Angelegenheiten zur Routine der Verwaltung, daß gerade besonders delikate Angelegenheiten zunächst in Privatbriefen zwischen den beteiligten Personen besprochen werden. Dieser Brauch, den der Historiker sehr beklagen wird, dürfte aus naheliegenden Gründen auch in Angelegenheiten der auswärtigen Verwaltung eine bedeutsame Rolle gespielt haben. Solche Privatbriefe können sich in die Akten verlieren, brauchen es aber nicht. Für die vorliegende Publikation haben die Unterzeichneten eine Reihe von Privatbriefen in den Akten vorgefunden.

Sodann spielt heute bei der Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten auch das Telephongespräch eine gewisse Rolle;

vgl. hierzu Nr. 441, 465 und 468 sowie Anhang IV. Es ist jedoch nicht festzustellen, ob außerdem noch andere Telephongespräche nach auswärts geführt wurden.

Regelmäßige Aufzeichnungen über mündliche Verhandlungen, auch über solche zwischen dem Auswärtigen Amt und den fremden Diplomaten, haben nicht stattgefunden. Der Inhalt solcher Verhandlungen spiegelt sich freilich häufig in den Weisungen und Benachrichtigungen an die ausländischen Vertreter Deutschlands. Auch ein eigentlicher Tagesbericht wie in dem k. u. k. Ministerium des Äußeren in Wien wurde in Berlin nicht geführt. Aus den dargelegten Gründen muß es auch dahingestellt bleiben, ob nicht die Lückenhaftigkeit der beim Auswärtigen Amt eingelaufenen militärischen Situationsberichte des Generalstabs aus den kritischen Tagen sich dadurch erklärt, daß der Inhalt der fehlenden Berichte mündlich vorgetragen wurde.

Abgesehen von diesen Lücken würde sich eine völlige Aufhellung aller Vorgänge nur dann erreichen lassen, wenn die ehemals feindlichen Staaten sich entschließen könnten, mit derselben rückhaltlosen Offenheit ihre Urkunden dem Publikum der ganzen Welt vorzulegen, wie es die deutsche und die österreichische Republik getan haben.

Berlin, Anfang November 1919

Graf Max Montgelas Dr. Walter Schücking

## Anhang zu den Vorbemerkungen

Der Hofzug Kaiser Wilhelms ist am 6. Juli 9[15] vorm. von Station Wildpark nach Kiel abgegangen. (Auswärtiges Amt A. S. 2138/11. Oktober 1919 vorm.)

Das Tagebuch des Hoffouriers (Auswärtiges Amt A. 26078/1. Oktober 1919) verzeichnet weder am 5. noch am 6. Juli eine »Beratung militärischer Stellen«.

Den beiden Flügeladjutanten vom Dienst ist eine Beratung militärischer Stellen am 5. oder 6. Juli nicht bekannt (Auswärtiges Amt: A. S. 2140/11. Oktober 1919 vorm. und A. S. 2167/17. Oktober 1919 vorm.).

Ferner berichten:

Freiherr von dem Bussche
(Auswärtiges Amt A. 27230/16. Oktober 1919)

»Leider kann ich mich nicht an die Quelle erinnern. Vielleicht Müller. Datum der Aufzeichnung könnte möglicherweise meine Erinnerung auffrischen. Auch denkbar, daß ich Quelle irrigerweise als zuverlässig bezeichnet habe«

Admiral von Müller

(Auswärtiges Amt A. 28205/28. Oktober 1919 nachm.)

Dem Auswärtigen Amt

»Ich kann nicht der Gewährsmann des Frhr. v. d. Bussche sein. Mein Tagebuch enthält nichts über einen solchen Vortrag, der doch wohl in den Tagen vom 29. 6. bis 6. 7. 14 (Anwesenheit Sr. M. im Neuen Palais vor der Nordlandsreise) stattgefunden haben mußte. Am 6. Juli früh hat aber der von Admiral von Capelle erwähnte Vortrag stattgefunden.«

v. Müller

Admiral von Capelle

(Auswärtiges Amt A. S. 2139/11. Oktober 1919)

Baden-Baden, den 8. Oktober 1919

»Am Montag, den 6. Juli 1914, zwischen 7 und 8 Uhr morgens erhielt ich als stellvertretender Staatssekretär — Großadmiral v. Tirpitz war auf Urlaub — die telephonische Aufforderung, sofort zum Kaiser Wilhelm ins Neue Palais zu kommen.

Ich traf den Kaiser im Garten reisefertig zum Antritt der Nordlandreise. Der Kaiser ging mit mir noch eine kurze Zeit auf und ab und erzählte mir kurz von den Vorkommnissen am gestrigen Sonntag. Er fügte nach meiner Erinnerung dem Sinne nach ungefähr Folgendes hinzu (private oder amtliche Aufzeichnungen hierüber aus damaliger Zeit sind wohl nicht vorhanden): Er glaube nicht an größere kriegerische Verwicklungen. Der Zar werde sich in diesem Falle nach seiner Ansicht nicht auf Seite der Prinzenmörder stellen. Außerdem seien Rußland und Frankreich nicht kriegsbereit. — England erwähnte der Kaiser nicht. — Auf Rat des Reichskanzlers werde er, um keine Beunruhigung zu schaffen, die Nordlandreise antreten. Immerhin wolle er mir von der gespannten Situation Mitteilung machen, damit ich mir das Weitere überlegen könne.

Eine Beratung militärischer Stellen hat nach Vorstehendem in Potsdam am 6. Juli nicht stattgefunden, da der Kaiser unmittelbar nach der Rücksprache mit mir die Reise nach Kiel antrat.

Admiral z. D. v. Capelle

General der Infanterie von Bertrab

(Auswärtiges Amt A. S. 2194/22. Oktober 1919)

Berlin, den 20. Oktober 19[19]

Dem Auswärtigen Amt

erwidere ich sehr ergebenst, daß am 6. Juli 14 S. M. der Kaiser mich persönlich ohne Zeugen über seine Auffassung der durch die Maßnahmen Österreichs geschaffenen Lage orientiert hat, damit ich, als damals ältester in Berlin anwesender Offizier des Generalstabes

den in Karlsbad weilenden Chef des Generalstabes darüber informiere. Anwesend waren im Hintergrunde I. M. die Kaiserin, ein Adjutant und ein Lakai. Unmittelbar vorher sprach S. M. — offenbar zum gleichen Zwecke mit einem Marineoffizier, ebenfalls unter 4 Augen, der sich sofort nach der Besprechung entfernte. Nachdem der Kaiser mich entlassen hatte, bestieg er sein Auto zum Antritt seiner Nordlandreise. Anordnungen wurden weder während noch im Anschluß an die Unterredung getroffen. S. M. betonte sogar, daß er es nicht für nötig erachte, bes. Anordnungen zu treffen, da er an ernste Verwickelungen aus Veranlassung des Sarajevoer Verbrechens nicht glaube.

v. Bertrab, Gen. d. Inf.

Generalleutnant Graf Waldersee
(Auswärtiges Amt A. S. 2215/25. Oktober 1919)

Auf die Anfrage vom 23. d. M. $\frac{\text{AS 2190}}{9126}$ beehre ich mich Nachstehendes zu erwidern:

Am Morgen des 8. Juli 1914 teilte mir Generalleutnant von Bertrab, Chef der Landesaufnahme, mit, er sei während meiner kurzen Abwesenheit vom Chef des Militärkabinetts nach Potsdam zu Sr. M. dem Kaiser befohlen worden. Dieser habe ihm zur Mitteilung an den Chef des Generalstabes — General von Moltke weilte damals in Karlsbad — eröffnet, daß er, der Kaiser, dem Kaiser Franz Joseph zugesagt habe, mit der deutschen Macht hinter ihm zu stehen, wenn aus dem seitens Österreich-Ungarns geplanten Vorgehen gegen Serbien Verwickelungen entstünden. Irgendwelche Befehle oder Weisungen sind durch die Vermittelung des Generals von Bertrab nicht ergangen und auch sonst nicht in Sachen von etwaigen Kriegsvorbereitungen an den Generalstab gelangt.

Es darf hier hervorgehoben werden, daß General von Bertrab lediglich in seiner Eigenschaft als rangältester Oberquartiermeister nach Potsdam zitiert worden ist und daß er mit Mobilmachungsarbeiten nichts zu tun hatte.

Der Kaiser hatte inzwischen seine Nordlandsreise angetreten. Für mich, der ich den General von Moltke in allen auf den Krieg bezüglichen Angelegenheiten vertrat, gab es infolge der Audienz des Generals von Bertrab in Potsdam nichts zu veranlassen. Die planmäßigen Mobilmachungsarbeiten waren am 31. März 1914 abgeschlossen. Das Heer war, wie immer, bereit.

Noch am 8. Juli abends begab ich mich, nachdem ich mich über die Situation orientiert hatte, zu einem Erholungsurlaub aufs Land. Auch aus dem Kriegsministerium gingen keine Befehle für Vorbereitungen ein und der Generalstab hat weiterhin bis unmittelbar vor Kriegsbeginn keinerlei auf den Krieg hinzielende Maßregeln getroffen. Bald nach mir trat sogar der Chef der II. Abteilung, die unter mir die Mobilmachungsangelegenheiten bearbeitete, einen Urlaub an.

Ich kehrte erst, als die stärkste politische Spannung eintrat, am 23. Juli nach Berlin zurück.

Graf Waldersee

Das Zentralamt des Reichswehrministeriums
(Auswärtiges Amt A 27658/21. Oktober 1919)

Reichswehrministerium
Zentralamt
Nr. 165. 10. 19. Z. R.
Zu den Schreiben vom
3. und 4. Oktober 19

Berlin, den 16. Oktober 1919
Königin-Augusta-Str. 38/42

»Zu 1. Der ehemalige Kriegsminister, jetzige General der Infanterie z. D. v. Falkenhayn, war vom 10. bis einschließlich 24. Juli 1914 beurlaubt. Er hat Berlin in Ausführung einer Dienstreise am 8. Juli 1914 abends verlassen, im Anschluß an die Dienstreise den Urlaub angetreten und nach Rückkehr von dem mit der Familie an der Nordsee verbrachten Urlaub am 25. Juli 1914 die Amtsgeschäfte wieder übernommen. Der Urlaub ist mündlich bewilligt worden eine Kabinettsordre ist hierüber nicht ergangen.

Zu 2. Am 5. oder 6. Juli 1914 waren keine Offiziere des preußischen Kriegsministeriums zu einer dienstlichen Besprechung zum Kaiser befohlen.«

Wurtzbacher

Kapitän z. S. Zenker
(Auswärtiges Amt A 29387, 12. November 1919)

Berlin, den 8. November 1919

Ich bin am 5. Juli 1914 nach Wildpark befohlen worden, um Befehle Sr. M. des Kaisers entgegenzunehmen. Da ich Aufzeichnungen über den Verlauf des Immediatvortrages nicht in meinem Privatbesitz habe, so kann ich nur nach dem Gedächtnis Folgendes angeben:

S. M. der Kaiser teilten mir zur Weitergabe an meine vorgesetzte Behörde mit, daß am Mittag des 5. Juli der österreichisch-ungarische Geschäftsträger bei ihm angefragt habe, ob Deutschand im Falle eines österreichisch-ungarischen Konflikts mit Serbien und daraus vielleicht entstehenden Spannungen mit Rußland seine Bündnispflichten erfüllen würde. S. M. hätten dies zugesagt, glaubten aber nicht an ein Eintreten Rußlands für Serbien, das sich durch den Meuchelmord befleckt habe. Auch Frankreich würde es kaum zu einem Kriege kommen lassen, da ihm die schwere Artillerie des Feldheeres fehle. Wenn also auch ein Krieg gegen Rußland—Frankreich nicht wahrscheinlich sei, so müsse seine Möglichkeit immerhin militärisch ins Auge gefaßt werden.

Jedoch solle die Hochseeflotte ihre für Mitte Juli angesetzte Reise nach Norwegen antreten, wie auch er seine Norwegenfahrt planmäßig beginnen würde.

Meine Frage, ob der auf Urlaub befindliche Chef des Admiralstabes zurückzurufen sei, verneinten S. M.

Ich habe diese Anweisungen am 6. Juli dem stellvertretenden Chef des Admiralstabes, Vizeadmiral Behncke, gemeldet. Welche Anordnungen dieser daraufhin erteilt hat, vermag ich nicht anzugeben, da ich als Chef der taktischen Abteilung mit operativen und Mobilmachungsangelegenheiten nichts zu tun hatte.

An das Auswärtige Amt, hier.

Zenker, Kapitän zur See

# Inhaltsverzeichnis und Zeittafel von Band I[1]



[1] Datum, Zeit des Abgangs und der Ankunft beziehen sich auf das Auswärtige Amt, bei Telegrammen usw. des Kaisers auf das Hoflager. Siehe Vorbemerkungen Abschn. III.

| Lfde. Nr. | Zeit des Abgangs | | Datum und Überschrift | Zeit der Ankunft | | Seite |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Stunde | Tageszeit | | Stunde | Tageszeit | |
| | | | **Noch: 18. Juli** | | | |
| 66 | — | — | Der Geschäftsträger in Bukarest an den Reichskanzler ........ | — | nachm. | 93 |
| 67 | $5^{5}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten im kaiserlichen Gefolge ............. | — | — | 95 |
| 68 | — | — | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien .. | — | — | 96 |
| 69 | $7^{30}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten im kaiserlichen Gefolge ............. | — | — | 97 |
| 70 | $9^{10}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien .. | — | — | 97 |
| | | | **19. Juli** | | | |
| 71 | — | — | Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt ...... | $2^{30}$ | vorm. | 98 |
| 72 | — | — | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London (Privatbrief) ............... | — | — | 99 |
| 73 | — | — | Der Botschafter in Rom an den Reichskanzler ........ | — | vorm. | 101 |
| 74 | — | — | Der Oberquartiermeister I im Großen Generalstabe an den Staatssekretär des Auswärtigen (Privatbrief)....... | — | vorm. | 102 |
| 75 | — | — | Der Botschafter in Rom an den Staatssekretär des Auswärtigen ................ | — | — | 103 |
| 76 | — | — | Der Botschafter in London an den Reichskanzler ........ | — | vorm. | 103 |
| 77 | $1^{25}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien .. | — | — | 104 |
| 78 | — | — | Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt ...... | $2^{30}$ | nachm | 104 |
| 79 | — | — | Der Gesandte im kaiserlichen Gefolge an das Auswärtige Amt ...... | $4^{35}$ | nachm. | 105 |
| 80 | — | — | Der Gesandte im kaiserlichen Gefolge an das Auswärtige Amt ..... | $4^{35}$ | nachm. | 105 |

| Lfd. Nr. | Zeit des Abgangs | | Datum und Überschrift | Zeit der Ankunft | | Seite |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Stunde | Tageszeit | | Stunde | Tageszeit | |
| | | | **Noch: 22. Juli** | | | |
| 113 | — | — | Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt ...... | $6^{35}$ | nachm. | 132 |
| 114 | $6^{55}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten in Belgrad . . | — | — | 133 |
| 115 | $7^{3}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Reichskanzler ........ | — | — | 133 |
| | | | **23. Juli** | | | |
| 116 | — | — | Der Reichskanzler an das Auswärtige Amt ...... | $1^{25}$ | vorm. | 134 |
| 117 | — | — | Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt ...... | $1^{25}$ | vorm. | 134 |
| 118 | — | — | Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt ...... | $1^{25}$ | vorm. | 137 |
| 119 | — | — | Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt ...... | $9^{56}$ | vorm. | 137 |
| 120 | — | — | Der Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler ........ | — | vorm. | 138 |
| 121 | $1^{40}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Kaiser ............... | — | — | 142 |
| 122 | $2^{40}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Athen | — | | 143 |
| 123 | $2^{40}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten in Stockholm | — | — | 144 |
| 124 | — | — | Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt ...... | $3^{10}$ | nachm. | 145 |
| 125 | $3^{40}$ | nachm. | Der Reichskanzler an den Gesandten im kaiserlichen Gefolge ............. | — | — | 145 |
| 126 | $4^{0}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London | — | — | 146 |
| 127 | — | | Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt ...... | $4^{0}$ | nachm. | 147 |
| 128 | — | — | Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler ........ | — | nachm. | 148 |
| 129 | — | — | Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt ...... | $4^{40}$ | nachm. | 148 |
| 130 | — | — | Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt ...... | $5^{25}$ | nachm. | 149 |

| Lfde. Nr. | Zeit des Abgangs | | Datum und Überschrift | Zeit der Ankunft | | Seite |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Stunde | Tageszeit | | Stunde | Tageszeit | |
| | | | Noch: **23. Juli** | | | |
| 131 | — | — | Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt . . . . . . | $5^{30}$ | nachm. | 150 |
| 132 | — | — | Der Kronprinz an den Reichskanzler . . . . . . . . | — | — | 151 |
| 133 | — | — | Der Gesandte im kaiserlichen Gefolge an den Reichskanzler . . . . . . . . | — | — | 15[illegible] |
| 134 | — | — | Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt . . . . . . | $10^{10}$ | nachm. | 152 |
| | | | **24. Juli** | | | |
| 135 | — | — | Der Geschäftsträger in Bukarest an das Auswärtige Amt . . . . . . | $1^{35}$ | vorm. | 153 |
| 136 | — | — | Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt . . . . . . | $10^{50}$ | vorm. | 153 |
| 137 | — | — | Der Gesandte in Belgrad an den Reichskanzler . . . . . . . . | — | vorm. | 154 |
| 138 | — | — | Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler . . . . . . . . | — | vorm. | 155 |
| 139 | — | — | Der Gesandte in Belgrad an das Auswärtige Amt . . . . . | $1^{35}$ | nachm. | 156 |
| 140 | $1^{40}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London | — | — | 157 |
| 141 | — | — | Der Gesandte im kaiserlichen Gefolge an das Auswärtige Amt . . . . . . | $1^{58}$ | nachm. | 158 |
| 142 | $2^{5}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien . . | — | — | 158 |
| 143 | $3^{35}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg | — | — | 159 |
| 144 | $6^{40}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | — | — | 159 |
| 145 | — | — | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Rom . . . | $6^{45}$ | nachm. | 160 |
| 146 | — | — | Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt . . . . . . | $7^{30}$ | nachm. | 160 |
| 147 | — | — | Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt . . . . . | $7^{40}$ | nachm. | 161 |
| 148 | — | — | Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt . . . . . . | $8^{10}$ | nachm. | 16[illegible] |

| Lfde. Nr. | Zeit des Abgangs | | Datum und Überschrift | Zeit der Ankunft | | Seite |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Stunde | Tageszeit | | Stunde | Tageszeit | |
| | | | Noch: **25. Juli** | | | |
| 183 | — | — | Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt ..... | $8^{56}$ | nachm. | 194 |
| 184 | — | — | Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt ...... | $9^{3}$ | nachm. | 194 |
| 185 | — | — | Der Geschäftsträger in Bukarest an das Auswärtige Amt....... | $9^{3}$ | nachm. | 195 |
| 186 | — | — | Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt. ..... | $9^{25}$ | nachm. | 195 |
| 187 | — | — | Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt....... | $9^{25}$ | nachm. | 196 |
| 188 | — | — | Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt...... | $9^{50}$ | nachm. | 197 |
| 189 | — | — | Der Geschäftsträger in Athen an das Auswärtige Amt....... | $10^{5}$ | nachm. | 197 |
| 190 | — | — | Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt....... | $10^{30}$ | nachm. | 198 |
| 191 | $10^{45}$ | nachm. | Der Reichskanzler an den Kaiser ............... | — | — | 198 |
| 191a | — | — | Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt....... | $11^{0}$ | nachm. | 199 |
| 192 | $11^{5}$ | nachm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London | — | — | 200 |
| | | | **26. Juli** | | | |
| 193 | $2^{0}$ | vorm. | Der Staatssekretär des Auswärtigen an die Botschafter in Rom und Wien ....... ............. | — | — | 200 |
| 194 | — | — | Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt....... | $3^{28}$ | vorm. | 201 |
| 195 | — | — | Der Geschäftsträger in Cetinje an das Auswärtige Amt....... | $4^{8}$ | vorm. | 201 |
| 196 | — | — | Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt....... | $4^{20}$ | vorm. | 202 |
| 197 | $1^{0}$ | nachm. | Der Reichskanzler an den Kaiser ............... | — | — | 202 |
| 198 | $1^{33}$ | nachm. | Der Reichskanzler an den Botschafter in Petersburg | — | — | 203 |
| 199 | $1^{35}$ | nachm. | Der Reichskanzler an den Botschafter in London | — | — | 203 |

Nr. 1

## Der Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler[1]

St. Petersburg, den 13. Juni 1914[2]

Ew. Exz. beehre ich mich anbei die Übersetzung eines soeben in der »Birschewija Wjedomosti« erschienenen bemerkenswerten Artikels zu überreichen, der, wie ich *höre, vom hiesigen Kriegsministerium herrührt* und den deutlichen Zweck verfolgt, auf Frankreich *einen Druck im Sinne der Einführung der dreijährigen Dienstzeit auszuüben.*

*gegen uns!*

Der Artikel führt unter der Überschrift »Rußland ist bereit, Frankreich muß es auch sein« aus, Rußland, welches eben erst zur Verstärkung seiner Wehrkraft Anstrengungen gemacht habe, wie sie *noch nie von einem Staate gemacht wurden,* sei berechtigt, von Frankreich zu erwarten, daß dieses ebenfalls seine Armee verstärke, was nur durch Einführung der dreijährigen Dienstzeit möglich sei.

F. Pourtalès

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 15. Juni vorm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 15. Juni zurückgegeben. Gemäß kaiserlicher Randverfügung vom Chef des Militärkabinetts am 17. Juni an den Generalstab, von diesem am 25. Juni dem Kriegsministerium mitgeteilt. Die Beilage des Berichts wurde dem Kaiser durch das Telegramm des Lokal-Anzeigers bekannt, siehe Nr. 2.

Nr. 2

## Bericht des Berliner Lokal-Anzeigers vom 14. Juni über einen Artikel der Birschewija Wjedomosti[1]

### Die Mahnung des Verbündeten

Telegr. unseres Korrespondenten v. A.
Petersburg, 13. Juni

*Das verlangt eine klare bündige Antwort durch die That!*

Der schon erwähnte Artikel der Birschewija Wjedomosti, der die Überschrift trägt: »Rußland ist fertig, Frankreich

[1] Vom Kaiser am 15. Juni zurückgegeben.

3*

muß ebenfalls fertig sein«, und der direkt vom Kriegsminister General Suchomlinow inspiriert ist, erregt allgemeines Aufsehen. Der Artikel lautet:

»Rußland erlaubt sich nicht, sich in innere Angelegenheiten eines fremden Staats zu mischen, kann aber während einer Krisis des befreundeten und verbündeten Staats nicht teilnahmsloser Zuschauer bleiben. Wenn das französische Parlament sich berechtigt fühlt, auf innere Angelegenheiten Rußlands, wie Kriegsbestellungen, hinzuweisen, die mit gewissen ökonomischen Vorteilen für die Auftraggeber verbunden sind, so kann Rußland nicht gleichgültig gegenüber einer rein politischen Frage, nämlich der dreijährigen Dienstzeit, bleiben, die den Gegenstand eines Zerwürfnisses zwischen den Parteien des französischen Parlaments bilden.[2] Für Rußland gibt es in dieser Frage keine geteilte Meinung. Rußland tat alles, wozu das Bündnis mit Frankreich es verpflichtete, es erwartet mithin, daß sein Verbündeter ebenfalls seine Pflicht tue. Es ist allbekannt, welche kolossalen Opfer Rußland gebracht hat, um das französisch-russische Bündnis auf eine ideale Höhe zu bringen. Die Reformen des russischen Militärressorts bei der Bildung der russischen Streitkräfte übertreffen alles in dieser Hinsicht Dagewesene. Das diesjährige Rekrutenkontingent ist nach dem letzten Allerhöchsten Ukas von 450 000 auf *580 000 Mann gestiegen* und die *Dienstzeit um 6 Monate verlängert worden.* Dank dieser Maßregel stehen jeden *Winter* in Rußland *vier* Kontingente Rekruten unter Waffen, also eine Armee von *2 300 000 Mann.* Diesen Luxus kann sich nur das große, mächtige Rußland erlauben.

[2] So im Text für »bildet«.

Deutschland verfügt über 880 000, Österreich über etwa 500 000 und Italien über etwa 400 000 Mann. *Ganz natürlich* also, daß Rußland von Frankreich *770 000 Mann erwartet*, was nur bei der *dreijährigen Dienstzeit möglich* ist. Es muß bemerkt werden, daß diese Vergrößerung der Armeen in Friedenszeiten ausschließlich eine *schnelle Mobilisierung* erwirken soll. Rußland schreitet dabei noch zu neuen Reformen, zum Bau eines *ganzen Netzes strategischer* Bahnen, *zur schleunigsten Konzentration der Armee im Kriegsfall. Das wünscht Rußland auch von Frankreich,* doch kann es das alles nur durchführen bei Wahrung der dreijährigen Dienstzeit. *Rußland und Frankreich wünschen keinen Krieg,* aber Rußland ist fertig, und Frankreich muß es auch sein.«

Mit diesem durch Fettdruck hervorgehobenen Satz schließt der vielerörterte Artikel, aus dem deutlich hervorgeht, daß Rußland seine kolossalen Rüstungen vor *zwei Jahren laut Abmachungen mit Frankreich begann.*

*Gott Lob!*

*Na! Endlich haben die Russen die Karten aufgedeckt! Wer in Deutschland jetzt noch nicht glaubt, daß von Russo-Gallien mit Hochdruck auf einen baldigen Krieg gegen uns hingearbeitet wird, und wir dementsprechende Gegenmaßregeln ergreifen müssen, der verdient umgehend ins Irrenhaus nach Dalldorf geschickt zu werden! Stramme neue Steuern und Monopole, und die 38000 Nichteingestellten sofort in die Armee und Marine hinein! W.*

*wo sollen die herkommen!*

*alles gegen Deutschland!*

*quatsch!*

*was mein Generalstab stets behauptet hat!*

Nr. 3

## Der Reichskanzler an den Botschafter in London[1]

Ganz vertraulich!
Eigenhändig!

Berlin, den 16. Juni 1914[2]

Ew. Durchlaucht wird es nicht entgangen sein, daß der, wie wir wissen, zutreffend auf den Kriegsminister General Suchomlinow zurückgeführte Artikel der »Birschewija Wjedomosti« in Deutschland beträchtliches Aufsehen erregt hat. In der Tat hat wohl noch niemals ein offiziös inspirierter Artikel die kriegerischen Tendenzen der russischen Militaristenpartei so rücksichtslos enthüllt, wie es diese Presseäußerung tut. Um den französischen Chauvinismus

---

[1] Nach dem vom Reichskanzler niedergeschriebenen Konzept.
[2] Abgegangen 16. Juni nachm.

auf die Dauer stärken zu können, ist er wohl zu plump geschrieben. Dagegen sind die Rückwirkungen auf die deutsche öffentliche Meinung unverkennbar und bedenklich.

Waren es bisher nur die extremsten Kreise unter den Alldeutschen und Militaristen, welche Rußland die planvolle Vorbereitung eines baldigen Angriffskrieges auf uns zuschoben, so beginnen sich jetzt auch ruhigere Politiker dieser Ansicht zuzuneigen. Die nächste Folge ist der Ruf nach einer abermaligen sofortigen umfangreichen Verstärkung der Armee. Dadurch wird, wie die Dinge nun einmal bei uns liegen, der Wettbewerb auch der Marine wachgerufen, die niemals zu kurz kommen will, wenn etwas für die Armee geschieht. Da, wie ich ganz vertraulich bemerke, S. M. der Kaiser sich schon ganz in diese Gedankengänge eingelebt hat, besorge ich für den Sommer und Herbst den Ausbruch eines neuen Rüstungsfiebers bei uns.

So wenig sich bei der Unsicherheit der russischen Verhältnisse die wirklichen Ziele der russischen Politik mit einiger Sicherheit im voraus erkennen lassen und so sehr wir auch bei unsern politischen Dispositionen in Rechnung stellen müssen, daß Rußland noch am ehesten von allen europäischen Großmächten geneigt sein wird, das Risiko eines kriegerischen Abenteuers zu laufen, so glaube ich doch nicht, daß Rußland einen baldigen Krieg gegen uns plant. Wohl aber wünscht es, und man wird ihm das nicht übelnehmen können, bei einem Wiederausbruch der Balkankrisis, gedeckt durch seine umfangreichen militärischen Rüstungen, kräftiger als bei den letzten Balkanwirren auftreten zu können. Ob es alsdann zu einer europäischen Konflagration kommt, wird ausschließlich von der Haltung Deutschlands und Englands abhängen. Treten wir beide alsdann geschlossen als Garanten des europäischen Friedens auf, woran uns, sofern wir von vornherein dieses Ziel nach einem gemeinsamen Plane verfolgen, weder die Dreibunds- noch die Ententeverpflichtungen hindern, so wird sich der Krieg vermeiden lassen. Andernfalls kann ein beliebiger, auch ganz untergeordneter Interessengegensatz zwischen Rußland und Österreich-Ungarn die Kriegsfackel entzünden. Eine vorausschauende Politik muß diese Eventualität bei Zeiten ins Auge fassen.

Nun liegt es auf der Hand, daß eine erhöhte Tätigkeit der deutschen Chauvinisten und Rüstungsfanatiker einer solchen deutsch-englischen Kooperation ebenso hinderlich sein würde, wie eine nicht dezidierte, den französischen und russischen Chauvinismus im geheimen begünstigende Haltung des englischen Kabinetts. Auf einen seinem Bevölkerungszuwachs entsprechenden Ausbau seines Heeres wird Deutschland nie verzichten können. An eine Erweiterung des Flottengesetzes wird nicht gedacht. Wohl aber wird ganz im Rahmen des Flottengesetzes die Mehrindienststellung von Auslandskreuzern, die Armierung und Bemannung der Schlachtschiffe usw. dauernd steigende Aufwendungen erheischen. Es ist aber ein großer

Unterschied, ob solche Maßnahmen als notwendige Folge allmählicher ruhiger Entwickelung in die Erscheinung treten, oder ob sie panikartig unter dem Druck einer aufgeregten und von Kriegsbesorgnis erfüllten öffentlichen Meinung vorgenommen werden.

Daß Sir Edward Grey den Gerüchten von einer englisch-russischen Marinekonvention im Unterhause mit Entschiedenheit entgegengetreten ist und sein Dementi in der »Westminster Gazette« noch hat unterstreichen lassen, ist durchaus erfreulich. Hätten sich diese Gerüchte bewahrheitet, und zwar auch nur in der Form, daß die englische und russische Marine ihre Kooperation für den Fall festlegten, daß in einem zukünftigen Kriege England und Rußland gemeinsam gegen Deutschland fechten sollten — ähnlich den Abmachungen, die England zur Zeit der Marokkokrisis mit Frankreich getroffen hat, — so wäre dadurch allerdings nicht nur der russische und französische Chauvinismus stark gereizt worden, sondern es hätte auch bei uns eine nicht unberechtigte Beunruhigung der öffentlichen Meinung Platz gegriffen, die ihren Ausdruck in einem navy scare und einer abermaligen Vergiftung der sich langsam bessernden Beziehungen zu England gefunden hätte. Inmitten der nervösen Spannung, in der sich Europa seit den letzten Jahren befindet, wären die weiteren Folgen unübersehbar gewesen. Jedenfalls wäre der Gedanke an eine gemeinschaftliche, den Frieden verbürgende Mission Englands und Deutschlands bei etwa auftauchenden Komplikationen von vornherein in verhängnisvoller Weise gefährdet worden.

Ew. Durchlaucht ersuche ich ergebenst, Sir Edward Grey meinen besonderen Dank für seine offenen und geraden Erklärungen zu sagen und daran anschließend in zwangloser und vorsichtiger Weise diejenigen allgemeinen Betrachtungen zum Ausdruck zu bringen, die ich vorstehend angedeutet habe.

Ihrem gefälligen Bericht[3] über die Aufnahme, der Sie bei Sir Edward Grey begegnen, sehe ich mit besonderem Interesse entgegen.

v. Bethmann Hollweg

[3] Siehe Nr. 5.

Nr. 4

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler[1]

Geheim! Wien, den 17. Juni 1914[2]

Graf Berchtold war nach der Abreise Sr. M. des Kaisers von S. K. u. K. Hoheit dem Erzherzog Franz Ferdinand nach Konopischt geladen worden. Der Minister erzählte mir heute, S. K. u. K. Hoheit habe sich

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 20. Juni vorm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 21. Juni zurückgegeben, am 22. Juni wieder im Amt.

ihm gegenüber im höchsten Maße befriedigt über den Besuch S. M. des Kaisers ausgesprochen. Er habe über alle möglichen Fragen eingehend mit Sr. M. gesprochen und durchweg völlige Übereinstimmung der Ansichten konstatieren können.

Der Erzherzog hat dem Grafen Berchtold auch dasjenige mitgeteilt, was er unserem Allergnädigsten Herrn bezüglich der Politik des Grafen Tisza, besonders den nichtmagyarischen Nationalitäten gegenüber, gesagt hat. Den Rumänen gegenüber habe, wie S. K. u. K. Hoheit bemerkt hätten, Graf Tisza zwar schöne Worte gebraucht, seine Taten entsprächen aber diesen Worten nicht. Ein Fehler des ungarischen Ministerpräsidenten sei es vor allem gewesen, daß er den siebenbürgischen Rumänen nicht einige Abgeordnetenmandate mehr gegeben habe.

Graf Berchtold meinte mir gegenüber, er habe schon oft und nachdrücklich auf den Grafen Tisza zugunsten größerer Konzessionen für die Rumänen einzuwirken versucht. Seine Bemühungen seien aber vergeblich gewesen. Graf Tisza behaupte, er sei bereits so weit als irgend möglich den Rumänen entgegengekommen.

Ich werde meinerseits, wie ich dies bisher schon dem Grafen Berchtold gegenüber getan habe, der mir gewordenen hohen Weisung entsprechend jeden Anlaß benutzen, um auch den ungarischen Ministerpräsidenten auf die Notwendigkeit der Gewinnung der Rumänen hinzuweisen.

von Tschirschky

*er darf durch seine innere Politik, die bei der Rumänenfrage auf die äußere des Dreibundes Einfluß hat, die letztere nicht in Frage stellen.*

Nr. 5

## Der Botschafter in London an den Reichskanzler[1]

London, den 24. Juni 1914[2][3]

Ich benutzte meinen heutigen Besuch, um Sir Edward Grey den Dank Ew. Exz. für seine offenen und geraden Erklärungen im Unterhause auszusprechen, durch welche er den Gerüchten über ein angebliches englisch-russisches Marineabkommen entgegengetreten ist. Ich knüpfte hieran die Bemerkung, daß Ew. Exz. seine Ausführungen um so lebhafter begrüßt hätten, als dieselben nicht unwesentlich dazu beitrügen, die Befürchtungen zu zerstreuen, welche namentlich in neuester Zeit weite Kreise des deutschen Volkes hinsichtlich unserer

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 27. Juni vorm.
[3] Siehe Nr. 3.

auswärtigen Lage erfaßt hätten. In erster Linie sei es Rußland, welches dieser Beunruhigung und den daraus hervorgehenden Bestrebungen für eine weitere Vermehrung unserer Rüstungen Nahrung zuführe, und ich könne in dieser Hinsicht ganz besonders auf den Artikel der »Nowoje Wremja« verweisen, welcher in Deutschland unliebsames Aufsehen erregt hätte. Angesichts der Möglichkeit, daß ein Balkankrieg wiederum ausbräche und daß Rußland sich alsdann zu einer etwas aktiveren Auslandspolitik entschlösse, erschien es uns von größter Wichtigkeit, daß die intime Fühlungnahme, welche zwischen uns während der letzten Krise bestand, auch allen zukünftigen Ereignissen gegenüber aufrechterhalten bliebe, um auf Grundlage gemeinsamer Verabredung einer kriegerischen Politik erfolgreich begegnen zu können. Ich wies den Minister ferner darauf hin, daß nur durch die Aufrechterhaltung der bisherigen deutsch-britischen Intimität, gepaart mit unserer Überzeugung, daß er auch in Zukunft bestrebt sein werde, kraft seines weitreichenden Einflusses in Paris und Petersburg allen abenteuerlichen Regungen entgegenzutreten, es der Kaiserlichen Regierung möglich sein werde, das auch bei uns zeitweise überhandnehmende Rüstungsfieber niederzuhalten und den Rahmen der bestehenden Wehrgesetze einzuhalten. Ich vermied es dabei absichtlich, auf unser Flottengesetz näher einzugehen, da ich dieses heikle Thema mit dem Minister seit meiner Ankunft in London noch nie berührt habe und er auch es bisher sorgsam unterlassen hat, diesen Gegenstand mit mir zu erörtern.

Der Minister nahm meine Eröffnungen mit sichtlicher Befriedigung zur Kenntnis und sagte, daß es ebenso sein Bestreben sei, mit uns auch ferner Hand in Hand zu gehen und allen auftretenden Fragen gegenüber in enger Fühlung zu bleiben. Er habe in dieser Absicht soeben mit mir die gegenwärtige orientalische Lage besprochen und glaube, daß dieser Weg für unsere beiderseitigen Ziele der geeignete sei. Was Rußland beträfe, so habe er nicht den geringsten Grund, an den friedlichen Absichten der russischen Regierung zu zweifeln. Daß Graf Benckendorff hier keine deutschfeindliche Politik betreibe, brauche er mich nicht erst zu versichern. Kaiser Nikolaus und Herr Sasonow sprächen sich stets in friedlichem Sinne Sir George W. Buchanan gegenüber aus; nur sei es nicht zu leugnen, daß Herr Sasonow den Wunsch hege, gewissermaßen als Gegengewicht gegen den festgefügten Block des Dreibundes den Dreiverband etwas kräftiger in die Erscheinung treten zu lassen. Was aber den Artikel der »Nowoje Wremja« beträfe, auf den ich angespielt hätte, so sei er ihm, dem Minister, überhaupt nicht bekannt. Lachend fügte er hinzu, er habe erst gestern abend einen heftigen Angriff des gedachten Blattes gegen Großbritannien zu Gesicht bekommen wegen des persischen Ölabkommens. Was aber Frankreich anlange, so wisse er aus guter Quelle und würde in dieser Auffassung auch durch fremde, z. B. amerikanische Nachrichten bestärkt, daß die Franzosen nicht die geringste Lust zu einem Kriege verspürten.

Es bestünden, so sagte mir Sir Edward, keine nicht veröffentlichten Abmachungen zwischen Großbritannien und den Verbandsgenossen. Er könne mir dies wiederholen, wie er es im Parlament erklärt habe, und er freue sich, hinzufügen zu können, daß von ihm aus niemals etwas geschehen werde, um diesem Verhältnis eine gegen Deutschland gerichtete Spitze zu geben. Er glaube auch, daß in den letzten Zeiten bei uns über diese Frage eine befriedigtere Auffassung Platz gegriffen habe. Er wolle aber mit mir ganz offen sein und wünsche nicht, daß ich mich zu irrigen Auffassungen verleiten ließe, und möchte daher die Gelegenheit benutzen, um mir zu sagen, daß trotz obiger Tatsachen sein Verhältnis zu den beiden Genossen nach wie vor ein sehr intimes sei und dasselbe nichts von seiner früheren Festigkeit eingebüßt habe. Über alle wichtigen Fragen stände er mit den betreffenden Regierungen in dauernder Fühlungnahme.

Ich dankte dem Minister für seine vertrauensvollen Eröffnungen, die er in freundschaftlich-gemütlicher Form vortrug, und erwiderte, daß für uns kein Grund vorläge, daran Anstoß zu nehmen, solange er seinen mächtigen Einfluß zugunsten des Friedens und der Mäßigung zum Ausdruck brächte[4].

Lichnowsky

---

[4] Siehe Nr. 6, Nr. 20 Anm. 3 und Nr. 30 Anm. 3.

Nr. 6

## Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen an den Reichskanzler[1]

Berlin, den 27. Juni 1914

Bei der Unterredung[2] ist, wie zu erwarten stand, Lichnowsky wiederum völlig von Grey eingewickelt worden und hat sich von neuem in der Auffassung bestärken lassen, daß er es mit einem ehrlichen, wahrheitsliebenden Staatsmann zu tun hat. Es wird nichts anderes übrigbleiben, als L. einige, natürlich recht vorsichtige Andeutungen über uns aus Petersburg zugehende geheime, aber unbedingt zuverlässige Nachrichten zu machen, die über das Vorhandensein fortdauernder politischer und militärischer Abmachungen zwischen England und Frankreich und über bereits angeknüpfte, auf das gleiche Resultat hinzielende Verhandlungen zwischen England und Rußland keinerlei Zweifel aufkommen lassen[3].

Zimmermann

---

[1] Niederschrift des Unterstaatssekretärs Zimmermann.
[2] Siehe Nr. 5.
[3] Am Rand die urschriftliche Rückäußerung des Reichskanzlers: »Lichnowsky kommt Montag 5 Uhr zu mir. Ich möchte vorher die Situation noch einmal mit Ihnen besprechen. B. H. 27.«

Nr. 6a

## Der Generalkonsul in Sarajevo an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 11 Sarajevo, den 1. Juli 1914[2]

Heute Nacht ist von Semlin als Tatsache hierher berichtet worden, daß 10 bis 12 Verschwörer aus Belgrad unabhängig einer vom anderen entsendet worden sind.

Hier in Sarajevo waren mindestens drei Mordgesellen postiert. Mein Vertrauensmann, eine unbedingt zuverlässige Persönlichkeit in verantwortlicher, ihn allseitig orientierender Stellung, erklärte mir auf meine bestimmte Frage als mein Freund, daß er die Reise Sr. M. des Kaisers nach Wien auf Grund seiner Kenntnis der Wiener Verhältnisse und des Systems der russisch-serbischen Gewalttäter auf das allerentschiedenste widerraten müsse. — Ich persönlich trete dem nach alledem, was ich hier gehört oder beobachtet habe, bedingungslos bei.

Die Fahrt nach Artstätte[3], das rein deutsch und klein, deshalb leicht kontrollierbar sei, soll unbedenklich sein[4].

Dr. Eiswaldt

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Sarajevo den 1. Juli 1⁰ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 1. Juli, 4⁵ nachm. Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 1. Juli nachm.
[3] So in der Entzifferung für »Artstetten«.
[4] Siehe Nr. 6b.

Nr. 6b

## Der Reichskanzler an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 107 Berlin, 2. Juli 1914[2]

Infolge der aus Sarajevo eingegangenen Warnungen[3], von denen eine erste übrigens schon aus dem April d. J. datiert, habe ich S. M. den Kaiser bitten müssen, die Reise nach Wien aufzugeben. Bestimmend war für mich, daß es sich bei dieser Reise nicht um einen Akt staatlicher oder politischer Notwendigkeit, sondern um eine über die Forderungen der Etikette hinausgehende freiwillige Bekundung freundschaftlicher Gesinnungen handelt, daß der Frevel-

---

[1] Nach dem Konzept von des Reichskanzlers Hand.
[2] 10²⁰ vorm. zum Haupttelegraphenamt gegeben
[3] Siehe Nr. 6a

tat von Sarajevo anscheinend ein weitverzweigtes Komplott zugrunde liegt, und daß Attentate bekanntermaßen eine suggestive Wirkung auf verbrecherische Elemente ausüben. Aus diesen Erwägungen habe ich die Verantwortung für eine nicht zwingende Exposition Sr. M. in fremdem Lande nicht übernehmen können.

Der Öffentlichkeit gegenüber wird die Aufgabe der Reise mit körperlicher Indisposition Sr. M. motiviert werden. S. M. wünschen indes, daß S. M. dem Kaiser Franz Joseph persönlich die wahre Ursache mitgeteilt werde. S. M. haben deshalb die nachstehende Instruktion für Ew. pp. Allerhöchst selbst niedergeschrieben:

»An H. v. Tschirschky für S. M. Kaiser Franz Joseph

S. M. sind durch S. Exz. den Reichskanzler informiert worden, daß aus Sarajevo durch Vertrauensleute des deutschen Konsuls Sr. Exz. eine Warnung zugegangen sei, die von einer Reise nach Wien seitens des deutschen Kaisers abraten. S. Exz. der Reichskanzler haben daraufhin Sr. M. als sein verantwortlicher Ratgeber bestimmt erklärt, die Verantwortung nicht übernehmen zu können, und S. M. gebeten, die Reise zu unterlassen. S. M. haben sich den Gründen nicht verschließen können und schweren Herzens in tiefem Schmerz sich zur Aufgabe derselben entschlossen. S. M. haben den k. Botschafter beauftragt, persönliche Meldung sofort an Kaiser Franz Joseph zu machen und auszusprechen, wie schwer der Entschluß ihm geworden sei. Einerseits, weil er als Mangel an persönlichem Mut ausgelegt werden könnte, andererseits, weil S. M. dadurch verhindert werde, dem Kaiser tröstend und leidmittragend zur Seite zu stehen, sowie auch dem ganzen österreichischen Volke am Tage der Trauer nahe sein zu können. Schluß.«

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, diesen Allerhöchsten Auftrag schleunigst in geeigneter Form zur Ausführung zu bringen.

Bethmann Hollweg

Nr. 7

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler[1]

Wien, den 30. Juni 1914[2]

Graf Berchtold sagte mir heute, *alles* deute darauf hin, daß die Fäden der Verschwörung, der der Erzherzog zum Opfer gefallen sei, *in Belgrad zusammenliefen.* Die Sache sei so wohl durchdacht worden, daß

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 2. Juli nachm. Entzifferung lag dem Kaiser vor, von ihm am 4. Juli zurückgegeben.

man absichtlich ganz jugendliche Leute zur Ausführung des Verbrechens ausgesucht habe, gegen die *nur mildere Strafe verhängt werden könne.* Der Minister sprach sich sehr bitter über die serbischen Anzettelungen aus.

*hoffentlich nicht*

Hier höre ich, auch bei ernsten Leuten, vielfach den Wunsch, *es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden.* Man müsse den Serben zunächst eine Reihe von Forderungen stellen und falls sie diese nicht akzeptierten, energisch vorgehen. *Ich benutze jeden solchen Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen.* Vor allem müsse man sich erst klar darüber werden, was man wolle, denn ich hörte bisher nur ganz unklare Gefühlsäußerungen. Dann solle man die Chancen irgendeiner Aktion sorgfältig erwägen und sich vor Augen halten, daß Österreich-Ungarn nicht allein in der Welt stehe, daß es Pflicht sei, neben der Rücksicht auf seine Bundesgenossen die europäische Gesamtlage in Rechnung zu ziehen und speziell sich die Haltung Italiens und Rumäniens in allen Serbien betreffenden Fragen vor Augen zu halten.

*jetzt oder nie*

*wer hat ihn dazu ermächtigt? das ist sehr dumm! geht ihn gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist, was es hierauf zu thun gedenkt. Nachher heißt es dann, wenns schief geht, Deutschland hat nicht gewollt!! Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald.*

*versteht sich alles von selbst, und sind Binsenwahrheiten.*

von Tschirschky

Nr. 8

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 80 — Wien, den 2. Juli 1914[2]

Die Blätternachricht, der zufolge hiesige Regierung eine Demarche in Belgrad gemacht habe, um von serbischer Regierung Untersuchung gegen die Attentäter zu verlangen, ist nicht richtig. Bisher sind keinerlei solche Schritte unternommen worden. Ob dies später erfolgen werde, hänge davon ab, ob hiesige Untersuchung wirklich gravierendes Material gegen Belgrad ergeben werde.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien $6^{0}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{45}$ nachm.; Eingangsvermerk: 2. Juli nachm. Bericht vom Auswärtigen Amt am 3. Juli telegraphisch den Vertretungen in Rom, Bukarest und Belgrad mitgeteilt, $10^{55}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt.

## Nr. 9

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 81 Wien, den 2. Juli 1914[2]

Habe mich soeben Allerhöchsten Auftrags bei Sr. M. dem Kaiser Franz Joseph entledigt, der die Gnade hatte, mich fast eine Stunde bei sich zu behalten. S. M. der Kaiser Franz Joseph lassen Sr. M. herzlichst für die eingehende Benachrichtigung danken. So tief und aufrichtig er bedauere, S. M. nicht hier begrüßen zu können, so würdige er andererseits durchaus die zwingenden Gründe, die ein Aufgeben der Reise in diesem Augenblick geboten hätten erscheinen lassen. Es sei auch für ihn eine Erleichterung, S. M. nicht den Zufälligkeiten einer Auslandsreise ausgesetzt zu wissen. Die Warnungen aus Sarajevo und aus Semlin, die auch hier eingelaufen seien, seien leider so ernst, daß sie unmöglich hätten unberücksichtigt bleiben können. Freilich hätte er sehr gern S. M. jetzt bei sich gesehen, um auch so mancherlei Politisches mit ihm zu besprechen. »Denn ich sehe sehr schwarz in die Zukunft«, sagten S. M., »und die Zustände da unten werden mit jedem Tage beunruhigender. Ich weiß nicht, ob wir noch länger werden ruhig zusehen können und ich hoffe, daß auch Ihr Kaiser die Gefahr ermißt, die für die Monarchie in der serbischen Nachbarschaft liegt. Was mich ganz besonders beunruhigt, das ist die russische Probemobilisierung, die für den Herbst geplant ist, also gerade in einer Zeit, wo wir hier den Rekrutenwechsel haben. Herr von Hartwig ist ja der Herr in Belgrad, und Paschitsch tut nichts, ohne ihn zu fragen.«

Der Kaiser sprach dann noch eingehend über die politische Lage im allgemeinen. Ich darf mir hierüber weiter gehorsamste Berichterstattung vorbehalten.

S. M. der Kaiser Franz Joseph ersuchte mich beim Abschied nochmals, Sr. M. seinen aufrichtigsten Dank für die durch mich erfolgte Mitteilung zu übermitteln. S. M. könne versichert sein, daß er, so schmerzlich ihn das Fernbleiben Sr. M. berühre, es doch als eine Beruhigung empfinde, daß der Kaiser die Reise hierher aufgegeben habe.

S. M. der Kaiser Franz Joseph sah sehr wohl aus. Höchstderselbe meinte zwar, er habe seine Kraft noch nicht wieder in vollem Maße wiedergewonnen, doch sei der Appetit gut und er hoffe, daß die gute Luft in Ischl, wohin er sobald als möglich zurückzukehren gedenke — voraussichtlich nächsten Montag —, die letzten Spuren der überstandenen Krankheit beseitigen werde[3].

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien 2. Juli $10^{5}$ nachm.; angekommen im Auswärtigen Amt 3. Juli $12^{12}$ vorm. Eingangsvermerk: 3. Juli vorm.

[3] Siehe Nr. 11.

Nr. 10

## Der Gesandte in Belgrad an den Reichskanzler[1]

Belgrad, den 30. Juni 1914[2]

Das grauenhafte Attentat in Sarajevo, das hier erst in den Abendstunden des 15./28. Juni offiziös bekanntgegeben wurde, wahrscheinlich, um der an diesem Tage — dem sogenannten Widowdan, Erinnerung an die Schlacht auf dem Amselfeld am 15. Juni 1389 — abgehaltenen Volksfeier kein allzu frühes Ende zu bereiten, hat einen tiefen Eindruck in Serbien gemacht. Nicht etwa in dem Sinne, daß die Nachricht in den breiten Schichten der Bevölkerung das Gefühl besonderer, aus dem Herzen kommender Trauer ausgelöst hätte. In dieser Hinsicht kann man höchstens sagen, daß verletzende und unziemliche Kundgebungen in der Öffentlichkeit unterblieben sind. Sondern weil man hier sofort instinktiv fühlte, daß für die von Serben begangene Bluttat nicht bloß die Brüder in Bosnien, sondern

*ja* *das ganze Serbentum die Verantwortung treffe.* Nachdem es sich herausgestellt hat, daß beide Attentäter sich bis vor wenigen Wochen in Belgrad aufgehalten haben, der eine, Prinzip, als Handelsschüler, der andere, Tschabrinowitsch, als Setzer in der Staatsdruckerei, nachdem letzterer offen zugegeben hat, seine Bombe, wie seinerzeit der Attentäter in Cetinje, aus Belgrad bezogen zu haben, ist die Stimmung hier eine *recht gedrückte.* Zwar bemüht man sich, den anstürmenden Verdächtigungen und Anklagen dadurch die Spitze abzubrechen, daß man auf das Fiasko der früher gegen Serbien in den Agramer und Friedjungprozessen erhobenen Anwürfe hinweist und immer wieder betont, wie ungerecht es sei, eine ganze Nation für die Untaten einzelner Überspannter verantwortlich zu machen. Aber es wird schwer sein zu bestreiten, daß das Königreich Serbien und speziell Belgrad mit seiner *ungezügelten Presse, seinen fanatischen Omladina-Vereinen* und

---

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 3. Juli vorm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 4. Juli zurückgegeben. Wurde gemäß kaiserlicher Randverfügung am 7. Juli den Vertretungen in Wien, St. Petersburg, London, Rom, Paris und Bukarest mitgeteilt.

seiner *wüsten großserbischen Agitation,* einen unvergleichlichen Nährboden für solche exaltierten Gemüter abgibt.

In dieser peinlichen Situation hat die Regierung es für angebracht gehalten, vor allem in möglichst geräuschvoller und ostentativer Form ihre Verurteilung der Tat und ihr Beileid zum Ausdruck zu bringen. Um die Attentäter wenigstens von ihren Rockschößen abzuschütteln, hat sie ein Communiqué veröffentlicht, worin die unselige Tat in den schärfsten Ausdrücken verdammt wird. Ein inspirierter Artikel der »Samouprawa« hebt hervor, wie schwer dieses Ereignis Serbien gerade in dem jetzigen Moment treffe, wo so vielfältige und wichtige Verhandlungen mit der Monarchie ihrer Lösung entgegengehen und wo Serbien, der fortwährenden Aufregungen müde, nichts sehnlicher wünsche, als eine Periode ungestörter Ruhe.

Im Publikum, das durch offizielle Rücksichten nicht gebunden ist, hört man freilich auch andere Stimmen. Ganz abgesehen von geschmacklosen Vergleichen, wie *mit der Tat Tells* und der des Serben Milosch Obilitsch, der den Sultan Bajasid auf dem Amselfeld *ermordete* und heute noch als *Nationalheld gefeiert* wird, wird darauf hingewiesen, wie unbedacht es war, in dem *fanatisierten*[3] *Bosnien*[4] Manöver abzuhalten und vollends zu einem Zeitpunkt, wo der Widowdan empfängliche Gemüter immer von neuem mit patriotischer Erregung erfülle. Ein erheblicher Teil der serbischen Presse hat sich zum Echo dieser Stimmungen gemacht und spricht sogar von einer *Provokation des serbischen patriotischen* Gefühls[5] durch die Abhaltung der Manöver. Diese Taktik bezweckt natürlich nichts anderes, als die Anschuldigungen zu parieren, die in der Öffentlichkeit Österreich-Ungarns gegen die *planmäßig in Serbien* betriebene *großserbische Agitation* erhoben werden.

Die nicht abzuleugnende *moralische Mitschuld Serbiens* an dem *Attentat* bedeutet eine schwere Schädigung des durch die beiden letzten Kriege kaum erst wieder gehobenen Ansehens des Landes.

---

[3] »fanatisierten« vom Kaiser zweimal unterstrichen.

[4] Am Rand Fragezeichen und Ausrufungszeichen des Kaisers.

[5] Am Rand Ausrufungszeichen des Kaisers.

Dies empfinden auch seine wärmsten Freunde und Gönner. So soll mein russischer Kollege auf die erste Nachricht von der Katastrophe ausgerufen haben: »*Espérons que ce ne sera pas un Serbe.*«

*er mußte es ja doch wissen!*

v. Griesinger

Nr. 11

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler [1]

Geheim! Wien, den 2. Juli 1914[2]

Im Anschluß an meine anderweite Berichterstattung[3] beehre ich mich, über meine heutige Audienz bei Sr. M. dem Kaiser Franz Joseph nachstehendes zu melden.

Der Kaiser kam mir bei meinem Eintritte in sein Kabinett mit elastischem Schritte entgegen und forderte mich nach Entgegennahme meines Allerhöchsten Auftrages auf, an seinem Schreibtische Platz zu nehmen. Der Kaiser sagte dann, die Zeiten seien sehr ernst. Er wisse ja nicht, wie lange ihm noch zu leben beschieden sein werde, aber er fürchte, in seinen letzten Lebenstagen würde ihm keine Ruhe vergönnt sein. Der Kaiser sprach dann über die wachsende Gefahr »da unten« und meinte, »ich sehe sehr schwarz in die Zukunft«. Man müsse aber an die Zukunft denken und schon jetzt nach Möglichkeit Vorsorge treffen. Er hätte sehr gern sich mit unserem Allergnädigsten Herrn über alle die ihn beschäftigenden politischen Fragen ausgesprochen. Nun sei das leider für jetzt unmöglich geworden. Statt dessen werde er aber den Prinzen Hohenlohe tunlichst bald nach Berlin senden, der mit seinen Anschauungen wohl vertraut sei. Er hoffe zuversichtlich, daß mein Kaiser dem Prinzen volles Vertrauen entgegenbringen werde, »denn er verdient es«. Er habe den Prinzen beauftragt, ganz offen und rückhaltlos mit Sr. M. dem Kaiser und dessen Ratgebern zu sprechen.

Der Kaiser berührte dann die albanische Frage. In Albanien gehe es sehr schlecht. Mit den Leuten dort sei nichts zu machen: Jeder Albanese sei bestechlich, und auf keinen könne man sich verlassen. Prinz Wied habe gewiß den besten Willen, aber anscheinend sei er nicht der Mann für die ihm gestellte Aufgabe, wobei er aber nicht entscheiden wolle, ob ein anderer es besser gemacht haben würde. Man habe wohl die Verpflichtung, den Fürsten von Albanien so lange wie möglich zu halten und seine persönliche Sicherheit zu

---

[1] Nach einer bei den Akten befindlichen Abschrift.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 4. Juli nachm. Dazu die Notiz: »Vom Unterstaatssekretär persönlich beantwortet«. Die Antwort ist nicht bei den Akten.

[3] Siehe Nr. 9.

garantieren. Weiter könne er aber nicht gehen. Die Albaner möchten dann sehen, wie sie untereinander fertig werden würden. Österreich interessiere nur die Integrität des albanischen Staates. Solange diese gewahrt werde, denke man hier an keine Intervention.

Turkan Pascha scheine auch ein recht übler Herr zu sein, der jetzt nun schon zum zweiten Male seinen Fürsten und sein Land im Stiche lasse. Daß man ein so übel beleumundetes Subjekt wie Herrn Aliotti von Rom aus nach Durazzo geschickt habe, sei bedauerlich und zeuge von der Schwäche der italienischen Regierung. Doch sei Marquis di San Giuliano durchaus korrekt, und es gehe ja jetzt glücklicherweise entschieden besser im Verhältnis mit Rom.

Erfreulich sei es, daß die Beziehungen zu Griechenland wärmer geworden seien. Mit so vernünftigen Leuten wie die Herren Veniselos und Streit werde man gewiß auf diesem guten Wege weiterkommen.

Wenn er, der Kaiser, auch gewiß nichts für König Ferdinand übrig habe, so sei doch Bulgarien ein großes Land und bedeutender Entwicklung fähig. Bulgarien sei, außer vielleicht Griechenland, der einzige Balkanstaat, der gar keine widerstreitenden Interessen mit Österreich habe. Er halte es deshalb für richtig, die Beziehungen zu diesem Lande zu pflegen und fester zu gestalten.

Traurig dagegen sei das Kapitel »Rumänien«. »Ich weiß, daß Ihr Kaiser volles Vertrauen zu König Carol hat«, meinten S. M. wörtlich. »Ich habe es nicht.« Wenn der König auch versuche, sich möglichst gut mit Worten nach allen Seiten hin zu decken, so sei er, der Kaiser, doch fest überzeugt, daß der König nicht mehr die Kraft habe, sein Land zu führen, sondern er werde von der Volksstimmung geführt. Übrigens habe der König ja mit aller Deutlichkeit seinerzeit schon dem Prinzen Fürstenberg erklärt, er fühle sich nicht imstande, seinen Verpflichtungen dem Dreibunde gegenüber nachzukommen. Die von ihm oft gerühmte Politik der freien Hand werde notwendig dahin führen, daß er gegen Österreich werde marschieren müssen.

Ein Lichtblick in der sonst so trüben politischen Lage sei die Besserung der Beziehungen zwischen Berlin und London, die naturgemäß auch eine günstige Rückwirkung auf die Beziehungen zwischen Wien und London zur Folge gehabt hätten. Sir Edward Grey habe sich im Laufe der Jahre entschieden in politischer Beziehung zu seinem Vorteil verändert, und er glaube, daß die sonst nicht gerade brillante Londoner Konferenz doch das Gute gehabt habe, Deutschland und auch Österreich dem Minister näherzubringen, der unsere Politik jetzt wohl richtiger beurteilt wie früher. »Wenn wir England nur ganz von seinen Freunden Frankreich und Rußland abbringen könnten«, meinte S. M. Ich bemerkte hier, daß S. M. überzeugt sein könnten, daß S. M., unser Allergnädigster Kaiser, und der Herr Reichskanzler auch weiter auf dem bisher mit großer Geduld und Beharrlichkeit verfolgten Wege weiterschreiten würden, um England mehr und mehr von der Kongruenz unserer Interessen zu

überzeugen. Ein völliges Abdrängen von seinen jetzigen Ententefreunden würde aber wohl in absehbarer Zeit kaum möglich sein. Wir müßten mit einer allmählich fortschreitenden Besserung unseres Verhältnisses zu England uns für jetzt zufrieden geben. Vielleicht würden einmal Ereignisse in der Welt eintreten, durch welche unsere Bemühungen rascher zum Ziele geführt werden würden.

S. M. kam dann zum Schluß nochmals auf den serbischen Nachbar zu sprechen. Die Belgrader Intrigen seien unerträglich. Mit den Leuten sei eben im guten nichts anzufangen. S. M. erwähnten hier die Stellung, die Herr von Hartwig in Belgrad einnehme, und die Besorgnisse, die ihm die russischen sogenannten Probemobilisierungen im Herbst, also zu einer Zeit, wo hier die Rekruten eingestellt würden und die Armee nicht vollkommen schlagfertig sei, einflößten. Er hoffe, daß mein Kaiser und die Kaiserliche Regierung die Gefahren ermäßen, die für die Monarchie in der serbischen Nachbarschaft lägen. Man müsse, wie gesagt, an die Zukunft denken und die Machtstellung der im Dreibund Verbündeten wahren. Ich benutzte diese Bemerkung des Kaisers, um auch Sr. M. gegenüber — wie ich es in diesen Tagen dem Grafen Berchtold gegenüber sehr nachdrücklich bereits getan habe — nochmals darauf hinzuweisen, daß S. M. sicher darauf bauen könne, Deutschland geschlossen hinter der Monarchie zu finden, sobald es sich um die Verteidigung eines ihrer Lebensinteressen handele. Die Entscheidung darüber, wann und wo ein solches Lebensinteresse vorliege, müsse Österreich selbst überlassen bleiben. Aus Stimmungen und Wünschen heraus, wenn sie auch noch so verständlich seien, könne verantwortliche Politik nicht gemacht werden. Es müsse vor jedem entscheidenden Schritt sehr genau erwogen werden, wie weit man gehen wolle und müsse und mit welchen Mitteln das ins Auge gefaßte Ziel zu errreichen sei. In erster Linie müsse bei jedem folgenschweren Schritte die allgemeine politische Lage erwogen und die voraussichtliche Haltung der anderen Mächte und Staaten in Rücksicht gezogen und das Terrain sorgfältig vorbereitet werden. Ich könne nur wiederholen, daß mein Kaiser hinter jedem festen Entschlusse Österreich-Ungarns stehen werde. S. M. stimmten diesen meinen Worten lebhaft zu und meinten, ich hätte gewiß recht.

Der Kaiser erwähnte dann noch, daß der plötzliche Tod des Generals Pollio ein herber Verlust für Italien und auch für uns sei. »Alles stirbt um mich herum,« sagte S. M., »es ist zu traurig.«

Der Kaiser sprach dann noch über seine Sommerpläne in Ischl, die Aussichten der Hirschjagd und geruhten mich nach fast einstündiger Audienz in gnädigster Weise zu entlassen.

Während ich diesen Bericht — zwischen 12 und 1 Uhr nachts — niederschreibe, höre ich das Johlen und Pfeifen einer großen Menschenmenge, die eine Demonstration vor der nahe gelegenen russischen Botschaft veranstalten. Zahlreichen Schutzmannschaften ist es soeben gelungen, die Demonstranten von der russischen Botschaft abzu-

drängen, und nach einer Ansprache, die von jemandem an die Menge gerichtet wurde, die ich aber nicht verstehen konnte, zieht die Menge soeben ab unter Absingung des »Gott erhalte« und der »Wacht am Rhein«.

von Tschirschky

Nr. 12

## Der Gesandte in Belgrad an den Reichskanzler[1]

Belgrad, den 2. Juli 1914[2]

Wie mir der österreichisch-ungarische Geschäftsträger mitteilt, hat er gestern von sich aus an den Generalsekretär im hiesigen Auswärtigen Ministerium die Frage gerichtet, was die serbische Regierung angesichts der *selbst nach den slawischen Blättern auf Serbien und Belgrad weisenden Zusammenhänge mit dem Attentat zu deren Ermittelung angeordnet habe.* Herr Gruitsch erklärte ihm darauf, daß bis *jetzt nichts geschehen* sei und die Sache die *serbische Regierung auch nichts anginge*[3], und fragte seinerseits, ob der Geschäftsträger im Namen seiner Regierung spreche. Herr von Storck *ist ihm dann sehr deutlich* geworden und hat ihm sein tiefstes Befremden darüber ausgedrückt, daß eine Regierung, die fortwährend versichere, mit ihren Nachbarn in korrekten Beziehungen leben zu wollen, eine *derartige Gleichgültigkeit* an den Tag lege. Die Unterredung scheint *beiderseits ungemein erregt geführt worden zu sein* und hat damit geendet, daß der Generalsekretär sofort mit dem Minister des Innern sich ins Benehmen setzte. Es verlautet nunmehr, daß am *gestrigen Abend einige Verhaftungen und Haussuchungen* in den von *den Attentätern seinerzeit bewohnten Quartieren vorgenommen* wurden. Auch sollen nähere Ermittlungen darüber im Gange sein, welchen Gesellschaften und nationalistischen Vereinen die Attentäter angehört haben, wie sie in den *Besitz der Bomben gelangt sind und woher die* angeblich bei ihnen *vorgefundenen Gelder* stammen.

v. Griesinger

*sehr bezeichnend*

---

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 5. Juli vorm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 13. Juli zurückgegeben, am 16. Juli wieder im Amt. Gemäß kaiserlicher Randverfügung am 20. Juli der Botschaft in Wien mitgeteilt.

[3] Die Worte »jetzt nichts geschehen« und »nichts anginge« vom Kaiser zweimal unterstrichen, am Rand zwei Ausrufungszeichen des Kaisers.

Nr. 13

## Der Kaiser von Österreich an den Kaiser

Handschreiben[1]

Ich habe aufrichtig bedauert, daß Du genötigt warst, Deine Absicht, zur Trauerfeier nach Wien zu kommen, aufzugeben. Ich hätte Dir sehr gerne persönlich meinen herzlichen Dank für Deine wohltuende Anteilnahme an meinem schweren Kummer ausgesprochen.

Du hast mir durch Dein warmes, mitfühlendes Beileid wieder bewiesen, daß ich in Dir einen treuen verläßlichen Freund besitze und daß ich in jeder ernsten Stunde auf Dich rechnen kann.

Es wäre mir auch sehr erwünscht gewesen, die politische Lage mit Dir zu besprechen; da dies jetzt nicht möglich gewesen ist, erlaube ich mir, Dir die anruhende von meinem Minister des Äußern ausgearbeitete Denkschrift zu senden, die noch vor der furchtbaren Katastrophe in Sarajevo verfaßt wurde und jetzt nach diesem tragischen Ereignisse besonders beachtenswert erscheint.

Das gegen meinen armen Neffen verübte Attentat ist die direkte Folge der von den russischen und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation, deren einziges Ziel die Schwächung des Dreibundes und die Zertrümmerung meines Reiches ist.

Nach allen bisherigen Erhebungen hat es sich in Sarajevo nicht um die Bluttat eines einzelnen, sondern um ein wohlorganisiertes Komplott gehandelt, dessen Fäden nach Belgrad reichen, und wenn es auch vermutlich unmöglich sein wird, die Komplizität der serbischen Regierung nachzuweisen, so kann man wohl nicht im Zweifel darüber sein, daß ihre auf die Vereinigung aller Südslawen unter serbischer Flagge gerichtete Politik solche Verbrechen fördert, und daß die Andauer dieses Zustandes eine dauernde Gefahr für mein Haus und für meine Länder bildet.

Diese Gefahr wird noch dadurch erhöht, daß auch Rumänien, trotz des bestehenden Bündnisses mit uns, sich mit Serbien eng befreundet hat und auch im eigenen Lande eine ebenso gehässige Agitation gegen uns duldet, wie Serbien es tut.

Es wird mir schwer, an der Treue und den guten Absichten eines so alten Freundes, wie Carl von Rumänien es ist, zu zweifeln,

---

[1] Nach der bei den Akten befindlichen offiziellen Abschrift der k. u. k. Regierung, die nebst der unten (Nr. 14) abgedruckten Denkschrift am 5. Juli von österreichisch-ungarischer Seite dem Unterstaatssekretär Zimmermann überreicht worden war. Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 5. Juli. Am 6. Juli dem Botschafter in Wien abschriftlich mitgeteilt. Siehe außerdem die Telegramme vom 6. Juli an die Vertretungen in Wien, Bukarest, Sofia und Rom Nr. 15, 16, 17 und 33. Siehe auch deutsches Weißbuch vom Juni 1919, Anlage V. 3.

er selbst hat aber meinem Gesandten im Laufe der letzten Monate zweimal erklärt, daß er angesichts der erregten und uns feindlichen Stimmung seines Volkes nicht in der Lage wäre, im Ernstfalle seinen Bundespflichten nachzukommen.

Dabei fördert die gegenwärtige rumänische Regierung ganz offen die Bestrebungen der Kulturliga, begünstigt die Annäherung an Serbien und strebt mit russischer Hilfe die Gründung eines neuen Balkanbundes an, der nur gegen mein Reich gerichtet sein könnte.

Schon am Beginne der Regierungszeit Carls haben ähnliche politische Phantasien, wie sie jetzt von der Kulturliga verbreitet werden, den gesunden politischen Sinn der rumänischen Staatsmänner getrübt, und es hat die Gefahr bestanden, daß das Königreich eine Abenteurerpolitik treiben würde. Damals hat Dein seliger Großvater in energischer zielbewußter Weise durch seine Regierung eingegriffen und hat Rumänien so den Weg gewiesen, auf welchem es zu einer Vorzugsstellung in Europa und zu einer verläßlichen Stütze aller Ordnung geworden ist.

Jetzt droht dieselbe Gefahr dem Königreiche; ich befürchte, daß Ratschläge allein nicht mehr helfen werden und daß Rumänien nur dann dem Dreibunde erhalten werden kann, wenn wir einerseits das Entstehen eines Balkanbundes unter russischer Patronanz durch den Anschluß Bulgariens an den Dreibund unmöglich machen und andererseits in Bukarest klar und deutlich zu erkennen geben, daß die Freunde Serbiens nicht unsere Freunde sein können, und daß auch Rumänien nicht mehr mit uns als Bundesgenossen wird rechnen können, wenn es sich nicht von Serbien lossagt und die gegen den Bestand meines Reiches gerichtete Agitation in Rumänien nicht mit aller Kraft unterdrückt.

Das Bestreben meiner Regierung muß in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein. Die erste Etappe auf diesem Wege wäre in einer Stärkung der Stellung der gegenwärtigen bulgarischen Regierung zu suchen, damit Bulgarien, dessen reelle Interessen mit den unsrigen übereinstimmen, vor der Rückkehr zur Russophilie bewahrt bleibt.

Wenn man in Bukarest erkennt, daß der Dreibund entschlossen ist, auf einen Anschluß Bulgariens nicht zu verzichten, jedoch bereit wäre, Bulgarien dazu zu veranlassen, sich mit Rumänien zu verbinden und dessen territoriale Integrität zu garantieren, so wird man dort vielleicht von der gefährlichen Richtung zurückkommen, in welche man durch die Freundschaft mit Serbien und die Annäherung an Rußland getrieben worden ist.

Wenn dies gelingt, könnte der weitere Versuch gemacht werden, Griechenland mit Bulgarien und der Türkei zu versöhnen, es würde sich dann unter der Patronanz des Dreibundes ein neuer Balkanbund bilden, dessen Ziel darin bestehen würde, dem Vordringen der panslawistischen Hochflut ein Ziel zu setzen und unseren Ländern den Frieden zu sichern.

Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den Angelpunkt der panslawischen Politik bildet, als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird.

Auch Du wirst nach dem jüngsten furchtbaren Geschehnisse in Bosnien die Überzeugung haben, daß an eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist, und daß die erhaltende Friedenspolitik aller europäischen Monarchen bedroht sein wird, solange dieser Herd von verbrecherischer Agitation in Belgrad ungestraft fortlebt.

Nr. 14

## Memorandum der österreichisch-ungarischen Regierung[1]

Geheim!

Nach den großen Erschütterungen der letzten zwei Jahre haben sich die Verhältnisse am Balkan so weit geklärt, daß es nun möglich ist, die Ergebnisse der Krise einigermaßen zu übersehen und festzustellen, inwiefern die Interessen des Dreibundes, insbesondere die der beiden zentralen Kaisermächte, durch die Ereignisse tangiert wurden und welche Schlußfolgerungen sich für die europäische und Balkanpolitik dieser Mächte ergeben.

Wenn man die heutige Situation mit jener vor der großen Krise unbefangen vergleicht, muß man konstatieren, daß das Gesamtergebnis, vom Standpunkte Österreich-Ungarns sowie des Dreibundes aus betrachtet, keineswegs als günstig bezeichnet werden kann.

Die Bilanz weist allerdings einige Aktivposten auf. Es ist gelungen, als Gegengewicht gegen das Vordringen Serbiens ein selbständiges albanesisches Staatswesen zu schaffen, das nach einer Reihe von Jahren, wenn seine innere Organisation vollendet sein wird, immerhin auch als militärischer Faktor in den Kalkul des Dreibundes eingestellt werden kann. Die Beziehungen des Dreibundes zu dem erstarkten und vergrößerten griechischen Königreiche haben sich allmählich so gestaltet, daß Griechenland trotz seines Bündnisses mit Serbien nicht unbedingt als Gegner anzusehen ist.

Hauptsächlich ist aber infolge der Entwicklung, die zum zweiten Balkankrieg geführt hat, Bulgarien aus der russischen Hypnose erwacht und kann heute nicht mehr als Exponent der russischen Politik gelten. Die bulgarische Regierung strebt im Gegenteile an, in ein näheres Verhältnis zum Dreibund zu treten.

---

[1] Nach der bei den Akten befindlichen offiziellen Abschrift der österreichisch-ungarischen Regierung. Siehe auch deutsches Weißbuch vom Juni 1919 Anlage V. 4. Mit Nr. 13 am 5. Juli überreicht.

Diesen günstigen Momenten stehen jedoch nachteilige gegenüber, die schwerer als jene ins Gewicht fallen. Die Türkei, deren Interessengemeinschaft mit dem Dreibunde von selbst gegeben war, und die ein starkes Gegengewicht gegen Rußland und die Balkanstaaten dargestellt hatte, ist aus Europa fast ganz verdrängt worden und hat eine wesentliche Einbuße an ihrer Großmachtstellung erlitten. Serbien, dessen Politik seit Jahren von feindlichen Tendenzen gegen Österreich-Ungarn geleitet wird, und das ganz unter russischem Einflusse steht, hat einen Zuwachs an Gebiet und Bevölkerung erreicht, der die eigenen Erwartungen weit übertroffen hat; durch die territoriale Nachbarschaft zu Montenegro und das allgemeine Erstarken der großserbischen Idee ist die Möglichkeit einer weiteren Vergrößerung Serbiens im Wege der Union mit Montenegro nahegerückt. Endlich hat sich im Laufe der Krise das Verhältnis Rumäniens zum Dreibunde wesentlich geändert.

Während die Balkankrise somit zu Resultaten geführt hat, die an sich schon für den Dreibund keineswegs günstig sind und den Keim einer speziell für Österreich-Ungarn unerwünschten weiteren Entwicklung in sich schließen, sehen wir andererseits, daß die russische und französische Diplomatie eine einheitliche und planmäßige Aktion eingeleitet hat, um die errungenen Vorteile weiter auszugestalten und einzelne, von ihrem Standpunkte nachteilige Momente entsprechend zu modifizieren.

Ein kurzer Überblick über die europäische Lage läßt klar erkennen, weshalb die Triple-Entente — richtiger der Zweibund, denn England hat seit der Balkankrise aus erklärlichen und sehr bezeichnenden Gründen eine reservierte Haltung eingenommen — sich mit den zu ihren Gunsten eingetretenen Verschiebungen am Balkan nicht zufrieden geben konnte.

Während die Politik der beiden Kaisermächte und bis zu einem gewissen Grade auch jene Italiens eine konservative ist und der Dreibund einen rein defensiven Charakter besitzt, verfolgt die Politik Rußlands wie Frankreichs gewisse, gegen das Bestehende gerichtete Tendenzen und ist das russisch-französische Bündnis, als Produkt des Parallelismus dieser Tendenzen, in letzter Linie offensiver Natur. Daß die Politik des Dreibundes sich bisher durchsetzen konnte und der Friede Europas vor Störungen durch Rußland und Frankreich bewahrt blieb, war auf die militärische Superiorität zurückzuführen, welche die Heere des Dreibundes, vor allem Österreich-Ungarns und Deutschlands, gegenüber jenen Rußlands und Frankreichs unzweifelhaft besaßen, wobei das Bündnis Rumäniens mit den Kaisermächten ein hoch zu bewertender Faktor war.

Der Gedanke, die christlichen Balkanvölker von der türkischen Herrschaft zu befreien, um sie dann als Waffe gegen Zentraleuropa zu gebrauchen, ist seit altersher der realpolitische Hintergrund des traditionellen Interesses Rußlands für diese Völker. In neuerer Zeit hat sich hieraus die von Rußland ausgegangene, von Frank-

reich verständnisvoll aufgenommene Idee entwickelt, die Balkanstaaten zu einem Balkanbund zu vereinigen, um auf diese Weise die militärische Superiorität des Dreibundes aus der Welt zu schaffen. Die erste Vorbedingung für die Verwirklichung dieses Planes war, daß die Türkei aus den von den christlichen Balkannationen bewohnten Gebieten verdrängt werde, damit die Kraft dieser Staaten vermehrt und nach Westen hin frei werde. Diese Vorbedingung ist durch den letzten Krieg im großen und ganzen erfüllt worden. Dagegen ist nach dem Ausgange der Krise eine Spaltung der Balkanstaaten in zwei annähernd gleich starke gegnerische Gruppen, die Türkei und Bulgarien einerseits, die beiden serbischen Staaten, Griechenland und Rumänien andererseits, eingetreten.

Diese Spaltung zu beseitigen, um alle Balkanstaaten oder doch die entscheidende Mehrzahl zur Verschiebung des europäischen Kräfteverhältnisses verwenden zu können, bildete die nächste Aufgabe, die sich nach dem Abschluß der Krise Rußland und mit ihm Frankreich stellte.

Da zwischen Serbien und Griechenland ein Bündnis bereits bestand und Rumänien sich mit diesen beiden Staaten wenigstens hinsichtlich der Resultate des Bukarester Friedens solidarisch erklärt hatte, handelt es sich für die Zweibundmächte im Wesen darum, den tiefen Gegensatz Bulgariens zu Griechenland und vor allem zu Serbien in der mazedonischen Frage auszugleichen; ferner, eine Basis zu finden, auf welcher Rumänien bereit wäre, ganz ins Lager des Zweibundes abzuschwenken und selbst mit dem mißtrauisch beobachteten Bulgarien an einer politischen Kombination teilzunehmen; endlich, wenn möglich, eine friedliche Lösung der Inselfrage herbeizuführen, um eine Annäherung oder den Anschluß der Türkei an die Balkanstaaten anzubahnen.

Über die Grundlage, auf welcher sich nach den Absichten der russischen und französischen Diplomatie die Ausgleichung dieser Gegensätze und Rivalitäten vollziehen und der neue Balkanbund aufbauen soll, kann kein Zweifel bestehen. Ein Bündnis der Balkanstaaten kann sich unter den heutigen Verhältnisssen, da eine gemeinsame Aktion gegen die Türkei nicht mehr in Betracht kommt, nur gegen Österreich-Ungarn richten und nur auf der Basis eines Programmes zustande gebracht werden, das in letzter Linie auf Kosten der territorialen Integrität der Monarchie allen Teilnehmern durch eine staffelweise Verrückung der Grenzen von Ost nach West Gebietserweiterungen in Aussicht stellt. Eine Einigung der Balkanstaaten auf einer anderen Grundlage ist kaum denkbar, auf dieser Basis aber nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern auf bestem Wege, zur Tatsache zu werden.

Daß Serbien unter russischem Druck darauf eingehen würde, für den Eintritt Bulgariens in ein gegen die Monarchie gerichtetes, auf den Erwerb Bosniens und der angrenzenden Gebiete abzielendes

Bündnis in Mazedonien einen angemessenen Preis zu bezahlen, ist wohl nicht zu bezweifeln.

Größer sind die Schwierigkeiten in Sofia.

Rußland hat Bulgarien Vorschläge auf der eben erwähnten Basis schon vor dem zweiten Balkankrieg gemacht und sie nach dem Bukarester Frieden wiederholt. Bulgarien, das offenbar von Vereinbarungen mit Serbien gründlich abgeschreckt war, hat es jedoch abgelehnt, auf die russischen Pläne einzugehen, und verfolgt seither eine Politik, welche auf alles eher als auf eine friedliche Verständigung mit Serbien unter der Ägide Rußlands abzielt. Man hat in St. Petersburg das Spiel aber keineswegs verloren gegeben. Im Innern des Landes arbeiten russische Agenten am Sturze des heutigen Regimes, und gleichzeitig ist die Zweibunddiplomatie eifrig bemüht, eine völlige Isolierung Bulgariens herbeizuführen, um es hierdurch den russischen Angeboten zugänglich zu machen.

Da Bulgarien nach dem Friedensschlusse bei der Türkei Anlehnung gesucht und gefunden und da sich bei der Pforte andererseits die Neigung gezeigt hatte, ein Bündnis mit Bulgarien einzugehen und sich dem Dreibund zu nähern, so ist russisch-französischer Einfluß seit einiger Zeit am Bosporus eifrig am Werk, um dieser Politik der Türkei entgegenzuarbeiten, letztere zum Zweibund hinüberzuziehen und auf diese Art Bulgarien entweder durch völlige Isolierung oder durch Einwirkung der Türkei zu einer neuen Orientierung zu veranlassen. Meldungen aus Konstantinopel, die durch die Reise Talaat Beïs nach Livadia eine gewisse Bestätigung erfahren haben, besagen, daß diese Bemühungen, wenigstens was die Türkei betrifft, nicht ohne Erfolg geblieben sind. Es ist Rußland gelungen, durch den Hinweis auf die angeblichen, den kleinasiatischen Besitzstand bedrohenden Aufteilungspläne anderer Mächte das historische Mißtrauen der Türkei von sich abzulenken und mit wirksamer Unterstützung Frankreichs, das die Finanznot der Türkei auszunutzen verstand, zu erreichen, daß anstatt eines Zusammengehens mit dem Dreibund der Gedanke einer Annäherung an die andere Mächtegruppe von den türkischen Staatsmännern in ernste Erwägung gezogen wird.

Auf die Tätigkeit der russischen und französischen Diplomatie ist auch die Reise Talaat Beïs nach Bukarest zurückzuführen, durch welche eine rumänische Vermittlung in der Inselfrage herbeigeführt, gleichzeitig aber auch durch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Konstantinopel und Bukarest die Einkreisung Bulgariens gefördert werden sollte.

Einstweilen hat sich eine Wirkung dieser Einkreisungsbestrebungen auf die bulgarische Politik noch nicht gezeigt, vielleicht deshalb, weil man in Sofia noch keinen Anlaß hatte, gegen die Absichten der Türkei mißtrauisch zu werden. Jedenfalls ist aber die Erwartung Rußlands vollkommen gerechtfertigt, daß eine völlige Isolierung am Balkan wie in Europa Bulgarien schließlich nötigen würde, seine

bisherige Politik aufzugeben und auf die Bedingungen einzugehen, die ihm Rußland für die Wiederaufnahme in seinen Schutz und Schirm auferlegen würde.

Mazedonien spielt in der inneren und äußeren Politik Bulgariens eine proeminente Rolle. Wenn es sich für die dortigen Machthaber herausstellen sollte, daß der von Rußland proponierte friedliche Ausgleich und das Bündnis mit Serbien der einzige Weg ist, wenigstens Teile Mazedoniens für die bulgarische Sache zu retten, wird trotz der erlittenen Enttäuschungen keine bulgarische Regierung es wagen können, diese Kombination zurückzuweisen. Nur eine Aktion, die Bulgarien den russischen Drohungen und Lockungen gegenüber das Rückgrat stärkt und das Land vor Isolierung bewahrt, könnte verhindern, daß Bulgarien schließlich auf die Balkanbundpläne eingeht.

Was nun Rumänien anbelangt, so hatte dort die russisch-französische Aktion schon während der Balkankrise mit voller Intensität eingesetzt, sie hatte die öffentliche Meinung durch erstaunliche Verdrehungskünste und durch geschickte Anfachung der unter der Oberfläche stets fortglimmenden großrumänischen Idee in eine feindselige Stimmung gegen die Monarchie hineingetrieben und die auswärtige Politik Rumäniens zu einer mit seinen Bundespflichten gegenüber Österreich-Ungarn kaum in Einklang stehenden militärischen Kooperation mit Serbien veranlaßt.

Diese Aktion ist seither keineswegs zum Stillstand gekommen, sie wurde und wird vielmehr mit allem Nachdruck und mit so eindrucksvollen und demonstrativen Mitteln, wie dem Besuche des Zaren am rumänischen Hofe, fortgesetzt.

Parallel damit vollzog sich ein immer tiefer gehender Umschwung in der rumänischen öffentlichen Meinung, und es kann heute nicht daran gezweifelt werden, daß viele Kreise der Armee, der Intelligenz und des Volkes für eine neue Orientierung Rumäniens gewonnen sind, für eine Politik des Anschlusses an Rußland, die sich die »Befreiung der Brüder jenseits der Karpathen« zum Ziele zu setzen hätte. Es ist klar, daß damit das Terrain für den Eintritt Rumäniens in einen etwaigen künftigen Balkanbund in der wirksamsten Weise vorbereitet ist.

Das offizielle Rumänien hat bisher dem Einflusse dieser populären Strömungen und den russisch-französischen Werbungen so weit widerstanden, daß von einem offenen Übergang ins Lager des Zweibundes und zu einer ausgesprochenen Politik gegen Österreich-Ungarn derzeit noch nicht gesprochen werden kann. Es ist aber unleugbar, daß in der auswärtigen Politik Rumäniens eine bedeutsame Schwenkung eingetreten ist, die — ganz abgesehen von allen Perspektiven auf eine künftige, in gleicher Richtung fortschreitende Entwicklung — schon jetzt auf die politische und militärische Situation Österreich-Ungarns, ja des ganzen Dreibundes, in beträchtlichem Maße zurückwirkt.

Während nämlich früher, trotz der Geheimhaltung des Allianzverhältnisses, kein positiver Anhaltspunkt vorlag, an der Erfüllung der aus dem Akkord mit den Dreibundmächten entspringenden Verpflichtungen durch Rumänien zu zweifeln, haben kompetente rumänische Stellen in letzter Zeit mehrfach die öffentliche Erklärung abgegeben — wogegen die Dreibundmächte infolge der Geheimhaltungsklausel des Bündnisvertrages keine Rekriminationen erheben konnten — daß der leitende Gedanke der rumänischen Politik das Prinzip der freien Hand sei. Ebenso hat König Carol mit der Offenheit, die seiner vornehmen Gesinnung entspricht, dem k. und k. Gesandten erklärt, solange er lebe, werde sein Streben zwar dahin gehen, daß die rumänische Armee gegen Österreich-Ungarn nicht ins Feld ziehe, allein gegen die öffentliche Meinung des heutigen Rumänien könne er nicht Politik machen, und es sei daher im Falle eines Angriffes Rußlands gegen die Monarchie trotz des bestehenden Bündnisses an eine Aktion Rumäniens an der Seite Österreich-Ungarns nicht zu denken. Um einen Schritt weiter ist — bezeichnenderweise unmittelbar nach dem Zarenbesuche in Constanza — der rumänische Minister des Äußern gegangen, indem er in einem Interview unverblümt zugab, daß eine Annäherung Rumäniens an Rußland erfolgt sei und daß eine Interessengemeinschaft zwischen den beiden Staaten bestehe.

Das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Rumänien ist somit gegenwärtig dadurch charakterisiert, daß die Monarchie ganz auf dem Boden des Bündnisses steht und nach wie vor bereit ist, Rumänien, wenn der casus foederis eintreten sollte, mit ganzer Macht zu unterstützen, daß Rumänien aber sich von den Bündnispflichten einseitig lossagt und der Monarchie lediglich eine neutrale Haltung in Aussicht stellt. Selbst die bloße Neutralität Rumäniens ist der Monarchie nur durch eine persönliche Zusage König Carols garantiert, die natürlich lediglich für die Dauer seiner Regierung von Wert ist, deren Einhaltung aber überdies davon abhängt, daß der König die Leitung der auswärtigen Politik stets vollkommen in der Hand behält. Daß dies in Zeiten nationaler Erregung des ganzen Landes die Kraft des Monarchen übersteigen könnte, kann um so weniger negiert werden, als König Carol sich heute schon auf die Volksstimmung beruft, um die Unmöglichkeit der vollen Erfüllung der Bundespflichten seitens Rumäniens zu begründen. Es darf schließlich auch nicht übersehen werden, daß Rumänien schon heute mit dem erbittertsten Gegner der Monarchie am Balkan, mit Serbien, durch Bande der Freundschaft und Interessengemeinschaft verknüpft ist.

Die Monarchie hat sich bisher darauf beschränkt, die Schwenkung der rumänischen Politik in Bukarest in freundschaftlicher Weise zur Sprache zu bringen, sich im übrigen aber nicht veranlaßt gesehen, aus dieser immer deutlicheren Kursänderung Rumäniens ernste Konsequenzen zu ziehen; das Wiener Kabinett hat sich hierzu in erster Linie dadurch bestimmen lassen, daß die deutsche Re-

gierung die Auffassung vertrat, es handle sich um vorübergehende Schwenkungen, Folgeerscheinungen gewisser Mißverständnisse aus der Zeit der Krise, die sich automatisch zurückbilden würden, wenn man ihnen gegenüber Ruhe und Geduld bewahrt. Es hat sich aber gezeigt, daß diese Taktik ruhigen Abwartens und freundschaftlicher Vorstellungen nicht die gewünschte Wirkung hatte, daß sich der Prozeß der Entfremdung zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien nicht zurückgebildet, sondern im Gegenteil beschleunigt hat. Daß von dieser Taktik auch für die Zukunft eine Wendung im günstigen Sinne nicht zu erwarten ist, dafür spricht schon der Umstand, daß die gegenwärtige Situation der »freien Hand« für Rumänien durchaus vorteilhaft und nur für die Monarchie nachteilig ist.

Es drängt sich nun die Frage auf, ob Österreich-Ungarn das Verhältnis zu Rumänien noch durch eine offene Auseinandersetzung sanieren könnte, indem es das Königreich vor die Wahl stellt, entweder alle Brücken zum Dreibund abzubrechen oder — etwa durch Bekanntmachung seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde — ausreichende Bürgschaften dafür zu geben, daß die aus der Allianz entspringenden Verpflichtungen auch von seiner Seite voll und ganz erfüllt werden würden. Eine solche Lösung der Frage, die eine dreißigjährige Tradition wieder aufleben ließe, würde sicherlich den Wünschen Österreich-Ungarns am meisten entsprechen. Unter den gegebenen Verhältnissen ist es aber leider wenig wahrscheinlich, daß sich König Carol oder irgendeine rumänische Regierung, selbst gegen eine eventuelle Erweiterung des gegenwärtigen Bündnisvertrages, dazu bereitfinden würde, der herrschenden Volksstimmung zum Trotz Rumänien öffentlich als Bundesgenossen des Dreibundes hinzustellen. Ein kategorisches aut-aut seitens der Monarchie könnte daher zum offenen Bruch führen. Ob es dem deutschen Kabinett durch ernste und nachdrückliche Vorstellungen, eventuell verbunden mit einem Anerbieten im obigen Sinne, gelingen würde, Rumänien zu einer Stellungnahme zu veranlassen, die als eine verläßliche Garantie für seine dauernde und volle Bundestreue angesehen werden könnte, läßt sich von Wien aus nicht leicht beurteilen, erscheint aber wohl gleichfalls als zweifelhaft.

Unter diesen Umständen kann die Möglichkeit praktisch als ausgeschlossen gelten, das Bündnis mit Rumänien wieder so verläßlich und tragfähig zu gestalten, daß es für Österreich-Ungarn das Pivot seiner Balkanpolitik bilden könnte.

Es wäre nicht nur zwecklos, sondern bei der politischen und militärischen Bedeutung Rumäniens eine nicht zu verantwortende Sorglosigkeit, die wichtige Interessen der Reichsverteidigung aufs Spiel setzen würde, wenn sich die Monarchie gegenüber den in Rumänien zutage getretenen Erscheinungen weiterhin mehr oder weniger passiv verhalten und nicht ohne Aufschub die erforderlichen militärischen Vorbereitungen und politischen Aktionen einleiten

würde, um die Wirkungen der Neutralität und eventuellen Feindseligkeit Rumäniens aufzuheben oder wenigstens abzuschwächen.

Der militärische Wert des Bündnisses mit Rumänien bestand für die Monarchie darin, daß sie im Konfliktsfalle mit Rußland gegen dieses von der rumänischen Seite her militärisch völlig freie Hand gehabt hätte, während ein ansehnlicher Teil der russischen Heeresmacht durch den Angriff der flankierenden rumänischen Armee gebunden worden wäre. Das heutige Verhältnis Rumäniens zur Monarchie hätte jedoch, würde jetzt zwischen ihr und Rußland ein bewaffneter Konflikt ausbrechen, so ziemlich das Gegenteil zur Folge. Rußland hätte nun auf keinen Fall einen Angriff Rumäniens zu befürchten und würde gegen Rumänien kaum einen Mann aufstellen müssen, während Österreich-Ungarn der rumänischen Neutralität nicht ganz sicher und deshalb gezwungen wäre, ein entsprechendes Aufgebot an Truppen gegen das jetzt an seiner Flanke befindliche Rumänien zurückzubehalten.

Die bisherigen militärischen Vorkehrungen Österreich-Ungarns für den Fall eines Konfliktes mit Rußland basierten auf der Voraussetzung der Kooperation Rumäniens. Ist diese Vorraussetzung hinfällig, ja nicht einmal eine absolute Sicherheit vor einer rumänischen Aggression gegeben, so muß die Monarchie für den Kriegsfall andere Dispositionen treffen und auch die Anlage von Befestigungen gegen Rumänien in Betracht ziehen.

Politisch handelt es sich darum, Rumänien durch Taten zu beweisen, daß wir in der Lage sind, für die Balkanpolitik Österreich-Ungarns einen anderen Stützpunkt zu schaffen. Sachlich und zeitlich deckt sich die zu diesem Zweck einzuleitende Aktion mit der Notwendigkeit, gegen die von den Zweibundmächten betriebene Errichtung eines neuen Balkanbundes wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Das eine wie das andere kann bei der heutigen Lage am Balkan nur dadurch erreicht werden, daß die Monarchie auf die schon vor einem Jahre gestellten und seither mehrfach wiederholten Anerbieten Bulgariens eingeht und mit diesem in ein vertragsmäßiges Verhältnis tritt. Gleichzeitig müßte die Politik der Monarchie darnach trachten, ein Bündnis zwischen Bulgarien und der Türkei zustande zu bringen, wofür in beiden Staaten bis vor kurzem noch so günstige Dispositionen herrschten, daß ein Vertragsinstrument, wenn es auch später nicht unterzeichnet wurde, bereits ausgearbeitet war. Auch in dieser Hinsicht könnte eine Fortsetzung der bisherigen abwartenden Haltung, zu welcher sich die Monarchie durch eine viel weitergehende Rücksichtnahme auf das Bündnis, als sie in Bukarest an den Tag gelegt wurde, bestimmen ließ, von nicht wieder gut zu machendem schweren Nachteil sein. Weiteres Zuwarten und namentlich das Unterbleiben einer Gegenaktion in Sofia würde den intensiven und planmäßigen Bestrebungen Rußlands und Frankreichs vollkommen freies Spiel lassen. Die Haltung Rumäniens drängt die Monarchie geradezu mit Notwendigkeit dahin, Bulgarien jene An-

lehnung, die es seit langem sucht, zu gewähren, um den sonst kaum abzuwendenden Erfolg der russischen Einkreisungspolitik zu vereiteln. Dies muß aber eben geschehen, solange der Weg nach Sofia und auch nach Konstantinopel noch offen steht.

Der Vertrag mit Bulgarien, dessen nähere Bestimmungen noch eingehender zu prüfen sein werden, wird im allgemeinen natürlich so abzufassen sein, daß er die Monarchie nicht in Widerstreit mit ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen Rumänien gegenüber zu bringen vermag. Auch wäre dieser Schritt der Monarchie vor letzterem nicht geheim zu halten, da ja darin keine Feindseligkeit gegen Rumänien gelegen ist, wohl aber eine ernste Warnung, durch die sich die maßgebenden Faktoren in Bukarest der ganzen Tragweite einer dauernden einseitigen politischen Abhängigkeit von Rußland bewußt werden könnten.

Bevor Österreich-Ungarn aber an die in Rede stehende Aktion herantritt, legt es den größten Wert darauf, mit dem Deutschen Reiche ein volles Einvernehmen herzustellen, und zwar nicht nur aus Rücksichten, die der Tradition und dem engen Bundesverhältnis entspringen, sondern vor allem deshalb, weil wichtige Interessen Deutschlands und des Dreibundes überhaupt hier mit im Spiele sind und weil eine erfolgreiche Wahrung dieser in letzter Konsequenz gemeinsamen Interessen nur zu erwarten ist, wenn der einheitlichen Aktion Rußlands und Frankreichs eine ebenso einheitliche Gegenaktion des Dreibundes, insbesondere Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches, entgegengesetzt wird.

Denn wenn Rußland, von Frankreich unterstützt, die Balkanstaaten gegen Österreich-Ungarn zu vereinigen trachtet, wenn es die bereits erreichte Trübung des Verhältnisses zu Rumänien zu vertiefen bestrebt ist, so richtet sich diese Feindseligkeit nicht allein gegen die Monarchie als solche, sondern nicht zuletzt gegen den Bundesgenossen des Deutschen Reiches, gegen den durch seine geographische Lage und innere Struktur exponiertesten, Angriffen am meisten zugänglichen Teil des zentraleuropäischen Blocks, der Rußland den Weg zur Verwirklichung seiner weltpolitischen Pläne sperrt.

Die militärische Superiorität der beiden Kaisermächte durch Hilfstruppen vom Balkan her zu brechen, ist das Ziel des Zweibundes, aber nicht das letzte Ziel Rußlands.

Während Frankreich die Schwächung der Monarchie anstrebt, weil es hiervon eine Förderung seiner Revanchebestrebungen erwartet, sind die Absichten des Zarenreiches noch weit umfassender.

Wenn man die Entwicklung Rußlands in den letzten zwei Jahrhunderten, die stetige Erweiterung seines Gebietes, das enorme, alle anderen europäischen Großmächte weit überflügelnde Anwachsen seiner Volkszahl und die gewaltigen Fortschritte seiner wirtschaftlichen Ressourcen und militärischen Machtmittel überblickt und bedenkt,

daß dieses große Reich durch seine Lage und durch Verträge vom freien Meer noch immer so gut wie abgeschnitten ist, dann begreift man die Notwendigkeit des der russischen Politik seit jeher immanenten aggressiven Charakters.

Man kann Rußland vernünftigerweise territoriale Eroberungspläne gegen das Deutsche Reich nicht zumuten; trotzdem sind die außergewöhnlichen Rüstungen und kriegerischen Vorbereitungen, der Ausbau strategischer Bahnen gegen Westen etc. in Rußland sicherlich mehr noch gegen Deutschland als gegen Österreich-Ungarn gerichtet.

Denn Rußland hat erkannt, daß die Verwirklichung seiner, einer inneren Notwendigkeit entspringenden Pläne in Europa und Asien in erster Linie höchst wichtige Interessen Deutschlands verletzen und daher auf dessen unausweichlichen Widerstand stoßen müßte.

Die Politik Rußlands ist durch unveränderliche Verhältnisse bedingt und deshalb eine stetige und weitausblickende.

Die manifesten Einkreisungstendenzen Rußlands gegen die Monarchie, die keine Weltpolitik treibt, haben den Endzweck, dem Deutschen Reiche den Widerstand gegen jene letzten Ziele Rußlands und gegen seine politische und wirtschaftliche Suprematie unmöglich zu machen.

Aus diesen Gründen ist die Leitung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns auch davon überzeugt, daß es ein gemeinsames Interesse der Monarchie wie nicht minder Deutschlands ist, im jetzigen Stadium der Balkankrise rechtzeitig und energisch einer von Rußland planmäßig angestrebten und geförderten Entwicklung entgegenzutreten, die später vielleicht nicht mehr rückgängig zu machen wäre.

---

Die vorliegende Denkschrift war eben fertiggestellt, als die furchtbaren Ereignisse von Sarajevo eintraten.

Die ganze Tragweite der ruchlosen Mordtat läßt sich heute kaum überblicken. Jedenfalls ist aber, wenn es dessen noch bedurft hat, hierdurch der unzweifelhafte Beweis für die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen der Monarchie und Serbien sowie für die Gefährlichkeit und Intensität der vor nichts zurückschreckenden großserbischen Bestrebungen erbracht worden.

Österreich-Ungarn hat es an gutem Willen und Entgegenkommen nicht fehlen lassen, um ein erträgliches Verhältnis zu Serbien herbeizuführen. Es hat sich aber neuerlich gezeigt, daß diese Bemühungen ganz vergeblich waren und daß die Monarchie auch in Zukunft mit der hartnäckigen, unversöhnlichen und aggressiven Feindschaft Serbiens zu rechnen haben wird.

Um so gebieterischer tritt an die Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem Haupt verdichten wollen.

Nr. 14a

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler[1]

Wien, den 4. Juli 1914[2]

Obgleich sich das hiesige Ministerium des Äußern ernstlich bemüht, auf die Presse beruhigend einzuwirken und sie von allzu scharfen Artikeln abzuhalten, kommt die Erregung, die das verhängnisvolle Attentat auf den Erzherzog Thronfolger und die Herzogin von Hohenberg zur Folge gehabt hat, immer mehr zum Durchbruch.

Die Presse weist darauf hin, daß die Fäden der Verschwörung unzweifelhaft in Belgrad zusammenliefen, und daß den vom Königreich Serbien aus geschürten großserbischen Umtrieben in den südlichen Gebieten der Monarchie unbedingt ein Ende gemacht werden müsse. Die Sprache der serbischen Presse hat nicht dazu beigetragen, die öffentliche Meinung hier zu beruhigen. Man findet in ihr trotz aller offiziellen Versicherungen, daß man in Serbien das Attentat außerordentlich bedauere, weil es die Beziehungen zur Monarchie vergifte, eine Art Zynismus zwischen den Zeilen.

Die Bemerkung der offiziösen »Samouprawa«, daß das Sarajevoer Ereignis nicht gewaltsam zu einem Streitobjekt zwischen Belgrad und Österreich-Ungarn gemacht werden könne, weil über das Ereignis auch die übrige zivilisierte Welt urteilen werde, und daß diesem Urteil weder Serbien noch Österreich-Ungarn sich würden entziehen können, beantwortet heute das »Deutsche Volksblatt«, indem es bemerkt: »Wenn die serbische Presse glaubt, an die gesamte europäische Öffentlichkeit als Richter zwischen uns und Serbien apellieren zu müssen, so soll man sich in Belgrad gesagt sein lassen, daß wir die Ergebnisse, die die in Sarajevo geführte Untersuchung ergeben wird, als eine Angelegenheit betrachten, die lediglich zwischen uns und Serbien zu erledigen sein wird. Wir gestehen niemand das Recht einer Einmischung in dieser Sache zu, und wir werden sie so erledigen, wie die Ehre und die Lebensinteressen der Monarchie es von uns verlangen.«

Ich möchte nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß ein Artikel wie der der Frankfurter Zeitung vom 3. d. M. (Nr. 182) über das Attentat in Sarajevo und die durch dasselbe hervorgerufene Spannung zwischen der Monarchie und Serbien hier leicht falsch aufgefaßt werden könnte. Die in dem Artikel enthaltenen, an sich sehr beherzigenswerten Ratschläge zur Ruhe und Besonnenheit werden in der öffentlichen Meinung hier vorläufig wenig Verständnis finden.

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 5. Juli nachm.

Dazu ist dieselbe, wie auch aus den allabendlichen Demonstrationen, die sich gegen Serbien und Rußland richten, hervorgeht, zu sehr in Wallung versetzt. Meines gehorsamsten Dafürhaltens sollte unsere Presse sich möglichst zurückhalten und es vermeiden, durch unerbetene Ratschläge in diesem Augenblicke hier zu froissieren.

von Tschirschky

Nr. 15

## Der Reichskanzler an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 113 Berlin, den 6. Juli 1914[2]
Geheim!

Zu Ew. Exz. persönlicher Orientierung.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat Sr. M. gestern ein geheimes Handschreiben des Kaisers Franz Joseph überreicht[3], das die gegenwärtige Lage vom österreichisch-ungarischen Standpunkt darstellt und die seitens Wien ins Auge gefassten Maßnahmen entwickelt. Abschrift geht Ew. Exz. gleichzeitig zu.

Ich habe heute Graf Szögyény im Allerhöchsten Auftrag erwidert, daß S. M. dem Kaiser Franz Joseph für das Schreiben danken lasse und es alsbald persönlich beantworten werde. Unverzüglich wolle S. M. indes betonen, daß auch Er sich der Gefahr nicht verschließe, die Österreich-Ungarn und damit dem Dreibund aus der von russischen und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation drohe. Wenngleich S. M. zu Bulgarien und seinem Herrscher bekanntlich kein unbedingtes Vertrauen hege und naturgemäß mehr zum alten Bundesgenossen Rumänien und seinem Hohenzollernfürsten neige, so verstehe Er doch, daß Kaiser Franz Joseph mit Rücksicht auf die Haltung[4] Rumäniens und die Gefahr der Gründung eines neuen Balkanbundes mit direkter Spitze gegen die Donaumonarchie einen Anschluß Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen wünsche. S. M. werde daher Seinen Gesandten in Sofia anweisen, die hierauf gerichteten Schritte des österreichisch-ungarischen Vertreters auf dessen Wunsch zu unterstützen. S. M. werde ferner im Sinne der Anregungen des Kaisers Franz Joseph Seine Bemühungen in Bukarest einsetzen, um König Carol zur Erfüllung seiner Bündnispflichten, zur Lossagung von

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von der Hand Zimmermanns, mit einigen Änderungen des Reichskanzlers. Siehe auch deutsches Weißbuch vom Juni 1919 Anlage IV. 5.

[2] $5^{15}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Siehe Nr. 13 und 18 Anm. 4.

[4] Im Entwurf ursprünglich: „leider offenbar gewordene Unzuverlässigkeit", vom Reichskanzler geändert in: Haltung.

Serbien und zur Unterdrückung der rumänischen Agitation gegen Österreich-Ungarn zu bewegen.

Was endlich Serbien anlange, so könne S. M. zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen, da sie sich Seiner Kompetenz entzögen. Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß S. M. im Einklang mit seinen Bündnispflichten und seiner alten Freundschaft[5] treu an Seite Österreich-Ungarns stehen werde.

Bethmann Hollweg

[5] Im Entwurf hier folgendes: „unter allen Umständen", vom Reichskanzler gestrichen.

Nr. 16

## Der Reichskanzler an den Geschäftsträger in Bukarest [1]

Telegramm 33 Berlin, den 6. Juli 1914[2]
Geheim!

Bitte bei Sr. M. dem König Audienz nachsuchen und sich Ihm gegenüber im Namen des Kaisers und Königs in folgendem Sinne zu äußern.

Der Kaiser Franz Joseph habe soeben im geheimen Handschreiben[3] an S. M. den Kaiser und König auf die Gefahren der von russischen und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation hingewiesen. Das gegen Erzherzog Franz Ferdinand verübte Attentat sei direkte Folge dieser Agitation, deren Ziel in Zertrümmerung der Donaumonarchie und Schwächung des Dreibundes bestehe. Die Gefahr werde, so wird in dem Handschreiben weiter ausgeführt, durch die enge Freundschaft Rumäniens mit Serbien, durch die gehässige Agitation in Rumänien gegen Österreich-Ungarn und durch die rumänischerseits geförderten Bestrebungen Russlands zur Gründung eines neuen Balkanbundes mit direkter Spitze gegen die Donaumonarchie erhöht. Zudem habe König Carol dem österreichisch-ungarischen Vertreter in letzter Zeit zweimal erklärt, daß Er im Ernstfall angesichts der erregten und feindlichen Stimmung des rumänischen Volks gegen Österreich-Ungarn seinen Bündnispflichten nicht werde nachkommen können. Kaiser Franz Joseph wünsche daher, Bulgarien an den Dreibund heranzuziehen. Ein eventuelles Abkommen mit Bulgarien werde er natürlich derartig abfassen lassen, daß es den vertragsmäßigen Verpflichtungen Rumänien gegenüber nicht zuwiderlaufe.

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von der Hand Zimmermanns, mit einigen Änderungen des Reichskanzlers.
[2] $5^{25}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 13.

S. M. der Kaiser und König sei, wie dem König Carol bekannt, stets in Wien für eine Verständigung mit Serbien eingetreten. Trotzdem hätten sich die serbisch-österreichisch-ungarischen Beziehungen andauernd verschlechtert. Angesichts des Attentats in Sarajevo, das sich offenbar als wohlorganisiertes Komplott und Folge der seitens der Regierung in Belgrad geförderten Politik der Vereinigung aller Südslawen unter serbischer Flagge darstellt, verstehe S. M. der Kaiser und König, daß Kaiser Franz Joseph eine Verständigung mit Serbien für unmöglich halte und die gegen sein Haus und sein Reich von Serbien drohenden Gefahren durch Heranziehung Bulgariens zu paralysieren suche. S. M. habe Sich daher damit einverstanden erklärt, daß Kaiser Franz Joseph den Annäherungsversuchen Bulgariens an den Dreibund Entgegenkommen erweisen lasse.

S. M. der Kaiser und König bäten König Carol als treuen Verwandten, Freund und Bundesgenossen, zu erwägen, ob Er angesichts des Ernstes der Situation nicht von Serbien abrücken und auch der gegen den Bestand der Donaumonarchie gerichteten Agitation in Rumänien entgegentreten könnte. S. M. der Kaiser und König legten selbstverständlich den allergrößten Wert auf die Erhaltung der herzlichen und vertrauensvollen Bundesbeziehungen zu Rumänien und würden, falls S. M. der König es wünscht, darauf bestehen, daß ein eventuelles Abkommen Bulgariens mit dem Dreibund nicht nur — was selbstverständlich sei — mit den vertragsmäßigen Verpflichtungen gegenüber Rumänien in Einklang stehe, sondern auch ausdrücklich die territoriale Integrität Rumäniens garantiere.

Über die Ausführung dieser Instruktion bitte ich kurz telegraphisch und eingehend schriftlich zu berichten[4].

Bethmann Hollweg

[4] Siehe Nr. 28 und 41.

Nr. 17

## Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten in Sofia[1]

Telegramm 23 — Berlin, den 6. Juli 1914[2]
Geheim!

Österreich-Ungarn beabsichtigt, den Annäherungsversuchen der dortigen Regierung entgegenzukommen und Bulgarien tunlichst dem Dreibund anzuschließen[3]. Wir haben uns hiermit einverstanden er-

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von der Hand Zimmermanns.
[2] $9^{20}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 13, 14 und 22

klärt. Ew. Exz. sind ermächtigt, etwaige diesbezügliche Schritte Ihres österreichisch-ungarischen Kollegen auf dessen Wunsch zu unterstützen.

Der Sachlage wird es entsprechen, wenn bei Betreibung der Angelegenheit besonderes Empressement seitens des Dreibunds vermieden und der an sich auch uns erwünschte Anschluß Bulgariens als wesentlich bulgarisches Interesse dargestellt wird.

Zimmermann

Nr. 18

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 83 Wien, den 7. Juli 1914[2]
Geheim!

Ich wurde heute zu einer Besprechung zwischen Graf Berchtold und den beiden Ministerpräsidenten zugezogen, in der Graf Hoyos die Berichte des Grafen Szögyény vorlas, die dieser über die vorläufige Antwort Sr. M. nach Lektüre des kaiserlichen Handschreibens und des Promemorias sowie über die darauffolgende Besprechung mit Ew. Exz. hierher erstattet hat. Außerdem verlas Graf Hoyos eine Aufzeichnung, die er über ein Gespräch mit dem Herrn Unterstaatssekretär in gleicher Sache aufgesetzt hat[3].

Zu letzterer Aufzeichnung darf ich bemerken, daß sowohl Graf Berchtold, als insbesondere Graf Tisza ausdrücklich hervorgehoben wissen wollte, daß alles, was Graf Hoyos in dieser Besprechung mit dem Herrn Unterstaatssekretär gesagt habe, nur als dessen rein persönliche Auffassung anzusehen sei. (Diese Feststellung bezieht sich insbesondere darauf, daß Graf H. geäußert hat, es werde hier eine völlige Aufteilung Serbiens ins Auge gefaßt.)

Graf Berchtold bat mich zugleich im Namen der beiden Ministerpräsidenten, Sr. M. unserm Allergnädigsten Herrn sowie Ew. Exz. seinen aufrichtigsten Dank für die klare, dem Bundesverhältnis und der Freundschaft entsprechende Stellungnahme zu übermitteln.

Die Berichte des Grafen Szögyény entsprachen durchaus dem Inhalt des mir hochgeneigtest zugestellten Telegramms Ew. Exz. vom 6. d. M., Nr. 113[4].

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien $3^{25}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $6^{55}$ nachm. Eingangsvermerk: 7. Juli nachm. Absatz 1 mit Ausnahme des letzten Satzes und Absatz 3 wurden am 8. Juli durch Jagow an den Kaiser an Bord der »Hohenzollern« telegraphiert; zum Haupttelegraphenamt $2^{25}$ nachm.

[3] Siehe Nr. 61.

[4] Siehe Nr. 15.

An diese Vorbesprechung anschließend findet ein Ministerrat statt, der sich heute ausschließlich mit dem in Bosnien und der Herzegowina zu ergreifenden Maßnahmen innerpolitischer Natur befassen wird.

Tschirschky

19

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 84 — Wien, den 8. Juli 1914[2]
Geheim!

Nach Schluß des gestrigen offiziellen Ministerrats hat daran anschließend eine Besprechung über die Serbien gegenüber einzunehmende Haltung stattgefunden, wobei den bei der Vorbesprechung, zu der ich zugezogen war, nicht anwesenden Ministern in großen Zügen von der von Sr. M. unserem Allergnädigsten Herrn eingetroffenen Antwort Kenntnis gegeben wurde.

Es haben sich dabei in bezug auf das Vorgehen gegen Serbien zwei Strömungen geltend gemacht. Die eine, diejenige des Grafen Berchtold und des Auswärtigen Ministeriums, will den Anlaß des Vorgehens direkt aus der durch die gesamte serbische Politik und deren in dem letzten Attentat gipfelnden Wühlereien gegenüber der Monarchie geschaffenen Lage herleiten, während die andere, vom Grafen Tisza vertreten, es für erforderlich hält, zunächst konkrete Forderungen an Serbien zu stellen. Ich habe den Eindruck, daß Graf Berchtold den Grafen Tisza als retardierendes Element betrachtet[3]. Letzterer will seinen Standpunkt noch in einem Memorandum niederlegen, welches Graf Berchtold erst heute abend kurz vor seiner Abreise nach Ischl erhalten wird. Graf Berchtold meinte, er würde seinem Kaiser, falls sich dieser der Ansicht anschließen sollte, daß zunächst Forderungen an Serbien zu stellen seien, jedenfalls raten, die Forderungen so einzurichten, daß deren Annahme ausgeschlossen erscheint.

Graf Berchtold bemerkte noch ganz geheim, daß nach Fhr. Conrad von Hötzendorf 16 Tage für die Mobilmachung gerechnet werden müßten. Der Generalstabschef hat, wie Graf Berchtold mir sagt,

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien, den 8. Juli $8^{10}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{40}$ nachm. Eingangsvermerk: 9. Juli vorm. Am 9. Juli durch Jagow nach Vornahme einiger Kürzungen, telegraphisch dem Kaiser und dem Reichskanzler mitgeteilt, zum Haupttelegraphenamt $1^{25}$ nachm.

[3] Satz »Ich habe — betrachtet« fehlt in Jagows Telegrammen an Kaiser und Reichskanzler.

nochmals auf die entscheidende Bedeutung der Haltung Rumäniens für Anordnung und Verlauf der militärischen Operationen hingewiesen.

Der Minister bemerkte noch, er sei nach reifer Überlegung zu der Ansicht gelangt, daß es klüger wäre, das beabsichtigte Bündnis mit Bulgarien vorerst nicht abzuschließen, besonders weil sonst Rumänien beunruhigt werden würde. Er werde im Gegenteil nach Sofia den dringenden Rat gelangen lassen, sich ruhig zu verhalten[4].

Tschirschky

---

[4] Siehe Nr. 21 und 22.

Nr. 19a

## Der Gesandte in Belgrad an den Reichskanzler[1]

Belgrad, den 6. Juli 1914[2]

Die schicksalsvollen Ereignisse der vergangenen Wochen haben die allgemeine Aufmerksamkeit in so hohem Maße auf die Wirksamkeit der sogenannten »*Narodna Odbrana*« (wörtlich übersetzt *Volkswehr* hingelenkt, daß eine zusammenfassende Übersicht ihrer Entstehung, Organisation, Ziele und Mittel im gegenwärtigen Zeitpunkt von besonderem Interesse sein dürfte.

Das Jahr 1908, wo Serbien sich gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch die Nachbarmonarchie wild aufbäumte, aber dann, von Rußland im Stich gelassen, sich mit der Einverleibung dieser »echt serbischen Länder« in Österreich-Ungarn abfinden und sogar vor aller Welt erklären mußte, hierdurch »nicht beleidigt zu sein«, hatte der serbischen Volksseele eine nicht vernarbende Wunde geschlagen. Kurz zuvor waren durch den Ausbruch der jungtürkischen Revolution die Hoffnungen Serbiens auf Erwerb von Mazedonien und Altserbien stark verringert worden, und die Früchte einer *vieljährigen, kostspieligen* und *opferreichen Propaganda drohten verloren* zu gehen. Die Politiker aller Parteien sahen die Zukunft des Landes auf das Äußerste gefährdet; sie waren überzeugt, daß Serbien sich nur mit Einsatz aller Kräfte der Umklammerung durch den übermächtigen Nachbarn erwehren könne. Damals begannen die radikalen Regierungen in Serbien sich *ernstlich für einen Entscheidungskampf* vorzubereiten und eine *Rüstungsanleihe nach der andern aufzunehmen.* Im Zusammenhang damit trat die Idee der *Narodna Odbrana* in die Erscheinung.

---

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 9. Juli vorm. Lag dem Kaiser vor. Durch Randverfügung des Kaisers an Kultusminister, Minister des Innern und den Polizeipräsidenten von Berlin mitgeteilt.

Sie war gedacht als ein patriotisch-nationalistischer *Geheimbund,* der *nicht bloß das Königreich* Serbien, sondern *sämtliche Länder mit serbischen Bevölkerungselementen umfassen* sollte und bestimmt, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Stammeseinheit zu entwickeln und zu kräftigen und auf dem so vorbereiteten Boden an der realen Durchführung dieser Vereinigung mit allen Mitteln zu arbeiten. Das Schlagwort lautete: »Arbeit an der *Befreiung der unterjochten* Brüder.« In die Leitung des Gebeimbundes, als dessen Ehrenpräsident der *General a. D. Bosidar Jankowitsch, später Kommanmandant der Ibardivision* im serbisch-türkischen Kriege, fungierte, traten Männer der verschiedensten Berufsarten ein: Beamte, *Offiziere* (insbesondere diejenigen aus der Gruppe der viel besprochenen »*schwarzen Hand*«), Abgeordnete, Kaufleute, Handwerker u. dgl. Vertrauensmänner des Bundes wurden wie für das Innere Serbiens, so auch für Südungarn, Bosnien und die Herzegowina, Dalmatien, Altserbien und Mazedonien bestellt. Aber gewitzigt durch die unangenehmen Erfahrungen, die man mit dem früheren »Jugoslowenski Klub« (Südslawischer Verein) in Serbien gemacht hatte, vermied es der neue Geheimbund, sich durch schriftliche Festsetzungen der Gefahr einer Kompromittierung auszusetzen. Insbesondere wurden weder schriftliche Statuten abgefaßt, noch über die Sitzungen schriftliche Protokolle aufgenommen. Die Sitzungen wurden je nach Umständen und Verabredung bei dem einen oder andern der Vorstandsmitglieder abgehalten.

Man war sich darüber einig, daß vor allem *die Jugend* mit ihrer *Begeisterungsfähigkeit für unklare Freiheitsideen* gewonnen werden mußte. So begann die *Narodna Odbrana* mit der systematischen *Verhetzung und Fanatisierung der Jugend,* namentlich der *Schuljugend.* Im Königreich *Serbien* eigneten sich trefflich hierzu die *Sokol- und Duschanowzi-Vereine,* in denen mit der großserbischen Agitation praktische *Unterweisung im Waffengebrauch* verbunden wurde. In den südslawischen Ländern Österreich-Ungarns, wo derartige öffentliche Verbindungen auf Widerstand der Behörden stießen, bildeten sich überall unter den *Schülern* serbischer Nationalität *geheime Konventikel,* die sich an der Lektüre aus Serbien *eingeschmuggelter chauvinistischer und auch einheimischer großserbischer Blätter berauschten.* Solcher großserbischer Blätter gibt es in Sarajevo, *Fiume, Agram* die Fülle. In letzterer Stadt ist es z. B. der »Srbobran«, ein Organ des kroatischen Landtagsabgeordneten und großserbischen Agitators *Swetosar Pribitschewitsch, eines Bruders des jetzt mit dem Attentat in Sarajevo* öffentlich *in Verbindung gebrachten serbischen Majors Milan Pribitschewitsch.*

Ihren Zielen entsprechend wendete die Narodna Odbrana ferner dem Bandenwesen in der Türkei ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Sie hat es zwar nicht geschaffen, denn die *Komitadjis* bestanden lange vor ihr, aber sie hat zu ihrer Vermehrung und besseren *Ausrüstung viel beigetragen.* Auf ihre Bearbeitung der Jugend ist

es mit zurückzuführen, wenn fast täglich *Schüler aus den Gymnasien und Studenten* von der Universität verschwanden, um als *Freischärler in Mazedonien aufzutauchen,* oder wenn junge Offiziere aus der *Armee austraten und, mit falschen Pässen versehen,* nach *Altserbien gingen.* Frägt man, was aus diesen Komitadjis jetzt, nach beendetem Krieg und erobertem Mazedonien geworden ist, so ist die Antwort: ein Teil ist vom Staat bei den verschiedensten Betrieben (Eisenbahn, Post, Monopol, Zoll, Polizeiverwaltung) untergebracht, wo sie meistens kleine Sinekuren inne haben; ein anderer Teil *strolcht arbeitsscheu, und wahrscheinlich von der Narodna Odbrana unterstützt, umher, auf eine Gelegenheit* lauernd, *wieder seine wilden Instinkte zu betätigen.* Es hat nicht an warnenden Stimmen gefehlt, die auf die Gefahr hinwiesen, jene Komitadjis möchten sich, nunmehr ihre Arbeit in der Türkei beendet war, *Bosnien und Südungarn* zum Feld neuer Tätigkeit aussuchen.

Was die Mittel betrifft, mit welchen die Narodna Odbrana ihre mannigfachen Ziele bestreitet, so appelliert sie in erster Reihe an freiwillige Massenbeiträge des Publikums. Sie geht dabei von der gewiß richtigen Ansicht aus, daß *kleine Beiträge,* die in *Massen geleistet* werden, ein ungleich ergiebigeres Erträgnis liefern, als vereinzelte größere Spenden. Es werden daher bei gewissen Gelegenheiten und namentlich an dem auf den 15. Juni a. St. fallenden *St. Veitstage (Widowdan),* der der Erinnerung an den Untergang des mittelalterlichen Großserbiens in der Schlacht auf dem Amselfeld gewidmet ist, öffentliche Sammlungen in ganz Serbien veranstaltet, die regelmäßig höchst respektable Summen einbringen. Sodann ist es Brauch geworden, bei letztwilligen Verfügungen die Narodna Odbrana mit Legaten zu bedenken, ebenso, zum Gedächtnis an verstorbene Familienangehörige der Narodna Odbrana Beiträge zu überweisen. Doch hat es mit diesen freiwilligen Beiträgen keineswegs sein Bewenden. Oft genug entsendet die *Narodna Odbrana* ihre Vertrauensmänner zu *reichen Kaufleuten,* Banken usw., *auch solchen, die, ohne Serben zu sein, mit Serbien in dauernder Geschäftsverbindung stehen,* oder, wie man hier zu sagen pflegt, an Serbien »*verdienen*« und fordert *Beiträge.* So wurde mir erst kürzlich ein Fall erzählt, wonach ein solcher Vertrauensmann bei der hiesigen Filiale der *Banque franco-serbe* einen Beitrag verlangte und als ihm bemerkt wurde, daß die Bank ohne Genehmigung der Pariser Zentrale nicht über 100 Fr. beisteuern könne, *ausfällig und drohend wurde.* Der Staat selbst, wenn er gleich, um Verantwortlichkeiten zu vermeiden, darauf halten muß, daß die Narodna Odbrana ihren *privaten* Charakter bewahre, beschränkt sich indes keineswegs auf die Rolle eines passiven Zuschauers. Unter *harmlosen Titeln sind in das Staatsbudget gewisse Positionen aufgenommen, die der Narodna Odbrana zugute kommen.* Bezüglich der Anschaffung von *Flinten für Schüler, von Revolvern für Freischärler* ist es notorisch, daß *der Staat sie geliefert* hat. Charakteristisch ist, daß als Zentral-

stelle für die Verausgabung von Staatsmitteln für solche Zwecke und die Abrechnung weder das Ministerium des Äußern, noch das Kriegsministerium, sondern dasjenige für *Kultus und Unterricht* mitwirkt.

Mag daher die serbische Regierung noch so sehr ihren Abscheu und ihre Entrüstung über die in Sarajevo begangene Bluttat kundgeben, mag *sie noch so sehr ihre Unschuld beteuern und darauf hinweisen,* wie sinn- und zwecklos dieses Verbrechen sei und wie es der Sache des Serbentums viel eher geschadet als genützt habe, *eines kann sie nicht ableugnen. Sie hat die Atmosphäre geschaffen,* in der solche *Explosionen des blinden Fanatismus allein möglich sind.* In *ihrem Lande und unter den Augen ihrer Behörden* sind die Elemente groß gezogen worden, die Serbien vor der ganzen gesitteten Welt bloßgestellt und auf eine Stufe wieder herabgedrückt haben, wie der verabscheuungswürdige Königsmord des Jahres 1903.

v. Griesinger

*sehr gut*

Nr. 20

## Der Botschafter in London an den Reichskanzler[1]

Geheim! London, den 6. Juli 1914[2]

Ich besuchte heute nachmittag Sir Edward Grey und nahm dabei Gelegenheit, die gesamte europäische Lage mit ihm in vertraulichem Tone zu besprechen.

Zunächst glaubte ich ihn darauf hinweisen zu sollen, daß die österreichisch-ungarisch-serbischen Beziehungen durch die Ermordung des Thronfolgers eine nicht unbedenkliche Zuspitzung erhalten hätten. Man könne es der k. u. k. Regierung nicht verübeln, wenn sie diese neue Herausforderung angesichts der Unterstützung, die die Verschwörer erwiesenermaßen aus Belgrad erhalten hätten, nicht ungesühnt lassen und von der serbischen Regierung Genugtuung verlangen würde. Ob und in welcher Form dies geschehe, sei mir zwar nicht bekannt, aber ich glaubte, daß es sich schon jetzt empfehlen würde, die Möglichkeit einer Verschärfung der Beziehungen zwischen Wien und Belgrad ins Auge zu fassen, damit er, Sir Edward, rechtzeitig in der Lage sei, seinen Einfluß in Petersburg dahin geltend zu machen, daß von dort auf Serbien im Sinne der Nachgiebigkeit gegenüber den österreichischen Forderungen gewirkt würde.

Sir Edward schien in dieser Richtung noch keinerlei Nachrichten erhalten zu haben. Er verkannte jedoch nicht die Gefahr, die die

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 9. Juli nachm.

Lage mit sich bringen könnte, und schien zu begreifen, daß es für einen leitenden österreichisch-ungarischen Staatsmann schwer sei, sich auf die Dauer aller energischeren Maßnahmen zu enthalten. Er versprach mir, auch über diese Frage mit uns in Fühlung zu bleiben, enthielt sich aber vorläufig einer bestimmteren Meinungsäußerung.

Sodann erwähnte ich unter Bezugnahme auf unsere letzte Unterhaltung[3], daß die gewaltigen Rüstungen Rußlands und gewisse andere Anzeichen, wie der Bau strategischer Bahnen, nach meinen letzten persönlichen Eindrücken in Berlin nicht verfehlt hätten, dort ein gewisses Unbehagen hervorzurufen. Die Stimmung Rußlands für uns und Österreich-Ungarn sei zweifellos keine freundliche. Diese Tatsachen, verbunden mit dem bosnischen Frevel, hätten bei uns eine etwas pessimistische Auffassung der auswärtigen Lage gezeitigt. Da wir aber überzeugt wären, daß wir uns mit der britischen Politik in dem Wunsche begegneten, den Frieden zu erhalten und die Gruppen einander zu nähern, so glaubte ich, durch eine Aussprache mit ihm den beiderseitigen Zwecken zu dienen.

Sir Edward wiederholte mir ungefähr dasselbe, was er mir erst kürzlich gesagt hatte, nämlich, daß ihm keine Anzeichen einer deutschfeindlichen Stimmung in St. Petersburg bekannt seien. Noch weniger glaube er an kriegerische Absichten Rußlands, er wolle aber der Frage erneut seine Aufmerksamkeit zuwenden und mit mir gelegentlich darauf zurückkommen, da auch er den Wunsch hege, über alle Fragen der auswärtigen Politik mit uns in Fühlung zu bleiben.

Zum Schlusse sagte ich, er müsse mir gestatten, da ich ganz offen mit ihm sein wolle und ich es für wichtig hielte, daß er über unsere Auffassungen und Stimmungen genau unterrichtet sei, ein etwas heikles Thema in vertraulicher Weise zu berühren. Wir wüßten aus seinen Erklärungen, daß geheime Abmachungen politischer Natur zwischen England und Rußland nicht bestünden. Wir hätten selbstverständlich nicht den geringsten Anlaß, an der Richtigkeit seiner Worte zu zweifeln, bedauerten aber um so mehr, daß immer wieder Gerüchte auftauchten, welche von einer Flottenverständigung zu berichten wüßten, die ein beiderseitiges Zusammenwirken gegen uns im Kriegsfalle bezwecke. Ich wäre nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Gerüchte zu prüfen, könne mir aber wohl denken, daß etwaige Besprechungen der beiderseitigen Seebehörden nicht in den Rahmen politischer Abmachungen und bindender Verträge fielen, und daß sie daher mit seinen Erklärungen zu vereinbaren wären. In diesem Falle aber glaubte ich ihn darauf aufmerksam machen zu müssen, daß derartige Verabredungen notwendigerweise dazu beitragen würden, die in Rußland zweifellos bestehende nationalistische Strömung zu bestärken und andererseits bei uns das Verlangen nach vermehrten Rüstungen zu fördern und der Regierung

---

[3] Siehe Nr. 5.

es zu erschweren, den ihm bekannten, den Rahmen der gesetzlich festgelegten Aufwendungen überschreitenden Forderungen entgegenzutreten.

Sir Edward entgegnete, ohne auf die von mir berührte Frage eines Flottenübereinkommens näher einzugehen, daß er mir bereits vor kurzem gesagt habe, daß kein neues oder geheimes Übereinkommen bestünde, daß aber die Beziehungen zu den Verbandsgenossen nichtsdestoweniger einen sehr intimen Charakter trügen. Aus seiner Zurückhaltung und der Bemerkung, daß er mit mir noch einmal auf die Angelegenheit zurückkommen wolle, konnte ich entnehmen, daß er sich die ganze Frage reiflich überlegen will, ehe er mir gegenüber zu meiner Anregung Stellung nimmt. Auf jeden Fall hat er eine Fühlungnahme der beiden Marinen für den Fall eines gemeinsamen Krieges nicht direkt in Abrede gestellt. Er betonte aber auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß sein Bestreben dahin ginge, die beiden Gruppen einander näher zu bringen und dadurch europäischen Verwickelungen vorzubeugen und eine Verständigung über alle auftauchenden Fragen zu erleichtern.

Der Minister stand sichtlich unter dem Eindruck meiner Eröffnungen und dankte mir für die offene Aussprache, die sich in gewohnter gemütlicher und freundschaftlicher Form vollzogen hatte.

Lichnowsky

Nr. 21

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Bukarest[1]

Telegramm 34 Berlin, den 9. Juli 1914[2][3]
Geheim!

Nach einer neueren Meldung des k. Botschafters in Wien beabsichtigt Graf Berchtold vorläufig nicht, auf den Abschluß eines Bündnisses mit Bulgarien zielende Schritte in Sofia zu tun und will dort nun zur Ruhe raten. Graf Berchtold hat sich zu dieser Haltung durch bundesfreundliche Rücksichten auf Rumänien und die Erwartung bestimmen lassen, daß Rumänien im Falle eines Konflikts seinen Bündnispflichten im vollen Umfange nachkommen wird.

Bitte vorstehendes bei Audienz Sr. M. dem König ebenfalls mitteilen.

Jagow

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Bergens Hand, letzter Satz des Telegramms von Zimmermanns Hand beigefügt.
[2] $1^{40}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 19 und 28.

Nr. 22

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten in Sofia[1]

Telegramm 25 — Berlin, den 9. Juli 1914[2] [3]
Geheim!

Zur persönlichen Information

Nach Mitteilung des k. Botschafters in Wien beabsichtigt Graf Berchtold nicht das geplante Bündnis mit Bulgarien alsbald abzuschließen und will zunächst dort zur Ruhe raten lassen[4].

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Bergens Hand.
[2] 1[40] nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 17 und 19.
[4] Siehe Nr. 162.

Nr. 23

## Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen[1]

Berlin, den 9. Juli 1914

Der österreichische Botschafter sprach mir heute im Auftrag seiner Regierung den Dank für die entgegenkommende Antwort aus, die S. M. der Kaiser und König und der Herr Reichskanzler auf das vom Grafen Hoyos überbrachte Handschreiben Sr. M. Kaiser Franz Josephs und das Exposé[2] gegeben haben. Von allen zu treffenden Entscheidungen würde die hiesige Regierung seinerzeit — der Zeitpunkt hinge auch noch von dem Ausgang der Untersuchung in Sarajevo ab — sofort in Kenntnis gesetzt werden.

Jagow

---

[1] Von Jagows Hand. Reichskanzler und Zimmermann nahmen Kenntnis von der Aufzeichnung; von letzterem am 9., von ersterem am 10. Juli zurückgegeben.
[2] Siehe Nr. 13 und 14.

Nr. 24

## Der Gesandte in Athen an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 195 — Athen, den 9. Juli 1914[2]

Ganz streng geheim!

Minister der auswärtigen Angelegenheiten sagt mir mit der Bitte um Geheimhaltung, griechische Regierung benutze zurzeit ihren ziemlich bedeutenden Einfluß in Belgrad, um dort auf die Milderung Gegensätze zwischen Wien und Belgrad hinzuwirken. Auch sei es griechischer Regierung zu verdanken, wenn die Frage der Vereinigung zwischen Montenegro und Serbien mit Rücksicht auf österreichische Empfindlichkeit auf lange Zeit verschoben sei.

Quadt

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Athen $4^{0}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $6^{35}$ nachm. Eingangsvermerk: 9. Juli nachm. Am 11. Juli von Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, Telegramm aufgegeben in Berlin $1^{10}$ nachm., angekommen im Hoflager $7^{30}$ nachm.

Nr. 25

## Der Reichskanzler an den Kaiser[1]

Hohenfinow, den 9. Juli 1914[2]

Ew. M. verfehle ich nicht, in der Anlage[3] den befohlenen Entwurf zu Allerhöchstdero Antwort auf das Handschreiben Sr. M. des Kaisers Franz Joseph mit dem Anheimstellen huldvoller Vollziehung alleruntertänigst zu unterbreiten.

v. Bethmann Hollweg

---

[1] Nach dem von Jagow gezeichneten Konzept. Entwurf von der Hand Bergens.

[2] Das Konzept ist datiert: Berlin, den 10. Juli 1914, die vom Reichskanzler vollzogene, jetzt gleichfalls bei den Akten befindliche Ausfertigung des Immediatberichts: Hohenfinow, den 9. Juli 1914.

[3] Siehe Nr. 26.

Nr. 26

## Der Kaiser an den Kaiser von Österreich[1]

Balholm, den 14. Juli 1914[2]

Mein teurer Freund!

Mit aufrichtiger Dankbarkeit habe ich es empfunden, daß Du in den Tagen, wo Ereignisse von erschütternder Tragik über Dich hereingebrochen waren und schwere Entscheidungen von Dir forderten, Deine Gedanken auf unsere Freundschaft gelenkt und diese zum Ausgangspunkt Deines gütigen Schreibens an mich[3] gemacht hast. Ich betrachte die von Großvater und Vater auf mich überkommene enge Freundschaft zu Dir als ein kostbares Vermächtnis und erblicke in deren Erwiderung durch Dich das sicherste Pfand für den Schutz unserer Länder. Bei meiner verehrungsvollen Anhänglichkeit an Deine Person wirst Du ermessen können, wie schwer die Aufgabe meiner Reise nach Wien und der mir auferlegte Verzicht auf die öffentliche Bekundung meiner innigen Anteilnahme an Deinem tiefen Schmerz mich bekümmern mußte.

Durch Deinen bewährten und von mir aufrichtig geschätzten Botschafter wird Dir meine Versicherung übermittelt worden sein, daß Du auch in den Stunden des Ernstes mich und mein Reich in vollem Einklang mit unserer altbewährten Freundschaft und unseren Bündnispflichten treu an Eurer Seite finden wirst. Dir dies an dieser Stelle zu wiederholen, ist mir eine freudige Pflicht.

Die grauenerregende Freveltat von Sarajevo hat ein grelles Schlaglicht auf das unheilvolle Treiben wahnwitziger Fanatiker und

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Bergen gezeichnet, mit Ergänzungen und Änderungen Bergens, Zimmermanns und Jagows. Siehe deutsches Weißbuch vom Juni 1919, Anlage V. 6.

[2] Die bei den Akten befindlichen Konzepte sowie eine erste, nicht verwendete Reinschrift sind undatiert. Das mit dem Immediatbericht d. d. 9. Juli abgesandte Handschreiben erhielt nach seinem Wiedereintreffen im Auswärtigen Amt das Datum, das der Kaiser auf dem es ins Hoflager begleitenden Immediatbericht des Reichskanzlers (Nr. 25) niedergeschrieben hat: Balholm, den 14. Juli 1914. Die vom Kaiser vollzogene Ausfertigung des Handschreibens wurde von Jagow am 17. Juli an den Botschafter in Wien abgesandt »mit dem Ersuchen, es durch Vermittlung der dortigen Regierung an seine hohe Bestimmung gelangen zu lassen«; zwei Abschriften des Handschreibens, von denen eine für den Grafen Berchtold, die andere für die Akten der Botschaft bestimmt war, wurden beigefügt.

[3] Siehe Nr. 13.

die den staatlichen Bau bedrohende panslawistische Hetzarbeit geworfen. Ich muß davon absehen, zu der zwischen Deiner Regierung und Serbien schwebenden Frage Stellung zu nehmen. Ich erachte es aber nicht nur für eine moralische Pflicht aller Kulturstaaten, sondern als ein Gebot für ihre Selbsterhaltung, der Propaganda der Tat, die sich vornehmlich das feste Gefüge der Monarchien als Angriffsobjekt ausersieht, mit allen Machtmitteln entgegenzutreten. Ich verschließe mich auch nicht der ernsten Gefahr, die Deinen Ländern und in der Folgewirkung dem Dreibund aus der von russischen und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation drohen, und erkenne die Notwendigkeit, die südlichen Grenzen Deiner Staaten von diesem schweren Drucke zu befreien. Ich bin daher bereit, das Bestreben Deiner Regierung, das dahin geht, die Bildung eines neuen Balkanbundes unter russischer Patronanz und mit der Spitze gegen Österreich-Ungarn zu hintertreiben und als Gegengewicht[4], ferner den Anschluß Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen, nach Tunlichkeit zu fördern. Demgemäß habe ich trotz gewisser Bedenken, die in erster Linie durch die geringe Zuverlässigkeit des bulgarischen Charakters bedingt werden, meinen Gesandten in Sofia anweisen lassen, die diesbezüglichen Schritte Deines Vertreters auf dessen Wunsch zu unterstützen.

Des weiteren habe ich meinen Geschäftsträger in Bukarest beauftragt, sich zu König Carol im Sinne Deiner Anregungen zu äußern und unter Hinweis auf die durch die jüngsten Ereignisse neu geschaffene Lage die Notwendigkeit eines Abrückens von Serbien und einer Unterbindung der gegen Deine Länder gerichteten Agitation hervorzuheben. Ich habe gleichzeitig besonders betonen lassen, daß ich den größten Wert auf die Erhaltung der bisherigen vertrauensvollen Bundesbeziehungen zu Rumänien lege, die auch bei einem eventuellen Anschluß Bulgariens an den Dreibund keinerlei Beeinträchtigung zu erleiden brauchen würden.

Zum Schluß darf ich dem herzlichen Wunsche Ausdruck geben, daß es Dir vergönnt sein möge, nach den schweren Tagen durch den Aufenthalt in Ischl Erholung zu finden.

In aufrichtiger Anhänglichkeit

Dein treuer Freund

Wilhelm[5]

---

[4] Die Worte »als Gegengewicht« im Entwurf von Zimmermann beigefügt.
[5] Die Worte »In.........Wilhelm« waren in der abgegangenen Ausfertigung vom Kaiser eigenhändig geschrieben.

Nr. 27

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler[1]

Wien, den 8. Juli 1914[2]

Die in der gestrigen Abendnummer der »Neuen Freien Presse« (Nr. 17911) an der Spitze des Blattes erschienene »Mitteilung von besonderer Seite über die russische Auffassung von den österreichisch-ungarischen Schritten anläßlich des Attentats[3]« ist, wie ich von dem auf der Botschaft verkehrenden Korrespondenten der »Neuen Freien Presse« höre, von der *hiesigen russischen Botschaft inspiriert.*

Er sei telephonisch auf die Botschaft zitiert worden, wo ihn ein Sekretär im Auftrage des Botschafters empfangen habe. Abgesehen von der vorerwähnten Veröffentlichung sei noch bemerkt worden, daß Rußland einer *Beeinträchtigung der politischen Selbständigkeit Serbiens nicht ruhig werde zusehen können.* Auf die Frage des Korrespondenten, ob die »Neue Freie Presse« auch diese Bemerkung bringen solle, *sei ihm verneinend* geantwortet worden.

*aha!*

Wie mir der Korrespondent weiter sagte, habe er bei Herrn Benedikt schon seinen Einfluß dahin geltend gemacht, damit die »Neue Freie Presse« nicht in das während der Balkankrise *beliebte Gejammere* über etwaige *russische Angriffspläne* verfalle. Der heutige Morgenartikel des Blattes war gemäßigt gehalten.

Ich beehre mich, die vorerwähnte Mitteilung der Vollständigkeit halber im Ausschnitt gehorsamst beizufügen.

von Tschirschky

---

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 10. Juli vorm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 13. Juli zurückgegeben, am 16. Juli wieder im Amt. Gemäß kaiserlicher Randverfügung am 21. Juli der Botschaft in St. Petersburg mitgeteilt.

[3] Der Artikel lautete: »Wie uns von besonderer Seite mitgeteilt wird, sind in Rußland alle Kreise einig in der Verurteilung des Attentats in Sarajevo. Die vielfach in der österreichisch-ungarischen Presse veröffentlichte Anschauung, als ob Rußland dagegen protestieren würde, wenn Österreich-Ungarn von Serbien eine Untersuchung in Belgrad verlangte, entbehrt jeglicher Begründung. Das monarchische Prinzip hat im Zarenreiche so starke Geltung, daß es ganz natürlich erscheint, daß Rußland einen solchen Schritt Österreich-Ungarns nie mißbilligen würde.«

Nr. 28

## Der Geschäftsträger in Bukarest an das Auswärtige Amt [1]

Telegramm 37 Sinaia, den 10. Juli 1914[2]

Geheimen Auftrag ausgeführt[3].

S. M. der König glaubt nicht, daß es möglich sein werde, mit Bulgarien in ein Bündnisverhältnis zu treten, da der König schwach sei, keine Autorität besitze und die Regierung jederzeit weggefegt werden könne. Außerdem sei kein Verlaß auf Bulgarien, und sobald Rußland von Abmachungen Wind bekäme, würde es in Bulgarien eine Revolution anzetteln. König sprach dann über allgemeine politische Angelegenheiten. Auf meine schließlich gestellte Frage, wie sich S. M. zu den beiden von Sr. M. dem Kaiser und König ausgesprochenen Bitten verhalte, meinte S. M., von Serbien könne er wohl abrücken, an Serbien läge ihm nicht viel, auch könne er auf die Agitation gegen Österreich einwirken, es müßte aber in Ungarn Entgegenkommen für die dortigen Rumänen gezeigt werden, um ihm dies zu erleichtern. Meine Frage, ob S. M. einem Anschluß an Bulgarien abgeneigt wäre, verneinte der König, meinte jedoch, im jetzigen Augenblick könne Rumänien nicht sofort mit Bulgarien ein Bündnis schließen, vielleicht in einem Jahre; ein solches müsse jedenfalls von Österreich und Deutschland in Sofia vorbereitet werden.

Ausführlicher Bericht folgt.

Waldburg

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Sinaia 5[30] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 8[40] nachm. Eingangsvermerk: 11. Juli vorm. Am 11. Juli von Jagow mit kleinen Änderungen telegraphisch dem Kaiser und dem Botschafter in Wien mitgeteilt. Im Telegramm Jagows an Tschirschky nach Mitteilung von Waldburgs Depesche der Zusatz: »Bitte vorstehendes dem Grafen Berchtold streng vertraulich mitteilen.« Siehe Nr. 35.

[3] Siehe Nr. 16 und 21.

Nr. 29

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 85
Ganz geheim!

Wien, den 10. Juli 1914[2]

Über seinen gestrigen Vortrag bei Sr. M. dem Kaiser Franz Joseph in Ischl teilt mir Graf Berchtold nachstehendes mit:

S. M. der Kaiser habe mit großer Ruhe die Sachlage besprochen. Zunächst habe er seinem lebhaften Dank Ausdruck gegeben für die Stellungnahme unseres Allergnädigsten Herrn und der kaiserlichen Regierung und geäußert, er sei ganz unserer Ansicht, daß man *jetzt* zu einem *Entschluß* kommen müsse, um den unleidlichen Zuständen Serbien gegenüber ein Ende zu machen. Über die Tragweite eines solchen Entschlusses, fügte Graf Berchtold hinzu, sei sich S. M. völlig klar.

*da S. M. pro Memoria etwa 14 Tage alt ist, so dauert das sehr lang! Das ist doch eigentlich zur Begründung des Entschlusses selbst entworfen!*

Der Minister hat hierauf dem Kaiser Kenntnis gegeben von den zwei Modalitäten, die in bezug auf das nächste Vorgehen gegen Serbien hier in Frage stünden. S. M. hätten gemeint, es ließe sich vielleicht dieser Gegensatz überbrücken. Im ganzen hätten aber S. M. eher der Ansicht zugeneigt, daß *konkrete Forderungen an Serbien zu stellen* sein würden. Er, der Minister, wolle auch die Vorteile eines solchen Vorgehens nicht verkennen. Es würde damit das Odium einer Überrumpelung Serbiens, das auf die Monarchie fallen würde, vermieden und Serbien ins Unrecht gesetzt werden. Auch würde dieses Vorgehen sowohl Rumänien als auch England eine wenigstens neutrale Haltung wesentlich erleichtern. Die Formulierung geeigneter Forderungen gegenüber Serbien bildet gegenwärtig hier die Hauptsorge[3], und Graf Berchtold sagte, er würde gern wissen,

*aber sehr! und unzweideutig!*

*dazu haben sie Zeit genug gehabt*

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien $8^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{32}$ nachm.; Eingangsvermerk des Amts: 11. Juli vorm. Am 11. Juli $12^{36}$ nachm. von Jagow nach Vornahme einiger Änderungen und mit Auslassung der Worte: Graf Berchtold »sagte, er würde gern wissen .......... denke« und des vorletzten Absatzes »Der Anregung .......... alarmieren«, telegraphisch ins Kaiserliche Hoflager mitgeteilt, dortselbst eingetroffen $10^{0}$ nachm., Entzifferung vom Kaiser am 12. Juli zurückgegeben, im Auswärtigen Amt am 16. Juli.

[3] Die Worte Tschirschkys »bildet .......... die Hauptsorge« von Jagow im Telegramm an den Kaiser in »wird .......... erwogen« geändert; »erwogen« vom Kaiser unterstrichen, am Rand seine Bemerkung: »dazu haben .......... gehabt.«

wie man in Berlin darüber denke[4]. Er meinte, man könne u. a. verlangen, daß in Belgrad ein Organ der österreichisch-ungarischen Regierung eingesetzt werde, um von dort aus die großserbischen Umtriebe zu überwachen, eventuell auch die Auflösung von Vereinen und Entlassung *einiger kompromittierter Offiziere.* Die Frist zur Beantwortung müsse möglichst kurz bemessen werden, wohl 48 Stunden. Freilich würde auch diese kurze Frist genügen, um sich von Belgrad aus in Petersburg Weisungen zu holen. Sollten die Serben alle gestellten Forderungen annehmen, so wäre das eine Lösung, die ihm »sehr unsympathisch« wäre, und er sinne noch darüber nach, welche *Forderungen* man *stellen könne,* die *Serbien eine Annahme völlig unmöglich* machen würden.

*der!*

*Hartwig ist todt!*

*den Sandschack räumen! dann ist der Krakehl sofort da! den muß Österreich unbedingt sofort wiederhaben, um die Einigung Serbiens und Montenegros und das Erreichen des Meeres seitens der Serben zu hindern!*

Der Minister klagte schließlich wieder über die Haltung des Grafen Tisza, die ihm ein energisches Vorgehen gegen Serbien erschwere. Graf Tisza behaupte, man müsse *»gentleman like« vorgehen,* das sei aber, wenn es sich um so wichtige Staatsinteressen handele und besonders einem *Gegner wie Serbien gegenüber schwerlich angebracht.*

*Mördern gegenüber nach dem, was vorgefallen ist! Blödsinn!*

Der Anregung der Kaiserlichen Regierung, schon jetzt die öffentliche Meinung in England im Wege der Presse gegen Serbien zu stimmen — worüber Graf Szögyény telegraphiert hat — wird der Minister gern folgen. Nur müsse dies, seiner Meinung nach, noch vorsichtig gemacht werden, um Serbien nicht vorzeitig zu alarmieren.

Der Kriegsminister wird morgen auf *Urlaub gehen,* auch Freiherr Conrad von Hötzendorf Wien zeitweilig verlassen. Es geschieht dies, wie Graf Berchtold mir sagte, absichtlich,[5] um *jeder Beunruhigung vorzubeugen.*

*kindisch!*

Tschirschky

*ungefähr wie zur Zeit der Schlesischen Kriege!*

*»Ich bin gegen die Kriegsräthe und Berathungen, sintemalen die timidere Parthey allemal die Oberhand hat.«*

*Frd. d. Gr.*

---

[4] Siehe Nr. 31.

[5] Das »absichtlich« Tschirschkys stand in der Entzifferung des Kaiserlichen Hoflagers verderbt als »von possumus«; am Rand dazu zwei Fragezeichen des Kaisers.

Nr. 30

## Der Botschafter in London an den Reichskanzler[1]

Vertraulich! London, den 9. Juli 1914[2]

Sir E. Grey ließ mich heute zu sich bitten und gab mir zunächst Kenntnis von der Aufzeichnung, die er über unsere Unterredung[3] gemacht hatte, die kurz vor meiner Reise nach Berlin und Kiel stattfand. Er sagte, er habe seinen damaligen Worten auch heute nichts hinzuzufügen und könne nur wiederholen, daß geheime Abmachungen zwischen Großbritannien einerseits und Frankreich und Rußland andererseits, welche Großbritannien im Falle eines europäischen Krieges Verpflichtungen auferlegten, nicht bestünden. England wolle sich vollkommen freie Hand bewahren, um bei festländischen Verwickelungen nach eigenem Ermessen handeln zu können. Die Regierung habe gewissermaßen dem Parlament gegenüber die Verpflichtung übernommen, sich in keine geheimen Verbindlichkeiten einzulassen. Auf keinen Fall werde bei festländischen Verwickelungen die britische Regierung auf seiten des Angreifenden zu finden sein.

Da er mich aber nicht habe irreführen wollen — as I did not want to mislead you —, habe er gleich hinzugefügt, daß nichtsdestoweniger seine Beziehungen zu den genannten Mächten nichts von ihrer früheren Innigkeit verloren hätten. Wenn auch also keine Abmachungen bestünden, die irgendwelche Verpflichtungen auferlegten, so wolle er doch nicht in Abrede stellen, daß von Zeit zu Zeit Unterhaltungen (conversations) zwischen den beiderseitigen Marine- oder Militärbehörden stattgefunden hätten, und zwar die erste schon im Jahre 1906, dann während der Marokkokrisis, als man hier geglaubt habe, wie er lachend hinzufügte, daß wir die Franzosen angreifen wollten. Aber auch diese Unterhaltungen, von denen er meist nichts Näheres gewußt habe, hätten durchaus keine aggressive Spitze, da die englische Politik nach wie vor auf Erhaltung des Friedens gerichtet sei und in eine sehr peinliche Lage käme, wenn ein europäischer Krieg ausbräche.

Ich wiederholte dem Minister ungefähr dasselbe, was ich ihm schon neulich gesagt hatte, und gab ihm dann zu verstehen, daß es wünschenswert wäre, daß solche militärischen Konversationen auf ein Mindestmaß beschränkt blieben, da sie sonst leicht zu unerwünschten Folgen führen könnten.

Seit unserer letzten Unterhaltung, fügte Sir Edward hinzu, habe er sich über die Stimmung, die in Rußland uns gegenüber bestehe, eingehend erkundigt und keinen Grund zu einer beunruhigenden

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 11. Juli vorm.
[3] Siehe Nr. 5.

Auffassung gefunden; er schien auch bereit zu sein, falls wir es wünschten, in irgendeiner Form auf die Haltung Rußlands einzuwirken. Auch sei er bestrebt gewesen, für den Fall, daß das Wiener Kabinett sich genötigt sehe, infolge des Sarajevoer Mordes eine schärfere Haltung gegen Serbien einzunehmen, die russische Regierung bereits jetzt für eine ruhige Auffassung und versöhnliche Haltung gegen Österreich zu gewinnen. Sehr viel würde freilich, so meinte Sir Edward, von der Art der etwa gedachten Maßnahmen abhängen, und ob dieselben nicht das slawische Gefühl in einer Weise erregten, die es Herrn Sasonow unmöglich machen würde, dabei passiv zu bleiben.

Im allgemeinen war der Minister in durchaus zuversichtlicher Stimmung und erklärte in heiterem Tone, keinen Grund zu haben zu einer pessimistischen Auffassung der Lage.

Lichnowsky

Nr. 30a

## Der Gesandte im kaiserlichen Gefolge an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 103 Bergen, den 11. Juli 1914[2]

Bei Vorlage des vom Auswärtigen Amt redigierten üblichen Glückwunschtelegrammentwurfs für morgigen Geburtstag des Königs von Serbien haben S. M. mir befohlen, bei Ew. Exz. anzufragen, ob ein solches Telegramm im gegenwärtigen Augenblick notwendig und unbedenklich erscheine[3].

Wedel

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Bergen, 11. Juli $12^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $2^{10}$ nachm. Eingangsvermerk: 11. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 32a.

Nr. 31

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 117 Berlin, den 11. Juli 1914[2] [3]

Zur Formulierung der Forderungen an Serbien können wir keine Stellung nehmen, da dies Österreichs Sache ist. Uns erscheint

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] Zum Haupttelegraphenamt $2^{40}$ nachm.
[3] Siehe Nr. 29.

es nur erwünscht, daß Wien genügend Material sammelt, um zu beweisen, daß in Serbien eine großserbische Agitation besteht, welche Monarchie gefährdet, damit öffentliche Meinung Europas soweit als möglich vom guten Recht Österreichs überzeugt wird. Dies Material wäre am besten — nicht getrennt, sondern einheitlich — kurz vor Stellung der Forderungen bzw. des Ultimatums an Serbien zu publizieren [4].

Jagow

[4] Siehe Nr. 40.

Nr. 32

## Der Gesandte in Belgrad an den Reichskanzler[1]

Belgrad, den 8. Juli 1914[2]

*Blech!!!!*

Herr Paschitsch sprach sich mir gegenüber heute gelegentlich der Vorstellung des Militärattachés lange über das Attentat in Sarajevo und die Maßnahmen aus, welche die serbische Regierung im Zusammenhang damit und zur Verhinderung weiterer anarchistischer Freveltaten zu ergreifen *beabsichtigt*[3]. Er begann zunächst mit Versicherungen seiner tiefsten Entrüstung und seines größten Abscheues über die Tat und hob dann hervor, daß man doch nicht eine *zivilisierte*[4] Regierung für die *Exzesse unreifer* und *überspannter Burschen verantwortlich machen* dürfe. Die österreichisch-ungarische Presse schieße weit über das Ziel hinaus. Die Überwachung der nationalistischen Vereine und ihrer Verbindungen im In- und Auslande stelle der serbischen Regierung die *schwierigsten Aufgaben;* die demokratisch-freisinnige Verfassung des Landes, namentlich auf dem Gebiete des Vereinswesens und der Presse, biete der Regierung nahezu keine Hand-

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 11. Juli nachm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 20. Juli zurückgegeben, am 23. Juli wieder im Amt. Kaiser befahl durch Randverfügung Mitteilung an den Botschafter in Wien, die indessen tatsächlich nicht erfolgt ist.

[3] »beabsichtigt« vom Kaiser zweimal unterstrichen.

[4] »zivilisierte« vom Kaiser zweimal unterstrichen.

habe, und jeder Versuch, die Macht der Regierung zu erweitern und ihr ein energisches Durchgreifen zu ermöglichen, sei stets noch an dem Widerstand der Skupschtina gescheitert. Soweit es in seiner Macht, innerhalb der bestehenden Gesetzgebung, liege, werde er die Tätigkeit der nationalistischen

*Blech!*

Verbindungen *streng kontrollieren* und alle *Elemente ausweisen, die hier einen Unterschlupf* suchen. Er habe sich auch mit dem Kultusminister bereits ins Benehmen gesetzt, um durch eine schärfere Kontrolle der Schulen und der mit ihnen in Verbindung stehenden Turnvereine zu verhindern, daß unverstandene politische Theorien in diesen gelehrt und verbreitet und die Jugend mit solchen angefüllt und verhetzt werde. Endlich solle der freie Handel und Verkehr mit Schußwaffen und Explosivstoffen eingeschränkt und strengeren Kautelen als bisher unterworfen werden. Eine gesetzliche Regelung dieser Materie liege im *Projekt bereits* vor, sei aber von der Skupschtina bis jetzt nicht votiert worden.

v. Griesinger

*Phrasen!*

Nr. 32a

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten im kaiserlichen Gefolge[1]

Telegramm 77 — Berlin, den 11. Juli 1914[2]

Da Wien noch keinerlei Schritte in Belgrad unternommen hat, würde Unterlassung des gewohnten Telegrammes zu sehr auffallen und eventuell zu frühzeitige Beunruhigung hervorrufen.

Befürworte daher Absendung[3].

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Zimmermanns Hand.

[2] $6^{45}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Siehe Nr. 30a

Nr. 33

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Rom[1]

Telegramm 1 Berlin, den 11. Juli 1914[2]
Ganz geheim!

Kaiser Franz Joseph hat an S. M. den Kaiser und König ein geheimes Handschreiben gerichtet[3], worin die gegenwärtige Lage vom österreichisch-ungarischen Standpunkt dargestellt und die Notwendigkeit hervorgehoben wird, energische Maßnahmen gegen die von russischen und serbischen Panslawisten betriebene Agitation zu ergreifen, die eine Zertrümmerung der Donaumonarchie sowie die Schwächung des Dreibundes erstrebe und das Attentat in Sarajevo gezeitigt hätte.

Wir haben es der österreichisch-ungarischen Regierung überlassen, die ihr geeignet scheinenden Schritte zu tun und ihr erforderlichenfalls unsern Beistand im Sinne des Bündnisses zugesagt. Wir haben uns ferner damit einverstanden erklärt, daß Österreich-Ungarn in Verhandlungen mit Bulgarien wegen dessen Beitritt zu unserer Bündniskombination tritt.

König von Rumänien, durch uns über diese Absicht informiert, hat sich reserviert, aber nicht ablehnend verhalten.

Die Untersuchungen, zu denen das Attentat in Sarajevo Anlaß gegeben, sind noch nicht abgeschlossen. Die Wiener Regierung dürfte die weiteren Entscheidungen nach deren Ergebnis treffen.

Vorstehendes zu Ew. Exz. rein persönlicher Orientierung. Eine Information des Marquis San Giuliano dürfte sich wegen seiner Hinneigung zu Serbien gegenwärtig nicht empfehlen, doch bitte ich, ihn auf die maßlose Sprache der serbischen Presse hinzuweisen und zu bemerken, daß es für Österreich-Ungarn kaum möglich sein würde, derartige Provokationen ruhig hinzunehmen. Ferner dürfte Marquis San Giuliano vorsichtig darauf vorbereitet werden, daß wir eine Annäherung an Bulgarien erwägen, wobei jedoch Gegensatz zu Rumänien vermieden werden solle[4] [5].

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf Bergens mit Änderungen Jagows.

[2] $9^{30}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Siehe Nr. 13.

[4] Letzter Satz von Jagow dem Entwurf Bergens angefügt.

[5] Siehe Nr. 38.

Nr. 34

## Der Gesandte in Athen an den Reichskanzler[1]

Streng vertraulich! Athen, den 6. Juli 1914[2]

Mein italienischer Kollege teilt mir streng vertraulich mit, der italienische Botschafter in Petersburg habe einen sehr alarmierenden Bericht nach Rom gerichtet über kriegerische Vorbereitungen Rußlands. Der Bericht sei sehr eingehend und gehe ins Detail. Erwähnt seien auch ungeheure Geldforderungen der russischen Regierung, die in einer geheimen Sitzung der Duma oder einer Kommission zu Kriegsrüstungen bewilligt worden seien[3].

Quadt

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Berliner Eingangsvermerk: 12. Juli vorm. Der Reichskanzler hat am 14. Juli von dem Stück Kenntnis genommen.

[3] Jagow bemerkt dazu am Rande: »Wenn die Nachricht von Petersburg nach Rom und von dort nach Athen gegangen ist, muß sie jedenfalls schon etwas älteren Datums sein«.

Nr. 35

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 86 Wien, den 11. Juli 1914[2]
Geheim!

Da Graf Berchtold heute abend über Sonntag nach Buchlau gefahren, habe Telegramm[3] Graf Forgách ganz vertraulich mitgeteilt. Dieser bittet mich, seinen ganz besonderen Dank Ew. Exz. für den Schritt in Bukarest und die Mitteilung zu übermitteln. Die Antwort des Königs an unseren Geschäftsträger fand Graf Forgách über Erwarten günstig. Daß König Carol zunächst Bedenken gegen ein Bündnis mit Bulgarien geäußert habe, sei ja natürlich. Wertvoll dagegen, daß er sich nicht prinzipiell dagegen gestellt und daß er ein Abrücken von Serbien für tunlich bezeichnet habe.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Datiert in Wien: 11. Juli, aufgegeben 12. Juli $11^{20}$ vorm., eingetroffen im Auswärtigen Amt 12. Juli $12^{38}$ nachm. Am 13. Juli von Jagow nach Vornahme kleiner Änderungen dem Geschäftsträger in Bukarest »zur persönlichen Information« mitgeteilt, abgegangen 14. Juli $4^{0}$ nachm.

[3] Siehe Nr. 28, Anm. 2.

Nr. 36

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London[1]

Telegramm 155 — Berlin, den 12. Juli 1914[2]
Geheim!

Die Untersuchung des Mordes von Sarajevo läßt immer deutlicher erkennen, daß die geistigen Urheber in politischen und militärischen Kreisen Belgrads sitzen. Es besteht die Möglichkeit, daß Österreich sich infolgedessen zu ernsteren Maßnahmen gegen Serbien entschließen und diese zu allgemeinen Komplikationen führen könnten. Wir wünschen unter allen Umständen Lokalisierung des Konflikts[3]. Hierzu ist es nötig, daß die öffentliche Meinung in Europa es ihren Regierungen ermöglicht, der Austragung der Differenz[4] zwischen Österreich und Serbien ohne Parteinahme zuzusehen. Es ist daher erforderlich, daß auch in der dortigen Presse schon jetzt eine Stimmung geschaffen wird, die in dem Attentat ebenso wie seiner Zeit in der Ermordung des serbischen Königspaares den Ausfluß einer mit dem Kulturgewissen Europas unvereinbaren politischen Verbrechermoral sieht und die es begreiflich erscheinen läßt, daß die Nachbarmonarchie sich gegen diese dauernde Bedrohung von serbischer Seite zur Wehr setzt. Bitte in diesem Sinne tunlichst[5] auf die dortige Presse einzuwirken, dabei aber sorgfältig alles vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als hetzten wir die Österreicher zum Kriege[6].

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von der Hand des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Radowitz vom 7. Juli mit Änderungen Zimmermanns vom 12. Juli.

[2] Zum Haupttelegraphenamt 6$^{30}$ nachm.

[3] Der Satz »Es besteht .......... Konflikts« von Zimmermann geändert aus Radowitz' ursprünglichem Text: »Österreich scheint entschlossen, sich diese Gelegenheit zur Abrechnung mit Serbien nicht entgehen zu lassen. Wir stehen dieser Auffassung sympathisch gegenüber, wünschen aber einen etwaigen Krieg lokalisiert zu sehen.«

[4] »Der Austragung der Differenz« von Zimmermann geändert aus Radowitz' ursprünglichem: »dem Kampf«.

[5] »tunlichst« von Zimmermann beigefügt.

[6] Siehe Nr. 43 und 48.

Nr. 37

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Geheim! Berlin, den 12. Juli 1914[2]

Zur streng vertraulichen Orientierung des Grafen Berchtold

Nach geheimen Nachrichten liegt Rußland und Serbien die vertrauliche Information vor, daß Österreich-Ungarn seine Garnisonen an serbischer und russischer Grenze unauffällig verstärkt.

Jagow

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von der Hand Zimmermanns.
[2] Zur Post gegeben $8^{0}$ nachm.

Nr. 38

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 2 Fiuggi Fonte, den 12. Juli 1914[2] [3]

Marquis di San Giuliano sagt mir, daß er sofort nach Ermordung des Erzherzogs den italienischen Vertreter in Belgrad beauftragt habe, serbischer Regierung sehr dringend zur Mäßigung zu raten. Er glaube auch, daß diesem Rat entsprochen werden würde. Für Ausschreitungen der Presse könne in demokratischen Ländern Regierung nicht verantwortlich gemacht werden, österreichische Regierung dürfe sich darin nicht ins Unrecht setzen. Übrigens melde heute italienischer Botschafter in Wien, daß österreichische Regierung keine Befürchtungen wegen ernster Komplikation mit Serbien habe.

In Bulgarien sei nach Meldung italienischen Vertreters in Sofia Handstreich gegen König Ferdinand von russischer Partei zu befürchten.

Flotow

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte den 12. Juli $7^{45}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{30}$ nachm. Eingangsvermerk: 13. Juli vorm. Der letzte Absatz »In .......... befürchten« am 13. Juli vorm. von Jagow telegraphisch zur »rein persönlichen Information« dem Gesandten in Sofia, die beiden ersten Sätze »Marquis .......... würde« unter dem 13. Juli durch Erlaß »Zur persönlichen Information« dem Gesandten in Belgrad mitgeteilt.
[3] Siehe Nr. 33.

Nr. 39

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien und den Gesandten in Bukarest[1]

Geheim! Berlin, den 13. Juli 1914

Zu Ew. pp. rein persönl. Information.

Graf Szögyény las mir heute ein Telegramm des Grafen Czernin aus Bukarest über eine Audienz vor, die letzterer bei König Carol gehabt hat.

Der König hat danach dem Gesandten gegenüber geäußert:

1. Er sei gewiß, daß das offizielle Serbien die Mordtat von Sarajevo ebenso verdamme wie die übrige Welt, man dürfe die Mordbuben nicht mit dem offiziellen Serbien in einen Topf werfen.

2. Er sei gewiß, daß die serbische Regierung die Untersuchung gewissenhaft führen werde, würde es aber begreiflich finden, wenn Serbien die Führung der Untersuchung durch österreichische Kommission nicht zulassen würde.

3. Er bedauerte die Sprache der serbischen Presse, aber auch gewisse Hetzereien der österreichisch-ungarischen Zeitungen.

Der König wünsche offenbar eine friedliche Lösung der Frage, sei aber einer Äußerung über die Stellungnahme Rumäniens im Falle eines Konflikts ausgewichen.

Im Laufe der Konversation habe der König, auf Äußerungen rumänischer Politiker: Bratianus, Marghilomans und Take Jonescus bezugnehmend, sich diese zu eigen gemacht, daß nämlich »nach Ermordung des Thronfolgers die Zukunft Österreich-Ungarns dunkel erscheine und den Großmächten zu großem Pessimismus Anlaß geben müsse«.

Graf Berchtold bittet den Grafen Szögyény, bei Mitteilung dieser Äußerung des Königs mich daran zu erinnern, daß König Carol schon im Laufe des Winters dem österreichischen Gesandten einmal gesagt habe, er würde seine Politik nicht *gegen* die öffentliche Meinung seines Landes führen können.

Graf Berchtold knüpft hieran pessimistische Ansichten über die Haltung Rumäniens, hofft aber doch, daß es noch dem Eingreifen unseres Allergnädigsten Herrn gelingen werde, Rumänien beim Dreibund zu halten.

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand. Abgegangen nach Wien, mit Auslassung des letzten Absatzes, am 13. Juli nachm.; abgegangen nach Bukarest, mit vollem Text, am 14. Juli.

Die Äußerungen des Königs über Österreich-Ungarn lassen sich — aus dem Zusammenhang gerissen, wie Graf Czernin sie berichtet — schwer beurteilen. Mit der Besorgnis, daß der Tod des Erzherzogs im jetzigen Moment für die Monarchie folgenschwer sein kann, dürfte der König nicht allein stehen. Daß aber ein so vorsichtiger Politiker wie König Carol den österreichischen Gesandten auf die Möglichkeit des Zusammenbruchs seines Vaterlandes hat hinweisen wollen, ist kaum anzunehmen. Jedenfalls läßt sich aus der Äußerung noch nicht ohne weiteres auf die zukünftige Haltung Rumäniens schließen.

Dagegen läßt sich wohl aus der Art der Berichterstattung über diese Äußerung auf einen weitgehenden diplomatischen Dilettantismus des Autors schließen.

Jagow

Nr. 40

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 87 Wien, den 13. Juli 1914[2]

Graf Berchtold teilt durchaus die Ansicht Ew. Exz.[3], daß die Ergebnisse der Untersuchung in Sarajevo nicht im einzelnen, sondern Richtung serbischer Politik und ihre Folgen zusammenfassend darzustellen sein werden.

Minister ist *jetzt selbst überzeugt, daß schnellstes*[4] *Handeln geboten* ist. Er hofft morgen mit Tisza über Wortlaut der an Serbien zu richtenden Note ins *Reine zu kommen,* würde diese dann Mittwoch, den 15. Juli, dem Kaiser in Ischl unterbreiten, worauf dann unverzüglich — mithin noch vor Abreise Poincarés — Übergabe in Belgrad erfolgen könnte.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien 13. Juli $3^{40}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{8}$ nachm. Eingangsvermerk: 14. Juli vorm. Der zweite Abschnitt von Jagow am 14. Juli $11^{23}$ vorm. telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, dem die Entzifferung nachmittags nach 5 Uhr vorlag.

[3] Siehe Nr. 31.

[4] Die Worte »jetzt selbst überzeugt« und »schnellstes« vom Kaiser zweimal unterstrichen.

Nr. 41

## Der Geschäftsträger in Bukarest an den Reichskanzler [1]

Ganz geheim! Bukarest, den 11. Juli 1914 [2]

S. M. der König empfing mich gestern um 12½ Uhr in Sinaia. Ich hatte die Ehre, hierauf zur Frühstückstafel zugezogen zu werden, nach der sich S. M. noch längere Zeit in Gegenwart des Prinzen von Rumänien mit mir über die in der Audienz schon besprochenen Fragen unterhielt.

S. M. hörte meine im Namen Sr. M. des Kaisers und Königs gemachten Ausführungen mit lebhaftem Interesse an. Bei den Stellen, die von dem Freundschaftsverhältnis zwischen Rumänien und Serbien, sowie über die in Rumänien bestehende Agitation gegen Österreich-Ungarn handelten, machte S. M. eine zustimmende Kopfbewegung. Auch zu den Äußerungen, daß Höchstderselbe dem österreichischen Vertreter letzter Zeit zweimal gesagt habe, Er werde im Falle eines Krieges, mit Rücksicht auf die österreichfeindliche Stimmung in Rumänien, Höchstseinen Bundespflichten nicht nachkommen können, und als ich davon sprach, daß S. M. der Kaiser und König in Wien stets für eine Verständigung mit Serbien eingetreten sei, stimmte S. M. beifällig zu. Als von den Bestrebungen Rußlands, einen neuen Balkanbund mit einer direkten Spitze gegen Österreich-Ungarn zu gründen, die Rede war, unterbrach mich Höchstderselbe mit der Bemerkung, daß ihm von einer solchen Absicht Rußlands *nichts bekannt sei.* [3]

Am Schlusse meiner Ausführungen bemerkte S. M. zunächst, Er glaube nicht, daß die serbische Regierung mit dem Attentat in Sarajevo in Ver-

---

[1] Nach der Ausfertigung. Siehe Nr. 16 und 28.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 14. Juli vorm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 20. Juli zurückgegeben, am 23. Juli wieder im Amt. Kaiser befahl durch Randverfügung Mitteilung an die Botschafter in Wien, Rom und Petersburg, die indessen tatsächlich nicht erfolgt ist.

[3] Am Rand Fragezeichen und Ausrufungszeichen des Kaisers.

bindung gebracht werden könnte. Er habe dies auch schon dem Grafen Czernin gesagt und ihn gefragt, ob man denn in Wien sichere Beweise dafür besitze.[4]

Hierauf sprach sich S. M., wie ich schon telegraphisch berichtet habe, über die Aussichtslosigkeit eines Bündnisses mit Bulgarien aus. Als S. M. davon sprach, daß Rumänien nicht sofort mit Bulgarien in ein Bündnisverhältnis treten könne, wies er auf den letzten Grenzzwischenfall, bei dem ein rumänischer Soldat von einem bulgarischen erschossen wurde, sowie darauf hin, daß die Stimmung in Bulgarien gegen Rumänien sehr erregt sei.

S. M. meinte weiter, die Lage sei zwar augenblicklich ernst, doch nicht hoffnungslos. In Wien scheine man den Kopf verloren zu haben. Es wäre gut, von Berlin aus auf den Ballplatz einzuwirken, um der dort herrschenden *kleinmütigen Stimmung*[5] auszuhelfen. Über die politischen Fähigkeiten des Grafen Berchtold sprach sich S. M. *nicht gerade schmeichelhaft* aus. Der König tadelte die Organisation in Bosnien und meinte, man wisse tatsächlich heute noch nicht, ob Österreich oder Ungarn dort regiere.

Während S. M. früher die Mißstimmung im Lande gegen Österreich-Ungarn als eine Welle, die wieder vorübergehen werde, bezeichnet hatte, äußerte Er sich gestern dahin, daß die *Agitation eine ernste* sei. Höchstderselbe stimmte mir bei, als ich die Ansicht aussprach, dieselbe sei deshalb so heftig geworden, weil man hier *Österreich für schwach halte,* und zudem das *Selbstbewußtsein in Rumänien so außerordentlich gestiegen* wäre. Als ich erwähnte, daß hier vielfach der Glaube bestehe, Siebenbürgen werde in nicht zu ferner Zeit Rumänien zufallen, meinte S. M., Er trete dieser Auffassung hier scharf entgegen und habe offen ausgesprochen, daß Er sich zu *einer Eroberung Siebenbürgens niemals hergeben* werde. Nach der Tafel kam das Gespräch nochmals auf diese Frage, wobei der König, zum Prinzen Ferdinand gewendet, äußerte: »Wir werden das ja nicht mehr erleben, Dein Sohn vielleicht.«

---

[4] Am Rand Ausrufungszeichen und Fragezeichen des Kaisers.
[5] Desgleichen.

S. M. sprach sich bezüglich Serbiens dahin aus, daß man vor allem den *gewissenlosen Preßtreibereien* entgegentreten müsse; diese trügen die Hauptschuld an allem *Unheil und hielten die Gemüter in steter Erregung.*

Auch in Österreich müsse auf die Presse gewirkt werden, damit diese nicht allzu sehr gegen Serbien hetze. Sasonow habe Ihm gesagt, *Rußland denke nicht daran, einen Krieg zu führen, weil es in diesem Falle viel zu sehr innere Unruhen* befürchten müsse, aber einen Angriff Österreichs auf Serbien könne es nicht dulden. Bei einem solchen, fuhr der König weiter, *habe Rumänien keine Verpflichtungen.*

Über Bulgarien bemerkte der König, im Laufe des Gesprächs habe sich Sasonow Ihm gegenüber derart despektierlich ausgesprochen, daß *Er förmlich als Verteidiger* aufgetreten sei. Der König erörterte auch die Frage bezüglich der Stellung Griechenlands im Falle eines Bündnisses mit Bulgarien und meinte, eine Verständigung zwischen diesen beiden Staaten könne nur erfolgen, wenn *Griechenland Kavalla wieder zurückgäbe.*

Die politische Lage hält der König auch besonders mit Rücksicht auf *Albanien für sehr bedenklich.* Er zeigt sich sehr *unzufrieden über die Haltung Italiens* daselbst. Insbesondere bezeichnete Er es als unglaublich, daß man einen Gesandten wie Aliotti dahin geschickt habe. Dieser hätte *seinerzeit London wegen Falschspielens* eiligst *verlassen müssen.* Aliotti habe dem Fürsten seinerzeit *geradezu gedroht, die Truppen zurückziehen zu lassen,* wenn der *Fürst sich nicht auf ein Schiff begebe.*

*Mit Recht*

Um auf die Stimmung in Serbien gegen Österreich möglichst wirksamen Einfluß nehmen zu können, hält S. M. für unbedingt notwendig, daß Schritte von *Berlin aus in Petersburg*[6] in diesem Sinne gemacht werden.

Dort müsse man zu verstehen geben, daß es sich jetzt nicht mehr *lediglich um Rassenstreitigkeiten,* sondern um sehr wichtige dynastische Interessen handele. Was gestern in Sarajevo geschehen sei, könne sich morgen *ebenso gut in Petersburg* ereignen. Man möge daher von Petersburg aus ernste Schritte in Belgrad unternehmen. Er, der

*doch!*

[6] Am Rand Fragezeichen des Kaisers.

König, sei bereit, auch seinerseits in diesem Sinne einen Druck auf Serbien auszuüben. Ferner wolle Er Seinen Gesandten in Petersburg, der demnächst mit der Deputation des dem Zaren verliehenen Regimentes nach Petersburg gehen werde, diesbezüglich Instruktionen erteilen. Der König würde großen Wert darauf legen, daß eine Demarche Deutschlands in dem gedachten Sinne in Petersburg erfolge, doch bat er, Ihn nicht als den Urheber derselben zu bezeichnen. Höchstderselbe kam mehrfach auf die Notwendigkeit eines derartigen Schrittes zurück und schien sich von einem solchen viel zu versprechen. Als ich nach der Frühstückstafel die Gelegenheit benutzte, um Sr. M. auftragsgemäß von der tiefen Wirkung Höchstseiner kürzlich gemachten Demarche in Athen, die die Erhaltung des Friedens bezweckte, zu sprechen, und dabei den Allerhöchsten Randvermerk[7] auf dem Bericht des Grafen Quadt zur Kenntnis brachte, zeigte sich der König sichtlich erfreut, und meinte, nun hätte S. M der Kaiser durch eine Demarche in Petersburg Gelegenheit, ebenfalls der Sache des Friedens einen großen Dienst zu erweisen.

Über weitere Eindrücke, die ich aus meiner Unterredung mit Sr. M. gewonnen habe, werde ich demnächst berichten.[8]

Waldburg

---

[7] Der Randvermerk des Kaisers findet sich auf folgendem Telegramm des stellvertretenden Staatssekretärs an den Kaiser vom 19. Juni:

*Wien, Rom, Bukarest, Stambul, London, Paris, Petersburg.*

*Der König hat uns allen einen großen Dienst erwiesen! Wir können ihm alle sehr dankbar sein! W.*

*der muß scharf zugeredet werden!*

*sehr erfreulich!*

Ew. M. Gesandter in Athen telegraphiert:

»*Rumäniens* Schritt, der hier nur König, Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten bekannt ist, hat ungeheure Wirkung gehabt, und ich halte Frieden, *wenn Türkei* weiter *vorsichtig handelt* für ziemlich *gesichert*.

Hauptgefahr schien mir darin zu liegen, daß griechische Regierung gegenwärtige Streitfrage mit der Türkei mit Inselfrage verquickt und hierin neue Forderungen betreffend Anerkennung stellen würde. Diese Absicht hat entschieden einmal bestanden, scheint aber jetzt, wie Streit mir versichert, aufgegeben.«

Alleruntertänigst

Zimmermann

[8] Siehe Nr. 66

Nr. 41a

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Wien, den 13. Juli 1914[2]

Die Haltung der hiesigen Presse verfolgt sichtlich die vom Ballhausplatz inspirierte Tendenz, die öffentliche Meinung nicht vorzeitig zu beunruhigen. Zugleich wird aber durch ausführliche Reproduktion der serbischen Preßartikel für deren weiteste Verbreitung gesorgt und darauf hingewiesen, daß Serbien durch seine Wühlereien, die in dem Attentat auf den Thronfolger gipfelten, allen Kredit in Europa verloren haben müsse. So bemerkt die heutige Wiener Sonn- und Montagszeitung, daß Europa zum Glück wisse, was es von den bewußten Entstellungen, die man jetzt von Belgrad aus über die ganze Welt zu verbreiten suche, zu halten habe. Insbesondere werde man in England nicht an die Lüge glauben, daß die serbischen Staatsangehörigen der Monarchie in den südlichen Ländern unterdrückt worden seien. Die Serben glaubten selbst nicht mehr daran, daß das Recht auf ihrer Seite sei.

In einem anscheinend offiziösen Entrefilet bemerkt dasselbe Blatt:

»Mit Rücksicht darauf, daß die Untersuchung über das Sarajevoer Mordattentat noch nicht zum Abschlusse gelangt ist, sind auch alle Kombinationen über Form und Inhalt einer allfälligen diplomatischen Aktion Österreich-Ungarns bei der Belgrader Regierung verfrüht und müßig. Die verschiedenen Meldungen, die über Ischler Audienz des Grafen Berchtold in die Welt gesetzt wurden, haben eine entschiedene Zurückweisung erfahren und sind endlich ganz verstummt. Um so gesprächiger ist man in Belgrad. Die serbischen Blätter strengen sich seit Tagen an, Beweise dafür zu erbringen, daß die Monarchie keinen Rechtstitel zu irgendwelchen Forderungen besitzt, und wehren sich heute schon gegen Zumutungen, die bisher niemand gestellt hat. Ein besonders voreiliger Herr in Konstantinopel, der dortige serbische Geschäftsträger, unternimmt sogar schon Einschüchterungsversuche für den Fall, als Österreich-Ungarn es wagen sollte, mit Serbien einen Streit anzufangen. Das Treiben der Herrschaften erinnert ganz an den Mann, der durch den Wald läuft und vor Angst aus Leibeskräften schreit. Er muß sich fortwährend hören, damit ihn die Furcht nicht überwältigt.«

Die Tendenz, die Äußerungen der Presse noch in Schranken zu halten, geht auch aus einer offiziösen Budapester Korrespondenz der Wiener Sonn- und Montagszeitung hervor, in der es heißt, daß die

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 14. Juli nachm.

Nachricht von der Einberufung eines neuerlichen gemeinsamen Ministerrats an maßgebender Stelle als unrichtig bezeichnet werde. Die Notwendigkeit eines neuen Ministerrats bestehe nicht, da die gemeinsame Regierung bereits über alle Eventualitäten übereingekommen sei. Die Meldung sei offenbar durch ein Mißverständnis entstanden. Graf Tisza beabsichtige nämlich, auf einen Tag nach Wien zu reisen, um sich über den Abschluß der Sarajevoer Untersuchung zu informieren, nachdem die Opposition in Ungarn neuerliche Interpellationen über die großserbische Bewegung vorbereite, und Graf Tisza seine letzte Rede, falls eine Notwendigkeit bestehen sollte, zu ergänzen beabsichtige.

Auch auf die Börse wird einzuwirken gesucht, die in den letzten Tagen sehr stark nachgegeben hatte. In der Presse wird an die Großbanken appelliert, deren Pflicht es sei, »sich in die Bresche zu stellen, wenn eine eminente Gefahr einer aller Voraussicht nach sogar ganz unmotivierten Entwertung drohe. Das Großkapital solle durch seine Haltung den Kunden und dem ganzen Markte zeigen, ein wie schlechter Berater in schweren Zeiten der Pessimismus sei.«

Die »Montags-Revue« schreibt: »Die Frage, ob und in welchem Umfange eine Mitschuld des offiziellen Serbien an der Tragödie von Sarajevo nachweisbar, kann noch nicht abschließend beantwortet werden. Gewiß ist aber, daß die Vorgänge und Kundgebungen der letzten Tage die ganze Unverfrorenheit und Tollkühnheit der serbischen Austrophobie enthüllen.

Man kann es nur billigen, wenn bei den Entscheidungen unserer Regierung auch weiterhin jede Voreiligkeit, jedes Nachgeben gegen Temperamentswallungen vermieden bleibe. Auch unsere öffentliche Meinung muß ihre Ruhe bewahren. Selbst dann, wenn eine diplomatische Auseinandersetzung über das Drama von Sarajevo den gleichen Verlauf nähme, wie frühere Diskussionen, in welchen das amtliche Serbien uns vorerst durch läppische Ableugnungen verhöhnte und uns schließlich Versprechungen erteilte, deren Einhaltung nicht einen Augenblick ernstlich beabsichtigt war. Niemand wird bei uns so naiv sein, von einer in Belgrad veranstalteten Forschung nach Mitschuldigen der Mörder konkrete Ergebnisse zu erwarten. Auch das Eingehen des Belgrader Kabinetts auf die Forderung nach formeller Desavouierung der großserbischen Propaganda, nach künftiger Unterdrückung dieser Bewegung wäre lediglich ein diplomatischer Erfolg von sehr geringer greifbarer Bedeutung. Nur Tatsachen könnten beweisen, daß man sich in Belgrad unter der Wucht eines internationalen Verdikts zu einer Umkehr bequemt, die eine wirkliche Klärung des Verhältnisses zu Österreich-Ungarn ermöglichen würde.«

Nach der Mordtat von Sarajevo müsse das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Serbien nur vom Standpunkte des nüchternsten Realismus beurteilt und geregelt werden. In Belgrad habe man Entscheidungen zu treffen, deren Tragweite noch über die sachliche Er-

wägung einer hochernsten Kontroverse hinausreiche. Es handele sich um eine letzte Erprobung der Vernunft und Einsicht der Staatslenker Serbiens. Werde die Probe nicht bestanden, so müßte die offizielle Politik der Monarchie durch das Beharren bei der bisherigen Methode den unentbehrlichen Rückhalt verlieren. Sie würde unverständlich für die Bevölkerung Österreich-Ungarns werden.

von Tschirschky

Nr. 42

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 5 Fiuggi Fonte, den 14. Juli 1914[2]

Obwohl Marquis di San Giuliano immer noch erklärt, daß Berichte des italienischen Botschafters in Wien über Serbien nicht pessimistisch lauten, hat er doch bereits Gutachten des Völkerrechtskundigen Herrn Fusinato über Rechtslage eingezogen und sagt mir, nach italienischer Auffassung könne eine Regierung nur wegen Verbrechen gegen gemeines Recht, nicht wegen politischer Propaganda reklamieren, wenn diese Propaganda nicht zur Tat übergehe[3]. Er fürchte daher, Italien würde österreichische Reklamation nicht unterstützen können, ohne sich in Widerspruch zu tiefbegründeter Überzeugung des italienischen Volkes und zu liberalen Prinzipien zu setzen. Habe erwidert, daß man zunächst überhaupt Inhalt österreichischer Reklamation abwarten müsse, daß aber, wenn Konflikt entstehen sollte, es sich nicht mehr um juristische Fragen, sondern um politische handeln würde. Marquis di San Giuliano bestand aber darauf, daß italienische Regierung niemals gegen Prinzip der Nationalität ankämpfen könne. Minister will uns anscheinend vorbereiten, daß er bei weiterer Komplikation nicht an Seite Österreichs bleiben kann. Österreichische Regierung wird mit diesem Umstand rechnen müssen. Weisungsgemäß habe ich Marquis di San Giuliano in Aussprache zwischen Wien und Berlin noch nicht eingeweiht. Minister sagt mir, Rußland habe in Belgrad zu Nachgiebigkeit geraten; es werde gut sein, wenn alle Regierungen diesem Beispiel folgten.

Österreichischer Botschafter sagt mir ganz geheim, daß in Wien Entschlossenheit zu aktivem Vorgehen besteht.

Flotow

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte 2[4] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 5[46] nachm. Eingangsvermerk: 14. Juli nachm. Unter Auslassung der Sätze »Weisungsgemäß..........eingeweiht« und »Österreichischer.......... besteht« und unter Beifügung eingehender Erörterungen Jagows am 15. Juli dem Botschafter in Wien mitgeteilt (siehe Nr. 46).

[3] Siehe Nr. 64

Nr. 43

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 129 London, den 14. Juli 1914[2]
Geheim!

Ich habe bereits versucht, in diesem Sinne[3] vertraulich und vorsichtig Fühlung zu nehmen, verspreche mir aber angesichts der bekannten Unabhängigkeit der hiesigen Presse derartigen Einwirkungen gegenüber nur wenig Erfolg. Es wird schwer halten, die gesamte serbische Nation als ein Volk von Bösewichten und Mördern zu brandmarken und ihm dadurch, wie der Lokalanzeiger bestrebt ist, die Sympathien des gesitteten Europas zu entziehen; noch schwerer aber die Serben, wie eine amtliche Persönlichkeit dem Wiener Vertreter des Daily Telegraph gegenüber tut, auf dieselbe Stufe zu stellen mit den Arabern in Ägypten und in Marokko oder mit den Indianern in Mexiko. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die hiesigen Sympathien sich dem Serbentum sofort und in lebhafter Form zuwenden werden, sobald Österreich zur Gewalt greift, und daß die Ermordung des hier schon wegen seiner klerikalen Neigungen wenig beliebten Tronfolgers nur als ein Vorwand gelten wird, den man benutzt, um den unbequemen Nachbarn zu schädigen. Die britischen Sympathien, namentlich aber die der liberalen Partei, haben sich in Europa meist dem Nationalitätenprinzip zugewandt, bei den Kämpfen der Italiener gegen die österreichische, päpstliche oder bourbonische Herrschaft, und haben bei Balkankrisen gewöhnlich den dortigen Slawen gegolten. Sowohl während der Annexionskrisis als auch im vorigen Winter bei akuten Fragen neigte die hiesige öffentliche Meinung zur Parteinahme für Serbien und Montenegro, und es wäre daher damals schwer gefallen, die britische Zustimmung zu einem energischeren Vorgehen gegen König Nikolaus zu erlangen.

So sehr man also auch eine unnachsichtige strafrechtliche Verfolgung der Mörder begreifen wird, so wenig, fürchte ich, wird die öffentliche Meinung dafür zu haben sein, daß man die Angelegenheit auf das politische Gebiet hinüberspielt und sie zum Ausgangspunkt militärischer Maßnahmen gegen ein Volk von Verbrechern macht. In diesem Falle dürfte auch das durch die innere Krise bereits geschwächte gegenwärtige Kabinett kaum die Kraft

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in London 14. Juli $5^{55}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $8^{43}$ nachm. Eingangsvermerk: 15. Juli vorm.
[3] Siehe Nr. 36.

besitzen, um eine Politik zu unterstützen, die sowohl den ethischen Empfindungen der Nation als der Geschmacksrichtung der (liberalen)[4] Partei widerspräche[5].

Lichnowsky

[4] »liberalen« fehlt in der Entzifferung, da Zifferngruppe unverständlich.
[5] Siehe Nr. 48.

Nr. 44

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Rom und den Geschäftsträger in Bukarest[1]

Telegramm 4, 36 Berlin, den 14. Juli 1914[2]
Geheim!

Sollten die Resultate der Untersuchung über den Mord in Sarajevo Österreich-Ungarn zu ernsteren Maßnahmen gegen Serbien veranlassen, so hätten wir ebenso wie das übrige Europa das größte Interesse daran, einen hieraus sich eventuell ergebenden Konflikt zu lokalisieren. Dies hängt davon ab, daß die öffentliche Meinung in ganz Europa es ihren Regierungen ermöglicht, der Austragung der Differenz zwischen Österreich und Serbien untätig zuzusehen. Hierzu ist es notwendig, daß auch in der dortigen Presse die Auffassung Raum gewinnt, bei diesem Konflikt handle es sich um eine Angelegenheit, die nur die beiden Beteiligten betrifft. Man könne es Österreich nicht verdenken, wenn es sich gegen die stete Bedrohung seines Bestandes durch Treibereien im Nachbarlande mit jedem Mittel zur Wehr setzt. Die Sympathien der gesamten Kulturwelt müßten in diesem Kampfe auf seiner Seite sein, da es sich darum handele, eine Propaganda endgültig zu ersticken, die selbst vor Meuchelmord als Kampfmittel nicht zurückschreckt und durch die skrupellose und frivole Art ihrer Ausübung einen Schandfleck für die europäische Kultur und eine dauernde Gefahr für den europäischen Frieden bilde.

Bitte in diesem Sinne tunlichst auf die dortige Presse einzuwirken, dabei aber sorgfältig alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als hetzten wir die Österreicher zum Kriege[3].

Jagow

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Radowitz' Hand.
[2] Telegramme am 14. Juli $10^{35}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 47 und 54.

Nr. 45

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an die Botschafter in Wien und Konstantinopel [1]

Berlin, den 14. Juli 1914 [2]

Zu Ew. Exz. vertraulichen Information:

Graf Szögyény las mir heute einen Erlaß des Grafen Berchtold vor, wonach dieser den Markgrafen Pallavicini darüber befragt hat, ob seiner Meinung nach die Türkei zum Anschluß an die europäischen Zentralmächte zu gewinnen wäre. Der Botschafter hat sich ungefähr dahin ausgesprochen, daß in Konstantinopel zur Zeit eine gewisse Neigung, sich Rußland zuzuwenden, nicht zu verkennen wäre. Diese Tendenz werde durch ein reges Mißtrauen gegen Italien wegen seiner den Türken verdächtigen Aspirationen in Kleinasien noch bestärkt. Zudem seien Rußland und Frankreich in Konstantinopel stark an der Arbeit. Am ehesten würde die Türkei an Österreich und den Dreibund Anlehnung suchen, wenn die Monarchie durch energisches und erfolgreiches Vorgehen gegen Serbien sich wieder eine entscheidende Stellung im Balkan sicherte. Hieran anknüpfend, hat Graf Berchtold den Grafen Szögyény beauftragt, meine Ansicht darüber einzuholen, ob es nicht angezeigt erscheine, die Türkei schon jetzt zum Anschluß an die Zentralmächte zu bewegen.

Ich habe erwidert, daß meiner Ansicht nach, die übrigens auch von dem k. Botschafter in Konstantinopel geteilt werde, die Türkei für die nächsten Jahre wegen ihrer schlechten Armeeverhältnisse nur als passiver Faktor angesehen werden könne. Zu einer aggressiven Haltung gegen Rußland wäre sie außerstande. Zudem würde sie, wenn wir ihr den Anschluß an unsere Gruppe vorschlügen, unzweifelhaft auch ihrerseits Forderungen an uns stellen. Einen absoluten Schutz gegen Angriffe Rußlands auf Armenien z. B. könnten wir ihr aber gar nicht gewähren. Ich glaubte, daß die Türkei in ihrer jetzigen Lage gar keine andere Haltung einnehmen könnte. als zwischen den Mächten hin und her zu pendeln, bzw. sich der stärkeren und erfolgreicheren Gruppe anzuschließen. Sollte Rumänien fest zum Dreibund stehen und etwa Bulgarien auch an unsere Gruppe Anschluß suchen, so würde das zweifellos auch auf die Haltung der Türkei Einfluß üben. Jetzt eine Demarche im Sinne der Anregung des Grafen Berchtold in Konstantinopel zu machen, erschiene mir zwecklos, wenn nicht — wegen der zu erwartenden und unerfüllbaren Forderung von Gegenleistungen — bedenklich.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.

[2] Abgegangen nach Wien am 15., nach Konstantinopel am 17. Juli.

Nr. 46

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Geheim! Berlin, den 15. Juli 1914[2]

Der k. Botschafter in Rom telegraphiert:

»Obwohl Marquis di San Giuliano .......... diesem Beispiel folgten«[3]

So austrophob im allgemeinen die italienische öffentliche Meinung ist, so serbophil hat sie sich bisher immer gezeigt. Es ist auch für mich kein Zweifel, daß sie bei einem österreichisch-serbischen Konflikt sich prononziert auf seiten Serbiens stellen wird. Eine territoriale Ausbreitung der österreichisch-ungarischen Monarchie, selbst eine Ausdehnung ihres Einflusses im Balkan wird in Italien perhorresziert und als eine Schädigung der Position Italiens daselbst angesehen. Infolge einer optischen Täuschung wird angesichts der vermeintlichen Bedrohung durch das benachbarte Österreich die in Wirklichkeit viel größere slawische Gefahr verkannt. Ganz abgesehen davon, daß die Politik der Regierung in Italien nicht unwesentlich von den Stimmungen der öffentlichen Meinung abhängt, so beherrscht die obige Auffassung doch auch die Köpfe der Mehrzahl der italienischen Staatsmänner. Ich habe bei ihnen jedesmal, wenn eine Bedrohung Serbiens durch Österreich in Frage kam, eine außerordentliche Nervosität konstatieren können. Durch eine Parteinahme Italiens für Serbien würde fraglos die russische Aktionslust wesentlich ermutigt. In Petersburg würde man damit rechnen, daß Italien nicht nur seinen Bundespflichten nicht nachkommt, sondern sich womöglich direkt gegen Österreich-Ungarn wendet. Ein Zusammenbruch der Monarchie würde für Italien ja auch die Aussicht auf Gewinnung einiger langbegehrter Landesteile eröffnen.

Es ist daher m. A. nach von größter Bedeutung, daß Wien sich mit dem Kabinett von Rom über seine im Konfliktsfalle zu verfolgenden Ziele in Serbien auseinandersetzt und es auf seiner Seite oder — da ein Konflikt mit Serbien allein keinen casus fœderis bedeutet — strikt neutral hält. Italien hat nach seinen Abmachungen mit Österreich bei jeder Veränderung im Balkan zugunsten der Donaumonarchie ein Recht auf Kompensationen. Diese würden also das Objekt und den Köder für die Verhand-

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] Abgegangen nach Wien: 15. Juli.
[3] Hier ist das Telegramm Flotows vom 14. Juli (siehe Nr. 42) unter Auslassung der Sätze »Weisungsgemäß .......... eingeweiht« und »Österreichischer .......... besteht« eingefügt.

lungen mit Italien bilden. Nach unseren Nachrichten würde zum Beispiel die Überlassung von Valona in Rom nicht als annehmbare Kompensation angesehen werden. Italien scheint überhaupt von dem Wunsche, sich auf der altera sponda der Adria festzusetzen, zur Zeit abgekommen zu sein.

Wie ich streng vertraulich bemerke, dürfte als einzige vollwertige Kompensation in Italien die Gewinnung des Trento erachtet werden. Dieser Bissen wäre allerdings so fett, daß damit auch der austrophoben öffentlichen Meinung der Mund gestopft werden könnte. Daß die Hergabe eines alten Landesteils der Monarchie mit den Gefühlen des Herrschers wie des Volkes in Österreich sehr schwer vereinbar wäre, läßt sich nicht verkennen. Es fragt sich aber andererseits, welchen Wert die Haltung Italiens für die österreichische Politik hat, welchen Preis man dafür zahlen will, und ob der Preis im Verhältnis zu dem anderwärts erstrebten Gewinne steht.

Ew. Exz. bitte ich, die Haltung Italiens zum Gegenstand einer eingehenden vertraulichen Rücksprache mit dem Grafen Berchtold zu machen und dabei eventuell auch die Frage der Kompensationen zu berühren. Ob bei diesem Gespräch die Frage des Trento erwähnt werden kann, muß ich Ihrer Beurteilung und Kenntnis der dortigen Dispositionen anheimstellen.

Die Stellungnahme Italiens wird jedenfalls für Rußlands Haltung bei dem serbischen Konflikt von Bedeutung sein; sollte sich aus letzterem eine allgemeine Conflagration ergeben, so würde sie auch für uns von größter militärischer Wichtigkeit werden.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen bemerke ich noch, daß wir dem römischen Kabinett keinerlei Mitteilung über die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin gemacht haben, und daß folglich auch die Kompensationsfrage von uns nicht erörtert worden ist.

v. Jagow

Nr. 47

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Rom [1]

Telegramm 5 — Berlin, den 15. Juli 1914 [2]
Geheim!

Erbitte Drahtnachricht, ob Ew. Exz. zur Beeinflussung dortiger Presse Geldmittel benötigen, eventuell welche Summe? [3]

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Radowitz' Hand.
[2] Zum Haupttelegraphenamt $1^{50}$ nachm.
[3] Siehe Nr. 44 und 54.

Nr. 48

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London[1]

Telegramm 159 — Berlin, den 15. Juli 1914[2][3]
Geheim!

Ich erinnere mit dem Anheimstellen geeigneter Verwertung an die Ermordung des Königs Alexander und der Königin Draga sowie die Haltung, die sonst öffentliche Meinung wie Regierung in England bei diesem Anlaß Serbien gegenüber eingenommen und durch Jahre aufrechterhalten haben. Dasselbe System herrscht auch jetzt noch in Serbien, dieselben Kräfte dürften auch in der großserbischen Agitation wirken[4].

Es handelt sich jetzt um eine eminent politische Frage, um die vielleicht letzte Gelegenheit, dem Großserbentum unter verhältnismäßig günstigen Begleitumständen den Todesstoß zu versetzen. Versäumt Österreich diese Gelegenheit, so ist es um sein Ansehen geschehen, und es wird auch für unsere Gruppe ein noch schwächerer Faktor. Da bei den Ew. Durchl. bekannten intimen Beziehungen Englands zu Rußland eine andere Orientierung unserer Politik zur Zeit ausgeschlossen erscheint, ist es für uns vitales Interesse, die Weltstellung des österreichischen Bundesgenossen zu erhalten. Ew. Durchl. ist bekannt, von welcher Bedeutung für uns bei etwaigen weiteren Konfliktsfolgen die Haltung Englands sein wird[5][6].

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von der Hand des Dirigenten der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Gesandten von Stumm mit Änderungen und Ergänzungen Jagows.

[2] Zum Haupttelegraphenamt $4^0$ nachm.

[3] Siehe Nr. 36 und 43.

[4] Der Satz »Dasselbe .......... wirken« von Jagow im Stummschen Entwurf beigefügt.

[5] Die drei letzten Sätze »Versäumt .......... sein wird« von Jagow in Stumms Entwurf beigefügt.

[6] Siehe Nr. 52.

Nr. 49

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler[1]

Ganz Geheim! Wien, den 14. Juli 1914[2]

Graf Tisza suchte mich heute nach seiner Besprechung mit Graf Berchtold auf. Der Graf sagte, er sei bisher stets derjenige gewesen, der zur Vorsicht ermahnt habe, aber jeder Tag habe ihn nach der Richtung hin mehr bestärkt, *daß die Monarchie zu einem energischen Entschlusse kommen müsse*[3], um ihre Lebenskraft zu beweisen und den *unhaltbaren*[4] *Zuständen* im *Südosten ein Ende zu machen.* Die Sprache der serbischen Presse und der serbischen Diplomaten sei in ihrer *Anmaßung geradezu unerträglich.* »Ich habe mich schwer entschlossen,« meinte der Minister, »zum Kriege zu raten, bin aber jetzt fest von *dessen Notwendigkeit überzeugt, und ich* werde mit aller Kraft für die Größe der Monarchie einstehen.«

*unbedingt*

Glücklicherweise herrsche jetzt unter den hier maßgebenden Persönlichkeiten *volles Einvernehmen* und *Entschlossenheit*[5]. S. M. Kaiser Franz Joseph beurteile, wie auch Baron Burian, der S. M. noch dieser Tage in Ischl gesprochen habe, berichte, die Lage sehr ruhig und werde sicher bis zum letzten Ende durchhalten. Graf Tisza fügte hinzu, die bedingungslose Stellungnahme *Deutschlands an der Seite der Monarchie* sei entschieden für die feste Haltung des Kaisers von großem Einfluß gewesen.

Die an Serbien zu richtende Note sei heute noch nicht in ihrem letzten Wortlaut festgestellt worden. Dies werde erst Sonntag geschehen. In betreff des Zeitpunktes der Übergabe an Serbien sei heute beschlossen worden, lieber bis nach der Abreise Poincarés aus Petersburg zu warten, also bis zum 25. Dann würde aber, sofort nach Ablauf der Serbien gestellten Frist, falls dieses nicht unbedingt alle Forderungen annehmen sollte, die

*wie schade*

---

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 15. Juli nachm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 20. Juli zurückgegeben, am 23. Juli wieder im Amt. Gemäß kaiserlicher Randverfügung am 26. Juli dem Generalstab mitgeteilt.

[3] »Entschlusse kommen müsse« zweimal vom Kaiser unterstrichen.

[4] »unhaltbaren« zweimal vom Kaiser unterstrichen.

[5] »Entschlossenheit« zweimal vom Kaiser unterstrichen.

*Mobilmachung* erfolgen. Die Note werde so abgefaßt sein, daß deren Annahme so gut wie *ausgeschlossen*[6] *sei.* Es komme besonders darauf an, nicht nur Versicherungen und Versprechungen zu fordern, *sondern Taten.* Bei der Abfassung der Note müsse, seiner Ansicht nach, auch darauf Rücksicht genommen werden, daß sie für das große Publikum — besonders in England — verständlich sei und das Unrecht klar und deutlich Serbien zuschiebe.

Baron *Conrad* habe bei der letzten Besprechung auf ihn einen *sehr guten Eindruck* gemacht. Er habe ruhig und sehr bestimmt gesprochen. In nächster Zeit müsse man sich freilich darauf gefaßt machen, daß die Leute wieder darüber klagen werden, *man sei hier unentschlossen und zögernd.* Es komme darauf aber wenig an, wenn man nur in Berlin wisse, daß dies nicht der Fall sei.

Zum Schluß drückte mir Graf Tisza warm die Hand und sagte: »Wir wollen nun vereint der Zukunft ruhig und fest ins Auge sehen.«

von Tschirschky

*na doch mal ein Mann!*

[6] »ausgeschlossen« zweimal vom Kaiser unterstrichen.

Nr. 50

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler[1]

Ganz Geheim! Wien, den 14. Juli 1914[2]

Nachdem mich Graf Tisza verlassen hatte[3], bat Graf Berchtold mich zu sich, um mir seinerseits das Ergebnis der heutigen Besprechung mitzuteilen. Zu seiner großen Freude sei *allseitige Übereinstimmung* über den *Tenor der an Serbien* zu über-

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 15. Juli nachm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 20. Juli zurückgegeben, am 23. Juli wieder im Amt
[3] Siehe Nr. 49.

gebenden Note erzielt worden. Graf Tisza sei seiner, des Ministers, Auffassung in erfreulicher Weise entgegengekommen und habe sogar in manche Punkte eine Verschärfung hineingebracht. Allerdings habe sich in technischer Beziehung die Unmöglichkeit herausgestellt, die Note schon am 16. oder 18. in Belgrad zu übergeben. Der französische Text würde nächsten Sonntag früh 9 Uhr nochmals in einer Besprechung der Minister definitiv geprüft werden. Er werde dann voraussichtlich Dienstag dem Kaiser die Note in Ischl unterbreiten. Er *stehe dafür ein*, daß S. M. seine *Genehmigung dazu geben werde.*

Es habe Einmütigkeit darüber in der heutigen Besprechung bestanden, daß es empfehlenswert sei, jedenfalls die Abfahrt des Herrn Poincaré aus Petersburg abzuwarten, ehe man den Schritt in Belgrad tue[4]. Denn es sei wenn möglich zu vermeiden, daß in Petersburg bei Champagnerstimmung und unter dem Einfluß der Herren Poincaré, Iswolsky und der Großfürsten eine Verbrüderung gefeiert werde, die dann die Stellungnahme beider Reiche beeinflussen und womöglich festlegen würde. Es sei auch gut, wenn die Toaste noch vor Übergabe der Note erledigt seien. Es würde also die Übergabe am 25. Juli erfolgen können[4 5].

*schade!*

Graf Berchtold bat mich, wie dies auch Graf Tisza getan, ausdrücklich und wiederholt, meiner Regierung gegenüber keine Zweifel darüber zu lassen, daß lediglich die Anwesenheit Poincarés in Petersburg der Grund für den Aufschub der Übergabe der Note in Belgrad sei, und daß man in Berlin vollkommen sicher sein könne, daß von *einem Zögern oder einer Unschlüssigkeit hier keine Rede sei.*

Der Minister sagte schließlich, er werde nach Feststellung des Textes am Sonntag der Kaiserlichen Regierung noch vor der Unterbreitung der Note an seinen Kaiser dieselbe zu ganz vertraulicher Kenntnisnahme unverzüglich zukommen lassen

von Tschirschky

---

[4] Am Rand Ausrufungszeichen des Kaisers.
[5] Siehe Nr. 93, 96 und 108.

Nr. 51

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 7 Fiuggi, den 15. Juli 1914[2]

Marquis di San Giuliano befürchtet, daß Österreich bei Konflikt mit Serbien territorialen Erwerb plane, den Italien nicht dulden könne. Habe erwidert, daß ich glaube, Österreich wolle einfach fortgesetzte Bedrohung durch großserbische Propaganda hindern. Minister erklärt, solche Verhinderung durch Gewalt sei unmöglich. Propaganda würde sich einfach in geheime verwandeln. Es sei dringend zu wünschen, daß Österreich sich mäßige.

Flotow

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Fiuggi 15. Juli 9[40] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 16. Juli 12[7] vorm. Eingangsvermerk: 16. Juli vorm. Am 16. Juli nachm. von Jagow telegraphisch der Botschaft in Wien mitgeteilt.

Nr. 52

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 133 London, den 15. Juli 1914[2] [3]
Geheim!

Ich habe bereits versucht, sowohl durch wiederholte Besprechungen mit Sir E. Grey, über die ich berichtet, als auch durch vorsichtige Fühlungnahme mit der hiesigen Presse für eine günstige Beurteilung etwaiger sich als notwendig erweisender ernsterer Maßnahmen Österreichs gegen Serbien vorzuarbeiten. Sir E. Grey sagte, alles käme darauf an, welcher Art etwaige Eingriffe sein würden, keinenfalls dürfe eine Schmälerung des serbischen Gebiets in Frage kommen. Er hat auch, wie berichtet, sich daraufhin bemüht, in Petersburg zugunsten der österreichischen Ansprüche zu wirken. Sollte aber in Rußland infolge militärischer Maßnahmen Österreichs eine gewaltig erregte Bewegung entstehen, so würde er gar nicht in der Lage sein, die russische Politik in der Hand zu behalten und wird schon mit Rücksicht auf die Mißstimmung, die gegen England augenblicklich

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in London 15. Juli 9[20] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 16. Juli 1[55] vorm. Eingangsvermerk: 16. Juli vorm.
[3] Siehe Nr. 48.

in Rußland herrscht, und von der Graf Pourtalès zu berichten weiß, auf russische Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen müssen. Der Minister wird jedenfalls, dessen bin ich gewiß, bei Ausbruch eines österreichisch-serbischen Streits sein möglichstes tun, um Rußland zurückzuhalten. Ich glaube aber nicht, daß er dort, wie etwa in Paris, in der Lage ist, das entscheidende Wort zu sprechen[4].

Was aber die hiesige öffentliche Meinung betrifft, so bedauere ich, die Ausführungen meines Telegramms Nr. 129[5] voll aufrechterhalten und nachdrücklich vor Täuschungen warnen zu müssen. Trotz der Bomben der Mazzinisten, die in der Verfolgung ihrer politischen Zwecke kaum zartfühlender waren als die Mitglieder der Ochrana und bekanntlich auch vor Attentaten auf Allerhöchste und Höchste Häupter nicht zurückschreckten, wandte sich die hiesige öffentliche Meinung der italienischen Einheitsbewegung zu, feierte Garibaldi hier in überschwenglicher Form. Es gelang damals Österreich ebensowenig, der italienischen Bewegung den Todesstoß zu versetzen wie sich hier Sympathie zu erwerben, und ich bezweifle, daß das Serbentum zum Verzicht auf Betätigung seiner nationalen Ideale und Hoffnung außerhalb seiner amtlichen Grenzen durch Aufwerfung der Machtfrage zu bewegen sein wird.

Lichnowsky

[4] Am Rande die Bemerkung Zimmermanns: »Ich bin vom Gegenteil überzeugt.«
[5] Am Rande die Bemerkung Jagows: »Das ist leider alles richtig.«

Nr. 53

## Der Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler[1]

St. Petersburg, den 13. Juli 1914[2]

Das Attentat in Sarajevo hat zwar auch hier einen tiefen Eindruck gemacht, und die Verurteilung des schändlichen Verbrechens kam im ersten Augenblick in weiten Kreisen laut zum Ausdruck. Der hier gegen Österreich-Ungarn herrschende tiefe Haß machte sich jedoch sehr bald auch bei diesem

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 16. Juli vorm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 20. Juli zurückgegeben, am 23. Juli wieder im Amt. Gemäß kaiserlicher Randverfügung am 26. Juli den Botschaften in Wien, London und Paris mitgeteilt, am gleichen Tage außerdem noch der Botschaft in Rom.

traurigen Anlaß geltend, und die Entrüstung über die an den Serben in der österreichisch-ungarischen Monarchie geübte Rache übertönte schon nach wenigen Tagen alle Äußerungen der Teilnahme für den greisen Kaiser Franz Joseph und sein Reich.

Die von der hiesigen österreichisch-ungarischen Vertretung veranstaltete Trauerfeier fand allerdings unter zahlreicher Beteiligung der offiziellen Kreise statt. Von Großfürsten erschienen der mit der Vertretung des Zaren beauftragte Großfürst Nikolai Nikolajewitsch und der Großfürst Boris Wladimirowitsch. Die Minister waren nahezu vollzählig und auch die militärische Umgebung des Zaren sehr zahlreich vertreten. Abgesehen von dieser äußeren Beteiligung war aber von einer *aufrichtigen Teilnahme* an der Trauer des österreichischen Kaiserhauses *wenig zu merken.* Nicht nur in der Presse, sondern auch in der Gesellschaft begegnete man *fast nur unfreundlichen Urteilen über den ermordeten Erzherzog unter Hinweis darauf,* daß Rußland in ihm einen *erbitterten Feind verloren* habe. Mit Vorliebe wurden Erzählungen verbreitet, nach welchen der Erzherzog auch in seiner eigenen Heimat wenig Freunde gehabt und selbst mit Kaiser Franz Joseph nicht gut gestanden habe.

*Er wollte ja immer den alten 3 Kaiserbund wiederherstellen! Er war der beste Freund Rußlands!*

Sogar Herr Sasonow verweilte, als ich ihn zum ersten Male nach dem Attentat sprach, nur kurz bei der Verurteilung dieses Verbrechens, während er nicht *genug Worte der Kritik über das Verhalten der österreichisch-ungarischen Behörden*[3], welche die Ausschreitungen gegen die Serben zugelassen hätten, finden konnte. Als ich den Minister darauf hinwies, daß es begreiflich erscheine, wenn die kaisertreue Bevölkerung in der ganzen Monarchie und besonders in Sarajevo infolge der scheußlichen Bluttat in hochgradige Erregung geraten sei, und wenn die Polizei, welche, wie schon die ungenügenden Sicherheitsmaßregeln bewiesen, anscheinend ihrer Aufgabe nicht gewachsen war, den Kopf verloren habe, wollte Herr Sasonow diese mildernden *Umstände nicht gelten lassen.* Er gab vielmehr deutlich zu verstehen, daß nach seiner Überzeugung die Behörden *absichtlich der Volkswut die Zügel hätten schießen lassen*[4]. Daß es in Bosnien und der

[3] Am Rand Ausrufungszeichen des Kaisers.
[4] Desgl.

Herzegowina eine *nennenswerte kaisertreue Bevölkerung* gebe, wollte *der Minister nicht zugeben*[5]. Es könne sich, wie er wegwerfend bemerkte, höchstens *um einige Muhamedaner und Katholiken* handeln. Ebenso *bestritt Herr Sasonow,* daß, wie österreichischerseits behauptet werde, das Attentat auf ein *großserbisches* Komplott zurückzuführen sei. Jedenfalls sei in dieser Beziehung bis jetzt *nicht das Geringste bewiesen*[6] und es sei im höchsten Maße ungerecht, die serbische Regierung, die sich vollkommen korrekt verhalte, für das Verbrechen verantwortlich zu machen, wie es in der österreichisch-ungarischen Presse geschehe. Mit demselben Recht hätte Rußland wiederholt die französische Regierung für Attentate, die auf französischem Boden vorbereitet und in Rußland verübt wurden, *zur Rechenschaft ziehen können.*

*Ei! Ei!*

*warum geschah es nicht?*

Ich erwiderte dem Minister, man könne, wie mir scheine, doch nicht umhin zuzugeben, daß die von den Serben seit Jahren in Bosnien und der Herzegowina betriebene und von Serbien aus geschürte antiösterreichische Agitation zum mindesten viel dazu beigetragen habe, den Plan zu dem verabscheuungswürdigen Verbrechen zur Reife zu bringen. Herr Sasonow blieb dabei, daß es sich *nur um die Tat vereinzelter unreifer junger Leute* handele, deren Verbindung mit einem weitangelegten politischen Komplott keineswegs erwiesen sei.

*sagt dasselbe wie Pasitsch*

Ich wies ferner darauf hin, daß das Attentat eine neue ernste Mahnung an die alten Monarchien enthalte, ihres gemeinsamen Interesses und der gemeinsamen Gefahren, die sie bedrohen, eingedenk zu sein. Herr Sasonow konnte nicht umhin, dieser Bemerkung zuzustimmen, es geschah aber *mit weniger Wärme*[7], als ich sonst bei ihm zu finden gewohnt bin, wenn die Rede auf die monarchischen Interessen kommt. Diese Zurückhaltung ist nur durch den *unversöhnlichen Haß des Ministers gegen Österreich-Ungarn zu erklären, einen Haß, der überhaupt hier mehr und mehr jedes klare und ruhige Urteil trübt.* Wir werden, wie ich glaube, mit dieser Erscheinung, die auch *notwendig auf unsere Beziehungen zu*

*richtig*

[5] Desgl.
[6] Am Rand zwei Ausrufungszeichen des Kaisers.
[7] »weniger Wärme« vom Kaiser zweimal unterstrichen, am Rand Ausrufungszeichen.

*natürlich, habe ich schon.* *Rußland zurückwirken* muß, *noch auf Jahre hinaus zu rechnen haben.* Sie ist um so bemerkenswerter, als mit der Erbitterung gegen Österreich *eine immer wachsende Überhebung gegenüber der habsburgischen Monarchie* Hand in Hand geht. Alle Äußerungen, die man hier auch in amtlichen Kreisen über Österreich-Ungarn hört, zeugen von *Hochmuth kommt vorm Fall!* einer *grenzenlosen Verachtung für die dort herrschenden* Verhältnisse.

F. Pourtalès

Nr. 54

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 8 Fiuggi, den 16. Juli 1914[2] [3]

Habe bereits innerhalb der der Botschaft möglichen Grenzen Fühlung mit Presse genommen. Darf mir vorbehalten, wegen Geld später Antrag zu stellen, wenn nötig. Augenblicklich wegen hochsommerlicher Abwesenheit aller Vertrauens- und Mittelspersonen Geldverwendung erschwert. Aufgabe überhaupt sehr schwierig, da bereits Stimmen laut werden, die mit Rücksicht auf gleichartige italienische Geschichte Bekämpfung serbischen Nationalitätenkampfs als unmöglich bezeichnen.

Flotow

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Fiuggi $10^{30}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $1^{44}$ nachm. Eingangsvermerk: 16. Juli vorm. (so irrig statt: nachm.).
[3] Siehe Nr. 44 und 47.

Nr. 55

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 134 London, den 16. Juli 1914[2]

Heutige Times bringt Leitartikel über Österreich und Serbien und verurteilt auf das Schärfste herausfordernde Haltung der Belgrader Presse, [die] der serbischen Sache die Sympathien des gebildeten

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in London $11^{47}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $2^{5}$ nachm. Eingangsvermerk: 16. Juli vorm. (so irrig statt: nachm.).

Europas entfremdete. Das Blatt erwartet bereitwilliges Entgegenkommen serbischer Regierung zur Aufklärung des Verbrechens und Bürgschaft gegen fernere Unterstützung der revolutionären Bewegung. Gleichzeitig warnt das Blatt die Österreicher vor der Befolgung einer Politik, wie die militärischen Zeitschriften sie fordern, bei der alles zu verlieren und nichts zu gewinnen sei. Die südslawische Frage, schwierigste aller österreichisch-ungarischen Probleme, könne niemals durch Gewalt gelöst werden oder durch Drohungen. Jeder Versuch in dieser Richtung würde vielmehr den europäischen Frieden gefährden. Die eigene Geschichte lehrt die Monarchie, wohin es führe, wenn sie die Politik der ruhigen Selbstbeherrschung verlasse.

Ich wiederhole meine Auffassung, daß bei militärischen Maßnahmen gegen Serbien gesamte öffentliche Meinung gegen Österreich-Ungarn Stellung nehmen wird.

Lichnowsky

Nr. 56

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Generaldirektor der Hapag[1]

Ganz geheim! Berlin, den 15. Juli 1914[2]

Sehr verehrter Herr Ballin!

Entschuldigen Sie, wenn ich mit diesen Zeilen Ihre Badekur störe, aber es handelt sich um eine Frage, welche auch Ihr stetes Sorgenkind ist, unsere Beziehungen zu England.

Sie werden die Veröffentlichungen des Berliner Tageblatts über gewisse maritime Abmachungen zwischen England und Rußland gelesen haben, die ja schließlich zu einer Interpellation im Unterhause und der etwas gewundenen Inabredestellung Greys geführt haben. Ich weiß nicht, woher diese Nachricht auch auf den Redaktionstisch Theodor Wolffs geflogen ist, ich wollte ihr zunächst auch keinen rechten Glauben schenken, weil sie mir zu sehr im Widerspruch zu unseren scheinbar gebesserten Beziehungen, als auch zur Abneigung der englischen Politik gegen derartige Bindungen zu stehen schien. Ich bin der Sache aber natürlich nachgegangen und habe — wie ich Ihnen im engsten Vertrauen mitteile — inzwischen durch sehr geheime Quellen zu meinem Bedauern feststellen können, daß die Nachricht doch ihre tatsächliche Unterlage hat. Lichnowsky

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.

[2] 16. Juli $6^{45}$ nachm. zur Post.

hat Grey auf das Tageblatt angeredet, und Grey hat nach einigem Zögern die Sache auch nicht ganz in Abrede gestellt. Es ist nun aber in Wirklichkeit noch mehr dahinter, als wohl Theodor Wolff selbst wissen mag und der gute Lichnowsky glauben möchte. Es wird tatsächlich zwischen London und Petersburg über ein Marineabkommen verhandelt, bei dem — dies wieder im tiefsten Vertrauen — von russischer Seite eine weitgehende militärisch-maritime Kooperation erstrebt wird. Zum Abschluß sind diese Verhandlungen trotz russischen Drängens noch nicht gelangt, zum Teil vielleicht, weil Grey durch die Indiskretion des Tageblatts und des offenbaren Widerstands bei einem Teil der liberalen Partei in England doch etwas zögernd geworden ist. Aber die Russen scheinen sehr zu drängen, und wer weiß, was sie als Gegenleistung bieten mögen. Grey wird sich schließlich wohl doch dem Abschluß nicht widersetzen, falls er nicht im Schoße der eigenen Partei oder des Kabinetts auf Widerstand stößt. Er mag sich als Pilatus vor sich selbst damit ausreden, daß die Verhandlungen nicht eigentlich zwischen den Kabinetten, sondern zwischen den Marinebehörden geführt werden. Ich lasse es auch dahingestellt, ob die Engländer mit der ihnen eigenen Casuistik mit der Reservatio mentalis verhandeln und abschließen, im kritischen Moment, wenn es ihnen nicht paßt, nicht eingreifen zu wollen, weil ein casus foederis voraussichtlich in dem Abkommen nicht vorgesehen ist. Wenn nun auch das Abkommen nach englischer Auffassung vielleicht in der Luft schweben möchte, so würde es doch jedenfalls das Resultat haben, daß die aggressiven Tendenzen Rußlands dadurch ganz wesentlich ermutigt werden würden.

Die Bedeutung, die die Angelegenheit für uns haben würde, brauche ich nicht näher darzulegen. An eine weitere Annäherung an England wäre für uns dann kaum mehr zu denken. Es erscheint mir daher sehr wichtig, noch einmal den Versuch zu machen, die Sache zum Scheitern zu bringen. Vielleicht würde, wenn die liberale Partei nochmals alarmiert oder ein Mitglied des Kabinetts entschiedene Bedenken dagegen äußern würde, Grey doch noch vor dem definitiven Abschluß zurückschrecken. Mein Gedanke war nun, ob Sie durch Ihre vielfachen intimen Beziehungen zu maßgebenden Engländern — haben Sie nicht auch solche zu Lord Haldane? — nicht einen Warnruf über den Kanal gelangen lassen könnten. Ich denke mir die Sache etwa so: Sie schreiben, Sie hätten in Kiel erfahren, daß die Veröffentlichungen des Tageblattes doch ihre tatsächliche Unterlage hätten. Unsere Marinekreise wären darüber sehr erregt gewesen, und Sie sähen daraus einen neuen unabwendbaren und intensiven naval scare, neue weitgehende Flottenvorlagen entstehen. Auch in der Wilhelmstraße hätte man sehr lange Gesichter gemacht und sich sorgenvoll gefragt, ob das ganze mühsame Werk einer englischen Annäherung nun rettungslos in die Brüche gehen sollte. Das Gefühl, daß der eiserne Ring um uns

sich doch immer enger schließen sollte, könnte bei der immer drohender werdenden Erstarkung Rußlands und den immer aggressiver werdenden Tendenzen des Panslawismus schließlich doch einmal zu gefährlichen Konsequenzen führen.

Ob dieser Weg gangbar ist, ob er nützt, weiß ich nicht. Vielleicht können Sie mir einen anderen angeben. Ich meine, man darf nichts unversucht lassen, um die Sache zum Scheitern zu bringen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihre Ansicht mitteilen wollten und eventuell, was Sie tun zu können für möglich halten. In jedem Fall wäre Eile geboten, damit inzwischen nicht der Abschluß erfolgt, auf den Herr Poincaré in Petersburg wohl auch hinarbeitet.

Mit den besten Wünschen für eine gute Badekur bin ich

Ihr sehr ergebener

Jagow

Nachdem ich dies gestern abend geschrieben, lese ich heute früh einen neuen Artikel von Wolff im Berliner Tageblatt. Seine Gewährsmänner scheinen die Dinge doch also auch ernster aufzufassen[3] [4].

---

[3] »Nachdem ich dies .......... aufzufassen«, Nachschrift Jagows in der Ausfertigung, beigefügt am 16. Juli.
[4] Siehe Nr. 57 und 254.

Nr. 57

## Das Auswärtige Amt an den Reichskanzler[1]

Telegramm 13 Berlin, den 16. Juli 1914[2]

Wien durch Erlaß an Tschirschky auf Notwendigkeit einer Verständigung mit Italien über Serbien hingewiesen.[3]

Ballin durch Privatbrief nahegelegt, englisch-russischer Marinekonvention durch seine englischen Beziehungen entgegenzuarbeiten.[4]

Stumm

---

[1] Nach dem Konzept von Stumms Hand. Auch die Hohenfinower Entzifferung befindet sich jetzt bei den Akten.
[2] Aufgegeben in Berlin $8^{30}$ nachm., angekommen in Hohenfinow $8^{46}$ nachm.
[3] Siehe Nr. 46.
[4] Siehe Nr. 56 und 254.

Nr. 58

## Der Reichskanzler an den Staatssekretär für Elsaß-Lothringen[1]

Hohenfinow, den 16. Juli 1914[2]

Lieber Graf Roedern!

Sie werden schon aus der Lektüre der Zeitungen ersehen haben, daß die europäische Lage zur Zeit nicht frei von Gefahren ist. Im Falle eines österreichisch-serbischen Konflikts kommt es vor allem darauf an, diese Auseinandersetzung zu isolieren. Wir haben Grund anzunehmen und müssen wünschen, daß das zur Zeit mit allerlei Sorgen belastete Frankreich alles tun wird, um Rußland von einem Eingreifen abzuhalten. Diese Aufgabe wird den heutigen Machthabern in Paris wesentlich erleichtert werden, wenn die französischen Nationalisten in den nächsten Wochen keinen Agitationsstoff zur Ausbeutung erhalten; ich habe deshalb in Berlin veranlaßt, daß jede Preßpolemik mit Frankreich für die nächsten Wochen nach Möglichkeit abgestoppt wird, und möchte Sie bitten, in Straßburg ein gleiches zu tun. Es würde sich auch empfehlen, etwa dort geplante administrative Maßnahmen, die in Frankreich agitatorisch aufgegriffen werden könnten, um einige Wochen zu verschieben. Wenn es uns gelingt, Frankreich nicht nur selbst stille zu halten, sondern auch in Petersburg zum Frieden mahnen zu lassen, so wird das eine für uns recht günstige Rückwirkung auf das französisch-russische Bündnis haben[3].

Mit herzlichen Grüßen Ihr sehr ergebener

v. Bethmann Hollweg

---

[1] Nach dem Konzept. Im Entwurf geschrieben vom ständigen Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt Legationsrat Dr. Riezler.

[2] Abgegangen am 16. Juli.

[3] Siehe Nr. 232.

Nr. 59

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 9 Fiuggi Fonte, den 17. Juli 1914[2]

Erfahrene Zeitungsleiter, mit welchen ich über das österreichische Vorgehen in Verbindung getreten, weisen darauf hin, daß es besser sei, in den jetzigen leidlich indifferenten Zustand der italienischen Presse nicht durch auffälliges Eintreten für Österreich vorzeitig eine Polemik zu tragen, da Widerspruch bei heutiger italienischer Stimmung gegen Österreich nicht ausbleiben würde. Gelegentlich eingestreute vorsichtige Bemerkungen zugunsten Österreichs wurden zugesagt. Es wurde mir vertraulich gesagt, daß österreichischer Botschafter selbst gewünscht, daß nur etwa laut werdenden Angriffen gegen Österreich entgegengetreten werde.

Wesentlich erscheint mir, auf die von Rom schwer zugängliche Mailänder Presse, insbesondere Corriere della Sera, einzuwirken. Stelle anheim, wie weit Einweihung und Mitwirkung k. Konsuls Mailand angezeigt.

Im Augenblick dürfte am wichtigsten sein, wenn möglich, auf die italienischen Korrespondenten in Wien, insbesondere den sehr ungünstig schreibenden Korrespondenten des Giornale d'Italia einzuwirken. Von dort kommen bisher die einzigen wirklich ungünstigen Äußerungen.

Flotow

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte 11$^{30}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt 1$^{20}$ nachm. Eingangsvermerk: 17. Juli nachm. Am 18. Juli von Jagow der Botschaft in Wien mitgeteilt, unter Beifügung folgender einleitender Bemerkungen (Entwurf von Radowitz' Hand):» Zu Ew. Exz. Information und Verwertung gegenüber Graf Berchtold: Der k. Botschafter in Rom ist, einem hier geäußerten Wunsch der österreichisch-ungarischen Regierung entsprechend, ebenso wie die k. Vertreter in London und Bukarest, aufgefordert worden, auf die Presse in einem für Österreich freundlichen Sinne einzuwirken. Herr von Flotow meldet unter dem 17. d. M. folgendes: [folgt obenstehender Bericht unter Weglassung des zweiten Absatzes ». Erlaß nach Wien abgegangen am 18. Juli 8$^{0}$ nachm.

Nr. 60

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 10 Fiuggi, den 17. Juli 1914[2]

Bei rein theoretischer Erörterung des möglichen österreichisch-serbischen Konflikts — denn er ist noch nicht eingeweiht — äußerte Marquis di San Giuliano, eine Niederwerfung Serbiens oder gar österreichische Annexion könnte ebensowenig wie von Italien auch von Rumänien geduldet werden. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß er gelegentlich in Bukarest eine Aussprache über den Gegenstand herbeiführt.

Flotow

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Fiuggi $2^{10}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $4^{6}$ nachm. Eingangsvermerk: 17. Juli nachm. Am 18. Juli von Jagow telegraphisch der Botschaft in Wien mitgeteilt, mit Auslassung der Worte »denn......... eingeweiht« und folgendem Zusatze: »Da San Giuliano über unsere jüngste Demarche in Bukarest nicht informiert ist, habe ich Grafen Waldburg angewiesen, auf deren Geheimhaltung hinzuwirken«. Telegramm (Entwurf von Bergens Hand, mit Änderungen Stumms und Zimmermanns) $8^{15}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt gegeben. Betreffend Mitteilung des Flotowschen Telegramms an den Geschäftsträger in Bukarest siehe Nr. 63

Nr. 61

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Geheim! Berlin, den 17. Juli 1914[2] [3]

Wie Ew. Exz. aus der Verlesung der Aufzeichnung des Grafen Hoyos über seine Unterredung mit dem Herrn Unterstaatssekretär bekannt ist, hat Graf Hoyos hier geäußert, Österreich müsse Serbien völlig aufteilen[4].

Graf Berchtold und Graf Tisza haben hierzu bemerkt, daß diese Äußerung nur die persönliche Ansicht des Grafen Hoyos widergäbe, haben sich also mit ihr ausdrücklich nicht identifiziert,

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.

[2] Abgegangen am 17. Juli.

[3] Siehe Nr. 18.

[4] In Jagows Konzept ursprünglich geschriebenes »zerschlagen« von ihm in »aufteilen« geändert.

sich aber scheinbar über ihre territorialen Pläne auch nicht weiter ausgelassen.

Für die diplomatische Behandlung des Konflikts mit Serbien wäre es von dessen Beginn an nicht unwichtig zu wissen, welches die Ideen der österreichisch-ungarischen Staatsmänner über die künftige Gestaltung Serbiens sind, da diese Frage von wesentlichem Einfluß auf die Haltung Italiens und auf die öffentliche Meinung und die Haltung Englands sein wird.

Daß die Pläne der Staatsmänner der Donaumonarchie durch den Gang der Ereignisse beeinflußt und modifiziert werden können, ist wohl als selbstverständlich anzusehen, immerhin sollte man annehmen, daß das Wiener Kabinett sich doch schon ein allgemeines Bild der zu erstrebenden Ziele auch in territorialer Hinsicht gemacht hat. Ew. Exz. wollen versuchen, im Gespräch mit dem Grafen Berchtold sich hierüber eine Aufklärung zu verschaffen, dabei aber den Eindruck vermeiden, als wollten wir der österreichischen Aktion von vornherein hemmend in den Weg treten oder ihr gewisse Grenzen oder Ziele vorschreiben. Es wäre uns nur von Wert, einigermaßen darüber orientiert zu sein, wohin der Weg etwa führen soll.

v. Jagow

Nr. 62

## Der Botschafter in London an den Reichskanzler[1]

London, den 16. Juli 1914[2]

Vom Standpunkt des Grafen Berchtold ist es vollkommen begreiflich, daß er seine durch den Bukarester Frieden stark erschütterte Stellung und den durch den Abfall Rumäniens verminderten Einfluß der Monarchie auf dem Balkan dadurch wieder zu heben gedenkt, daß er die jetzige verhältnismäßig günstige Gelegenheit zu einem Waffengange mit den Serben benutzt. Die leitenden militärischen Persönlichkeiten in Österreich haben bekanntlich schon seit längerer Zeit dahin gedrängt, das Ansehen der Monarchie durch einen Krieg zu befestigen. Einmal war es Italien, dem der Irredentismus ausgetrieben, ein andermal Serbien, das durch Kriegstaten à la Prinz Eugen zur Entsagung und zu besseren Sitten gezwungen werden sollte. Ich begreife, wie gesagt, diesen Standpunkt der österreichischen Staatsleiter und würde in ihrer Lage vielleicht schon früher die serbischen Wirren dazu benutzt haben, um die südslawische Frage im habsburgischen Sinne zu lösen.

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 18. Juli vorm.

Die erste Voraussetzung für eine derartige Politik müßte aber ein klares Programm sein, das auf der Erkenntnis beruht, daß der heutige staats- und völkerrechtliche Zustand innerhalb der serbokroatischen Völkerfamilie, der einen Teil dieser nur durch die Religion, nicht aber durch die Rasse gespaltenen Nation dem österreichischen, einen anderen dem ungarischen Staat, einen dritten der Gesamtmonarchie und einen vierten und fünften endlich unabhängigen Königreichen zuweist, auf die Dauer nicht haltbar ist. Denn das Bestreben, den geheiligten status quo aus Bequemlichkeitsgründen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, hat schon oft und so erst bei der jüngsten Balkankrise zu einem völligen Zusammenbruch des auf diesen Grundlagen erbauten politischen Kartenhauses geführt.

Zunächst bezweifle ich nun, daß in Wien ein großzügiger Plan, der allein die Grundlagen einer dauernden Regelung der südslawischen Frage bieten würde, ich meine den Trialismus mit Einschluß Serbiens, gefaßt worden ist. Nach meiner Kenntnis der dortigen Verhältnisse glaube ich auch gar nicht, daß man in der Lage ist, eine derartige staatsrechtliche Umgestaltung der Monarchie in die Wege zu leiten. Denn es wäre hierzu vor allem der Widerstand Ungarns zu überwinden, das sich gegen eine Abtretung von Kroatien mit Fiume auf das Äußerste wehren würde. Zur Durchführung eines derartigen Programms fehlt es in Wien auch an der hierzu geeigneten kraftvollen Persönlichkeit. Man sucht dort vielmehr meist nur den Bedürfnissen des Augenblicks zu genügen und ist froh, wenn die vielen politischen Schwierigkeiten, die niemals aussterben, da sie sich aus der Verschiedenartigkeit der Zusammensetzung des Reiches ergeben, so weit behoben sind, daß Aussicht besteht, wieder einige Monate fortwursteln zu können.

Eine militärische Züchtigung Serbiens hätte daher niemals den Zweck oder das Ergebnis einer befriedigenden Lösung der so überaus schwierigen südslawischen Frage, sondern bestenfalls den Erfolg, die mühsam beigelegte orientalische Frage von neuem ins Rollen gebracht zu haben, um Österreich eine moralische Genugtuung zu verschaffen.

Ob Rußland und Rumänien hierbei müßig zusehen und Österreich freie Hand lassen würden, werden Ew. Exz. besser zu beurteilen in der Lage sein als ich. Nach meinen hiesigen Eindrücken, namentlich aber nach den vertraulichen Unterhaltungen, die ich mit Sir Edward Grey gehabt habe, glaube ich, daß meine kürzlich in Berlin vertretenen Ansichten über die Absichten Rußlands uns gegenüber zutrafen. Sir Edward Grey versichert mir, daß man in Rußland nicht daran denke, mit uns Krieg führen zu wollen. Ähnliches sagt mir mein Vetter Graf Benckendorff. Eine gewisse antideutsche Stimmung kehre dort von Zeit zu Zeit regelmäßig wieder, das hänge mit dem slawischen Empfinden zusammen. Dieser Strömung gegenüber bestehe aber immer eine starke prodeutsche Partei. Weder der Kaiser noch irgend eine der maßgebenden Persön-

lichkeiten sei antideutsch und seit der Beilegung der Limanfrage sei keine ernste Verstimmung wieder eingetreten. Hingegen gab Graf Benckendorff offen zu, daß ein starkes antiösterreichisches Empfinden in Rußland bestehe. Es denke aber dort niemand daran, Teile von Österreich, wie etwa Galizien, erobern zu wollen.

Ob angesichts dieser Stimmung es möglich sein würde, die russische Regierung beim österreichisch-serbischen Waffengange zur passiven Assistenz zu bewegen, vermag ich nicht zu beurteilen. Was ich aber glaube, mit Bestimmtheit sagen zu können, ist, daß es nicht gelingen wird, im Kriegsfalle die öffentliche hiesige Meinung zuungunsten Serbiens zu beeinflussen, selbst durch Heraufbeschwörung der blutigen Schatten Dragas und ihres Buhlen, deren Beseitigung vom hiesigen Publikum schon längst vergessen ist und daher zu den historischen Ereignissen gehört, mit denen, soweit außerbritische Länder in Frage kommen, man hier im allgemeinen weniger Vertrautheit besitzt, als bei uns etwa der durchschnittliche Quartaner.

Ich bin nun weit entfernt, für eine Preisgabe unserer Bundesgenossenschaft oder unseres Bundesgenossen einzutreten. Ich halte das Bündnis, das sich in dem Empfindungsleben beider Reiche eingelebt hat, für notwendig und schon mit Rücksicht auf die vielen in Österreich lebenden Deutschen für die natürliche Form ihrer Zugehörigkeit zu uns. Es fragt sich für mich nur, ob es sich für uns empfiehlt, unseren Genossen in einer Politik zu unterstützen, bzw. eine Politik zu gewährleisten, die ich als eine abenteuerliche ansehe, da sie weder zu einer radikalen Lösung des Problems noch zu einer Vernichtung der großserbischen Bewegung führen wird. Wenn die k. u. k. Polizei und die bosnischen Landesbehörden den Thronfolger durch eine »Allee von Bombenwerfern« geführt haben, so kann ich darin keinen genügenden Grund erblicken, damit wir den berühmten pommerschen Grenadier für die österreichische Pandurenpolitik aufs Spiel setzen, nur damit das österreichische Selbstbewußtsein gekräftigt werde, das in diesem Falle, wie die Ära Ährenthal gezeigt hat, sich als vornehmste Aufgabe die möglichste Befreiung von der Berliner Bevormundung hinstellt.

Sollte aber wirklich für unsere politische Haltung die Ansicht ausschlaggebend sein, daß nach Verabreichung des »Todesstoßes« an die großserbische Bewegung das glückliche Österreich, von dieser Sorge befreit, sich uns für die geleistete Hilfe dankbar erweisen wird, so möchte ich die Frage nicht unterdrücken, ob nach Niederwerfung des ungarischen Aufstandes durch die Hilfe des Kaisers Nikolaus und die vielseitige Inanspruchnahme des Galgens nach Bezwingung der Ungarn bei Világos und unter der Oberleitung des kaiserlichen Generals Haynau die nationale Bewegung in Ungarn erdrückt wurde, und ob die rettende Tat des Zaren ein inniges und vertrauensvolles Verhältnis zwischen beiden Reichen begründet hat.

Lichnowsky

Nr. 63

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Bukarest[1]

Telegramm 38 Berlin, den 18. Juli 1914[2]

Geheim!
Zur persönlichen Information

Der k. Botschafter in Rom telegraphiert:

»Bei rein theoretischer .......... herbeiführt[3].«

Marquis San Giuliano ist weder über Brief Kaiser Franz Josephs an unsern Allergnädigsten Herrn noch über unsere Demarche in Bukarest informiert. Bitte daher dafür zu sorgen, daß die von Ew. H. dem König Carol übermittelten vertraulichen Mitteilungen Sr. M. des Kaisers und Königs streng geheim gehalten und auch nicht zur Kenntnis des dortigen italienischen Vertreters gebracht werden.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Bergens Hand mit Änderungen Jagows.
[2] 3[30] nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Hier ist das Telegramm Flotows vom 17. Juli (Nr. 60), unter Fortlassung der Worte »denn er ist noch nicht eingeweiht«, eingefügt. Die Worte »weder über — informiert« von Jagow eingefügt aus ursprünglichem »über unsere jüngste Demarche dort nicht informiert« in Bergens Entwurf.

Nr. 64

## Der Botschafter in Rom an den Reichskanzler[1]

Fiuggi, den 16. Juli 1914[2]

Meiner anderweitigen Meldung über die Abfassung eines Rechtsgutachtens des Staatsministers Fusinato[3], betreffend den österreichisch-serbischen Streitfall und die Stellung des Marquis di San Giuliano dazu, möchte ich noch hinzufügen, daß der Minister mit großer Entschiedenheit den Standpunkt vertrat, Österreich dürfe nicht in Belgrad wegen der großserbischen Propaganda reklamieren, solange diese Propaganda nicht in Österreich selbst zur Tat übergehe. Die Ermordung des Thronfolgers sei als solche nicht anzusehen, da sie nicht von einem serbischen Untertan begangen worden

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 18. Juli nachm. Am 19. Juli in Abschrift der Botschaft in Wien »zur gefl. vertraulichen Information und geeigneten Verwendung gegenüber Graf Berchtold« übersandt.
[3] Siehe Nr. 42.

sei. Wenn Österreich beabsichtige, die serbischen Nationalitätsbestrebungen mit Gewalt zu unterdrücken, so sei es für irgendeine italienische Regierung ganz unmöglich, ihr auf diesem Wege zu folgen; alle Traditionen [4] der Nationalitätsidee und des liberalen Prinzips zwängen Italien, sich von dieser Bahn fernzuhalten.

Wer mit der Phrasenherrschaft der lateinischen Völker vertraut ist, wird nicht verkennen, daß es in der Tat für eine italienische Regierung nicht leicht ist, eine andere Haltung einzunehmen. Bereits werden Stimmen laut, die mit Rücksicht auf den gleichartigen geschichtlichen italienischen Nationalitätskampf die Bekämpfung der serbischen Nationalitätsbestrebungen als unmöglich bezeichnen. Die Plattform des österreichischen Vorgehens ist daher für die hiesige öffentliche Meinung durchaus ungünstig. Wenn ich den Standpunkt des Ministers ziemlich lebhaft bekämpft habe, so geschah es weniger, weil ich diesen Standpunkt nicht begriff, als weil ich wünschte, ihn indirekt zu einer Andeutung darüber zu bringen, ob er auch im Falle ernster europäischer Komplikation dem Bundesgenossen die Hilfe versagen würde. Bis zu einer abschließenden Erklärung darüber konnte der Minister schon aus dem Grunde nicht gehen, weil die österreichischen Forderungen eine Formulierung noch nicht gefunden haben. Ich habe aber den Eindruck gewonnen, daß es außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich sein wird, Italien auf diesem Gebiete zur Gefolgschaft zu bringen. Es spielen in diese Angelegenheit nicht nur die vorliegende akute Frage, sondern vor allem auch die hier herrschende Stimmung gegen Österreich und auch die eigene psychologische Verfassung des Marquis di San Giuliano hinein. Noch vor einem Jahre sahen die Dinge anders aus. Aber seit den bekannten Triester Erlassen des Prinzen Hohenlohe ist die kaum latent gewordene geschichtliche Abneigung gegen Österreich allmählich mehr und mehr wieder erwacht, und es ist in der Tat schwer, sich augenblicklich eine weitgehende österreichisch-italienische Kooperation praktisch vorzustellen. Der Marquis di San Giuliano, der die Pflege der Beziehungen zu Österreich als eine Art politischen Programms seiner Ministerschaft betrachtet hat, ist enttäuscht und fühlt sich nicht mehr von der Volksstimmung getragen. Er sagte mir noch gestern, er sehe so viele schwarze Punkte für die weitere Gestaltung des italienisch-österreichischen Verhältnisses, daß er fast an einer weiteren Arbeit verzweifle.

Ich habe ihm an der Hand vieler Gründe gesagt, ich sei auch heute noch überzeugt, daß für Italien das Bundesverhältnis zu Österreich die beste Politik sei. Zeitweilige Störungen, wie die jetzige, müßten überwunden werden. Der Minister meinte, solange er noch da sei, wolle er ja auch in diesem Sinne wirken. Aber er arbeite ohne große Hoffnung.

Flotow

---

[4] Ausfertigung irrig: Tradition.

Nr. 65

## Der Botschaftsrat in Wien an den Reichskanzler[1]

Geheim! Wien, den 17. Juli 1914[2]

Wie mir Graf Berchtold sagt, soll die Note, welche die an Serbien zu stellenden Forderungen enthält, am Donnerstag, den 23. d. M. nachmittags, in Belgrad überreicht werden[3]. In dem Wunsche, die Angelegenheit möglichst zu beschleunigen, habe man das Datum um einige Tage verfrüht und den Tag der Abreise des Herrn Poincaré aus St. Petersburg hierfür festgesetzt. Man rechnet damit, daß der Präsident sich bereits eingeschifft haben würde, wenn die Belgrader Demarche in St. Petersburg bekannt werde.

Der Wortlaut der Note, so sagt mir der Minister, ist noch nicht definitiv festgestellt, und es finden noch Verhandlungen mit Graf Tisza statt; am Mittwoch, den 22. d. M., soll sie S. M. dem Kaiser Franz Joseph zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden.

Graf Berchtold ließ die Hoffnung durchblicken, daß Serbien die Forderung Österreich-Ungarns nicht annehmen werde, da ein bloßer diplomatischer Erfolg hierzulande wieder eine flaue Stimmung auslösen werde, die man absolut nicht brauchen könne.

W. Prz. Stolberg

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts 18. Juli nachm. Ausfertigung wurde am 18. Juli an den Kaiser gesandt, von ihm am 20. Juli zurückgegeben, am 23. Juli wieder in Berlin. Abschrift am 18. Juli vom Auswärtigen Amt an den Reichskanzler geschickt.
[3] Siehe Nr. 67 und 69.

Nr. 66

## Der Geschäftsträger in Bukarest an den Reichskanzler[1]

Geheim! Sinaia, den 14. Juli 1914[2]

Graf Czernin hatte, wie mir S. M. der König letzten Freitag sagte[3], tags zuvor bei Höchstdemselben Audienz gehabt. Ob und welche Mitteilungen der österreichische Gesandte zu machen hatte,

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 18. Juli nachm. Am 21. Juli der Botschaft in Wien mitgeteilt.
[3] Freitag 10. Juli; siehe Nr. 41.

entzieht sich meiner Kenntnis. Meinen Ausführungen gegenüber zeigte S. M. weder Überraschung noch Beunruhigung.

Ich hatte den Eindruck, daß dem Könige, auch abgesehen von Höchstdessen Auffassung, daß Bulgarien jetzt nicht bündnisfähig sei, auch der augenblickliche Zeitpunkt nicht geeignet erscheine, derartigen bindenden Abmachungen, wie sie Kaiser Franz Joseph vorschlägt, näher zu treten. S. M. vertritt vielmehr die Ansicht, daß die Veränderungen am Balkan noch nicht zum Abschluß gelangt sind und man sich dort augenblicklich in einem Übergangsstadium befände, das für derartige Abmachungen, die ruhigere Zeiten erfordern, nicht vorteilhaft wäre.

Höchstderselbe hat sich auch darüber nicht spontan ausgesprochen, ob Er von Serbien abrücken und der gegen den Bestand der Donaumonarchie gerichteten Agitation in Rumänien entgegentreten könnte. Ich hatte mich daher in der Befürchtung, die Audienz werde ihr Ende erreichen, bevor mir auf die Bitten unseres Allergnädigsten Herrn eine Antwort zuteil würde, veranlaßt gesehen, an S. M. die Frage zu richten, welche Stellung Sie Allerhöchstdenselben gegenüber einnehme. Aus der mir erteilten Antwort war zu entnehmen, daß der Monarch sowohl von Serbien abzurücken, als auch der hier im Lande herrschenden Agitation gegen Österreich-Ungarn entgegenzutreten bereit ist. Allerdings knüpft sich an die Gewährung der letzteren Bitte die Erwartung, daß in Ungarn das Bestreben gezeigt wird, dem Könige diese Aufgabe dadurch zu erleichtern, daß man den dortigen Rumänen gewisses Entgegenkommen erweise. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es bei der Ausdehnung, die die österreichfeindliche Stimmung hierzulande nun einmal genommen hat, wohl eines Hinweises auf den guten Willen der Nachbarmonarchie bedürfen wird, um allmählich eine Beschwichtigung der Gemüter herbeizuführen. Dies dürfte sich ferner schon aus dem Grunde empfehlen, weil man wohl darauf gefaßt sein darf, daß von französischer und russischer Seite alles geschehen wird, um die österreichfeindliche Agitation zu schüren, in der Absicht, Rumänien von Österreich und damit vom Dreibund loszulösen. S. M. meinte, die Agitation werde über den Sommer wohl zur Ruhe kommen, im Winter aber aufs neue entbrennen können. Graf Tisza habe einen viel versprechenden Anlauf genommen, um die Frage der ungarländischen Rumänen einer Lösung entgegenzubringen; allein es sei leider dabei geblieben. Unterdessen habe sich auch auf ungarischer Seite, insbesondere auch in der Presse, eine Agitation gegen Rumänien gebildet, die eine Verständigung nur noch erschwere.

Tatsächlich besteht nunmehr auf beiden Seiten der Karpathen eine gereizte Stimmung, die bei jedem Anlaß in der Presse zum Ausdruck kommt. Es war sicherlich ein Fehler, daß die österreichisch-ungarischen Zeitungen die Aktion des Grafen Tisza mit solcher Emphase verkündet haben. Hierdurch sind die Erwartungen,

die sich hier an dieselbe knüpften, nur noch gesteigert worden. Die Enttäuschung aber war eine doppelte, als das gewünschte Resultat ausblieb oder doch unbefriedigend erschien. Wenn die ungarische Regierung die Führer der Agitation etwa durch geschickte Verwendung im Staatsdienste mundtot zu machen vermöchte, so würde auch nach Ansicht hiesiger leitender Persönlichkeiten viel gewonnen sein.

Von den Mitteilungen, die ich S. M. gemacht habe, wollte Höchstderselbe, wie er mir sagte, auch Herrn Bratianu Kenntnis geben.

Waldburg

Nr. 67

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten im kaiserlichen Gefolge[1]

Telegramm 82 — Berlin, den 18. Juli 1914[2]

Privat, Geheim!

Bitte um genaue Angabe der Reiseroute von S. M. S. Hohenzollern vom 23. ab. An dem Tage soll bekanntlich österreichische Demarche in Belgrad erfolgen[3] — beabsichtigt scheint 48-stündiges Ultimatum — und es wird von der Entwicklung der Ereignisse abhängen, ob und wann Anwesenheit S. M. hier erforderlich sein dürfte. Bitte eventuell Admiral von Müller ins Vertrauen zu ziehen, S. M. aber nicht vorzeitig zu beunruhigen.

Da wir eventuellen Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren wünschen, dürfen wir Welt durch verfrühte Rückkehr Sr. M. nicht alarmieren, andererseits müßte Allerhöchstderselbe erreichbar sein, falls nicht vorherzusehende Ereignisse auch für uns wichtige Entscheidungen (Mobilmachung) benötigen sollten. Eventuell wäre an Kreuzen in der Ostsee für letzte Reisetage zu denken[4].

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.

[2] Abgegangen $5^{6}$ nachm.

[3] Siehe Nr. 65.

[4] Siehe Nr. 79.

Nr. 68

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Berlin, den 18. Juli 1914[2]

Graf Szögyény hat heute den in anliegender Notiz[3] angegebenen Auftrag ausgeführt.

Zunächst scheinen die inzwischen bereits dementierten Zeitungsmeldungen über Truppenansammlungen in Bari der tatsächlichen Grundlage zu entbehren. Ebenso unwahrscheinlich ist es mir, daß Italien zu einer Aktion gegen Valona, wenn überhaupt, so ohne vorheriges Benehmen mit Wien schreiten sollte.

Den von Graf Berchtold gewünschten Schritt in Athen zu tun, ist der k. Geschäftsträger daselbst angewiesen worden und der k. Botschafter in Rom davon behufs Mitteilung an Marquis San Giuliano informiert worden. Was jedoch den Vorschlag einer internationalen Flottendemonstration und die Besetzung Valonas durch Detachements mehrerer Mächte betrifft, so sprechen für mich folgende Gründe dagegen. Falls Valona von den Aufständischen eingenommen werden sollte, so würde eine einfache Flottendemonstration kaum mehr genügen, um die Räumung der Stadt herbeizuführen, und es müßte, wie auch Graf Berchtold dies offenbar im Auge hat, zur Landung von Detachements und eventuell zum Kampf gegen die Aufständischen geschritten werden. Zur Verwendung weiterer Truppen in Albanien würden sich aber die Mächte kaum bereit finden. Die Erklärungen Sir Edward Greys lassen hierauf mit Bestimmtheit schließen, ebensowenig dürfte auf eine Teilnahme Rußlands oder Frankreichs an einer derartigen Aktion zu rechnen sein. Wir selbst wollen unsere Truppen nicht zu Kämpfen in Albanien verwenden. Es ist mir daher zu meinem Bedauern nicht möglich, Italien eine Anregung zu suggerieren, der wir dann selbst keine Folge leisten könnten.

Schließlich möchte ich der Erwägung des Grafen Berchtold anheimgeben, ob eine Beschäftigung Italiens in Valona nicht die österreichische Aktion gegen Serbien wesentlich erleichtern könnte. Man darf sich in Wien — wie ich dies schon an anderer Stelle ausgeführt habe — keiner Illusion darüber hingeben, daß ein österreichischer Angriff auf Serbien in Italien nicht nur eine sehr ungünstige Aufnahme finden, sondern voraussichtlich auf direkten Widerstand stoßen wird. Ich halte deswegen eine rechtzeitige Auseinandersetzung des

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.

[2] Abgegangen am 18. Juli.

[3] Das ist eine Mitteilung der k. u. k. Botschaft in Berlin betr. die eventuelle Besetzung Valonas durch Italien.

Wiener Kabinetts mit dem römischen für dringend geboten und meine, daß diese wesentlich erleichtert werden könnte, wenn Italien mit österreichischer Zustimmung in Albanien engagiert würde.

Ew. Exz. wollen sich dem Grafen Berchtold gegenüber mit Nachdruck in diesem Sinne aussprechen.

v. Jagow

Nr. 69

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten im kaiserlichen Gefolge[1]

Telegramm 84 Berlin, den 18. Juli 1914[2] [3]

Zum Vortrag

Nach Mitteilung der Botschaft Wien wird österreichisch-ungarische Demarche in Belgrad am 23. d. M. erfolgen.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Zimmermanns Hand.
[2] $7^{30}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 65 und 80.

Nr. 70

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 122 Berlin, den 18. Juli 1914[2]

Norddeutsche bringt morgen Bemerkungen zum österreichisch-serbischen Streit, die mit Rücksicht auf europäische Diplomatie absichtlich milde gefaßt sind. Das hochoffiziöse Blatt sollte nicht vorzeitig alarmieren. Bitte dafür zu sorgen, daß dies nicht fälschlicherweise als deutsches Abrücken von dortiger Entschlossenheit gedeutet wird.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von der Hand des ständigen Hilfsarbeiters im Auswärtigen Amt Legationsrats Esternaux mit einigen Änderungen von der Hand des vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Wirkl. Geheimen Legationsrats Dr. Hammann.
[2] $9^{10}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 71

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 349 Konstantinopel, den 18. Juli 1914[2]
Geheim!

Von der angekündigten, aber immer wieder hinausgeschobenen Demarche Österreichs in Belgrad wird hier bereits als von einer nicht recht ernst zu nehmenden Angelegenheit gesprochen. Namentlich in den Kreisen der Triple-Entente ist man fest überzeugt, daß Serbien die papierenen Forderungen Österreichs sämtlich annehmen und daß dann alles beim alten bleiben werde. Markgraf Pallavicini ist sich zwar der Bedeutung des Momentes für die Zukunft des Dreibundes wohl bewußt, scheint aber selbst zu bezweifeln, daß man in Wien wirklich kraftvolle Entschlüsse fassen werde. Er erhofft die Rettung Österreichs weniger von energischen Handlungen seiner Regierung als von der Anbahnung neuer Bündnisse und möchte deshalb die Türkei über Bulgarien an Österreich anschließen. Ich bekämpfe diesen Gedanken lebhaft. Die Türkei ist zweifellos heute noch vollkommen bündnisunfähig[3]. Sie würde ihren Verbündeten nur Lasten auferlegen, ohne ihnen die geringsten Vorteile bieten zu können. Der Anschluß der Türkei an Bulgarien würde Rußlands Gegenstoß in Armenien geradezu provozieren. Die Politik des Dreibundes muß sein, die Türkei bei ihren ..........[4] und seine Beziehungen zu ihr so zu gestalten, daß, falls die Türkei nach Jahren tatsächlich zu einem Machtfaktor werden sollte, die Fäden nicht abgeschnitten sind. Fürs erste kann man der Türkei nur raten, jedem politischen Abenteuer fernzubleiben und mit allen Ländern gute Beziehungen zu unterhalten. Auch die neutrale Türkei wird immer einige russische Korps an der armenischen Grenze festhalten.

Wangenheim

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Konstantinopel 18. Juli 11⁰ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 19. Juli 2³⁰ vorm. Eingangsvermerk: 19. Juli vorm. Am 19. Juli teilt Jagow durch Erlaß dem Botschafter in Wien mit: »Zur Information. Der k. Botschafter in Konstantinopel, der von der Pallavicini-Berchtoldschen Anregung, die Türkei an unsere Mächtegruppe anzuschließen, nicht unterrichtet war, schreibt in einem Bericht: ‚Markgraf Pallavicini erhofft die Rettung Österreichs von der Anbahnung neuer Bündnisse und möchte .......... festhalten‘.«

[3] Siehe Nr. 117.

[4] Hier fehlen einige Zifferngruppen; die Worte »Die Türkei bei ihren und« hat Jagow im Schreiben an die Botschaft in Wien gestrichen.

Nr 72

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London (Privatbrief)[1]

Berlin, den 18. Juli 1914

Lieber Lichnowsky!

Ihr Urteil über unsere Politik, wie sie Ihr serbischer Bericht[2] enthält, ist mir stets wertvoll, und ich glaube, daß der Reichskanzler darüber ebenso denkt. Ich stehe auch nicht an, viele Ihrer Bemerkungen als berechtigt anzuerkennen. Aber wir haben nun einmal ein Bündnis mit Österreich: hic Rhodus, hic salta. Auch darüber, ob wir bei dem Bündnis mit dem sich immer mehr zersetzenden Staatengebilde an der Donau ganz auf unsere Rechnung kommen, läßt sich diskutieren, aber ich sage da mit dem Dichter — ich glaube, es war Busch —: »Wenn Dir die Gesellschaft nicht mehr paßt, such' Dir eine andere, wenn Du eine *hast*.« Und zu einem vollen Erfolg bietenden Verhältnis zu England sind wir leider noch immer nicht gekommen, konnten nach allem, was vorausgegangen, auch gar nicht dazu kommen — wenn wir überhaupt je dazu kommen können.

Österreich, welches durch seine mangelnde Aktionskraft mehr und mehr Einbuße an seinem Ansehen erlitten hat, zählt schon jetzt kaum mehr als vollwertige Großmacht. Die Balkankrise hat seine Stellung noch geschwächt. Durch dieses Zurückgehen der österreichischen Machtstellung ist auch unsere Bündnisgruppe entschieden geschwächt worden.

Österreich will sich die serbische Minierarbeit nicht mehr gefallen lassen, ebensowenig die fortgesetzt provokatorische Haltung des kleinen Nachbarn in Belgrad. — Siehe die Sprache der serbischen Presse — und Herrn Paschitschs. Es erkennt wohl, daß es viele Gelegenheiten versäumt hat, und daß es jetzt noch handeln kann, in einigen Jahren vielleicht nicht mehr. Österreich will sich jetzt mit Serbien auseinandersetzen und hat uns dies mitgeteilt. Während der ganzen Balkankrise haben wir mit Erfolg im Sinne des Friedens vermittelt, ohne Österreich dabei in kritischen Momenten zur Passivität gezwungen zu haben. Daß wir trotzdem — zu Unrecht — in Österreich vielfach der Flaumacherei beschuldigt sind, ist mir gleichgültig. Wir haben auch jetzt Austria nicht zu seinem Entschluß getrieben. Wir können und dürfen aber ihm nicht in den Arm fallen. Wenn wir das täten, könnte Österreich (und wir selbst) uns mit Recht vorwerfen, daß wir ihm seine letzte Möglichkeit politischer Rehabili-

---

[1] Nach einer vom Fürsten Lichnowsky zur Verfügung gestellten Abschrift in Maschinenschrift.

[2] Siehe Nr. 30.

tierung verkehrt haben. Dann würde der Prozeß seines Dahinsiechens und inneren Zerfalls noch beschleunigt. Seine Stellung im Balkan wäre für immer dahin. Daß eine absolute Stabilisierung der russischen Hegemonie im Balkan indirekt auch für uns nicht admissibel ist, werden Sie mir wohl zugeben. Österreichs Erhaltung, und zwar eines möglichst starken Österreichs, ist für uns aus inneren und äußeren Gründen eine Notwendigkeit. Daß es sich nicht ewig wird erhalten lassen, will ich gern zugeben. Aber inzwischen lassen sich vielleicht Kombinationen finden.

Wir müssen sehen, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren. Ob dies gelingen kann, wird zunächst von Rußland und in zweiter Linie von dem mäßigenden Einfluß seiner Ententebrüder abhängen. Je entschlossener sich Österreich zeigt, je energischer wir es stützen, um so eher wird Rußland still bleiben. Einiges Gepolter in Petersburg wird zwar nicht ausbleiben, aber im Grunde ist Rußland jetzt nicht schlagfertig. Frankreich und England werden jetzt auch den Krieg nicht wünschen. In einigen Jahren wird Rußland nach aller kompetenten Annahme schlagfertig sein. Dann erdrückt es uns durch die Zahl seiner Soldaten, dann hat es seine Ostseeflotte und seine strategischen Bahnen gebaut. Unsere Gruppe wird inzwischen immer schwächer. In Rußland weiß man es wohl, und will deshalb für einige Jahre absolut noch Ruhe. Ich glaube gern Ihrem Vetter Benckendorff, daß Rußland jetzt keinen Krieg mit uns will. Dasselbe versichert auch Sasonow, aber die Regierung in Rußland, die heute noch friedliebend und halbwegs deutschfreundlich ist, wird immer schwächer, die Stimmung des Slawentums immer deutschfeindlicher. Wie Rußland uns im Grunde behandelt, zeigt der vorige Herbst. Während der Balkankrise konnte es uns nicht genug danken für unsere beruhigende Einwirkung. Kaum war die akute Krise vorbei, begannen die Unfreundlichkeiten — wegen Liman usw. Läßt sich die Lokalisierung nicht erreichen und greift Rußland Österreich an, so tritt der casus foederis ein, so können wir Österreich nicht opfern. Wir ständen dann in einer nicht gerade proud zu nennenden Isolation. Ich will keinen Präventivkrieg, aber wenn der Kampf sich bietet, dürfen wir nicht kneifen.

Ich hoffe und glaube auch heute noch, daß der Konflikt sich lokalisieren läßt. Englands Haltung wird dabei von großer Bedeutung sein. Ich bin vollständig überzeugt, daß die öffentliche Meinung dort sich nicht für Österreichs Vorgehen begeistern wird, und erkenne alle ihre Argumente in dieser Hinsicht als richtig an. Aber man muß tun, was irgend möglich ist, daß sie sich nicht zu sehr für Serbien begeistert, denn von Sympathie und Antipathie bis zur Entfachung eines Weltbrandes ist doch noch ein weiter Weg. Sir Grey spricht immer von dem Gleichgewicht, das durch die beiden Mächtegruppen hergestellt wird. Er muß sich daher auch klar darüber sein, daß dieses Gleichgewicht total in die Brüche ginge, wenn Österreich von uns lâchiert und von Rußland zertrümmert würde,

und daß das Gleichgewicht auch durch einen Weltbrand erheblich ins Wanken gebracht würde. Er muß daher, wenn er logisch und ehrlich ist, uns beistehen, den Konflikt zu lokalisieren. Doch nun satis superque, es ist 1 Uhr nachts geworden. Wenn diese Ausführungen über unsere Politik Sie vielleicht auch nicht überzeugt haben mögen, so weiß ich doch, daß Sie letztere unterstützen werden[3]

Mit besten Grüßen aufrichtigst der Ihre

Jagow

den 19. Juli.

Eben erhalte ich Ihren Brief vom 17. Die Hauptsache ist durch obiges beantwortet. Der Urlaub zunächst eine cura posterior, wegen Kolonialabkommen antworte ich demnächst.

J.

---

[3] Siehe Nr. 161.

Nr. 73.

## Der Botschafter in Rom an den Reichskanzler[1]

Fiuggi, den 16. Juli 1914[2]

Der gegen Serbien geplanten diplomatischen Aktion Österreichs steht der Marquis di San Giuliano skeptisch gegenüber. Die Aktion kann nach der Ansicht des Ministers in keinem Falle zum Ziele führen. Auch wenn Serbien sich den österreichischen Ansprüchen füge, d. h. wenn es die großserbischen Gesellschaften verbiete und auflöse usw., so würde die Agitation eben aus einer öffentlichen eine geheime werden. Das werde sogar der Fall sein, wenn Österreich Belgrad besetze. Nationale Aspirationen von solcher Kraft können heutzutage nicht mehr mit Gewalt unterdrückt werden. Es sei der alte österreichische Irrtum, an die Allgewalt und Wirksamkeit der Polizei in solchen nationalen Fragen zu glauben. Die italienische Geschichte des vorigen Jahrhunderts liefere dafür ein Beispiel. Die Analogie der Lage sei eine so frappante, daß man schon aus diesem Grunde den Italienern keine Sympathie für das österreichische Vorgehen zumuten dürfe. Wenn die serbische Frage überhaupt innerhalb des heutigen Bestandes Österreichs gelöst werden könne, so sei es nur auf dem Wege möglich, daß den österreichischen Serben ein Interesse geschaffen würde, innerhalb Österreichs und bei Österreich zu verbleiben.

Flotow

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 19. Juli vorm.

Nr. 74

## Der Oberquartiermeister I im Großen Generalstabe an den Staatssekretär des Auswärtigen (Privatbrief)[1 2]

Ganz vertraulich! Ivenack, den 17. Juli 1914[3]

Lieber Jagow!

Soeben hat mir mein Adjutant ein Schreiben Kagenecks an mich gebracht, in dem er mir auf meine Fragen wegen der militärischen Absichten in Wien so gut er kann Auskunft gibt.

Da General Conrad verreist war, hat Kageneck meine Fragen dessen Vertreter, dem General Höfer vorgelegt, den ich als verständigen Mann kenne. Diesem zufolge hat man die Absicht, gegen Serbien 6 Armeekorps einzusetzen und einstweilen in Galizien nichts zu unternehmen. Sollte Rußland eingreifen, so würde man von Serbien loslassen und alles gegen den Hauptgegner einsetzen.

Das sind vernünftige Ansichten. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit meine persönliche Ansicht dahin aussprechen, daß wir gut tun, nicht auf eine sehr schleunige Wirkung der österreichischen Heeresmaßnahmen zu rechnen, denn:

1. haben partielle Mobilmachungen immer ihre Haken,
2. bedarf jedes Loslösen vom Gegner einer gewissen Zeit und
3. macht man sich in Wien noch keinen Vers davon, wo sich die Serben eventuell stellen werden; geschieht dies, was leicht möglich ist, im südlichen Serbien, etwa bei Nisch, so wird die Entscheidung hinausgezögert und die weiteren Bewegungen dauern länger.

General Moltke[4] denkt am 25. d. M. nach Berlin zurückzukehren. Ich bleibe hier sprungbereit[5]; wir sind im Generalstabe fertig, einstweilen ist von uns ja nichts zu veranlassen.

Schönsten Gruß. Immer in alter Gesinnung

der

Deine

Waldersee

---

[1] Nach der Ausfertigung von der Hand des Grafen Waldersee.
[2] Von Jagow zu den Akten gegeben.
[3] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 19. Juli vorm.
[4] Generaloberst von Moltke, Chef des Generalstabs der Armee, ab 28. Juni nach Karlsbad beurlaubt.
[5] Waldersee hatte ab 7. Juli Urlaub, den er am 8. Juli abends antrat.

Nr. 75

## Der Botschafter in Rom an den Staatssekretär des Auswärtigen[1]

Fiuggi, den 16. Juli 1914[2]

Besten Dank für Deinen Brief. Ich freue mich, daß Du über die Schwierigkeit der hiesigen Situation keine Illusionen hast; ich halte die letzten für hoffnungslos, wenn nicht Austria angesichts der Gefahr sich zu der klaren Erkenntnis aufrafft, daß, falls es etwa territorial irgendetwas nehmen will, es Italien entschädigen muß. Sonst fällt ihm Italien in den Rücken. Das ist eine so ernste Frage für uns, daß wir erwägen müssen, ob wir nicht bestimmte Abmachungen mit Wien treffen müssen.

S.[an] G.[iuliano]s Stimmung ersiehst Du aus meinen Berichten usw. Es kommt mehr denn je alles auf ihn an, denn Salandra stützt ihn nicht wie Giolitti. Sal.[andra] macht kein Hehl aus seinen antiösterreichischen Gefühlen, und Mérey hat ihn nicht geschickt behandelt. S.[an] G.[iuliano] aber ist pessimistisch, gedrückt, mutlos und schwer leidend.

[Flotow[3]]

---

[1] Nach einer von Jagow zu den Akten gegebenen Abschrift aus einem Privatbrief Flotows an Jagow.

[2] Abschrift trägt den Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 22. Juli nachm., dürfte aber etwa 19. Juli an den Empfänger gelangt sein.

[3] Unterschrift fehlt in der Abschrift ebenso wie die Anrede.

Nr. 76

## Der Botschafter in London an den Reichskanzler[1]

London, den 17. Juli 1914[2]

Die heutige »Westminster Gazette« bringt den beiliegenden Leitartikel über die europäische Lage, der sich durch die ruhige und sachliche Erörterung des österreichisch-serbischen Gegensatzes auszeichnet. Bei den freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Herausgeber Mr. Spender und Sir Edward Grey liegt die Annahme nicht fern, daß die Ansichten des Ministers dabei nicht ohne Einfluß

---

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Ausw. Amts: 19. Juli vorm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 27. Juli zurückgegeben.

gewesen sind, und daß meine wiederholten Besprechungen mit ihm dazu beigetragen haben, das *Recht Österreichs* auf *Genugtuung zu berücksichtigen.* Aber auch diese regierungsfreundliche Stimme spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die »*ultima ratio*« vermieden werde.

Lichnowsky

Nr. 77

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien [1]

Telegramm 124 Berlin, den 19. Juli 1914 [2]

Ew. Exz. wollen von Graf Berchtold sofortige Mitteilung Wortlauts beabsichtigter Note nach Belgrad und sonstiger Veröffentlichungen erbitten, sobald endgültig festgestellt zur Vorlage bei Kaiser Franz Joseph, damit wir rechtzeitig unsere Demarchen bei den anderen Mächten vorbereiten können. Vorherige Orientierung über wesentlichste Punkte beabsichtigten Vorgehens erwünscht [3].

Jagow

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Stumms Hand.
[2] $1^{25}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 83, 88 und 103.

Nr. 78

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt [1]

Telegramm 11 Fiuggi Fonte, den 19. Juli 1914 [2]

Aus der Umgebung des Marquis di San Giuliano höre ich, daß nunmehr sehr pessimistische Berichte des Herzogs von Avarna über Serbien eingelaufen sind. Aus einem Gespräch mit Herrn Luzzatti entnehme ich, daß Marquis di San Giuliano jetzt die Lage für ernst hält. Er selbst vermeidet anscheinend in diesem Augenblick eingehende Gespräche mit mir über diese Frage. Die Herren des

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte $2^{15}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $2^{30}$ nachm. Eingangsvermerk: 20. Juli vorm. Unter dem 19. Juli von Jagow nach Vornahme kleiner stilistischer Änderungen telegraphisch dem Botschafter in Wien mitgeteilt, zum Haupttelegraphenamt gegeben am 20. Juli $12^{10}$ vorm.

Ministeriums sind auf den Ton gestimmt, Österreich würde sich durch zu weit gehende Forderungen ins Unrecht setzen und könne dann nicht auf Unterstützung rechnen.

Flotow

Nr. 79

## Der Gesandte im kaiserlichen Gefolge an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 116 Balholm, den 19. Juli 1914[2] [3]

Nach bisherigen Dispositionen Sr. M. soll S. M. S. Hohenzollern bis etwa den 30. d. M. in Balholm bleiben, dann eintägiger Aufenthalt in Bergen, um Kohlen zu nehmen, dann Rückfahrt Swinemünde. Werde jede Änderung melden.

Wedel

---

[1] Nach der Entzifferung. Auch das Konzept von Graf Wedels Hand befindet sich jetzt bei den Akten.

[2] Aufgegeben in Balholm $1^{15}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $4^{35}$ nachm. Eingangsvermerk: 20. Juli vorm.

[3] Siehe Nr. 67.

Nr. 80

## Der Gesandte im kaiserlichen Gefolge an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 117 Balholm (»Hohenzollern«), den 19. Juli 1914[2]

S. M. bitten Ew. Exz. zu erwägen, ob nicht schon jetzt die Generaldirektoren der Hapag und des Norddeutschen Lloyd streng vertraulich und unter der Hand durch Gesandten in Hamburg dahin verständigt werden sollten, daß am 23. österreichisches Ultimatum zu erwarten[3]. Im Hinblick auf unübersehbare, vielleicht sehr rasch eintretende Folgen scheint es Sr. M. wünschenswert, daß die beiden

---

[1] Nach der Entzifferung. Auch das Konzept von Graf G. Wedels Hand befindet sich jetzt bei den Akten.

[2] Aufgegeben in Balholm $1^{10}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $4^{35}$ nachm. Eingangsvermerk: 20. Juli vorm.

[3] Siehe Nr. 69.

großen Linien beizeiten avertiert werden, um rechtzeitig Dispositionen treffen und im Auslande befindlichen Dampfern Ordre erteilen zu können [4].

Wedel

[4] Jagow gab unter Zustimmung des Reichskanzlers dieser Anregung Folge. In einem vom 19. Juli datierten, am 20. Juli $12^{10}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt gegebenen Telegramm an den Reichskanzler teilt er den Inhalt des Balholmer Telegramms mit und fügt bei: »Ich sehe morgen Ballin und werde ihn streng vertraulich orientieren, falls Ew. Exz. nicht anders befehlen. Generaldirektor Lloyd müßte dann durch Gesandten Hamburg orientiert bzw. hierher zitiert werden.« Das um $6^{40}$ vorm. in Hohenfinow eingegangene Telegramm wurde in zustimmender, $11^{25}$ vorm. abgesandter Depesche (»Einverstanden«) beantwortet. An den Direktor des Norddeutschen Lloyd von Plettenberg telegraphierte Jagow am 20. Juli nachm.: »Wäre dankbar, wenn Sie in wichtiger Angelegenheit mich morgen persönlich aufsuchen könnten. Staatssekretär von Jagow«; Telegramm $7^{20}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt. Siehe ferner Nr. 90.

## Nr. 81.

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt [1]

Telegramm 352 — Therapia, den 19. Juli 1914 [2]

Talaat Beï sagte mir, die türkisch-griechischen Verhandlungen nähmen guten Fortgang. Die Idee der Errichtung eines suzeränen Fürstentums unter einem griechischen Prinzen sei aufgegeben. Dagegen sei jetzt eine Art Autonomie unter einem von der Türkei und Griechenland gemeinsam zu ernennenden Generalgouverneur geplant. Auch das militärische Besetzungsrecht solle gemeinsam ausgeübt werden

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Therapia 19. Juli $7^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{17}$ nachm.; Eingangsvermerk des Amts: 20. Juli vorm. Am 20. Juli von Jagow nach Vornahme einiger Änderungen und Umstellungen und mit Auslassung des Absatzes »Prinz Said .......... geführt worden seien« telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, aufgegeben in Berlin $5^{5}$ nachm., angekommen im Hoflager $11^{0}$ nachm., Entzifferung des Hoflagers vom Kaiser zurückgegeben 21. Juli, in Berlin eingetroffen 23. Juli. Kaiser befahl durch Randverfügung Mitteilung an die Vertretung in Athen. Abschnitte »Talaat Beï sagte mir .......... Bündnisantrag annehme« (mit kleiner Änderung) und »Großwesir sagte mir .......... ohne Bündnis lösen« waren aber schon vorher, am 20. Juli, durch Erlaß dem Geschäftsträger in Athen »zur persönlichen Information« mitgeteilt.

nach dem Vorbild des ehemaligen Regimes im Sandschak. Griechenland bestehe auf Defensivbündnis. Er trete dafür ein, daß die Pforte den Bündnisantrag annehme. Früher sei er für Anschluß an Bulgarien gewesen, habe sich aber in Rumänien und durch mich überzeugen lassen, daß das *Bündnis* mit Griechenland vorzuziehen sei. Großwesir werde demnächst zwecks *Finalisierung* des Übereinkommens mit Veniselos in Brüssel zusammentreffen.

Falls die Türkei mit Griechenland sich verbündet und Bulgarien sich inzwischen Österreich bzw. dem Dreibund angeschlossen hat, so könnte der Fall eintreten, daß Bulgarien gleichzeitig mit Österreich Serbien angreift, wobei Griechenland Serbien Hilfe bringen müßte, dann wäre der casus foederis für die Türkei gegeben, die ihrerseits gegen den Bundesgenossen Bulgariens Österreich, also auch gegen uns, marschieren müßte. Dazu würde sie sich aber nur entschließen, wenn das griechisch-türkische Bündnis vorher unter den Schutz Rußlands bzw. der Triple-Entente gestellt wäre.

*richtig.*

Ich habe heute dem Großwesir unter vorsichtigem Hinweis auf die Möglichkeit einer ernsteren Wendung der serbisch-österreichischen Beziehungen nahegelegt, vor Klärung der Lage *keinerlei* Bündnisse[3] zu finalisieren[4].

*keine Einigkeit!*

Großwesir sagte mir, in der Bündnisfrage habe nicht Talaat Beï, sondern er das letzte Wort. Er werde zwar mit Veniselos demnächst zusammentreffen, gedenke *aber nicht* auf den *griechischen Bündnisantrag einzugehen.* Die Inselfrage lasse sich voraussichtlich auch ohne Bündnis lösen.

Prinz Said Halim bemerkte schließlich, daß die Verhandlungen zwischen Talaat Beï und Veniselos in letzter Zeit unter Vermittlung Herrn Dillons geführt worden seien.

Wangenheim

---

[3] »Bündnisse« von Jagow im Telegramm an den Kaiser unterstrichen.

[4] Satz »Ich habe heute .......... finalisieren« lautet in Jagows Telegramm an den Kaiser: »Es wäre daher angesichts der Möglichkeit einer ernsteren Wendung der serbisch-österreichischen Beziehungen wohl besser, wenn vor Klärung der Lage keinerlei Bündnisse finalisiert würden.« Dazu die obenstehende Randbemerkung des Kaisers.

Nr. 82

## Der Chef des Admiralstabes der Marine an den Staatssekretär des Auswärtigen[1]

Telegramm (ohne Nummer) Berlin, den 20. Juli 1914

Der Kaiser haben Flotte folgenden Befehl direkt telegraphisch zugehen lassen:

Balestrand, von »Hohenzollern«, den 19. Juli 1914[2]

»Der Kaiser befehlen Zusammenhalten in Flotte bis zu 25. Juli dergestalt, daß sie Befehl zum Abbruch der Reise schnell ausführen kann. Einlaufen Norwegen Hafen soll erfolgen dann erst auf besondere bei dem Kaiser direkt einzuholende Erlaubnis.« Bestätigen. Schluß. Auswärtiges Amt von dort benachrichtigen. Bestätigen.[3]

von Mueller

U(rschriftlich) dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts zur gefälligen Kenntnisnahme sehr ergebenst übersandt.

F. d. beurl(aubten) Ch(ef) d(es) Admiralst(abes) d(er) M(arine)
Paul Behncke

---

[1] Nach der vom Admiralstab übersandten Abschrift.
[2] Telegramm in Balestrand abgesandt 19. Juli $11^{15}$ nachm.; Abschrift am 20 Juli zum Auswärtigen Amt. Eingangsvermerk 20. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 101.

Nr. 83

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Geheim! Berlin, den 20. Juli 1914[2]

Ich nehme an, daß gleichzeitig mit der beabsichtigten Demarche in Belgrad eine amtliche Publikation, betreffend den Inhalt der Note, das Ergebnis der Untersuchung usw. in Wien erfolgt.

Für die Behandlung unserer Öffentlichkeit wäre es für uns von größtem Wert, nicht nur über den Inhalt, sondern auch über Tag und Stunde der Publikation vorher genau informiert zu werden. Ew. Exz. ersuche ich eventuell um Drahtbericht[3].

v. Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] Abgegangen am 20. Juli.
[3] Siehe Nr. 77, 88 und Nr. 103.

Nr. 84

## Der Reichskanzler an den Kaiser[1]

Telegramm (ohne Nummer) Hohenfinow, 20. Juli 1914[2]

Ew. M. muß ich alleruntertänigst melden, daß Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz entgegen den Höchstdemselben erteilten und von ihm auch akzeptierten Ratschlägen neuerdings wieder mit telegraphischen Kundgebungen an die Öffentlichkeit zu treten beginnt. So hat Seine Kaiserliche Hoheit in der letzten Woche sehr warme Zustimmungstelegramme an den Oberstleutnant a. D. Frobenius zu der von diesem verfaßten Broschüre »Des Reiches Schicksalsstunde« und an den Professor Buchholz in Posen zu einer von diesem in Broschürenform vertriebenen Bismarckrede gerichtet. Frobenius weist zutreffend auf die schwierige Lage Deutschlands hin, gefällt sich aber gleichzeitig in alldeutschen kriegshetzenden Übertreibungen. Buchholz benutzt eine von glühendem Patriotismus getragene Huldigung vor dem großen Kanzler zu heftigen Angriffen auf die Männer, denen Ew. M. verantwortungsvolle Ämter übertragen haben. Beide Telegramme sind in der Presse veröffentlicht. Insonderheit dasjenige an Frobenius ist von der englischen, russischen und französischen Presse als Zeichen dafür angesehen worden, daß der Kronprinz sich in einem Gegensatz zu der Politik Ew. M. stelle, und daß er zum Kriege treibe. Aus zuverlässiger Quelle weiß ich aber auch, daß in den Regierungskreisen der Triple-Entente dieses Hervortreten des Kronprinzen als ein bedenkliches Symptom ernste Beachtung findet.

Ich habe mir erlaubt, Seine K. Hoheit in einem längeren Briefe dringend zu bitten, von derartigen Kundgebungen abzusehen, die ohne Kenntnis der momentanen politischen Situation und der diplomatischen Zusammenhänge abgefaßt, nur geeignet seien, die Politik Ew. M. zu kompromittieren und zu kontrekarrieren. Dabei habe ich auf die momentane gespannte Lage ausdrücklich hingewiesen. Ich habe keinerlei Sicherheit dafür, daß Seine K. Hoheit diese Bitte erfüllt, besorge vielmehr ernstlich, daß Höchstderselbe, wenn jetzt das österreichische Ultimatum an Serbien bekannt wird, mit Kundgebungen hervortreten möchte, die nach allem Vorangegangenen von unseren Gegnern als gewollte Kriegstreiberei angesehen werden, während es doch nach Ew. M. Weisungen unsere Aufgabe ist, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren. Die Lösung dieser Aufgabe ist schon an sich so schwierig, daß auch kleine Zwischenfälle den Aus-

---

[1] Nach dem Konzept. Vom Reichskanzler eigenhändig entworfen.

[2] Aufgegeben am 20. Juli 12$^{15}$ nachm.

[3] Dazu am Rande der Vermerk der Reichskanzlei: »s. Schr. des Graf Wedel vom 21. 7. cr. mit d. Telegr. Sr. Maj. an d. Kronprinzen v. 21. 7. cr. s. Tel. Sr. Ksl. H. des Kronprinzen vom 23. 7. 14.« (Nr. 105, 132, 133.)

schlag geben können. Ich wage deshalb die alleruntertänigste Bitte auszusprechen, Ew. M. möchten Sr. K. Hoheit durch einen alsbaldigen telegraphischen Befehl jegliches politisches Hervortreten huldvollst untersagen.

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollweg

Nr. 85

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 138 London, den 20. Juli 1914[2]

Graf Benckendorff, mit dem ich gestern das Weekend bei Lord Lansdowne verbrachte, sagte mir, er könne mich versichern, daß seine mir neulich mitgeteilten Ansichten über unser Verhältnis zu Rußland vollkommen den Auffassungen des Herrn Sasonow entsprächen. Man empfinde es sogar als eine Unbequemlichkeit, daß gerade jetzt der Besuch des Herrn Poincaré erfolge, habe ihm aber nicht abwinken können. In Rußland denke niemand an Krieg, die Rüstungen seien lediglich eine Folge aller übrigen und der gebesserten Finanzen. Es sei daher sehr bedauerlich, daß Mißstimmungen, die völlig unberechtigt seien und wohl nur auf Klatsch und falschen Nachrichten beruhten, entstehen könnten. Eine offene Aussprache würde wohl am ehesten zum Ziel führen. In Belgrad werde nach Möglichkeit abgewiegelt.

Lichnowsky

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in London $12^{51}$ nachm., Eingangsvermerk des Amts: 20. Juli nachm.

Nr. 86

## Die serbische Gesandtschaft in Berlin an das Auswärtige Amt[1]

Berlin, den 20. Juli 1914[2]

Gleich nach dem verabscheuungswürdigen Attentat in Sarajevo begann die österreichisch-ungarische Presse die Schuld an dem Ver-

[1] Nicht unterfertigte Aufzeichnung der serbischen Gesandtschaft in Berlin.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 20. Juli nachm.

brechen Serbien und den großserbischen Ideen zuzuschreiben. Sowohl die k. Regierung als auch die öffentliche Meinung haben dieses Verbrechen auf das Schärfste verurteilt und deutlich ihrem Abscheu Ausdruck verliehen. Alle Feste an dem Tage des Attentats wurden abgesagt. Die Presse in Österreich-Ungarn hörte jedoch nicht auf, schwere Anklagen und Beschuldigungen gegen Serbien und großserbische Ideen zu erheben und ganz tendenziöse Nachrichten in die Welt zu streuen, wodurch die serbische Presse herausgefordert wurde. Die k. Regierung versuchte durch Ratschläge an die serbische Presse dieselbe zur ruhigen Verhaltung und nur zu einer notwendigen Abwehr gegenüber den ganz tendenziösen Nachrichten zu bestimmen. Diese Ratschläge wurden von einigen serbischen Blättern, die gar keine Bedeutung besitzen, nicht befolgt, da dieselben durch die Verbreitung der unglaublichsten Nachrichten und die Tendenz in den Blättern Österreich-Ungarns, das Verbrechen politisch gegen Serbien und das serbische Volk auszunützen, neue Nahrung erfuhren. Die Polemik, die zwischen der serbischen und österreichisch-ungarischen Presse entstand, wurde durch den Umstand verschärft, daß die österreichisch-ungarische Presse gewisse Stellen aus den ganz bedeutungslosen serbischen Zeitungen herausgriff und dazu noch verschärfte und der Öffentlichkeit übergab mit der Tendenz, die öffentliche Meinung in Europa zu alarmieren. Die k. Regierung besaß gar keine Handhabe, die Polemik in der serbischen Presse, die durch die Haltung der österreichisch-ungarischen Presse hervorgerufen wurde, zum Stillschweigen zu bringen, da in Serbien die Pressefreiheit durch die Verfassung garantiert ist.

Die k. Regierung hat sofort die Bereitwilligkeit ausgesprochen, jeden serbischen Untertan, für den die Beweise für die Mitschuld an dem Verbrechen in Sarajevo gegeben würden, gerichtlich zu belangen.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat bis zu dem heutigen Tage der k. Regierung keine Forderungen übermittelt bezüglich der Untersuchung und gerichtlichen Belangung irgendwelcher Persönlichkeiten. Es wurden nur Angaben über Aufenthaltsorte einiger aus dem Priesterseminar in Paveratz relegierten Studenten verlangt, welchem Verlangen auch ohne weiteres stattgegeben wurde.

Die öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn und Europa wird noch immer durch die Presse-Kampagne gegen Serbien gereizt, und wie groß die Erregung ist, geht deutlich aus den Interpellationen einiger ungarischer Parteichefs im ungarischen Parlament und der Antwort des ungarischen Ministerpräsidenten hervor. Aus den Diskussionen ersieht man, daß die Monarchie bei der k. Regierung Schritte zu unternehmen beabsichtigt, — in welchem Sinne und in welcher Form ist nicht angedeutet. Wenn man die Erregung der öffentlichen Meinung und alles, was geschehen ist und noch geschieht, in Betracht zieht, so kann man sich der Befürchtung nicht ver-

schließen, daß nicht vielleicht ein Schritt vorbereitet wird, der schlechte Folgen für die nachbarschaftlichen Beziehungen Serbiens und Österreich-Ungarns haben könnte. Diese Befürchtung wird noch durch die Diskussionen im ungarischen Parlament bekräftigt. Die k. Regierung hat durch ihre Haltung und ihre Arbeit Beweise gegeben, daß sie alles tut, was zur Beruhigung der Gemüter beitragen kann, und was im Interesse der Ruhe und der guten Beziehungen zu allen Nachbarn liegt.

Besonders war die Sorge der k. Regierung darauf gerichtet, die Beziehungen zu der Nachbarmonarchie, die infolge der letzten Kriege kälter geworden sind, zu bessern und inniger zu gestalten. Die k. Regierung ist fest davon überzeugt, daß die Lebensinteressen Serbiens verlangen, daß der Frieden und die Ruhe auf dem Balkan je mehr und länger aufrechterhalten werden, und läßt sich nur durch einen solchen Wunsch und solche Politik leiten. Die k. Regierung befürchtet, daß die erregte öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn nicht vielleicht einen Anlaß biete, damit die österreichisch-ungarische Regierung einen Schritt unternimmt, welcher auf eine Erniedrigung Serbiens abzielen würde, welche man seitens Serbiens nicht annehmen könnte.

Die k. Regierung bietet[3] daher die k. Regierung, den aufrichtigen Willen und Wunsch Serbiens, mit der Nachbarmonarchie freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten und jedem Versuch auf dem serbischen Territorium, der darauf abzielen würde, die Ruhe und Sicherheit in der Nachbarmonarchie zu stören, energisch entgegenzutreten, zur Kenntnis nehmen zu wollen. Ebenso ist die k. Regierung geneigt, den Forderungen Österreich-Ungarns, die sie an die k. Regierung stellen sollte bezüglich der gerichtlichen Verfolgung der Mitschuldigen, wenn es solche geben sollte, entgegenzukommen.

Die k. Regierung könnte nur solche Forderungen nicht erfüllen, die auch jeder andere Staat, der auf seine Würde und Unabhängigkeit bedacht ist, nicht erfüllen könnte.

Indem die k. Regierung aufrichtig bestrebt ist, die Situation besser zu gestalten und gutnachbarschaftliche Beziehungen mit der Nachbarmonarchie zu sichern und zu befestigen, bittet sie die ihr freundschaftlich gesinnte k. Regierung, diese Erklärungen gütigst zur Kenntnis nehmen und im Sinne der Versöhnlichkeit, sollte es sich Gelegenheit dazu bieten, gefälligst wirken zu wollen[4].

---

[3] So im Original für »bittet«.
[4] Siehe Nr. 91 und 95.

Nr. 87

## Der Botschaftsrat in Wien an den Staatssekretär des Auswärtigen (Privatbrief)[1]

Wien, den 18. Juli 1914[2]

Hochverehrter Herr Staatssekretär!

Gestern war ich bei Berchtold, der mir sagte, daß die bewußte Note am 23. d. M. in Belgrad überreicht werden soll. Wie ich gestern berichtet habe, hofft Berchtold, daß die österreichischen Forderungen, über die er sich im einzelnen nicht ausließ, von Serbien nicht angenommen werden, ganz sicher ist er aber nicht, und ich habe aus seinen wie aus Äußerungen von Hoyos den Eindruck, daß Serbien die Forderungen annehmen kann. Auf meine Frage, was denn geschehen solle, wenn die Sache auf diese Weise wieder im Sande verlaufe, meinte Berchtold, man müsse dann bei der praktischen Durchführung der einzelnen Postulate eine weitgehende Ingerenz ausüben. — Will man hier wirklich eine endgültige Klärung des Verhältnisses zu Serbien, wie sie auch Graf Tisza in seiner Rede kürzlich als unabweislich bezeichnet hat, so wäre es allerdings unerfindlich, warum man nicht solche Forderungen aufgestellt haben sollte, die einen Bruch unvermeidlich machen. Verläuft die Aktion wieder wie das Hornberger Schießen, und bleibt es bei einem sogenannten diplomatischen Erfolge, so wird damit die hierzulande schon vorherrschende Anschauung, daß die Monarchie zu keiner Kraftäußerung mehr fähig ist, bedenklich befestigt. Die Folgen, die dies nach innen und außen haben würde, liegen ja auf der Hand.

Ich habe Berchtold auch gefragt, ob er vor einer eventuellen Aktion gegen Serbien mit Italien Fühlung zu nehmen gedenke, worauf er mir sagte, er habe bisher noch kein Wort verlauten lassen und beabsichtige auch, die italienische Regierung vor ein fait accompli zu stellen, da sie ihm in puncto Verschwiegenheit nicht ganz sicher sei und bei ihrer serbophilen Haltung leicht in Belgrad etwas durchsickern lassen könne. Hierin habe man auch in Berlin Hoyos, mit dem dieser Punkt besprochen worden sei, recht gegeben. Dies wurde mir auch von Hoyos selbst bestätigt. Darauf habe ich dem Minister im Sinne des Geheimen Erlasses vom 15. d. M. — Nr. 911 —[3] eindringlich auseinandergesetzt, wie ungeheuer wichtig es uns erscheine, daß man sich hier mit Rom über die im Konfliktsfall zu verfol-

---

[1] Nach der Ausfertigung von Stolbergs Hand.

[2] Das Schreiben ging v. Jagow persönlich zu, der es schon am 20. Juli nachm. beantwortete (siehe Nr. 89) und es erst dann im Amt journalisieren ließ, so daß es den Eingangsvermerk vom 21. Juli nachm. trägt.

[3] Siehe Nr. 46.

genden Ziele auseinandersetzt und es auf seiner Seite zu halten sucht. Berchtold entwickelte einen großen Optimismus und meinte, so niederträchtig könnte doch Italien als Bundesgenosse nicht sein und sich gegen die Monarchie wenden. Ich habe ihm darauf erwidert, daß bei einem vorläufigen Konflikt mit Serbien allein das Bündnis nicht in Frage komme und Italien sich sehr wohl, wenn auch vielleicht nur moralisch, auf Serbiens Seite stellen könnte, daß aber dies schon für die Festigkeit des Dreibundes verhängnisvoll werden könnte und zweifellos die Aktionslust Rußlands stärken würde. Dies leuchtete dem Minister entschieden ein, doch kam er von sich aus nicht auf etwaige Kompensationen zu sprechen; auch auf die von dem hinzugezogenen Hoyos getane Äußerung, man müsse erst jedenfalls den Italienern etwas geben, ging er nicht weiter ein. Da der Botschafter schon morgen früh zurückkommt, habe ich es für richtiger gehalten, in Details dieser Frage, die doch jedenfalls eine Reihe eingehender Unterhaltungen nötig machen wird, von mir aus [nicht] [4] näher einzugehen.

Dagegen habe ich gleich darauf mit Hoyos ein längeres Gespräch gehabt, wobei er von sich aus auf die Frage des Trento zu sprechen kam und mich fragte, ob man bei uns an diese Kompensation dächte, was ich bejahte. Er wies dies durchaus nicht ab, verschloß sich vor allen Dingen nicht den Argumenten, daß damit der Irredentismus aus der Welt geschafft werden würde. Ich habe ihm auch gesagt, daß es sich ja gegebenen Falles um das verhältnismäßig kleine Gebiet des Bistums Trient zu handeln brauche. Er nahm alles freundschaftlichst an, erwähnte dann noch als etwaige Kompensation für Italien, daß man ihm den Dodekanesos verschaffen könnte [5]. Übrigens vertrat er den Standpunkt, daß Italien an sich kein Recht auf Kompensationen aus dem Abkommen herleiten könne, da dieses sich nur auf die Türkei bezieht. Ich habe ihm aber entgegengehalten, daß in diesem Fall nicht von rechtlichen, sondern nur von politischen Gesichtspunkten die Rede sein könne, und daß Österreich mit Rücksicht auf das Bundesverhältnis alles tun müsse, um Italien um jeden Preis bei der Stange zu halten. Schließlich riet ich ihm, sie sollten bei etwaigem Ausbruch des Konflikts mit Serbien in Rom erklären, daß sie gar keinen Territorialerwerb beabsichtigten, daß sie aber, falls die Ereignisse einen solchen nötig machen sollten, Italien in der weitgehendsten Weise entschädigen würden.

Soeben war ich wieder bei Berchtold, der mir sagte, daß morgen die Note mit Tisza endgültig festgestellt werden solle, und daß sie immer noch je nach den Tagesereignissen (Interview Paschitsch, Artikel der »Samouprawa« etc.) modifiziert werde. Hoyos sagt mir eben, daß die Forderungen doch derart seien, daß ein

---

[4] »Nicht« fehlt in der Ausfertigung.

[5] Siehe Nr. 89

Staat, der noch etwas Selbstbewußtsein und Würde habe, sie eigentlich unmöglich annehmen könne.

Übrigens ist zwischen dem Botschafter und verschiedenen hiesigen Politikern wie Körber, Bacquehem etc. bereits früher öfter die Frage des Trento berührt worden, die sich alle sehr verständnisvoll gezeigt haben. Auch im Gespräch mit Berchtold ist schon einmal das Wort gefallen.

In aufrichtiger Verehrung
Ew. Exz.
gehorsamer
W. Stolberg

Nr. 88

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 90 Wien, den 20. Juli 1914[2][3]

Graf Berchtold, der erst morgen abend Ischl fahren wollte, wird sich bereits heute abend dorthin begeben und Note, die heute geschrieben wird, Kaiser vorlegen. Um möglichst schnelle Mitteilung nach Berlin zu ermöglichen, wird er sofort nach Audienz Ministerium in Wien telegraphisch anweisen, mir Note zuzustellen, so daß sie noch morgen abend nach Berlin gehen kann.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Wien 1[15] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 4[0] nachm.; Eingangsvermerk: 20. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 77, 83 und 103.

Nr. 89

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 126 Berlin, den 20. Juli 1914[2]
Geheim!

Auf Privatbrief von Prinz Stolberg[3]. Endgültiger Überlassung des Dodekanes würde sich England stets widersetzen. Diese Schwierigkeit ist auch in Rom bekannt. Daher würde dort die österreichische Zustimmung zur Überlassung der Inseln allein als vollwertige Kompensation kaum erachtet werden.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] 8[15] nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 87.

Nr. 90

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten im kaiserlichen Gefolge[1]

Telegramm 85 Berlin, den 20. Juli 1914[2][3]

Habe heute zufällig hier anwesenden Ballin vertraulich verständigt und Direktor des Norddeutschen Lloyd ersucht, mich morgen hier aufzusuchen.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] Aufgegeben in Berlin $9^{33}$ nachm., in Balholm angekommen $11^{59}$ nachm.; am 21. Juli erstattete G. Wedel dem Kaiser Meldung.
[3] Siehe Nr. 80.

Nr. 91

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 127 Berlin, den 20. Juli 1914[2]

Der serbische Geschäftsträger suchte mich heute auf[3], um mir zu sagen, die serbische Regierung werde alles tun, um die Beziehungen zu Österreich-Ungarn zu bessern und zu befestigen, sie werde jedem Versuch auf serbischem Territorium, der darauf abzielen würde, die Ruhe und Sicherheit der Nachbarmonarchie zu stören, energisch entgegentreten und den Forderungen der k. u. k. Regierung betreffend Verfolgung der Mitschuldigen am Attentat von Sarajevo, wenn solche festgestellt werden sollten, entgegenkommen. Sie würde nur solche Forderungen, die gegen die Würde und Unabhängigkeit des serbischen Staates gingen, nicht erfüllen können. Die serbische Regierung bäte uns, in Wien im Sinne der Versöhnlichkeit zu wirken.

Ich habe mich darauf beschränkt zu erwidern, daß ich die Demarche des Geschäftsträgers in Wien zur Kenntnis bringen würde. Im übrigen habe ich den Geschäftsträger darauf aufmerksam gemacht, daß die serbische Regierung bisher, trotz der Langmut und der versöhnlichen und friedlichen Haltung Österreich-Ungarns während der Balkankrise und trotz unserer fortgesetzten dahin-

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $9^{35}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 86 und 95.

gehenden Ratschläge, nichts getan habe, um ihr Verhältnis zur benachbarten Monarchie zu bessern, und daß ich es wohl begreifen könne, wenn man jetzt dort energischere Saiten aufzöge. Die Forderungen, die Österreich-Ungarn stellen wolle, seien mir nicht bekannt.

Die Demarche des Geschäftsträgers erfolgte offenbar auf Grund eines Zirkularerlasses seiner Regierung.

Jagow

Nr. 92

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt [1]

Telegramm 143 London, den 20. Juli 1914 [2]

Bei meinem heutigen Besuch entnahm ich den Äußerungen Sir E. Greys, daß er den österreichisch-serbischen Zwist vorläufig noch optimistisch beurteilt und an eine friedliche Lösung der Frage glaube. Er sagte, er habe keine Nachrichten erhalten, die auf das Gegenteil hindeuteten. Ich wiederholte bei dieser Gelegenheit, daß ich überzeugt sei, Graf Berchtold werde nach genauer Untersuchung aller Vorgänge und an der Hand überzeugenden Materials sich genötigt sehen, Genugtuung von Serbien zu verlangen und Bürgschaft für die Zukunft, und daß ich hoffte, es werde dem Einfluß Rußlands und Englands gelingen, Serbien zur Erfüllung dieser berechtigten Forderungen zu veranlassen. Er entgegnete, daß alles darauf ankomme, welche Form von Genugtuung verlangt werde, und ob dies mit Mäßigung geschehe, namentlich aber auch, ob die gegen Serbien erhobenen Klagen auf beweiskräftiger Grundlage geltend gemacht würden. Auf diese Weise hoffe er, daß der Streit sich werde beilegen und begrenzen lassen, denn der Gedanke an einen Krieg zwischen europäischen Großmächten müsse unter allen Umständen zurückgewiesen werden.

Der Minister hat übrigens in Wien erklären lassen, daß der neuliche Artikel der »Westminster Gazette«, über den ich berichtet habe, nicht von ihm veranlaßt worden sei, da er in Erfahrung gebracht, daß man ihn dort als Ermutigung zum Losschlagen auffasse.

Lichnowsky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in London 20. Juli $8^{8}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{50}$ nachm. Eingangsvermerk: 21. Juli vorm. Am 21. Juli telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, Telegramm aufgegeben in Berlin $12^{26}$ nachm., angekommen in Balholm $7^{15}$ nachm., Entzifferung am gleichen Tage vom Kaiser zurückgegeben. Inhalt durch Erlaß vom 21. Juli nachm. auch den Botschaftern in Wien und Rom mitgeteilt.

Nr. 93

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg [1]

Telegramm 116 Berlin, den 21. Juli 1914 [2]
Geheim!

Um wieviel Uhr ist am Donnerstag Abfahrt des Präsidenten von Kronstadt vorgesehen? Drahtantwort [3].

Jagow

---

[1] Konzept von Jagows Hand.
[2] $1^{15}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 50, 96 und 108.

Nr. 94

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler [1]

Geheim! Wien, den 20. Juli 1914 [2]

Ich habe sämtliches mir in bezug auf die Haltung Italiens zum österreichisch-serbischen Konflikt zur Verfügung gestelltes Material heute in eingehender vertraulicher Unterredung mit Graf Berchtold verwertet und besonders dabei nachdrücklich auf die Wichtigkeit hingewiesen, sich über eventuelle Kompensationsansprüche Italiens klar zu werden. Dabei habe ich noch besonders betont, daß wir bisher in Rom keinerlei Mitteilung über unsere Verhandlungen mit Wien gemacht und selbstverständlich auch die Kompensationsfrage dort nicht erörtert haben, welche Bemerkung Graf Berchtold dankend zur Kenntnis nahm.

Ich führte weiter aus, daß es für die künftige Haltung Italiens und die dortige öffentliche Meinung wie auch die Haltung Englands von ausschlaggebender Bedeutung sein werde, welches die Ideen der österreichisch-ungarischen Staatsmänner über die zukünftige Gestaltung Serbiens sind. Wir hätten natürlich als Partner das dringendste Interesse, hierüber orientiert zu werden. Graf Berchtold stimmte dem durchaus bei und sagte, seiner Ansicht nach würde,

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 21. Juli nachm. Durch Erlaß vom 21. Juli dem Botschafter in Rom zur »streng vertraulichen Information« mitgeteilt.

wie die Dinge lägen, die Kompensationsfrage jetzt überhaupt nicht aktuell werden; in der gestrigen Besprechung sei, besonders auf Drängen des Grafen Tisza, der hervorgehoben habe, weder ihm noch irgendeiner ungarischen Regierung könne eine Stärkung des slawischen Elementes innerhalb der Monarchie durch Angliederung serbischer Gebietsteile zugemutet werden, beschlossen worden, von jeder dauernden Einverleibung fremden Gebietes abzusehen. Hiermit würde dann jeder irgendwie stichhaltige Grund für Italien, Kompensationen zu fordern, wegfallen. Auf meine Bemerkung, daß seitens Italiens selbst schon die Niederwerfung Serbiens und die damit verbundene Ausdehnung des Einflusses der Monarchie am Balkan als eine Schädigung seiner Position angesehen und möglicherweise zu Reklamationen führen würde, meinte der Minister, dieser Standpunkt stehe im Widerspruch mit den wiederholten Erklärungen des Marquis di San Giuliano, daß Italien ein starkes Österreich brauche, schon als Schutzwall gegen die slawische Flut. Im übrigen läge bei der Operation gegen Serbien der springende Punkt nicht darin, daß Österreich einen Machtzuwachs am Balkan, sondern lediglich ein Zurückweisen des slawischen Vorstoßes nach Westen hin in das Gebiet der Monarchie damit beabsichtige. Dies den Italienern klar zu machen, werde wohl gelingen, um so mehr als Italien unmöglich bei dieser Sachlage einen Grund zu feindlicher Stellungnahme gegenüber Österreich werde finden können. Wenn Marquis di San Giuliano sage, daß Italien die österreichischen Reklamationen gegen Serbien nicht unterstützen könne, weil sie im Widerspruch ständen mit den Nationalitäten- und den liberalen Regierungsprinzipien, so läge doch die Sache so, daß eben eine liberale Regierungsmethode in den von Serben bewohnten österreichischen Provinzen, die unter österreichischer Herrschaft alle Attribute des liberalen konstitutionellen Staates verliehen bekommen hätten, durch die großserbische Propaganda unmöglich gemacht würde. Daß übrigens Italien das Nationalitätenprinzip selbst nicht befolge und dessen Hochhaltung nur von anderen verlange, gehe klar aus der Besetzung Libyens hervor, die im direkten Gegensatz zu diesem Prinzip als reine Machtfrage die Unterjochung einer fremden Nation zum Ziele hatte. Wenn man sich übrigens in Rom augenblicklich eine weitgehende österreichisch-italienische Kooperation praktisch nicht vorstellen könne, so läge durchaus kein Anlaß zu einer solchen Kooperation vor; Österreich verlange weder eine Kooperation noch eine Unterstützung, sondern lediglich Enthaltung feindlichen Vorgehens gegen den Bundesgenossen.

Er werde jedenfalls alles tun, um soweit irgend möglich italienische Empfindlichkeiten zu schonen, und er habe schon daran gedacht, den Italienern irgend etwas hier im Innern zur Beruhigung zu geben. Den letzteren Gedanken habe ich auf das Lebhafteste unterstützt und dem Minister zu weiterer Ausgestaltung empfohlen.

Graf Berchtold teilte mir weiter mit, daß auch Herr von Mérey, der es strikt vermieden habe, mit Marquis di San Giuliano über

die serbische Sache zu sprechen, weil er sicher sei, daß jede, auch die geringste Andeutung italienischerseits sofort nach Rußland weitergegeben und zu Gegenaktionen und Kompensationsansprüchen ausgenutzt werden würde, sich über die antiösterreichische und proserbische Stimmung San Giulianos und der Italiener keinen Illusionen hingebe, aber fest davon überzeugt sei, daß Italien militärisch und innerpolitisch kaum daran denken könne, aktiv einzugreifen. Herr von Mérey glaube, und er, der Minister, halte diese Ansicht für begründet, daß es San Giuliano hauptsächlich darauf ankomme, Österreich zu bluffen und für sich Schutz vor der öffentlichen Meinung Italiens zu suchen. Er habe Anzeichen dafür, daß San Giuliano selbst seine russischen Verbindungen in dieser Absicht auszunutzen bestrebt sei.

Herr von Mérey hat vorgeschlagen, aus Rücksicht für Italien, damit man dort die Note nicht erst aus den Zeitungen erfahre, diese durch ihn dem Marquis di San Giuliano am gleichen Tage wie in Belgrad zur Kenntnis bringen zu lassen; er, der Minister, werde diesem Rate folgen. Bei der Wichtigkeit, Italien die Stellungnahme an der Seite Österreichs zu ermöglichen und gleich von vornherein jedes Mißverständnis auszuschließen, werde er gleichzeitig mit der Übergabe der Note in Rom erklären lassen, daß Österreich-Ungarn bei seiner Aktion gegen Serbien keinerlei Gebietszuwachs für sich beabsichtige.

von Tschirschky

Nr. 95

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 91 — Wien, den 21. Juli 1914[2] [3]

Graf Forgách, der heute den Minister vertritt, bittet mich, Ew. Exz. den Dank der k. u. k. Regierung für die freundliche Mitteilung sowie besonders für die Sprache auszudrücken, die Ew. Exz. dem serbischen Geschäftsträger gegenüber geführt haben.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien $4^{5}$ nachm Eingangsvermerk des Amts: 21. Juli nachm.

[3] Siehe Nr. 86 und 91

Nr. 96

## Der Admiralstab der Marine an den Staatssekretär des Auswärtigen[1]

Berlin, den 21. Juli 1914[2]

Ew. Exz. beehre ich mich unter Bezugnahme auf die gestrige Unterredung den Reiseplan des Präsidenten Poincaré an Bord des Linienschiffes »France« zu übersenden[3].

Plan

Am 15. Juli Einschiffung des Präsidenten auf »France« in Cherbourg.

| Ankunft | Hafen | Abfahrt |
|---|---|---|
| | Cherbourg | 15. Juli $7^h$ nachm. |
| 20. Juli $2^h$ nachm. | Kronstadt | 23. „ $10^h$ „ |
| 25. „ $10^1/_2{}^h$ vorm. | Stockholm | 25. „ abends |
| 27. „ $1^h$ nachm. | Kopenhagen | 28. „ nachm. |
| 29. „ $10^1/_2{}^h$ vorm. | Kristiania | 29. „ nachts |
| 31. „ $4^h$ nachm. | Dunkerque. | |

Meine gestrigen mündlichen Angaben berichtigend bemerke ich, daß S. M. Yacht »Hohenzollern« von Balholm bei möglichster Abkürzung des Aufenthaltes in Bergen zum Kohlennehmen je nach den Verhältnissen Wilhelmshaven oder Cuxhaven bereits in $1^1/_2$ bis 2 Tagen, Kiel in etwa 2 Tagen erreichen kann.

F[ür] d[en] b[eurlaubten] Ch[ef] d[es] Adm[iral]st[abes] d[er] M[arine]

Paul Behncke

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 21. Juli.
[3] Siehe Nr. 50, 93 und 108.

Nr. 97

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 129 — Berlin, den 21. Juli 1914[2][3]

Ew. Exz. bitte ich, der dortigen Regierung Einwirkung auf die italienische Presse mit Geld aufzulegen. Sie wollen ferner darauf hinweisen, daß es sich empfehlen wird, nach erfolgter Demarche in der Presse die nationalen Gefühle der eigenen serbischen Staatsangehörigen zu schonen und auf diese Weise zu versuchen, sie für eine Lösung der serbischen Frage im österreichischen Sinne zu gewinnen.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Stumms Hand.
[2] $6^{20}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 128.

Nr. 98

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 356 — Konstantinopel, den 21. Juli 1914[2]
Ganz geheim!

Meinem österreichischen Kollegen ist bereits eine geheime Instruktion zugegangen, wie er sich bei Ausbruch eines Krieges der Türkei gegenüber zu verhalten habe.

Wangenheim

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Konstantinopel 5 Uhr nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $6^{40}$ nachm. Eingangsvermerk: 21. Juli nachm., durch Erlaß vom 22. Juli dem Botschafter in Wien mitgeteilt.

Nr. 99

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 354 Therapia, den 21. Juli 1914[2]

Großwesir, Talaat Beï und Enver haben meinem österreichischen Kollegen gestern übereinstimmend gesagt, es sei jetzt für Österreich der letzte Moment gekommen, wo es die durch den Balkankrieg erlittenen Einbußen wieder ausgleichen und sein Ansehen als Großmacht bei den Balkanvölkern und bei der Türkei wiederherstellen könne. Nicht nur Bulgarien, sondern auch Rumänien und die Türkei würden sich *rückhaltlos auf die Seite des Dreibundes stellen*[3], wenn Österreich Serbien eine gehörige Lektion gebe. Die Türkei sei im Begriff gewesen, auf Wunsch Deutschlands und Rumäniens gegen ihre bessere Überzeugung mit Griechenland ein Bündnis zu schließen. Dieses Bündnis werde nicht zustande kommen, wenn Österreich durch energisches Auftreten Bulgarien an sich kette.

*na?*

*das gebe der Himmel.*

*wir wollen die Herren zur betreffenden Stunde daran erinnern*

Markgraf Pallavicini hat aus den Gesprächen mit türkischen Ministern den Eindruck gewonnen, daß die Triple-Entente, namentlich Rußland, jetzt für das griechisch-türkische Bündnis arbeitet.

Wangenheim

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Therapia $4^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{3}$ nachm. Eingangsvermerk: 21. Juli nachm. Am 22. Juli nachm. wurde der Abschnitt »Großwesir.........Lektion gebe« telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, dem am gleichen Tage Entzifferung vorlag. Kaiser befahl durch Randverfügung Mitteilung an die Botschaft in Wien. Abschnitt »Großwesir.........Lektion gebe« wurde am 22. Juli telegraphisch dem Botschafter in Rom mitgeteilt. Telegramm $10^{25}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt. Derselbe Abschnitt wurde am 22. Juli auch dem Botschafter in Wien mitgeteilt.

[3] Am Rand Fragezeichen des Kaisers. Der Randvermerk »wir wollen.........erinnern« steht über den Worten »rückhaltlos auf . . .«

## Nr. 100

# Der Reichskanzler an die Botschafter in Petersburg, Paris und London[1]

Berlin, den 21. Juli 1914[2]

Die Veröffentlichungen der österreichisch-ungarischen Regierung über die Umstände, unter denen das Attentat auf den österreichischen Thronfolger und seine Gemahlin stattgefunden hat, enthüllen offen die Ziele, die sich die großserbische Propaganda gesetzt hat, und die Mittel, deren sie sich zur Verwirklichung derselben bedient. Auch müssen durch die bekanntgegebenen Tatsachen die letzten Zweifel darüber schwinden, daß das Aktionszentrum der Bestrebungen, die auf Loslösung der südslawischen Provinzen von der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Vereinigung mit dem serbischen Königreich hinauslaufen, in Belgrad zu suchen ist, und dort zum mindesten mit der Konnivenz von Angehörigen der Regierung und Armee seine Tätigkeit entfaltet.

Die serbischen Treibereien gehen auf eine lange Reihe von Jahren zurück. In besonders markanter Form trat der großserbische Chauvinismus während der bosnischen Krisis in die Erscheinung. Nur der weitgehenden Selbstbeherrschung und Mäßigung der österreichisch-ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Großmächte war es zuzuschreiben, wenn die Provokationen, welchen Österreich-Ungarn in dieser Zeit von seiten Serbiens ausgesetzt war, nicht zum Konflikt führten. Die Zusicherung künftigen Wohlverhaltens, die die serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens, hat die großserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen; auf ihr Konto ist das jüngste Verbrechen zu setzen, dessen Fäden nach Belgrad führen. Es hat sich in unzweideutiger Weise kundgetan, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie vereinbar sein würde, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen, durch das die Sicherheit und Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht wird. Bei dieser Sachlage können das Vorgehen sowie die Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung nur als billig und maßvoll angesehen werden. Trotzdem schließt die Haltung, die die öffentliche Meinung sowohl als auch die Regierung in Serbien in letzter Zeit eingenommen hat, die Befürchtung nicht aus[3], daß die serbische Regierung es ablehnen wird, diesen Forderungen zu entsprechen, und daß sie sich zu einer provokatorischen Haltung Österreich-Ungarn gegenüber hinreißen

läßt. Es würde der österreichisch-ungarischen Regierung, will sie nicht auf ihre Stellung als Großmacht endgültig Verzicht leisten. alsdann nichts anderes übrig bleiben, als ihre Forderungen bei der serbischen Regierung durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen, wobei ihr die Wahl der Mittel überlassen bleiben muß.

Ew. pp. beehre ich mich zu ersuchen, sich in vorstehendem Sinne Herrn Sasonow[4] gegenüber auszusprechen und dabei insbesondere der Anschauung nachdrücklich Ausdruck zu verleihen, daß es sich in der vorliegenden Frage um eine lediglich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Austrag zu bringende Angelegenheit handele, die auf die beiden direkt Beteiligten zu beschränken das ernste Bestreben der Mächte sein müsse. Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Ew. pp. wollen Herrn Sasonow ferner auf die ernsten Folgen aufmerksam machen, die es für den monarchischen Gedanken haben müßte, wenn sich im vorliegenden Falle die monarchischen Mächte unter Hintansetzung etwaiger nationaler Sympathien und politischer Gesichtspunkte nicht geschlossen auf die Seite Österreich-Ungarns stellen sollten, da es gilt, dem vor Verbrechen auch an Angehörigen des eigenen Herrscherhauses nicht zurückschreckenden politischen Radikalismus, der in Serbien die Zügel führt, einen vernichtenden Streich zu versetzen. An dieser Aufgabe ist Rußland in gleichem Maße wie Deutschland interessiert. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Herr Sasonow sich dieser Tatsache nicht verschließen wird.

Einem gefälligen telegraphischen Bericht über den Verlauf Ihrer Unterredung werde ich mit Interesse entgegensehen[5].

v. Bethmann Hollweg

---

[1] Runderlaß des Reichskanzlers, gezeichnet von v. Jagow, an die Botschafter in Paris, London und Petersburg. Nach dem Konzept. In Maschinenschrift vorliegender Entwurf zuerst von Stumm paraphiert, mit einer formalen Ergänzung von der Hand des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Wirklichen Legationsrats Frhn. Langwerth von Simmern und Änderungen des Reichskanzlers. Der Abschnitt »Ew. Exz. wollen Herrn Sasonow ...... verschließen wird« ging nur dem Botschafter in Petersburg zu. Dieser Abschnitt fehlt auch in dem Abdruck des Runderlasses im deutschen Weißbuch vom Mai 1915 S. 24, Nr. 1, wo der Erlaß vom 23. Juli datiert ist.

[2] Nach Petersburg am 21. Juli, nach Paris und London am 22. Juli abgegangen.

[3] »schließt .......... die Befürchtung nicht aus« ist vom Kanzler aus »läßt .......... befürchten« des Entwurfs geändert.

[4] Im Erlaß an Lichnowsky: »Sir E. Grey« im Erlaß an Schoen: »dem derzeitigen Vertreter des Herrn Viviani«.

[5] Siehe Nr. 154, 157, 160.

Nr. 101

## Der Reichskanzler an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm (ohne Nummer) Hohenfinow, den 21. Juli 1914[2]

Befehl Sr. M. wegen Zusammenhaltens der Flotte[3] bis 25. läßt mich besorgen, daß, wenn alsdann Ultimatum abgelehnt ist, auffällige Flottenbewegungen vorzeitig von Balholm aus befohlen werden könnten. Auf der andern Seite könnte im Falle einer Krisis falscher Standort der Flotte verhängnisvoll werden. Da ich die Frage militärisch nicht beurteilen kann, wäre wohl Rücksprache mit Admiralstab empfehlenswert, um danach durch Graf Wedel entsprechenden, neben den militärischen auch die politischen Momente berücksichtigenden Vortrag bei Sr. M. halten lassen zu können.

Erbitte Drahtantwort über Ansicht Admiralstabs.

Bethmann Hollweg

---

[1] Nach dem Konzept von der Hand des Kanzlers.
[2] Aufgegeben in Hohenfinow 21. Juli $6^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{55}$ nachm. Eingangsvermerk: 22. Juli vorm.
[3] Siehe Nr. 82, 111 und 115.

Nr. 102

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 355 Therapia, den 21. Juli 1914[2][3]
Geheim!

Großwesir ließ den bulgarischen Gesandten zu sich rufen, um ihm vertraulich mitzuteilen, daß er demnächst eine Zusammenkunft mit Veniselos haben werde, wobei auch über ein Bündnis verhandelt werden sollte. Er sei entschlossen, sich auf kein Bündnis einzulassen, möchte aber vor seiner Abreise noch wissen, wie sich Bulgarien beim Ausbruch eines österreichisch-serbischen Krieges verhalten werde.

Wangenheim

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Therapia 21. Juli $5^{0}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{55}$ nachm. Eingangsvermerk: 22. Juli vorm.
[3] Siehe Nr. 147.

Nr. 103

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 92 — Wien, den 21. Juli 1914[2] [3]

Geheim!

An Serbien zu richtende Note nebst kurzer Zusammenfassung des Ergebnisses der Untersuchung in Sarajevo geht heute abend nach Berlin ab. Note wird Donnerstag nachmittag in Belgrad übergeben und wird Freitag in den hiesigen Morgenblättern publiziert.

Die österreichisch-ungarischen Vertreter bei den Signatarmächten werden Freitag vormittag den betreffenden Regierungen eine Note übergeben, welche Wortlaut der an Serbien gerichteten Note und einen Kommentar enthält. Diese an die Mächte gerichtete Note nebst Kommentar wird Freitag nachmittag oder Sonnabend früh publiziert.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien 21. Juli $7^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{25}$ nachm. Eingangsvermerk: 22. Juli vorm.

[3] Siehe Nr. 77, 83 und 88.

Nr. 104

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 93 — Wien, den 21. Juli 1914[2]

Geheim!

Gestern nachmittag, nach meiner Unterredung mit Graf Berchtold, ist Herr von Mérey, um möglichstes Entgegenkommen gegen Italien zu zeigen, autorisiert worden, dem Marquis di San Giuliano schon jetzt im allgemeinen Mitteilung zu machen über die hiesigen Pläne Serbien gegenüber und insbesondere anzudeuten, daß die Monarchie für sich keinerlei Gebietszuwachs anstrebt.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien, 21. Juli $7^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{25}$ nachm.; Eingangsvermerk: 22. Juli vorm. Am 22. Juli $1^{38}$ nachm. von Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, mit Auslassung der Worte »nach meiner .......... Berchtold«, und mit folgendem Zusatz: »Berichtlich meldet Herr von Tschirschky ferner, daß Graf Berchtold ihm gesagt habe, Österreich-Ungarn erstrebe keinerlei serbisches Gebiet, da Graf Tisza bestimmt erklärt hätte, daß Ungarn einen weiteren Zuwachs an serbischer Bevölkerung nicht vertragen könne« (nach dem Konzept von Jagows Hand). Entzifferung dieses Telegramms, das $7^{30}$ nachm. im Hoflager ankam, lag dem Kaiser noch am 22. Juli vor. Telegramm Tschirschkys von Jagow am 22. Juli mit Auslassung der Worte »nach meiner .......... Berchtold« telegraphisch auch dem Botschafter in Rom mitgeteilt, $10^{20}$ vorm. zum Telegraphenamt.

Nr. 105

## Der Kaiser an den Kronprinzen[1]

Telegramm (ohne Nummer) Balholm, den 21. Juli 1914

Ich erhalte soeben vom Reichskanzler folgendes Telegramm[2]:
»Ew. M. muß ich .......... huldvollst untersagen.
Alleruntertänigst von Bethmann Hollweg«

Ich appelliere an Dein Verständnis dafür, wie außerordentlich peinlich und schmerzlich es Mir sein muß, daß Du trotz Deiner Mir gegebenen Versprechungen schon wieder durch Dein Verhalten den Reichskanzler zwingst, Mir eine solche Bitte vorzutragen. Ich appelliere ferner an Dein Pflicht- und Ehrgefühl als preußischer Offizier, der gegebene Versprechen unbedingt zu halten hat, und erwarte mit aller Bestimmtheit, daß Du Dich besonders jetzt bei der Spannung der Lage sowie hinfort überhaupt jeglicher politischer Äußerung Dritten gegenüber, die nur geeignet sind, Meine und Meiner verantwortlichen Ratgeber Politik zu stören, ein für alle Mal enthalten wirst.

Papa Wilhelm

[1] Von Wedel mit kurzem Begleitschreiben an den Reichskanzler abgesandt. Eingangsvermerk der Reichskanzlei: 25. Juli.
[2] Einzufügen wie Nr. 84; siehe Nr. 132, 133.

Nr. 106

## Der Botschafter in Wien an den Reichkanzler[1]

Geheim! Wien, den 21. Juli 1914[2]

Ew. Exz. beehre ich mich, in der Anlage ein Exemplar der von der k. u. k. Regierung für die Signatarmächte bestimmten Note vorzulegen[3]. Die Note enthält im Wortlaut die am Donnerstag nachmittag in Belgrad zu übergebende österreichisch-ungarische Note nebst einem Kommentar. Gleichzeitig hält die k. u. k. Regierung zur Verfügung der betreffenden Regierungen eine kurze Zusammenstellung des Ergebnisses der Untersuchung in Sarajevo.

Bei Übersendung vorstehender Schriftstücke bittet Graf Forgách ausdrücklich, diese als nur zur persönlichen streng vertraulichen Kenntnisnahme Ew. Exz. bestimmt zu betrachten, da die kaiserliche Genehmigung noch ausstehe, für die allerdings kein Zweifel bestehe[4].

von Tschirschky

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 22. Juli nachm.
[3] Übersetzung der in französischer Ausfertigung übersandten Note siehe Anhang I.
[4] Siehe Nr. 113.

Nr. 107

## Entwurf eines nicht abgesandten Erlasses des Staatssekretärs des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Hamburg[1]

Ganz vertraulich! Berlin, den 22. Juli 1914.

Angesichts des Ausbruchs einer österreichisch-serbischen Krisis ist es dringend erwünscht, daß die deutsche Presse rechtzeitig die unseren Interessen entsprechende Haltung einnimmt. Das nächste Ziel der deutschen Politik würde, wie die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« am Sonntag früh angedeutet hat, die Lokalisierung des Streites sein. Diese ist zu erwarten, wenn Serbien gegenüber den zu erwartenden Forderungen Österreich-Ungarns alsbald einlenkt. Andernfalls ist eine Verschärfung der Krisis in Aussicht. Kommt es dazu, so müßte unsere Presse zweierlei vermeiden. Es darf weder der Eindruck entstehen, daß wir zum Kriege treiben, weshalb auch unfreundliche Artikel gegen die Zweibundstaaten möglichst zu vermeiden sind, noch daß wir beim Eintritt von Verwicklungen Österreich-Ungarn im Stich lassen werden. Unsere mit der Erhaltung des Friedens verknüpften großen wirtschaftlichen Interessen werden hier nicht außer acht gelassen. Es gibt aber kein besseres Mittel, den Krieg zu vermeiden, als daß wir von vornherein unseren Platz ruhig und fest an der Seite Österreich-Ungarns nehmen. Wenn die öffentliche Meinung in Rußland und in Frankreich sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, unter den gegenwärtigen, nicht günstigen Umständen den Kampf gegen das Deutsche Reich aufzunehmen, so wird es den Regierungen in St. Petersburg und Paris erschwert werden, sich in einen österreichisch-serbischen Konflikt zum Nachteil Österreich-Ungarns und des Dreibundes einzumischen.

Ew. Hochw. ersuche ich ergebenst, am nächsten Freitag vormittag, unter Hervorhebung dieses Auftrages, die Lage im vorstehenden Sinne mit den Chefredakteuren der Hamburger Nachrichten, des Korrespondenten und des Fremdenblatts vertraulich, aber nachdrücklich zu besprechen.

v. Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von der Hand des ständigen Hilfsarbeiters im Auswärtigen Amt, Legationsrats Esternaux, datiert vom 20. Juli, mit Änderungen und Ergänzungen Hammanns und v. Jagows. Bericht wurde indessen kassiert und ging nicht ab. Konzept trägt die Bemerkung Langwerths von Simmern vom 22. Juli. »Erl(edigt). Cessat. Wird weisungsgemäß von mir mündl. erledigt werden.«

Nr. 108

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 144 Petersburg, den 22. Juli 1914[2][3]

Abfahrt des Herrn Poincaré aus Kronstadt ist für Donnerstag abend 11 Uhr vorgesehen.

Pourtalès

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Petersburg $12^{5}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $2^{31}$ nachm.; Eingangsvermerk: 22. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 93, 96 und 112.

Nr. 109

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 16 Fiuggi, den 22. Juli 1914[2]

Aus Rom, wohin er sich zur Besprechung mit Ministerpräsidentem Salandra begeben hat, telephoniert mir Marquis di San Giuliano, nach erhaltenen Nachrichten betrachte er Lage als äußerst ernst. Er werde daher mit Herrn Salandra morgen abend hier wieder eintreffen, um Lage mit mir zu beraten. Sollten sich neue Momente ergeben haben, die in Diskussion zu verwerten, so darf ich Mitteilung anheimstellen, da Gelegenheit zu weiteren Besprechungen mit Ministern wegen deren Reisedispositionen in nächsten Tagen unsicher.

Flotow

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Fiuggi $2^{0}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $3^{16}$ nachm. Eingangsvermerk: 22. Juli nachm.

Nr. 110

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 94 Wien, den 22. Juli 1914[2]
Geheim!

Angesichts der Abreise des Herrn Paschitsch von Belgrad ist Baron Giesl angewiesen worden, dort mitzuteilen, daß er Donnerstag nachmittag eine wichtige Eröffnung zu machen haben werde. Sollte Paschitsch trotzdem nicht nach Belgrad zurückgekehrt sein, so hat Baron Giesl Auftrag, Note dem nächstältesten Minister zu übergeben. Baron Giesl ist ferner angewiesen, falls Antwort nicht befriedigend und nicht rechtzeitig erfolgt, sofort mit ganzem Personal Belgrad zu verlassen. Hiesiger serbischer Vertreter würde ebenfalls eingeladen werden, Wien zu verlassen[3].

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben im Wien $1^{45}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $3^{52}$ nachm.; Eingangsvermerk: 22. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 114.

Nr. 111

## Der stellvertretende Chef des Admiralstabs an das Auswärtige Amt[1]

Berlin, den 22. Juli 1914[2] [3]

Wenn mit der Möglichkeit einer unmittelbar bevorstehenden Kriegserklärung Englands gerechnet werden muß, so ist vom militärischen Standpunkt aus auch mit Sicherheit mit einem Überfall unserer Flotte durch die englische Flotte zu rechnen.

Unsere Flotte darf bei ihrer großen numerischen Unterlegenheit dieser Möglichkeit keinesfalls ausgesetzt werden.

Sobald mit der Möglichkeit des Ausbruchs eines Krieges mit England innerhalb von jeweilig 6 Tagen zu rechnen ist, muß daher die Flotte zurückgerufen werden.

Behncke
Konteradmiral

---

[1] Nach der Ausfertigung von Behnckes Hand.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 22. Juli nachm. Am 22. Juli telegraphisch dem Reichskanzler mitgeteilt (siehe Nr. 115), am 23. Juli telegraphisch auch an den Gesandten im kaiserlichen Gefolge gegeben (siehe Nr. 125).
[3] Siehe Nr. 82 und 101.

## Nr. 112

# Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 130 — Berlin, den 22. Juli 1914[2]
Zur schleunigen Verwertung

Hatte Graf Pourtalès nach Programm des Besuches Poincaré befragt. Derselbe meldet, daß Präsident Donnerstag abend 11 Uhr von Kronstadt abfährt. Dies wäre nach mitteleuropäischer Zeit $9^1/_2$ Uhr. Wenn Demarche in Belgrad morgen nachmittag 5 Uhr gemacht wird, würde sie also noch während Anwesenheit Poincarés in Petersburg bekannt werden[3].

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $6^5$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 50, 93, 96, 108 und 127.

## Nr. 113

# Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 95 — Wien, den 22. Juli 1914[2]
Geheim!

Die an Serbien zu richtende Note ist unverändert von Sr. M. Kaiser Franz Joseph sanktioniert worden[3].

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Wien $3^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $6^{35}$ nachm. Eingangsvermerk: 22. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 106.

Nr. 114

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten in Belgrad[1]

Telegramm 26 Berlin, den 22. Juli 1914[2] [3]
Geheim!

Wenn österreichischer Gesandter Belgrad verläßt, wollen Ew. Exz. Geschäfte und Schutz österreichisch-ungarischer Untertanen übernehmen.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $6^{55}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 110.

Nr. 115

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Reichskanzler[1]

Telegramm 18 Berlin, den 22. Juli 1914[2] [3]

Admiralstab ist folgender Ansicht:

»Wenn mit der Möglichkeit .......... zurückgerufen werden.«[4]

Daß England sich zu sofortigem Überfall auf uns entschließen und daß überhaupt europäische Kriegsfrage sich so schnell entscheidet, ist sehr unwahrscheinlich. Englische Flotte soll laut Mitteilung Admiralstabs am 27. d. M. auseinandergehen und Heimathäfen aufsuchen. Falls unsere Flotte vorzeitig zurückgerufen würde, würde England die seinige zusammenhalten.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] Aufgegeben in Berlin $7^{3}$ nachm., angekommen in Hohenfinow $8^{20}$ nachm.
[3] Siehe Nr. 101.
[4] Hier ist die Mitteilung Behnckes vom 22. Juli (Nr. 111) wörtlich eingefügt.

Nr. 116

## Der Reichskanzler an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 3 Hohenfinow, den 22. Juli 1914[2] [3]

Ew. Exz. Beurteilung der Gesamtlage, die wohl auch schon den mir bisher nicht bekannten Wortlaut der österreichischen Note berücksichtigt, pflichte ich bei. Ich würde deshalb eine vorzeitige Rückberufung unserer Flotte für einen schweren Fehler halten und einen entsprechenden Vortrag bei Sr. M. durch Graf Wedel als empfehlenswert ansehen. Wofern Sie keine Bedenken haben, bitte ich, entsprechendes Telegramm an diesen, eventuell in meinem Namen, zu richten. Jedenfalls darf vor dem 27., dem Datum des geplanten Auseinandergehens der englischen Flotte, unsere Flotte keinerlei auffällige Bewegungen vornehmen, es sei denn, daß inzwischen unvorhergesehene Ereignisse eintreten[4].

Bethmann Hollweg

---

[1] Nach dem jetzt bei den Akten befindlichen Konzept von des Kanzlers Hand.

[2] Aufgegeben in Hohenfinow 22. Juli $11^{40}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 23. Juli $1^{25}$ vorm. Eingangsvermerk: 23. Juli vorm.

[3] Siehe Nr. 115.

[4] Siehe Nr. 125.

Nr. 117

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 362 Konstantinopel, den 22. Juli 1914[2] [3]

Enver Pascha sagte mir, ich hätte dem Großwesir auseinandergesetzt[4], daß die Türkei bis zur Vollendung ihrer militärischen und administrativen Reorganisation *sich auf keinerlei Bündnis einlassen dürfe.* Theoretisch sei meine Auffassung durchaus

*kann sie nicht! Blech!*

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Konstantinopel 22. Juli $5^{55}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 23. Juli $1^{25}$ vorm.; Eingangsvermerk: 23. Juli vorm. Am 23. Juli nachm. von Jagow nach Vornahme einiger Änderungen und mit Auslassung der Sätze »als die Staaten .......... schwächeren seien« und »Der Großwesir werde mit Veniselos .......... Rumänien zu Österreich« telegraphisch ins kaiserliche Hoflager mitgeteilt, dortselbst angekommen 11" nachm., Entzifferung des Hoflagers mit den Randbemerkungen des Kaisers am 27. Juli in Berlin eingetroffen.

[3] Siehe Nr. 71.

[4] »ich .......... auseinandergesetzt« von Jagow im Telegramm an den Kaiser geändert in: »der Groswesir neige der Ansicht zu.«

richtig. In der Praxis ergebe sich aber für die Türkei die Schwierigkeit, daß sie nur dann in Ruhe und Gründlichkeit im Innern reformieren könne, wenn sie gegen Angriffe von außen geschützt sei. Dazu *bedürfe sie des Rückhalts* an einer der Großmächtegruppen. Eine kleine Minorität im Komitee sei für ein Bündnis mit Rußland und Frankreich, weil ein solches der Türkei schon insofern Sicherheit gewähre, als die Staaten des Dreibunds im Mittelmeer die schwächeren seien. Die Majorität des Komitees, an der Spitze der Großwesir mit Talaat Beï, Halil und ihm selbst, wünschten dagegen *nicht Vasallen Rußlands* zu werden und seien überzeugt, daß der Dreibund militärisch stärker sei als die Entente und bei einem Weltkriege obsiegen werde. Er könne mithin erklären, daß die jetzige türkische Regierung den Anschluß an den *Dreibund dringend wünsche* und nur, wenn sie von uns zurückgewiesen werde, schweren Herzens sich zu einem Pakt mit der Triple-Entente entschließen werde. Nun sehe das Kabinett sehr wohl ein, daß die Türkei gegenwärtig den Großmächten gegenüber nicht bündnisfähig sei. Sie verlange daher auch nur den Schutz der betreffenden Mächtegruppe für ein Bündnis, welches sie selbst mit einem kleineren Staate schließe. Zur Zeit beständen für die Türkei zwei Möglichkeiten sekundärer Bündnisse: Die Allianz mit Griechenland, die zur Triple-Entente hinüberleite, und die Allianz mit Bulgarien, die zum Dreibund führe. Das Kabinett sei daher geneigt, mit Bulgarien unter der Bedingung abzuschließen, daß das *Bündnis vom Dreibund, mindestens aber von einer Dreibundmacht, patronisiert* werde. Mit Bulgarien sei ein Bündnisvertrag mit allen Details *bereits früher vereinbart* und nur deshalb nicht unterzeichnet worden, weil Bulgarien ohne *Patronanz des Dreibunds sich nicht* dazu *habe* entschließen können. Nunmehr sei infolge der österreichisch-serbischen Spannung die Lage kritisch geworden. Der Großwesir werde mit Veniselos über ein Bündnis verhandeln. Eine Ablehnung des griechischen Antrages werde ihm erleichtert werden, wenn für die Türkei und Bulgarien die Aussicht bestehe, als Block zu dem Dreibund in ein ähnliches Verhältnis zu treten [wie] [5] früher Rumänien zu Österreich. Auf den Ausbruch eines Krieges am Balkan könne die Pforte

*richtig*

*und Frankreichs*

*na also hatten wir doch richtig gerochen!*

[5] Hinter »treten« ist in der Entzifferung das Wort »wie« ausgeblieben.

nicht erst warten. Die *gemeinsamen militärischen Vorbereitungen müßten sofort getroffen werden.*

Ich erwiderte Enver, daß er mich von der Notwendigkeit von Bündnissen für die Türkei nicht überzeugt habe. Schon die wirtschaftliche Genesung der Türkei werde durch ein Bündnis in Frage gestellt. Würden Rußland und Frankreich die Akkords zeichnen, wenn die Türkei dem Dreibund beitrete? Schwerer wögen die politischen Bedenken. Als Dreibundmitglied werde die Türkei mit der offenen Feindschaft Rußlands rechnen müssen. Die türkische Ostgrenze werde dann der schwächste Punkt der strategischen Aufstellung des Dreibunds und der natürliche Angriffspunkt Rußlands sein. Die Dreibundregierungen würden voraussichtlich zögern, sich mit Pflichten zu belasten, für welche die Türkei *heute noch keine entsprechenden Gegenleistungen anzubieten* habe. Auch die Türkei und Bulgarien als Block seien dem Dreibund gegenüber kaum bündnisfähig. Etwas anderes wäre es, wenn dem Block auch noch Rumänien beiträte, wofür aber zur Zeit wenig Aussicht vorhanden sei.

*Theoreth. richtig aber im jetzigen Augenblick falsch! Jetzt handelt es sich um Gewinnung jeder Büchse, die auf dem Balkan bereit ist, für Österreich gegen die Slawen loszugehen, daher ist ein Turko-Bulg. Bündnis mit Anschluß an Österreich wohl zu acceptieren! Das ist Opportunitätspolitik, die muß hier getrieben werden.*

Enver Pascha hörte aufmerksam zu, betonte aber immer wieder, daß, wenn der Dreibund das bulgarisch-türkische Bündnis verhindere, die Triple-Entente-Freunde im Komitee Oberwasser bekommen würden.

Die augenblickliche kritische Stimmung macht es wenig wahrscheinlich, daß in Brüssel[6] ein Bündnis geschlossen wird. Die Türkei dürfte zunächst versuchen, Bulgarien zu einer Allianz auch ohne Sanktion durch den Dreibund zu bewegen. Wird Bulgarien in den österreichisch-serbischen Konflikt hineingezogen, so ist es beinahe sicher, daß die Türkei nicht neutral bleiben, sondern versuchen wird, über West-Thrazien nach Griechenland vorzudringen.[7]

*faute de mieux mitzunehmen, solange sie auf Österreichs Seite zu fechten bereit sind.*

Wangenheim

*Einverstanden. Wenn es nicht anders geht, und Stambul absolut Bündnis schließen will »unter Patronanz des Dreibundes oder einer Macht desselben«, so soll es doch ruhig versuchen, Rumänien und Bulgarien zusammenzukriegen und sich Österreich zur Verfügung stellen. Ich habe nichts dagegen. Das ist immer noch besser, als aus theoreth. Bedenken die Türkei zur 3ple Entente drängen.*

---

[6] Wegen Zusammenkunft des Großwesirs mit Veniselos in Brüssel siehe Wangenheims Telegramm 352 vom 19. Juli, Nr. 81.

[7] Siehe Nr. 141 und 144.

Nr. 118

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 145 London, den 22. Juli 1914[2]

Sir Edward Grey wird, wie ich vertraulich erfahre, dem Grafen Mensdorff morgen erklären, die britische Regierung werde sich bemühen[3], ihren Einfluß dahin zur Geltung zu bringen, daß die österreichisch-ungarischen Forderungen, falls sie gemäßigt seien und sich mit der Selbständigkeit des serbischen Staates vereinbaren ließen, von der serbischen Regierung angenommen würden. In ähnlichem Sinne.......... mit Sir Maurice de Bunsen über die serbische Frage zu sprechen[4] [5].

Lichnowsky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Londen, 22. Juli $9^{17}$, nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 23. Juli $1^{25}$ vorm.; Eingangsvermerk: 23. Juli vorm. Lichnowskys Telegramm wurde von Jagow telegraphisch dem Botschafter in Wien mitgeteilt mit dem Zusatz: »Fürst Lichnowsky erhält Instruktion zur Regelung.......... zuständen« (siehe Schlußsatz des Telegramms an den Kaiser Nr. 121). Am 23. Juli $1^{5}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Die Worte »werde sich bemühen« fehlen in der Entzifferung; sie sind aus den Akten der Deutschen Botschaft in London oben ergänzt.

[4] Siehe den vollen Wortlaut des Lichnowskyschen Telegramms unter Nr. 121.

[5] Siehe Nr. 126 und 140.

Nr. 119

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 17 Fiuggi, den 23. Juli 1914[2]

Nach Äußerung San Giulianos hat österreichischer Botschafter ihm im allgemeinen österreichische Absichten, gegen Serbien vorzugehen, mitgeteilt. Note werde hier sofort nach definitiver Fertigstellung mitgeteilt werden. Österreich habe gegenwärtig nicht Absicht, Territorium zu erwerben oder Lowtschen zu besetzen. Minister nimmt diese Erklärung nicht als dauernde Verpflichtung und ist

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Fiuggi $7^{20}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{55}$ vorm. Eingangsvermerk: 23. Juli vorm. Am 23. Juli von Jagow telegraphisch dem Botschafter in Wien mitgeteilt, Telegramm $2^{30}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt gegeben, 8 Uhr abends angekommen auf der Deutschen Botschaft in Wien.

daher über diesen Punkt nicht ganz beruhigt. Weiterer Erörterung wich er anscheinend aus mit der Bemerkung, Ministerpräsident Salandra wünsche am Freitag, 24. d. M., die eingetretene Lage in seinem — des Marquis di San Giuliano — Beisein mit mir zu erörtern. Der Ernst der Situation für Deutschland und Italien verlange eine solche Aussprache. San Giuliano konnte seine Besorgnisse vor übertriebenen Forderungen Österreichs nicht verhehlen, die ganz Europa und auch italienische öffentliche Meinung gegen Österreich aufbringen würden. Er hält das Vorgehen nach wie vor für zwecklos, da man serbische nationale Bestrebungen nicht unterdrücken könne.

Flotow

Nr. 120

## Der Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler[1]

St. Petersburg, den 21. Juli 1914[2]

Herr Sasonow, der in der vorigen Woche mehrere Tage auf seinem Landgut im Gouvernement Grodno verbracht hatte, ist seit seiner Rückkehr von dort recht nervös wegen der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien. Er erzählte mir, daß er sehr alarmierende Berichte aus London, Paris und Rom erhalten habe, wo überall die Haltung Österreich-Ungarns wachsende Besorgnis einflöße. Auch Herr Schebeko, der im allgemeinen ein ruhiger Beobachter sei, melde, daß die Stimmung in Wien gegen Serbien immer schlechter werde.

Der Minister ergriff die Gelegenheit, um seinem Groll gegen die österreichisch-ungarische Politik wieder in gewohnter Weise freien Lauf zu lassen. Daß Kaiser Franz Joseph und auch Graf Berchtold friedliebend wären, wollte Herr Sasonow zwar zugeben, es seien aber sehr mächtige und gefährliche Einflüsse an der Arbeit, die in beiden Reichshälften immer mehr an Boden gewännen und die vor dem Gedanken nicht zurückscheuten, Österreich in einen Krieg zu stürzen, selbst auf die Gefahr hin, einen allgemeinen Weltbrand zu entfesseln. Man müsse sich mit Besorgnis fragen, ob der greise Monarch und sein schwacher Minister des Äußern diesen Einflüssen gegenüber auf die Dauer die nötige Widerstandskraft finden würden.

*das Bild paßt viel besser auf Petersburg!*

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 23. Juli vorm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 27. Juli zurückgegeben. Gemäß k. Randverfügung am 30. Juli durch Erlaß den Botschaften in Wien, Rom, London und Paris mitgeteilt.

Früher hätten kriegslustige Elemente, bei denen besonders auch klerikale Intrigen eine große Rolle spielten, ihre Hoffnungen auf den verstorbenen Erzherzog Franz Ferdinand gesetzt. Der Tod des Erzherzogs habe sie keineswegs entmutigt, sie seien vielmehr diejenigen, welche die gefährliche Politik, die Österreich-Ungarn gegenwärtig treibe, inspirierten[3]. Die eigentlichen Leiter dieser Politik seien besonders zwei Männer, deren zunehmender Einfluß im höchsten Maße bedenklich erscheine, nämlich Graf Forgách, der »ein Intrigant der schlimmsten Sorte« und Graf Tisza, der »*ein halber Narr*« sei.

*Narr selber Herr Sazonoff!!!*

Ich entgegnete Herrn Sasonow, seine maßlosen, gegen die österreichisch-ungarische Politik gerichteten Vorwürfe schienen mir durch seine allzu großen Sympathien für die Serben stark beeinflußt und in keiner Weise gerechtfertigt. Man könne billigerweise nicht umhin, die von dem Wiener Kabinett seit dem Attentat in Sarajevo beobachtete maßvolle Zurückhaltung anzuerkennen. Es scheine mir überhaupt verfrüht, schon jetzt, bevor das Ergebnis der Untersuchung über das Attentat vorliege, darüber zu urteilen, inwieweit Österreich-Ungarn berechtigt sei, die serbische Regierung für die großserbische Agitation verantwortlich zu machen. Nach allem aber, was schon jetzt bekannt sei, könne man kaum daran zweifeln, *daß die großserbische Agitation von Serbien aus unter den Augen der serbischen Regierung geschürt werde, und daß auch das schändliche Attentat in Serbien vorbereitet worden* sei. Ein großer Staat könne aber auf die Dauer unmöglich an seinen Grenzen eine Propaganda dulden, durch die seine Sicherheit direkt bedroht werde. Sollten daher, wie es allerdings den Anschein habe, durch den Prozeß gegen die Urheber des Attentates wirklich Fäden aufgedeckt werden, welche von Serbien ausgingen, und sollte bewiesen werden, daß die serbische Regierung gegenüber den gegen Österreich gerichteten Machenschaften eine bedauerliche Konnivenz gezeigt habe, so sei die österreichisch-ungarische Regierung zweifellos berechtigt, in Belgrad eine ernste Sprache zu führen. Ich könnte mir nicht denken, daß in diesem Falle solche Vorstellungen des Wiener Kabinetts bei der

*ja*

*richtig*

*ja*

*gut*

[3] Am Rand Ausrufungszeichen des Kaisers.

serbischen Regierung dem Widerspruch irgendeiner Macht begegnen könnten.

*echt Russisch*

Der Minister hielt diesen Ausführungen gegenüber aufrecht, daß eine Unterstützung der großserbischen Propaganda in Österreich-Ungarn von Serbien aus oder gar von der serbischen Regierung *keineswegs erwiesen sei*[4]. Man könne für *die Taten Einzelner nicht* ein ganzes Land *verantwortlich machen.* Der Mörder des Erzherzogs sei überdies nicht einmal serbischer Untertan. Eine großserbische Propaganda gäbe es *allerdings in Österreich,* sie sei aber die Folge der *schlechten* Regierungsmethode, durch die Österreich sich von jeher ausgezeichnet habe. Ebenso wie es eine großserbische Agitation gebe, höre man auch von der italienischen Irredenta und von der Los-von-Rom-Bewegung sprechen. Das Wiener Kabinett habe nicht den geringsten Grund, sich über die *Haltung der serbischen Regierung* zu beklagen, diese *benehme sich vielmehr vollständig* korrekt.

*Donnerwetter!*

*richtig*

Ich warf hier ein, es genüge wohl nicht, daß die Mitglieder der serbischen Regierung selbst sich der Teilnahme an der antiösterreichischen Propaganda enthielten. Österreich-Ungarn sei vielmehr berechtigt, zu verlangen, daß von Seiten der serbischen Behörden aktiv gegen die österreichfeindliche Propaganda vorgegangen werde, denn die Regierung könne sich unmöglich jeder Verantwortung für das, was im Lande vor sich gehe, entziehen.

*und Rußland für seine Spione, die überall aufgegriffen werden!*

Nach diesem Prinzip, entgegnete Herr Sasonow, müßte Rußland auch die schwedische Regierung für die *antirussische Agitation,* die seit etwa anderthalb Jahren in *Schweden betrieben werde,* verantwortlich machen.

Ich wies darauf hin, daß es sich in Schweden nur um eine politische Agitation und nicht wie in Serbien um eine Propaganda der Tat handele.

*wäre auch das Beste!*

Herr Sasonow bemerkte darauf, daß diejenigen, welche in Österreich einem Vorgehen gegen Serbien das Wort redeten, sich anscheinend nicht mit Vorstellungen in Belgrad begnügen wollten, sondern daß ihr Ziel die Vernichtung Serbiens sei. Ich erwiderte, daß ich immer nur von einem Ziele hätte reden hören, nämlich: der »Klärung« des Verhältnisses Österreich-Ungarns zu Serbien.

---

[4] Am Rand zwei Ausrufungszeichen des Kaisers.

Der Minister fuhr erregt fort, auf jeden Fall dürfe Österreich-Ungarn, wenn es durchaus den Frieden stören wolle, nicht vergessen, daß es in diesem Falle mit *Europa zu rechnen habe.* Rußland würde einem Schritt in Belgrad, der auf eine Erniedrigung Serbien[s][5] absehe, nicht gleichgültig zusehen können. Ich bemerkte, ich vermöchte in ernsten Vorstellungen, in welchen Serbien an seine völkerrechtlichen Pflichten erinnert würde, noch *keine Erniedrigung* [*zu*[6]] *erblicken.* Herr Sasonow erwiderte, es komme darauf an, wie dieser Schritt erfolge, auf jeden Fall *dürfe von einem Ultimatum nicht die Rede* sein[7].

*nein! Rußland ja! als den Thäter und Vertreter des Fürstenmordes!!!*

*richtig*

*ist bereits da!*

Der Minister wies im Laufe des Gesprächs wiederholt darauf hin, daß nach den ihm vorliegenden Nachrichten die Lage auch in Paris und London ernst angesehen werde, er war dabei sichtlich bestrebt, bei mir den Eindruck zu erwecken, daß auch in England die Haltung Österreich-Ungarns sehr gemißbilligt werde.

*er irrt!*

Am Schluß der Unterhaltung frug ich Herrn Sasonow, was nach seiner Ansicht an dem in der letzten Zeit in der Presse viel erörterten angeblichen Plan einer Vereinigung von Serbien und Montenegro wäre. Der Minister bemerkte, eine solche Vereinigung werde nur von Montenegro gewünscht, welches auch den größten Vorteil dabei haben würde. In Serbien denke man gar nicht an diese Vereinigung, was der verstorbene Herr von Hartwig noch in einem seiner letzten Berichte besonders hervorgehoben habe. Höchstens wünsche man auf wirtschaftlichem Gebiet ein engeres Verhältnis mit Montenegro, von einer Personalunion wolle man aber nichts wissen.

Herr Sasonow hat seinen Besorgnissen wegen der österreichisch-serbischen Spannung auch meinem italienischen Kollegen gegenüber Ausdruck gegeben und dabei bemerkt, Rußland würde es *nicht dulden können,* daß Österreich-Ungarn Serbien gegenüber eine *drohende Sprache führe* oder *militärische Maßregeln treffe.* »La politique de la Russie«, hat Herr Sasonow gesagt, »est pacifique, mais pas passive«.

*qui vivra verra!*

F. Pourtalès

---

[5] Ausfertigung irrig: Serbien.
[6] In Ausfertigung fehlt irrig: zu.
[7] »Ultimatum nicht die Rede« vom Kaiser zweimal unterstrichen.

Nr. 121

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Kaiser[1]

Telegramm 132 — Berlin, den 23. Juli 1914[2]

Ew. M. Botschafter in London telegraphiert:

»Sir Edward Grey wird, wie ich vertraulich erfahre, dem Grafen Mensdorff morgen erklären, die britische Regierung werde ihren Einfluß dahin zur Geltung bringen, daß die österreichisch-ungarischen Forderungen, falls sie *gemäßigt* seien und sich *mit der Selbständigkeit des serbischen Staats vereinbaren ließen*, von der serbischen Regierung angenommen würden. In ähnlichem Sinne glaube er auch, daß Sasonow seinen Einfluß in Belgrad geltend machen werde. Voraussetzung für diese Haltung sei aber, daß von Wien aus keine unbewiesenen Anklagen à la Friedjung vorgebracht würden, und daß die österreichisch-ungarische Regierung in der Lage sei, den Zusammenhang zwischen dem Mord von Sarajevo mit den politischen Kreisen Belgrads unzweideutig festzustellen. Alles hängt von der Art ab, wie man in Wien die Note gestalte und von den Ergebnissen der bisherigen Untersuchung. Auf Grund *leichtfertiger* Behauptungen sei es jedoch *unmöglich, in Belgrad* Vorstellungen zu machen. Ich bemühe mich unterdessen, hier dahin zu wirken, daß man mit Rücksicht auf das berechtigte Verlangen Österreichs nach einer Genugtuung und endlichen Einstellung der dauernden Beunruhigungen für eine bedingungslose Annahme der österreichischen Forderungen eintritt, selbst wenn sie der *nationalen Würde Serbiens* nicht vollauf Rechnung tragen sollten. Ich begegne hierbei der Erwartung, daß es unserem Einfluß in Wien gelungen ist, unerfüllbare Forderungen zu unterdrücken. Man rechnet mit Bestimmtheit damit, daß wir mit Forderungen, die offenkundig den Zweck haben, den Krieg herbeizuführen, uns nicht

*darüber zu befinden steht ihm nicht zu, das ist Sache S. M. des Kaisers Franz Josef!*

*ist ihre Sache!*

*was ist leichtfertig? Wie kann Grey so ein Wort über den alten ehrwürdigen Herrn gebrauchen!*

*gibt es nicht!*

*Wie käme ich dazu! geht mich garnichts an! was heißt unerfüllbar? die Kerls haben Agitation mit Mord getrieben und müssen geduckt werden.*

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand und der Entzifferung des Hoflagers.

[2] Aufgegeben in Berlin 1$^{40}$ nachm., angekommen im Hoflager 8$^{30}$ nachm. Entzifferung des Hoflagers traf am 27. Juli im Auswärtigen Amt ein. Gleiches Telegramm ging 1$^{40}$ nachm. nach Wien, Ankunft 4$^{0}$ nachm. (nach Akten der Deutschen Botschaft in Wien).

*Das ist eine ungeheuerliche Britische Unverschämtheit. Ich bin nicht berufen, a la Grey S. M. dem Kaiser Vorschriften über die Wahrung seiner Ehre zu machen!*

identifizieren würden, und daß wir keine Politik unterstützen, die den Sarajevoer Mord nur als Vorwand benutzt für österreichische Balkanwünsche und für die Vernichtung des Friedens von Bukarest. Im übrigen hat mir Sir Edward Grey auch heute wieder sagen lassen, daß er in Petersburg bestrebt ist, im Sinne des österreichischen Standpunkts zu wirken. Es hat aber hier nicht angenehm berührt, daß Graf Berchtold es bisher ganz auffallend vermieden hat, mit Sir Maurice de Bunsen über die serbische Frage zu sprechen.«

Ew. M. Botschafter in London erhält Instruktion zur Regelung seiner Sprache, daß wir österreichische Forderungen nicht kannten, sie *aber als interne Frage Österreich-Ungarns betrachteten*[3], auf die uns *Einwirkung nicht zustände.*[4]

Alleruntertänigst

Jagow

*richtig! Das soll Grey aber recht ernst und deutlich gesagt werden! Damit er sieht, daß ich keinen Spaß verstehe. Grey begeht den Fehler, daß er Serbien mit Österreich und anderen Großmächten auf eine Stufe stellt! Das ist unerhört! Serbien ist eine Räuberbande, die für Verbrechen gefaßt werden muß! Ich werde mich in nichts einmischen, was der Kaiser zu beurtheilen allein befugt ist! Ich habe diese Depesche erwartet und sie überrascht mich nicht! Echt Brit. Denkweise und herablassend befehlende Art, die ich abgewiesen haben will!*[5]

*Wilhelm, I. R.*

---

[3] Entzifferung des Hoflagers: betrachten.

[4] Siehe Nr. 118 und 140.

[5] Die Randvermerke des Kaisers »Wie käme ich dazu! .......... Ehre zu machen« und »richtig! Das soll ......... abgewiesen haben will« wurden dem Auswärtigen Amt noch unter dem 23. Juli von Wedel telegraphisch mitgeteilt, Telegramme aufgegeben in Balholm 24. Juli $12^{30}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $5^{55}$ vorm. Eingangsvermerk: 24. Juli vorm.

Nr. 122

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Athen[1]

Telegramm 99 — Berlin, den 23. Juli 1914[2]

Geheim!

Zur streng vertraulichen Verwertung.

Spannung zwischen Österreich und Serbien schließt militärischen Konflikt nicht aus. Bei einem solchen würde Bulgarien

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.

[2] $2^{40}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Gelegenheit zum Angriff auf Serbien kaum vorübergehen lassen. Wie weit Türkei dann ruhig bleiben würde, ist fraglich. Unser Standpunkt muß notwendig auf seiten des verbündeten Österreichs sein. Rechtzeitiges Abrücken Griechenlands von Serbien ratsam, damit Griechenland nicht in Konflikt hineinbezogen wird. Unter genannten Umständen scheint Abschluß eines griechisch-türkischen Bündnisses zur Zeit sehr zweifelhaft. Arrangement auf anderer Basis, eventuell Vereinbarung über Neutralität daher zunächst empfehlenswert[3].

Jagow

[3] Siehe Nr. 189.

Nr. 123

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten in Stockholm[1]

Telegramm 15 — Berlin, den 23. Juli 1914[2]
Geheim!

Zur Regelung Ihrer Sprache. Allem Anschein nach soll[3] Österreich-Ungarn, welches sich durch die großserbische Agitation in seiner Existenz bedroht fühlt, sehr ernste Forderungen in Belgrad stellen. Dieselben sind uns nicht bekannt, wir betrachten sie als interne Angelegenheit Österreich-Ungarns, auf welche uns Einwirwirkung auch nicht zustehen würde. Falls Serbien Annahme der Forderungen verweigert, dürfte ein austro-serbischer Konflikt bevorstehen. Wir wünschen dringend, daß derselbe lokalisiert bleibt. Dies wird in erster Linie von Rußland abhängen. Ein Eingreifen Rußlands, d. h. ein Angriff desselben auf Österreich würde, wie bekannt, für uns casus fœderis bedeuten. Sollte es trotz unserer auf Lokalisierung gerichteten Bemühungen zur allgemeinen Konflagration kommen, hoffen wir, daß sich Schweden darüber klar wird, welche ernste Stunde auch für sein Schicksal geschlagen hat.

Jagow

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] 2[10] nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Das gleichfalls bei den Akten befindliche Reinkonzept schreibt irrig »soll« anstatt des ursprünglich von Jagow niedergeschriebenen »will«.

Nr. 124

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 146 London, den 23. Juli 1914[2]

Mein italienischer Kollege sagte mir im Laufe einer längeren vertraulichen Unterhaltung, es würde für jede italienische Regierung außerordentlich schwer sein, dem Lande gegenüber die Teilnahme an einem Kriege zu vertreten, welcher etwa die Eroberung oder Austriazisierung Serbiens bezwecke. Italien unterhalte lebhafte Handelsbeziehungen mit Serbien und habe gar kein Interesse daran, diese durch Österreich vernichtet zu sehen. Der Krieg würde also dem italienischen Interesse direkt zuwiderlaufen und wäre daher nur zu führen, wenn Österreich entsprechende Gegenleistungen in Aussicht stellte.

Ich möchte bitten, diese Äußerungen als streng vertrauliche behandeln zu wollen.

Lichnowsky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in London $1^{21}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $3^{10}$ nachm.; Eingangsvermerk: 23. Juli nachm. Am 24. Juli $8^{0}$ nachm. von Jagow durch Erlaß dem Botschafter in Wien mitgeteilt.

Nr. 125

## Der Reichskanzler an den Gesandten im kaiserlichen Gefolge[1]

Telegramm 89 Berlin, den 23. Juli 1914[2] [3]

Österreichisch-ungarische Note soll heute nachmittag bzw. abend in Belgrad übergeben, morgen früh in Wien publiziert werden. Ultimatum würde somit den 25., abends, ablaufen. Unsere Haltung wird zunächst sein, daß es sich um eine Auseinandersetzung

---

[1] Nach dem von Jagow niedergeschriebenen und gezeichneten Konzept. Telegramm wurde im Namen des Kanzlers von Jagow abgesandt.

[2] Aufgegeben in Berlin $3^{40}$ nachm., angekommen in Balholm $9^{30}$ nachm. Die jetzt bei den Akten befindliche Entzifferung des Hoflagers trägt den Vermerk von Wedels Hand: »S. M. entspr. Vortrag gehalten. Balholm, 23. 7. 14.« Text des Telegramms an Wedel wurde Reichskanzler von Jagow telegraphisch nach Hohenfinow mitgeteilt, Telegramm 23. Juli $3^{0}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Siehe Nr. 111, 115, 116.

handle, welche nur Österreich und Serbien etwas angeht. Erst Eingreifen anderer Macht würde uns in Konflikt einbeziehen. Daß dies sofort geschieht, namentlich, daß England sich gleich zum Eingreifen entschließt, ist nicht anzunehmen. Schon die Reise des Präsidenten Poincaré, der heute abend Kronstadt verläßt, den 25. Stockholm, den 27. Kopenhagen, den 29. Kristiania besucht und den 31. Dunkerque eintrifft, dürfte alle Entschlüsse verzögern[4].

Englische Flotte soll nach Mitteilung des Admiralstabes den 27. auseinandergehen und Heimatshäfen aufsuchen. Etwaige vorzeitige Rückberufung unserer Flotte könnte allgemeine Beunruhigung hervorrufen und namentlich in England als verdächtig erachtet werden.

Bitte nach Rücksprache mit Admiral von Müller Sr. M. in diesem Sinne Vortrag zu halten. Bemerke hierzu, daß Admiralstab folgendes Gutachten abgibt:

»Wenn mit der Möglichkeit einer unmittelbar bevorstehenden Kriegserklärung Englands gerechnet werden muß, so ist vom militärischen Standpunkt aus auch mit Sicherheit mit einem Überfall unserer Flotte durch die englische Flotte zu rechnen. Unsere Flotte darf bei ihrer[5] numerischen Unterlegenheit dieser Möglichkeit keinenfalls ausgesetzt werden. Sobald mit der Möglichkeit des Ausbruchs eines Krieges mit England innerhalb von jeweilig 6 Tagen zu rechnen ist, muß daher die Flotte zurückgerufen werden«.

Bethmann Hollweg

---

[4] Siehe Nr. 50, 93, 96, 108, 112.
[5] Das in Behnckes Bericht auf »ihrer« folgende Wort »großen« von Jagow hier fortgelassen, siehe Nr. 111.

Nr. 126

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London[1]

Telegramm 167 Berlin, den 23. Juli 1914[2, 3]

Die österreichischen Forderungen sind uns nicht bekannt[4].

Wir betrachten die Regelung des österreichisch-serbischen Zwischenfalls als eine ausschließlich zwischen den beiden Beteiligten

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Stumms Hand mit Änderungen Jagows. Das Telegramm ging gleichzeitig, gekürzt um den ersten Satz »Die..........bekannt«, auch an den Botschafter in Paris.
[2] Telegramm, wie auch das an den Botschafter in Paris, 4° nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 118.
[4] Satz »Die.... .. bekannt« von Jagow im Stummschen Entwurf beigefügt.

zum Austrag zu bringende interne[5] Angelegenheit, auf die uns keinerlei Einwirkung zusteht, und haben daher auch keinerlei Einfluß auf die Entschließungen des Wiener Kabinetts ausgeübt.

Ew. Durchl. wollen daher auch Ausführung des gestern abend dorthin abgegangenen Erlasses[6] erst vornehmen, nachdem der Wortlaut der österreichischen Note an die serbische Regierung durch die Presse bekannt geworden ist. Anderenfalls könnte der Eindruck dort entstehen, als ob uns derselbe vorher bekannt gewesen wäre.

Jagow

[5] »interne« von Jagow im Stummschen Entwurf beigefügt.
[6] Siehe Nr. 100.

Nr. 127

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 96 Wien, den 23. Juli 1914[2]

K. u. k. Regierung dankt wärmstens für Information. Baron Giesl ist angewiesen, Übergabe um eine Stunde zu verschieben[3].

Tschirschky

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Wien 1[50] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 4[0] nachm. Eingangsvermerk: 23. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 112

Nr. 128

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler[1]

Geheim! Wien, den 22. Juli 1914[2] [3]

Habe heute mit Graf Forgách Notwendigkeit Einwirkung auf fremde Presse eingehend besprochen. Was Italien anlange, so hat Herr von Mérey Vollmacht, jede Summe, die ihm erforderlich erscheinen sollte, zu verwenden. Botschafter vertritt bisherigen Standpunkt, daß es äußerst gefährlich sein würde, jetzt plötzlich

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 23. Juli nachm. Abs. 1 »Habe ..........machen« am 25. Juli nachm. durch Erlaß dem Botschafter in Rom »zur Information« mitgeteilt.
[3] Siehe Nr. 97.

mit großen Mitteln an italienische Presse heranzutreten. Dies würde, wie er glaubt, dort Mißtrauen erwecken und womöglich gegenteiligen Effekt haben. Er ist aber nochmals angewiesen worden, Versuche zur Einwirkung auf dortige Presse zu machen und jedenfalls nach erfolgtem Schritt in Belgrad alles, und mit allen Mitteln, daran zu setzen, daß die leitenden Zeitungen die hier gewünschte neutrale Stellung der italienischen Regierung nicht unmöglich machen.

Graf Czernin in Bukarest hat gleichfalls illimitierte Summen zur Verfügung. Er soll es insbesondere versuchen, den »Adeverul« zu kaufen.

Auch Graf Szápáry hat gleiche Vollmacht. Er hat aber wenig Fühlung mit dortiger Presse, und es würde hier mit besonderem Dank erkannt werden, wenn Graf v. Pourtalès ihm bei Ausfindigmachung von Mittelsleuten an die Hand gehen könnte[4].

In England sei mit Geld nichts zu machen, dort müsse man versuchen, durch sachliche Erörterungen zu wirken. Graf Mensdorff habe auch schon mit Mr. Steed von Times Fühlung genommen, der aber leider nach Momenten besserer Einsicht wieder in seine Austrophobie verfallen zu sein scheine. In nächster Zeit würden aber von Professor Lammasch, Professor Redlich und Graf v. Lützow Artikel in den englischen Zeitungen erscheinen.

Auf die französische Presse mit Geld einzuwirken, halte man hier für aussichtslos.

Einwirkung auf hiesige Presse, um nach Demarche die nationalen Gefühle der eigenen Serben zu schonen, habe ich Graf Forgách warm ans Herz gelegt. Er wird alles mögliche in dieser Richtung tun und ist der tatkräftigen Mitwirkung des Grafen Tisza in dieser Beziehung sicher.

von Tschirschky

[4] Siehe Nr. 143.

Nr. 129

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 147 — London, den 23. Juli 1914[2]

Der ehemalige rumänische Minister Take Jonescu, der augenblicklich hier weilt und mir von meiner Bukarester Zeit her bekannt ist, erzählte mir, Herr Sasonow habe dem König Karl bei seinem kürzlichen Besuch die bündigsten Erklärungen hinsichtlich der russischen Friedensliebe abgegeben. Auch habe der russische Minister sich jeder Anregung hinsichtlich eines engeren Einvernehmens mit

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in London $1^{20}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $4^{40}$ nachm.; Eingangsvermerk: 23. Juli nachm.

Rumänien enthalten. Herr Sasonow habe aber in bestimmter Form erklärt, daß Rußland einen Angriff Österreichs auf Serbien nicht dulden könne. Herr Take Jonescu meint, daß Rußland, falls Österreich serbisches Gebiet betrete, sich genötigt sehen werde, selbst auf die Gefahr einer Niederlage hin, militärisch einzugreifen. Aus Äußerungen des kürzlich, und zwar vor dem Attentat in Sarajevo in Bukarest gewesenen Botschafters Markgrafen Pallavicini will der rumänische Staatsmann entnommen haben, daß Österreich schon vor der Ermordung den Krieg gewünscht und auf eine passende Gelegenheit gewartet habe, um seine durch die Politik des Grafen Berchtold verlorengegangene Stellung auf dem Balkan wiederherzustellen. Auch er betrachtet die Lage als überaus ernst und gab mir zu verstehen, daß Rumänien bei einem neuen Balkankriege nicht gleichgültig bleiben könne und den Bukarester Frieden erhalten wissen wolle.

Das Verhältnis zu Österreich bezeichnete Herr Take Jonescu als schlecht, der russische Besuch sei dem König Carol[3] daher ungelegen gekommen, er habe ihn aber nicht abweisen können.

Noch vor 14 Tagen sei Rumänien bereit gewesen, eine größere Truppenmacht nach Albanien zu senden, falls jede der Großmächte auch nur 100 Mann hinschicken wollte. Ob diese Bereitwilligkeit heute noch bestehe, könne er mir nicht sagen. Er glaube nicht, daß die aufständische Bewegung in Albanien von serbischer oder griechischer Seite genährt werde, sie sei vielmehr von den Jungtürken ausgegangen, die glaubten, daß bei neuen Verwicklungen wieder etwas für sie abfallen könne. Serbien wisse genau, daß man es nicht nach Nordalbanien lassen werde, und ihm sei der Fürst Wilhelm lieber wie eine österreichisch-italienische Besetzung.

Lichnowsky

[3] Entzifferung schreibt zuerst »Karl«, dann »Carol«.

Nr. 130

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 146 St. Petersburg, den 23. Juli 1914[2]

Die kühle Aufnahme, die Präsident Poincaré bei seinem hiesigen Besuche gefunden hat, fällt allgemein auf. Die große Teilnahmslosigkeit des

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Petersburg $2^{55}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $5^{25}$ nachm.; Eingangsvermerk: 23. Juli nachm. Am 23. Juli von Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, aufgenommen in Berlin 23. Juli $11^{21}$ nachm., angekommen im Hoflager 24. Juli $7^{0}$ vorm.; Entzifferung des Hoflagers vom Kaiser am 24. Juli zurückgegeben, am 27. Juli ins Amt zurückgelangt.

Publikums ist wohl teilweise auf die Arbeiterstreiks zurückzuführen, die in letzten Tagen große Ausdehnung genommen haben. Über die Hälfte hiesiger Arbeiter haben Arbeit niedergelegt. Eine Anzahl Zeitungen konnte wegen Buchdruckerstreik während Besuchs Poincarés nicht erscheinen. Dabei ist es zu bedenklichen Ausschreitungen gekommen, bei denen Polizei und Kosaken einschreiten mußten. Heute nacht fand auf Wyborger Seite, wo Arbeiter Barrikaden errichtet hatten, ernster Zusammenstoß statt, bei welchem es, wie offiziell zugegeben wird, 5 Tote und 8 Verwundete gab.

*bravo!*

Es wird, wie ich höre, beabsichtigt, gleich nach Abreise Poincarés gegen Arbeiter schärfer vorzugehen.

Außer in Petersburg finden gegenwärtig auch in anderen größeren Städten Rußlands Streiks statt. Sie verdienen als Symptom der in russischen Arbeiterkreisen herrschenden erbitterten Stimmung ernste Beobachtung, wenn ihnen auch vorläufig größere Tragweite nicht zuzusprechen ist. Im *Falle äußerer Verwicklung könnten sie immerhin für Regierung schwierige Lage schaffen.*

*ja*

Pourtalès

Nr. 131

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 97 — Wien, den 23. Juli 1914[2]

Graf Szápáry meldet, Präsident Poincaré habe ihm gegenüber bei neulichem Diplomatenempfang nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Serbien Freunde habe, die es nicht im Stiche lassen würden. Diese Sprache sei, wie man mir hier sagt, nicht im Einklang mit Haltung Herrn Sasonows, der sich sehr ruhig und zurückhaltend über serbische Angelegenheit ausgesprochen habe.

Herr Dumaine war gestern im Ministerium. Er hat in den düstersten Farben die Gefahren eines Krieges mit Serbien geschildert, der ein Guerillakrieg von unabsehbarer Dauer werden müsse. Dabei hat der französische Botschafter aber betont, Rußland werde

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien $1^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $5^{50}$ nachm. Eingangsvermerk: 23. Juli nachm. Am 24. Juli von Jagow telegraphisch dem Botschafter in Rom mitgeteilt, Telegramm $6^{45}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Serbien selbstverständlich seine moralische Unterstützung zuteil werden lassen.

Herr Schebeko ist auf Urlaub abgereist. Bei seinem Abschiedsbesuch bei Graf Berchtold hat er serbische Angelegenheit nicht berührt.

In heutigen Morgenblättern telegraphisch avisierter Artikel der Westminster Gazette, der von Aufrüttelung des slawischen Sentiments Rußlands und von »Attackierung eines orthodoxen Slawenstaates« seitens der Monarchie spricht, hat hier unangenehm berührt.

Man ist hier fest entschlossen, sich durch alle Einschüchterungsversuche nicht irre machen zu lassen.

Tschirschky

Nr. 132

## Der Kronprinz an den Reichskanzler[1]

Telegramm (ohne Nummer) Zoppot, 23. Juli 1914[2] [3]

Der Inhalt des Telegramms, welches Ew. Exzellenz in der bewußten Angelegenheit an S. M. gesandt haben, hat mich sehr interessiert.

Wilhelm

[1] Nach einer in der Reichskanzlei gefertigten Abschrift.
[2] Abgesandt Zoppot 23. Juli. Stunde des Abgangs in Zoppot und Zeit des Eingangs in Hohenfinow nicht bekannt.
[3] Siehe Nr. 84, 105 und 133.

Nr. 133

## Der Gesandte im kaiserlichen Gefolge an den Reichskanzler[1]

Balholm, den 23. Juli 1914[2] [3]

Ew. Exz. beehre ich mich im Anschluß an meinen gehorsamsten Bericht vom 21. d. M. zu melden, daß soeben folgendes Telegramm bei Sr. M. dem Kaiser und Könige eingegangen ist: »Befehle werden ausgeführt. Wilhelm Kronprinz.«

Graf G. Wedel

[1] Nach einer Abschrift der bei den Akten der Reichskanzlei befindlichen Ausfertigung.
[2] Abgesandt Balholm 23. Juli. Zeit des Eingangs in Hohenfinow nicht bekannt.
[3] Siehe Nr. 84, 105 und 132.

Nr. 134

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 147 St. Petersburg, den 23. Juli 1914[2]

Graf Szápáry erzählt mir, daß bei dem Empfang des diplomatischen Korps durch Präsidenten der französischen Republik Herr Poincaré ihn auf die österreichisch-serbische Spannung angeredet habe. Präsident habe dabei eine Sprache geführt, die in Anbetracht des Umstandes, daß er sich an einen Diplomaten in einem Lande, in dem er selbst Gast war, wandte, Befremden erregen mußte. Graf Szápáry hat daher den Ausführungen des Präsidenten gegenüber kühle Zurückhaltung beobachtet. Poincaré hat unter Aufwand großer Beredsamkeit Botschafter gegenüber Standpunkt vertreten, daß es nicht angängig sei, eine Regierung für Verbrechen einzelner verantwortlich zu machen. Präsident hat ferner bemerkt, er wolle zwar nicht insinuieren, daß Österreich-Ungarn nach einem Vorwand suche, um über Serbien herzufallen, er hoffe aber, daß Österreich nicht zu schroff gegen diesen Nachbar, »der auch Freunde habe«, vorgehen werde. Poincaré hat auch taktlose Anspielung auf negatives Ergebnis des Prohaskaprozesses gemacht, was Graf Szápáry zu der Erwiderung veranlaßt hat, daß Präsident über die fraglichen Vorgänge nicht unterrichtet scheine. Mein österreichisch-ungarischer Kollege glaubt, daß Herr Poincaré hier zu Konflikt gegen Dreibund hetzt; ich möchte vielmehr annehmen, daß Äußerungen des Präsidenten auf Anstiften des Herrn Sasonow erfolgt sind, der es mit Politik des Bluffs versuchen möchte. Jedenfalls hat sich Herr Poincaré österreichisch-ungarischem Botschafter gegenüber genau derselben Argumente bedient, die Herr Sasonow mir gegenüber in letzten Unterredungen gebraucht hat.

Pourtalès

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Petersburg, 23. Juli $5^{3}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{10}$ nachm.; Eingangsvermerk: 24. Juli vorm. Am 24. Juli $4^{0}$ nachm. von Jagow, nach Vornahme einiger stilistischer Änderungen, den Botschaftern in Wien, Rom und Paris mitgeteilt.

Nr. 135

## Der Geschäftsträger in Bukarest an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 41 Bukarest, den 23. Juli 1914[2]
Geheim!

Vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten, mit dem ich von Sinaia hierher reiste, erfahre ich vertraulich, italienischer Gesandter habe heute Audienz bei Sr. M. dem König. Italiens Auffassung gehe nach Baron Fasciotti dahin, daß Österreich Serbien unannehmbare Forderungen stellen werde, um nach Ablehnung derselben zum Krieg übergehen zu können. Italienische Regierung wünscht, Rumänien möge in Wien vorstellig werden, um zu erreichen, daß österreichische Forderungen für Serbien annehmbar gemacht würden. Rumänische Regierung ist, wie Herr Porumbaro mir sagte, schon in Belgrad vorstellig geworden und hat eindringlichst zur Nachgiebigkeit Österreich-Ungarn gegenüber gemahnt.

Waldburg

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Bukarest 23. Juli $7^{20}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 24. Juli $1^{35}$ vorm.; Eingangsvermerk: 24. Juli vorm. Am 24. Juli nachmittags von Jagow telegraphisch, nach Vornahme kleiner Änderungen, dem Botschafter in Rom mitgeteilt.

Nr. 136

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 19 Fiuggi Fonte, den 24. Juli 1914[2]

Für erkrankten österreichischen Botschafter hat Botschaftsrat hier heute mitgeteilt, daß Note Belgrad übergeben sei und daß sie außer Forderung der Unterdrückung panserbischer Bestrebungen Frist von 48 Stunden enthalte. Einzelheiten sind nicht mitgeteilt. Marquis di San Giuliano hat geantwortet, daß er auf eine so wenig eingehende Mitteilung sich nicht äußern könne[3].

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte $7^{50}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{50}$ vorm.; Eingangsvermerk: 24. Juli nachm. Am 24. Juli von Jagow telegraphisch dem Botschafter in Wien mitgeteilt, mit folgendem Zusatz Jagows: »Das Wiener Kabinett hat demnach die Ew. Exz. gemachte Zusage nicht innegehalten« (nach dem Konzept von Jagows Hand); Telegramm an Tschirschky $6^{45}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt. Siehe Nr. 187.

[3] Siehe Nr. 145

Mir sagte Minister, er fürchte schlechten Eindruck der Fristbestimmung und habe noch in der Nacht durch Ministerpräsidenten alle Präfekten anweisen lassen, antiösterreichische Demonstrationen zu unterdrücken und Anwerbung etwaiger Freiwilliger zum Kampfe für Serbien zu verhindern. Er findet es gegen Geist des Dreibunds, in solche Aktion einzutreten, ohne Verbündeten vorher zu befragen.

Flotow

Nr. 137

## Der Gesandte in Belgrad an den Reichskanzler[1]

Belgrad, den 21. Juli 1914[2]

Die Erregung in der hiesigen Bevölkerung hält an, da man noch immer nicht weiß, welche Schritte die österreichisch-ungarische Regierung in der Attentatsaffäre gegen Serbien unternehmen wird. Vorläufig hat sich diese nervöse Stimmung in heftigen Angriffen der serbischen Presse gegen Baron von Giesl entladen. In unqualifizierbarer Weise wird der Gesandte beschuldigt, die am 12. d. M. in der hiesigen österreichisch-ungarischen Kolonie ausgebrochene Panik selbst heraufbeschworen zu haben; um Serbien vor Europa zu kompromittieren. Das mindeste, was diese Presse als Genugtuung verlangt, ist sofortige Abberufung, da Baron Giesl für Serbien noch gefährlicher sei als der »jesuitische« Graf Forgách. Zum Belege beruft man sich auf ein angebliches Interview, das Baron Giesl einem Mitarbeiter des Budapester Blattes »A Nap« gewährt haben soll und worin er erklärt, daß alle Vorbereitungen zum Massacre der österreichisch-ungarischen Kolonie und zur Zerstörung des Gesandtschaftsgebäudes tatsächlich getroffen waren und es nur seinem energischen Einschreiten zu verdanken sei, daß die Ausführung des höllischen Planes unterblieb.

Einen besonderen Eindruck hat hier die Haltung der reichsdeutschen Presse gemacht durch ihre warme Unterstützung Österreich-Ungarns und die einmütige Forderung von serbischerseits zu gewährenden Garantien gegen die Gefahren der großserbischen Agitation. Man scheint in dieser Hinsicht etwas ähnliches wie bei den österreichischen Revisionsbestrebungen des Bukarester Vertrages von Deutschland erwartet zu haben und sieht sich nun unangenehm enttäuscht.

Angesichts der allgemeinen Entrüstung, die sich in der Presse aller Kulturnationen kundgibt und insbesondere im Hinblick auf

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 24. Juli vorm.

die deutliche und ernste Sprache, welche die englische Presse neuerdings führt, wird Herr Paschitsch es auf keinen Konflikt mit der Nachbarmonarchie ankommen lassen und zu allen Versprechungen bereit sein. Seine Stellung ist allerdings wegen der bevorstehenden Wahlen und der im Lande entfesselten Agitation eine äußerst schwierige. Jedes Entgegenkommen gegenüber der Nachbarmonarchie wird ihm von der vereinigten Opposition als Schwäche ausgelegt. Dazu kommt, daß die in ihrem Größenwahn und Chauvinismus verblendeten Militärkreise ihn zu Schroffheiten nötigen, die seiner konzilianten Natur sonst ganz entgegengesetzt sind. Darauf möchte ich auch das dem Berichterstatter der »Leipziger Neuesten Nachrichten« gewährte Interview zurückführen, das nur aus innerpolitischen Motiven erklärlich ist. Es soll mittlerweile zwar dementiert worden sein, hat aber tatsächlich, wie ich aus sicherer Quelle weiß, stattgefunden.

Je länger Österreich-Ungarn zum Abschluß der Untersuchung über das Attentat in Sarajevo braucht, je länger es zögert, mit positiven Forderungen an Serbien heranzutreten, desto mehr werden sich die beiderseitigen Beziehungen durch die unermüdliche Preßhetze und die vor nichts zurückschreckende Wahlagitation im Innern des Landes vergiften und desto schwerer wird es Herrn Paschitsch werden, sich zu behaupten.

v. Griesinger

## Nr. 138

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler[1]

Geheim! Wien, den 22. Juli 1914[2]

Baron Macchio bittet mich, nachstehendes Ew. Exz. zu unterbreiten:

Nach den Haager Beschlüssen würde die Monarchie gehalten sein, evtl. an Serbien eine förmliche Kriegserklärung zu richten. Diese Kriegserklärung würde nach vollendeter Mobilmachung, unmittelbar vor dem Beginn der militärischen Operationen, zu erfolgen haben. Nachdem der k. u. k. Vertreter in Serbien Befehl erhalten hat, bei ungenügender Beantwortung der Note mit dem gesamten Personal sofort Belgrad zu verlassen, würde die Monarchie später, zur Zeit der Kriegserklärung, kein offizielles Organ haben, um diese in einwandfreier und sicherer Weise zur Kenntnis der serbischen Regierung zu bringen. Man müßte auch

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 24. Juli vorm.

damit rechnen, daß zu dieser Zeit die telegraphische Verbindung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien unterbrochen sein könnte; auch eine Beförderung durch die Post sei unsicher, und der richtige Empfang der Kriegserklärung könnte serbischerseits bestritten werden. Desgleichen würde sich die Übergabe der Kriegserklärung in Belgrad durch einen besonders zu entsendenden Beamten kaum ermöglichen lassen, da die Serben einen solchen kaum über die Grenze lassen würden und die Sendung eines »Parlamentärs« vor der eigentlichen Kriegserklärung völkerrechtlich nicht statthaft ist.

Die k. u. k. Regierung fragt deshalb bei Ew. Exz. an, ob die k. Regierung es eventuell übernehmen würde, die von Graf Berchtold unterfertigte Kriegserklärung von Berlin aus durch den deutschen Gesandten der serbischen Regierung zu übermitteln. Sollte die k. Regierung jedoch Bedenken tragen, diese Übermittelung zu übernehmen, so müßte irgendein anderer sicherer Weg ausfindig gemacht werden[3].

von Tschirschky

---

[3] Siehe Nr. 142.

Nr. 139

## Der Gesandte in Belgrad an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 30 Belgrad, den 24. Juli 1914[2]

Der österreichische Gesandte hat gestern abend 6 Uhr dem Finanzminister Patschu, der den auf Wahlreisen abwesenden Ministerpräsidenten Paschitsch vertritt, die Note wegen des Attentats in Sarajevo übergeben. Sie ist mit 48 Stunden befristet. Der Finanzminister nahm die Note, ohne sie zu lesen, entgegen und versprach, den Ministerrat heute zusammenzuberufen. Die heutige Morgenpresse bezeichnet die Note als sehr scharf und rät der Regierung zu ablehnender Haltung.

Griesinger

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Belgrad $12^{0}$ mittags, angekommen im Auswärtigen Amt $1^{35}$ nachm. Eingangsvermerk: 24. Juli nachm. Am 24. Juli von Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, unter Fortlassung der Worte »wegen .......... Sarajevo« und »Sie ist .......... befristet«; Telegramm aufgegeben in Berlin $7^{20}$ nachm., angekommen im Hoflager $10^{3}$ nachm. Entzifferung lag noch am gleichen Tage dem Kaiser vor.

Nr. 140

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London[1]

Telegramm 168 Berlin, den 24. Juli 1914[2] [3]

S. M. der Kaiser haben zu Ew. Durchl. Telegramm Nr. 145 zu
»Ich begegne hierbei der Erwartung .. ....... Frieden von Bukarest«[3]
zu bemerken geruht:
»Wie käme ich dazu! .......... Ehre zu machen«[4].

Zu meiner Meldung, Ew. Durchl. erhielten Instruktion, wir betrachteten Angelegenheit als interne Frage Österreich-Ungarns, auf die uns Einwirkung nicht zustünde, haben S. M. bemerkt: »richtig! .......... abgewiesen haben will«[5].

Ew. Durchl. werden in Ihren Unterredungen mit Sir E. Grey noch darauf hinweisen können, daß die dauernden Beunruhigungen, denen Österreich-Ungarn nun schon seit Jahren an seiner Ostgrenze ausgesetzt sei, schon wegen der ungeheuern damit verknüpften finanziellen Lasten einen Zustand schufen, den auf die Dauer von einem kleinen Staate wie Serbien zu ertragen niemand einer Großmacht zumuten könne. Diese Verhältnisse seien eine direkte Folge der Ermutigung, die Serbien stets bei Rußland, insbesondere bei dessen jüngst verstorbenem Vertreter, gefunden habe[6].

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Stumms Hand.

[2] 1[40] nachm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Siehe Nr. 118 und 121.

[4] Hier ist die Randbemerkung des Kaisers (Nr. 121) eingefügt; nur ist statt »geduckt« das Wort »gestraft« gewählt und statt »dem Kaiser« »dem Kaiser Franz Joseph« gesagt.

[5] Hier ist die Randbemerkung des Kaisers (Nr. 121), unter Fortlassung des Satzes »Serbien ist .......... gefaßt werden muß«, eingefügt.

[6] Siehe Nr. 163

Nr. 141

## Der Gesandte im kaiserlichen Gefolge an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 128 Balestrand (»Hohenzollern«), den 24. Juli 1914[2]

S. M. der Kaiser und König hält zwar die Ausführungen des Frhn. von Wangenheim theoretisch für richtig, ist aber der Ansicht, daß im gegenwärtigen Augenblick aus Opportunitätsgründen die Geneigtheit der Türkei zu Dreibundanschluß benutzt werden muß[3].

Wenn daher Stambul absolut Bündnis schließen wolle »unter Patronage des Dreibunds oder einer Macht desselben«, so solle es doch richtig versuchen, Rumänien und Bulgarien zusammenzukriegen und sich Österreich zur Verfügung stellen. In diesem Sinne soll Wangenheim in Konstantinopel einwirken[3].

W e d e l

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Balestrand (»Hohenzollern«) $11^{50}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $1^{58}$ nachm.; Eingangsvermerk: 24. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 117, 144 und 149, Anm. 2.

Nr. 142

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 134 Berlin, den 24. Juli 1914[2][3]

Es wäre uns erwünscht, wenn Kriegserklärung an Serbien auf direktem Wege und nicht durch unsere Gesandtschaft erfolgte. Unser Standpunkt muß sein, daß Auseinandersetzung mit Serbien interne österreichisch-ungarische Angelegenheit sei, in die uns ebensowenig wie anderen eine Einmischung zustände, daß wir deshalb daher für Lokalisierung des Konflikts eintreten. Erst wenn Rußland sich einmischen sollte, würden wir in Konflikt hineinbezogen. Kriegserklärung durch unsere Gesandtschaft würde aber in der Öffentlichkeit, namentlich bei dem mit diplomatischen Gebräuchen nicht vertrauten Publikum, Anschein erwecken, als hätten wir Österreich-Ungarn in den Krieg g e h e t z t[4].

J a g o w

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $2^{5}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt, auf der Botschaft in Wien $6^{15}$ nachm. angekommen.
[3] Siehe Nr. 138
[4] Siehe Nr. 206.

Nr. 143

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg[1]

Telegramm 120 Berlin, den 24. Juli 1914[2]

Auf Wunsch österreichisch-ungarischer Regierung[3] bitte ich, Graf Szápáry bei Auffindung von Mittelsleuten behufs finanzieller Einwirkung auf dortige Presse behilflich zu sein.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Stumms Hand.
[2] $3^{35}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 128.

Nr. 144

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel[1]

Telegramm 268 Berlin, den 24. Juli 1914[2]

Gesandter Graf Wedel telegraphiert, daß S. M. trotz bestehender Zweifel über die Bündnisfähigkeit der Türkei der Ansicht sei[3], daß im gegenwärtigen Augenblick aus Opportunitätsgründen die Geneigtheit der Türkei zum Dreibund-Anschluß benutzt werden könne.

Wenn daher Stambul absolut Bündnis schließen wolle »unter Patronage des Dreibunds oder einer Macht desselben«, so solle es doch richtig versuchen, Rumänien und Bulgarien zusammenzukriegen und sich Österreich zur Verfügung stellen.

In diesem Sinne sollten Ew. Exz. in Konstantinopel einwirken. Bemerke hierzu, daß es sich zunächst um Bündnis ad hoc handeln würde und wir natürlich, wie auch Ew. Exz. ausgeführt haben, jetzt weitgehende Verpflichtungen nicht übernehmen könnten.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $6^{40}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 117 und Nr 141.

Nr. 145

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Rom[1]

Telegramm 126 Berlin, den 24. Juli 1914[2] [3]

Anheimstelle, Marquis di San Giuliano zu sagen, daß auch wir über österreichische Note nicht näher informiert worden sind und dies auch nicht sein wollten, weil wir Angelegenheit als interne österreichisch-ungarische betrachten. Auch Italien hat seine Bundesgenossen bei Anfang des libyschen Krieges nicht informiert, sondern vor fait accompli gestellt.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von v. Jagows Hand.
[2] $6^{45}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 136.

Nr. 146

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 99 Wien, den 24. Juli 1914[2]

Dem König von Montenegro ist von hier aus gesagt worden, Österreichs Vorgehen gegen Serbien richte sich in keiner Weise gegen Montenegro. Man sei im Gegenteil davon durchdrungen, daß die politische Haltung Montenegros gegenüber der Monarchie nicht auf eine Reihe mit der Serbiens zu stellen sei. Montenegro habe zweifellos gleiches Interesse wie die Monarchie, daß den politischen Intrigen und Verschwörungen in Belgrad Einhalt getan werde, und man appelliere an seine, des Königs, oft bewährte Weisheit. Der König hat die hiesigen Eröffnungen sehr gut aufgenommen und Hoffnung ausgesprochen, es werde eine neue Ära guter Beziehungen mit der Monarchie anbrechen.

Man glaubt hier militärischerseits jedenfalls nicht mit Montenegro werden rechnen zu müssen.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Wien $5^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{30}$ nachm. Eingangsvermerk: 24. Juli nachm. Am 25. Juli von Jagow nach Vornahme kleiner stilistischer Änderungen telegraphisch dem Kaiser und dem Botschafter in Rom mitgeteilt, beide Telegramme am 25. Juli $11^{10}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt, Entzifferung des Hoflagers lag noch am 25. Juli abends dem Kaiser vor. Durch Erlaß vom 25. Juli wurde Tschirschkys Telegramm im vollen Wortlaut dem Gesandten in Cetinje mitgeteilt.

Nr. 147

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 365 Pera, den 24. Juli 1914[2] [3]

Bulgarische Regierung hat auf die türkische Anfrage geantwortet, daß im Falle eines österreichisch-serbischen Konflikts Bulgarien nicht eingreifen würde, ohne sich vorher mit der Türkei verständigt zu haben.

Wangenheim

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Pera $2^{25}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{40}$ nachm. Eingangsvermerk: 24. Juli nachm. Am 25. Juli von Jagow telegraphisch, nach Vornahme kleiner stilistischer Änderungen, dem Kaiser mitgeteilt, Telegramm aufgegeben in Berlin $12^{48}$ nachm., angekommen im Hoflager $10^{20}$ nachm., Entzifferung des Hoflagers lag noch am gleichen Tage dem Kaiser vor. Wangenheims Telegramm am 25. Juli telegraphisch auch den Vertretungen in Wien und Sofia mitgeteilt, $4^{0}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Siehe Nr. 102.

Nr. 148

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 148 Petersburg, den 24. Juli 1914[2]

Graf Szápáry hat heute bei Mitteilung der gestern in Belgrad übergebenen österreichischen Note Herrn Sasonow *verhältnismäßig ruhig* gefunden. Minister hat zunächst offenbar vermeiden wollen, russische Regierung nach irgendeiner Richtung festzulegen. Herr Sasonow hat hauptsächlich auf Eindruck hingewiesen, den Note nicht nur hier, sondern auch Paris, London sowie sonst in Europa machen werde.

*Maske!*

Bei Besprechung einzelner Punkte der Note hat Minister Serbiens Standpunkt verteidigt und u. a.

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Petersburg $6^{10}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $8^{10}$ nachm. Eingangsvermerk: 24. Juli vorm. (so irrig statt »nachm.«). Von Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, unter Fortlassung des Satzes »Der Hinweis..........nichts zu tun«; Jagows Telegramm, datiert vom 24. Juli, in Berlin aufgegeben 25. Juli $12^{42}$ vorm., angekommen im Hoflager 25. Juli $9^{50}$ vorm. Entzifferung des Hoflagers am 27. Juli in Berlin eingetroffen. Pourtalès' Telegramm von Jagow telegraphisch auch dem Botschafter in London mitgeteilt, unter Fortlassung des letzten Absatzes »Nach Besuch..........rufen lassen«; Jagows Telegramm, datiert vom 24. Juli, gleichzeitig mit dem an den Kaiser, 24. Juli $11^{30}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

*wenn Rußland es nicht will! Sonst wohl lieber als einen Krieg!*

geäußert, die Forderung *einer Auflösung der Narodna Odbrana werde Serbien unter keinen Umständen annehmen.* Der Hinweis des Botschafters auf die gemeinsamen monarchischen Interessen der konservativen Mächte sowie der Appell an das monarchische Gefühl des Ministers fanden bei Herrn Sasonow keinen Widerhall. Das monarchische Prinzip, erwiderte der Minister, habe mit der vorliegenden Frage durchaus nichts zu tun.

Nach Besuch österreichisch-ungarischen Botschafters versammelte sich Ministerrat. Herr Sasonow hat mir daher sagen lassen, daß er mich nach demselben werde sehen können. Da Ministerrat jetzt, 5 Uhr nachmittags, noch tagt, erscheint es fraglich, ob mich Herr Sasonow noch heute wird rufen lassen.

*hoffentlich wird Pourtal[ès] klar, ernst und ganz fest sprechen*[3].

Pourtalès

[3] Diese Randbemerkung des Kaisers wurde bereits am 25. Juli telegraphisch von Wedel dem Auswärtigen Amt mitgeteilt; Telegramm Wedels aufgegeben in Balestrand (»Hohenzollern«) 12[15] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 3[50] nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.

Nr. 149

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 364 Therapia, den 23. Juli 1914[2] [3]

Markgraf Pallavicini war von seiner Regierung beauftragt worden, den Großwesir vor dem Abschluß

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Therapia 28. Juli 5[30] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 8[20] nachm.; Eingangsvermerk: 24. Juli vorm. Am 24. Juli von Jagow nach Vornahme kleiner stilistischer Änderungen und unter Fortlassung der Sätze »Markgraf Pallavicini war .......... schiefe Lage bringen« und »Großwesir bemerkte .......... verlange« telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, aufgegeben in Berlin 2[52] nachm., angekommen im Hoflager 7[0] nachm., Entzifferung des Hoflagers mit den Randbemerkungen des Kaisers vom 24. Juli traf am 27. Juli in Berlin ein. Noch am 24. Juli aber telegraphierte Wedel dem Auswärtigen Amt die oben am Rand wiedergegebenen Verfügungen des Kaisers »Eine Ablehnung oder Brusquirung .......... Umständen abweisen«, Telegramm aufgegeben in Balestrand (»Hohenzollern«) am 24. Juli 9[35] nachm, angekommen im Auswärtigen Amt 11[45] nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli vorm. Am 25. Juli teilte daraufhin Jagow dem Botschafter in Konstantinopel telegraphisch, unter Fortlassung der Worte »unbedingt klar« und »gar«, die Randverfügungen des Kaisers mit, Telegramm 1[0] nachm. zum Haupttelegraphenamt. Die vom Kaiser durch Randverfügung angeordnete Mitteilung von Wangenheims Telegramm an die Vertretungen in Wien, Sofia und Athen ist unterblieben.

[3] Siehe Nr. 117, 141 und 144.

eines Bündnisses mit Griechenland zu warnen. Ein solches Bündnis werde die Türkei mit Rücksicht auf die bevorstehende Änderung des Verhältnisses Österreichs zu Bulgarien in eine schiefe Lage bringen. Der Großwesir erklärte meinem österreichischen Kollegen aufs Bestimmteste, daß er mit Herrn Veniselos kein Bündnis verabreden werde, und daß Österreich im Kriegsfalle mit derselben Sicherheit auf die *Türkei wie auf Bulgarien rechnen könne.* Auch Rumänien werde sich nach der *ersten energischen Handlung wieder dem Dreibund* zuwenden. Schließlich wiederholte Großwesir dem mir gestern von Enver Pascha geäußerten Wunsch, es möge der Türkei der förmliche Eintritt in den Dreibund ermöglicht werden. Markgraf Pallavicini, der inzwischen die Frage mit mir besprochen hatte, entgegnete, daß ein Bündnis mit der Türkei *dem Dreibund* vorläufig noch *zu große Lasten auferlege.* Der Dreibund könne die Türkei nicht gegen jedermaun verteidigen. Großwesir bemerkte hierzu, daß Türkei von dem Dreibund ausschließlich Schutz gegen Rußland, nicht aber gegen Frankreich und England verlange.

[Randbemerkungen: *nous verrons hoffentlich* — *Quatsch* — *er soll sie doch erst mal angliedern, das andere findet sich!*]

Wangenheim

*Sie bietet sich ja direkt an!!! Eine Ablehnung oder Brusquirung wäre gleichbedeutend mit Übergang derselben zu Russo-Gallien, und unser Einfluß ist ein für allemal dahin!*
*Wangenheim soll den Türken sich in Bezug auf Anschluß an 3 Bund unbedingt klar entgegenkommend äußern und ihre Wünsche entgegennehmen und melden!*
*Wir dürfen sie unter gar keinen Umständen abweisen.* W.

Nr. 150

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 136 Berlin, den 24. Juli 1914[2]

Italienischer Botschafter mitteilt mir soeben Standpunkt seiner Regierung: Italien will, unter Vorbehalt für Wahrung seiner Aktions-

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $9^{15}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt gegeben, angekommen auf der Botschaft in Wien am 25. Juli $4^{3}$ vorm.

freiheit und seiner Interessen auf Grund des Artikels VII des Dreibundvertrages, eine möglichst wohlwollende und freundschaftliche Haltung für Österreich einnehmen und ihm keine Schwierigkeiten bereiten. Italien will übereinstimmende Politik in allen Balkanfragen mit seinen Alliierten machen, dies wäre ihm aber nur möglich, wenn es über Interpretation des Artikels VII Gewißheit erhielte. Sonst müßte italienische Politik auf Verhinderung einer territorialen Vergrößerung Österreich-Ungarns gerichtet sein.

Herr Bollati sagt mir, daß österreichischer Botschafter in Rom mitgeteilt habe, Österreich Ungarn erstrebe keine territoriale Vergrößerung, könne sich aber diesetwegen nicht binden.

Nur zu Ew. Exz. persönlicher Information: Streng vertraulich sagt mir Herr Bollati, daß Italien für den Fall österreichischer Gebietserweiterung als Kompensation Trento fordern würde, und wenn Österreich einen Teil Albaniens nähme, Valona. Letzteres wünsche Italien nicht.

Artikel VII spricht von Régions des Balkans; österreichische Interpretation, daß nur türkisches Gebiet in Frage komme, erscheint uns daher nicht zutreffend. Außerdem erscheinen mir theoretische Streitigkeiten über Vertragsauslegung jetzt deplaciert. Politisch zweckmäßige Entschlüsse sind angezeigt. Bitte Ew. Exz., sich in diesem Sinne auszusprechen.

Jagow

Nr. 151

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 100 — Wien, den 24. Juli 1914[2]

Graf Berchtold fährt morgen Mittag nach Ischl, um bei Sr. M. anwesend zu sein bei Eintreffen serbischer Antwort.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien $7^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{20}$ nachm. Eingangsvermerk: 24 Juli vorm. (so irrig statt »nachm.«). Am 24. Juli von Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, $11^{*}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt, angekommen im Hoflager 25. Juli $8^{15}$ vorm.

Nr. 152

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 150 London, den 24. Juli 1914[2]

Graf Benckendorff suchte mich auf und sagte mir streng vertraulich, er halte es für kaum möglich, der serbischen Regierung, falls sie nicht zu einem Vasallen Österreichs herabsinken solle, die Annahme derartiger Bedingungen zu raten. Er glaube nicht, daß Rußland hierzu in der Lage sei. Es hieße doch so viel, wie die Serben bedingungslos in die Hände Österreichs ausliefern. Das würde die öffentliche Meinung in Rußland nicht vertragen. Eine solche Note schreibe doch nur eine Regierung, die den Krieg wolle; das sei nicht der Ton des Friedens. Sir E. Grey hat bisher nicht mit ihm gesprochen.

Lichnowsky

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in London 24. Juli $6^{16}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{20}$ nachm.; Eingangsvermerk: 25. Juli vorm.

Nr. 153

## Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, London und Petersburg[1]

Telegramm 162, 169, 122 Berlin, den 24. Juli 1914[2]

In hiesigen diplomatischen Kreisen ist Ansicht verbreitet, daß wir Österreich-Ungarn zu scharfer Note an Serbien veranlaßt und uns an deren Abfassung beteiligt haben. Gerücht scheint von Cambon auszugehen. Bitte ihm nötigenfalls dort entgegenzutreten. Wir haben keinerlei Einfluß auf Inhalt der Note geübt und ebensowenig wie andere Mächte Gelegenheit gehabt, dazu vor Publikation in irgendeiner Weise Stellung zu nehmen. Daß wir, nachdem sich Österreich-Ungarn aus eigener Initiative zu scharfer Sprache entschlossen hat, jetzt nicht Wien zum Zurückweichen raten können, ist selbstverständlich. Österreich-Ungarns Prestige nach Innen und Außen wäre im Falle des Zurückweichens endgültig erledigt[3].

Zimmermann

[1] Nach dem Konzept von Zimmermanns Hand.
[2] Telegramm $9^{45}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 163, 166, 180.

Nr. 154

## Der Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 210 Paris, den 24. Juli 1914[2]

Der den Ministerpräsidenten vertretende Justizminister, bei dem ich mich im Sinne Erlasses 918[3] aussprach, war sichtlich erleichtert von unserer Auffassung, daß österreichisch-serbischer Konflikt lediglich zwischen den beiden Beteiligten zum Austrag zu bringen. Französische Regierung teile aufrichtig Wunsch, daß Konflikt lokalisiert bleibe, und werde sich in diesem Sinne im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens bemühen. Sie verhehle sich dabei freilich nicht, daß es einer Macht wie Rußland, die mit panslawistischer Strömung zu rechnen habe, nicht leicht fallen könnte, sich vollständig zu desinteressieren, namentlich dann, wenn Österreich-Ungarn auf sofortiger Erfüllung aller Forderungen bestehen sollte, auch solchen, welche mit serbischer Souveränität schwer vereinbar oder materiell nicht sogleich ausführbar. Französische Regierung finde es selbstverständlich, daß Serbien in überzeugender Weise Genugtuung geben und Bestrafung von Verbrechern und Verhinderung von Verschwörungen gegen Österreich-Ungarn zusichern müsse. Man habe hier auch den Serben geraten, so weit wie irgend möglich nachzugeben. Man sei hier aber auch der Ansicht, daß Öster-

*Quatsch*

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Paris 24. Juli 8⁵ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 10³⁶ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli vorm. Am 25. Juli von Jagow, mit Auslassung des Satzes »bei dem .......... aussprach«, telegraphisch dem Kaiser sowie den Botschaftern in St. Petersburg, London, Rom und Wien mitgeteilt, Telegramme 11⁴⁵ vorm. zum Haupttelegraphenamt; auf Botschaft in Wien angekommen 6⁰ nachm. Telegramm an den Kaiser traf am 25. Juli 11⁴⁵ nachm. im Hoflager ein; Entzifferung vom Kaiser am 26. Juli zurückgegeben, am 27. Juli in Berlin angekommen.

[3] Siehe Nr. 100.

reich-Ungarn gut tue, falls etwa Serbien nicht alle Forderungen sofort erfülle, sondern über einzelne *Punkte zu diskutieren* wünsche, diese Wünsche nicht ohne weiteres abzuweisen, vorausgesetzt, daß im ganzen der gute Wille Serbiens nicht *zweifelhaft.*

*Ultimata erfüllt man oder nicht! aber man diskutiert nicht mehr! Daher der Name!*

*das ist er!*[4]

Schoen

*Verklausuliertes Blech!*

[4] Dies steht auf der linken Seite.

## Nr. 155

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 101 — Wien, den 24. Juli 1914[2]

*gänzlich überflüssig! wird Eindruck der Schwäche erwecken und Eindruck der Entschuldigung hervorrufen, was Rußland gegenüber unbedingt falsch ist, und vermieden werden muß. Österreich hat seine guten Gründe, hat darauf hin den Schritt gethan, nun kann er nicht hinterher quasi zur Diskussion gestellt werden!*

Um Rußland gegenüber seine *guten Dispositionen zu dokumentieren,* hat Graf Berchtold heute vormittag den russischen Geschäftsträger zu sich gebeten, um ihm eingehend den Standpunkt Österreich-Ungarns Serbien gegenüber auseinanderzusetzen. Nach Rekapitulierung der historischen Entwicklung der letzten Jahre habe er betont, daß es der Monarchie fern liege, erobernd Serbien gegenüber aufzutreten. Österreich werde keinerlei serbisches *Territorium beanspruchen.* In gleicher Weise sei in der an Serbien gerichteten Note sorgsam jede Demütigung Serbiens vermieden worden. Österreich halte strikt daran fest, daß der Schritt lediglich eine defensive Maßregel gegenüber den serbischen Wühlereien zum Ziel habe, müsse aber notgedrungen Garantien für ein weiteres freundschaftliches Ver-

*Esel! Den Sandschak muß es wiedernehmen, sonst kommen die Serben an die Adria.*

[1] Nach der Entzifferung. — Siehe auch deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 27 Nr. 3.

[2] Aufgegeben in Wien 24. Juli $8^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $11^{23}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli vorm. Am 25. Juli von Jagow, nach Vornahme kleiner Änderungen, unter Fortlassung des Satzes »Ich habe Vorstehendes.......... Wirkung versprach«, telegraphisch dem Kaiser sowie den Botschaftern in Rom, Petersburg, London und Paris mitgeteilt. Telegramm an den Kaiser $12^{45}$ nachm., die übrigen Telegramme $11^{55}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt. Telegramm an den Kaiser 26. Juli $12^{40}$ nachm. im Hoflager angekommen, Entzifferung am 26. Juli vom Kaiser zurückgegeben, am 27. in Berlin eingetroffen.

*die kommt ganz von selbst und muß kommen [.] Österreich muß auf dem Balkan präponderant werden den Anderen kleineren gegenüber auf Kosten Rußlands; sonst giebts keine Ruhe.*

halten Serbiens der Monarchie gegenüber verlangen. Es liege ihm weiter fern, eine Verschiebung der bestehenden Machtverhältnisse am Balkan und in Europa herbeiführen zu wollen. Im Gegenteil betrachte er den unangetasteten Bestand Rußlands[3] als notwendigen Faktor der europäischen Politik. Es[4] sollte glauben, daß es im allgemeinen europäischen Interesse liege, den, die Ruhe Europas fortgesetzt störenden, serbischen Wühlereien Einhalt zu tun, und besonders die europäischen monarchistisch[5] regierten Staaten sollten sich in der Zurückweisung der serbischen, mit Revolver und Bomben geführten Politik solidarisch zusammenfinden.

Fürst Kudaschew, der noch keinerlei Weisung aus Petersburg erhalten hatte, hat die Ausführungen des Ministers ad referendum genommen mit der Zusage, sie sofort Sasonow zu unterbreiten.

Ich habe Vorstehendes dem Herzog von Avarna mitgeteilt, der diesen Schritt des Grafen Berchtold Rußland gegenüber ausgezeichnet fand und sich davon bei Marquis di San Giuliano eine besonders gute Wirkung versprach.

Tschirschky

*schwächlich!*

[3] Zu »Rußlands« die Randbemerkung Jagows: »muß das Rußland heißen? Wenn ja, ist das Wort besser auszulassen«. Nachprüfung ergab die Richtigkeit der Entzifferung »Rußland«, Wort wurde daher bei der Weitergabe des Telegramms ausgelassen. Auch im eigenhändigen Konzept Tschirschkys in den Akten der Botschaft in Wien steht »Rußlands«.

[4] Nach den Akten der Botschaft in Wien ist »Er« zu lesen.

[5] Nach den Akten der Botschaft in Wien: »monarchisch«.

Nr. 156

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 20 Fiuggi, den 24. Juli 1914[2]

In mehrstündiger ziemlich erregter Konferenz mit Ministerpräsidentem Salandra und Marquis di San Giuliano führte letzterer

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Fiuggi 24. Juli 8[10] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 25. Juli 12[10] vorm. Eingangsvermerk: 25. Juli vorm. Flotows Telegramm am 25. Juli von Jagow, nach Vornahme kleiner Änderungen und unter Fortlassung der Sätze »Botschaftsrat .......... nicht sehen kann« telegraphisch dem Botschafter in Wien mitgeteilt, 11[5] vorm. zum Haupttelegraphenamt. Betr. Mitteilung des Flotowschen Telegramms an den Kaiser siehe Nr. 1 .

aus, daß der Geist des Dreibundvertrags bei einem so folgenreichen aggressiven Schritt Österreichs verlangt hätte, sich vorher mit den Bundesgenossen ins Einvernehmen zu setzen. Da dies bei Italien nicht geschehen sei, so könne sich Italien bei weiteren Folgen aus diesem Schritt nicht für engagiert halten.

Außerdem verlange Artikel 7 des Dreibundvertrags (den ich hier nicht habe), daß bei Veränderungen auf dem Balkan die Kontrahenten sich vorher verständigten und daß, wenn einer der Kontrahenten territoriale Veränderung herbeiführe, der andere entschädigt würde.

Auf meine Bemerkung[3] .......... Lebensinteressen Österreichs vorliegen. Meine Aufgabe ist dadurch sehr erschwert, daß österreichischer Botschafter krank im Bett. Botschaftsrat unfähig.

Marquis di San Giuliano verläßt voraussichtlich 27. nachmittags Fiuggi. Erbitte etwaige Mitteilung für ihn für 27. früh, da ich ihn dann für 2 bis 3 Tage vielleicht nicht sehen kann.

Flotow

---

[3] Hier folgte der im Telegramm Jagows an den Kaiser (Nr. 168) wiedergegebene Abschnitt »Auf meine Bemerkung .......... Lebensinteressen Österreichs vorliegen«.

## Nr. 157

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 151 London, den 24. Juli 1914[2]

Sir E. Grey ließ mich soeben zu sich bitten. Der Minister war sichtlich stark unter Eindruck der österreichischen Note, die seiner Ansicht nach alles

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in London 24. Juli $9^{12}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 25. Juli $1^{16}$ vorm., Eingangsvermerk: 25. Juli vorm. Am 25. Juli von Jagow nach Vornahme kleiner Änderungen und unter Fortlassung der Sätze »wie Ew. Exz.......... betonen« und »Auch will man.......... der Angriffe«, telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, zum Haupttelegraphenamt 25. Juli $2^{0}$ nachm., angekommen im Hoflager 26. Juli $3^{45}$ nachm. Entzifferung des Hoflagers am 26. Juli vom Kaiser zurückgegeben, war am 27. Juli im Auswärtigen Amt. Desgleichen am 25. Juli von Jagow unter Fortlassung der Sätze »wie Ew. Exz.......... betonen« und »Von anderer Seite.......... der Angriffe« telegraphisch den Botschaftern in Rom, St. Petersburg und Paris mitgeteilt, Telegramme $4^{0}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt. Über gleichzeitige Mitteilung an den Botschafter in Wien siehe Nr. 171.

überträfe, was er bisher in dieser Art jemals[3] gesehen habe. Er sagte, er habe bisher keine Nachricht aus Petersburg und wisse daher nicht, wie man dort die Sache auffasse. Er bezweifelt aber sehr, daß es der russischen Regierung möglich sein werde, der serbischen [Regierung][4] die bedingungslose Annahme der österreichischen Forderungen anzuempfehlen. Ein Staat, der so etwas annehme, höre doch eigentlich auf, als selbständiger Staat zu zählen. Es sei für ihn, Sir E. Grey, auch schwer, in diesem Augenblick in Petersburg irgendwelche Ratschläge zu geben. Er könne nur *hoffen*, daß dort eine *milde*[5] und ruhige Auffassung der Lage Platz greife. Solange es sich um einen, wie Ew. Exz in dem von mir Sir E. Grey gegenüber verwerteten Erlaß 1055[6] betonen, lokalisierten Streit zwischen Österreich [und][7] Serbien handele, ginge ihn, Sir E. Grey, die Sache nichts an, anders würde die Frage aber, wenn die öffentliche Meinung in Rußland die Regierung zwinge, gegen Österreich vorzugehen.

*das wäre sehr erwünscht. Es ist kein Staat im Europ. Sinne, sondern eine Räuberbande!*

*richtig*

Auf meine Bemerkung, daß man die Balkanvölker nicht mit demselben Maßstabe messen dürfe wie europäische *Kulturvölker*, und daß man daher ihnen gegenüber, das habe schon die barbarische Art ihrer Kriegführung gezeigt, eine andere Sprache führen müsse, wie etwa gegen Briten und Deutsche, entgegnete der Minister, daß, wenn auch er diese Auffassung vielleicht teilen [könne,][8] er doch nicht glaube, daß sie in Rußland geteilt werde. Die Gefahr eines europäischen Krieges sei, falls Österreich *serbischen Boden betrete*, in nächste Nähe gerückt. Die Folgen eines solchen Kriegs *zu vier*, er betonte ausdrücklich die *Zahl vier*, und meinte damit Rußland, Österreich-Ungarn, Deutschland und Frankreich, seien vollkommen[9] unabsehbar. Wie auch immer die Sache verlaufe, eines sei sicher, daß nämlich eine gänzliche Erschöpfung und Verarmung Platz greife, Industrie und Handel ver-

*richtig*
*sind eben keine!*
*richtig*
*dann sind die Russen eben auch nicht besser*
*das wird sicher kommen*
*er vergißt Italien*

---

[3] »jemals« von Jagow im Telegramm an den Kaiser fortgelassen.
[4] Zifferngruppe fehlt, von Jagow sinngemäß ergänzt.
[5] Am Rand Ausrufungszeichen des Kaisers.
[6] Siehe Nr. 100.
[7] Zifferngruppe fehlt, von Jagow sinngemäß ergänzt.
[8] Zifferngruppe verstümmelt, von Jagow sinngemäß ergänzt.
[9] »vollkommen« von Jagow im Telegramm an den Kaiser fortgelassen.

nichtet und die Kapitalkraft zerstört würde. Revolutionäre Bewegungen wie im Jahre 1848 infolge der darniederliegenden Erwerbstätigkeit würden die Folge sein[10]. Was Sir E. Grey am meisten beklagt, neben dem Ton der Note, ist die kurze Befristung, die den Krieg beinahe unvermeidlich mache. Er sagte mir, er würde bereit sein, mit uns zusammen[11] im Sinne einer Fristverlängerung in Wien vorstellig zu werden, da sich dann *vielleicht ein Ausweg*[12] finden lasse. Er bat mich, diesen Vorschlag Ew. Exz. zu übermitteln. Ferner regte er an, daß für den Fall einer gefährlichen Spannung zwischen Rußland und Österreich, die vier nicht unmittelbar beteiligten Staaten England, Deutschland, Frankreich und Italien zwischen Rußland und Österreich-Ungarn die Vermittlung übernehmen sollen. Auch diesen Vorschlag bat er mich, Ew. Exz. zu unterbreiten.

*nutzlos*

*ist überflüssig! Da Österreich Rußland schon orientiert hat, und Grey ja nichts anderes vorschlagen kann. Ich tue nicht mit, nur wenn Österreich mich ausdrücklich darum bittet, was nicht wahrscheinlich*[13]. *In Ehren- und vitalen Fragen konsultiert man Andere nicht.*

Der Minister ist sichtlich bestrebt, alles zu tun um einer europäischen Verwicklung vorzubeugen, und konnte sein lebhaftes Bedauern über den herausfordernden Ton der österreichischen Note und die kurze Befristung nicht verhehlen.

Von anderer Seite wird mir im Foreign Office gesagt; daß man Grund zur Annahme habe, daß Österreich die Widerstandskraft Serbiens sehr unterschätze. Es werde auf jeden Fall ein langwieriger, erbitterter Kampf werden, der Österreich ungemein schwächen und an dem es *sich verbluten* werde. Auch will man wissen, daß die Haltung Rumäniens mehr als ungewiß sei, und daß man in Bukarest erklärt hätte, man würde gegen jeden sein, der angriffe.

*Unsinn*

*er kann England Persien bringen*

Lichnowsky

---

[10] Am Rand Ausrufungszeichen des Kaisers.

[11] Die Worte »mit uns zusammen« von Jagow im Telegramm an den Kaiser fortgelassen.

[12] Am Rand Fragezeichen und 2 Ausrufungszeichen des Kaisers.

[13] Der Satz: »Ich tue nicht mit..........wahrscheinlich« wurde bereits am 26. Juli von G. Wedel durch Funkspruch über Norddeich dem Auswärtigen Amt mitgeteilt; Telegramm abgelassen von Bord der »Hohenzollern« 26 Juli 11[12] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 27. Juli 12[7] vorm.; Eingangsvermerk des Amts: 27. Juli vorm.

Nr. 158

## Der Gesandte in Belgrad an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 32 Belgrad, den 24. Juli 1914[2]

Italienischer Geschäftsträger hat soeben vertraulich erzählt, der Kronprinz habe in größerer[3] Aufregung seine Vermittlung in Anspruch genommen für ein Telegramm an die Königin von Italien, worin Höchstdieselbe um Hilfe für die Dynastie gebeten wird.

Die Militärs fordern kategorisch die Ablehnung der Note und Krieg.

Die Mobilisierung ist bereits in vollem Gange.

Griesinger

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Belgrad 24. Juli $11^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 25. Juli $1^{47}$ vorm.; Eingangsvermerk: 25. Juli vorm. Am 25. Juli von Jagow telegraphisch dem Kaiser mit Telegramm 127 mitgeteilt, aufgegeben in Berlin $11^{44}$ vorm., angekommen im Hoflager $3^{45}$ nachm.; Entzifferung lag noch am gleichen Tage dem Kaiser vor. Am 25. Juli desgleichen telegraphisch den Botschaftern in Wien und Rom mitgeteilt, Telegramme $1^{30}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt; auf der Botschaft in Wien angekommen $9^{15}$ nachm. Von den beiden letzten Abschnitten »Die Militärs .......... vollem Gange« am 25. Juli auch dem Generalstab Kenntnis gegeben; Mitteilung $8^{30}$ nachm. durch Boten abgesandt.

[3] So in der Entzifferung.

Nr. 159

## Der Gesandte in Belgrad an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 31 Belgrad, den 24. Juli 1914[2]

Der energische Ton und die präzisen Forderungen der österreichischen Note sind der serbischen

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Belgrad 24. Juli $9^{45}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 25. Juli $2^{33}$ vorm. Eingangsvermerk: 25. Juli vorm. Am 25. Juli von v. Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, aufgegeben in Berlin $11^{44}$ vorm., angekommen im Hoflager $2^{10}$ nachm. Entzifferung des Hoflagers, vom Kaiser am 25. Juli zurückgegeben, war am 27. Juli in Berlin. Desgleichen dem Botschafter in Wien mitgeteilt, Telegramm $1^{10}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt, angekommen $7^{15}$ abds.

*bravo! man hatte es den Wienern nicht mehr zugetraut!*
*es scheint S. M. haben sich gedrückt!*
*Die stolzen Slaven!*

*Regierung vollständig unerwartet gekommen.* Seit heute früh tagt der Ministerrat unter dem Vorsitz des *Kronprinz-Regenten,* kann *aber zu keinem Entschluß kommen.* Es wird als unmöglich bezeichnet, innerhalb 48 Stunden die gestellten Bedingungen zu erfüllen, insbesondere die Punkte 2, 4, 5, 6 Absatz 2, in denen eine direkte Einmischung in die Souveränität Serbiens erblickt wird. Im Falle des Erlasses des Tagesbefehls wird eine *militärische Erhebung befürchtet.*

Wie ich höre, wird die Verlegung der Regierung nach Nisch erwogen.

Griesinger

*Wie hohl zeigt sich der ganze sog. Serbische Großstaat, so ist es mit allen Slavischen Staaten beschaffen! Nur feste auf die Füße des Gesindels getreten!*

Nr. 160

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 149 St. Petersburg, den 25. Juli 1914[2]

Hatte eben lange Unterredung mit Sasonow, in der ich Inhalt Erlasses 592[3] eingehend verwertet. Minister, der *sehr erregt war* und sich

*gut*

[1] Nach der Entzifferung. Siehe auch deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 27, Nr. 4.

[2] Aufgegeben in Petersburg 1⁸ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $3^{45}$ vorm. Eingangsvermerk: 25. Juli vorm. Am 25. Juli von Jagow nach Vornahme kleiner stilistischer Änderungen und unter Fortlassung der Worte »in der ich Inhalt .......... verwertet. Minister« und »aber unter Vermeidung .......... scheinen könnte« telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, zum Haupttelegraphenamt 25. Juli $1^{15}$ nachm., im Hoflager angekommen 26. Juli $5^{30}$ nachm. Entzifferung des Hoflagers, vom Kaiser am 26. Juli zurückgegeben, war am 27. Juli in Berlin. Pourtales' Bericht am 25. Juli desgleichen von Jagow, nach Vornahme stilistischer Änderungen und unter Fortlassung der Worte »in der ich Inhalt .......... verwertet. Minister«, »und auf welche .......... anspielt«, »falls die behaupteten .......... erwiesen seien« und »aber unter Vermeidung .......... scheinen könnte« den Botschaftern in Wien, Rom, Paris und London mitgeteilt, Telegramme $2^{0}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt; auf der Botschaft in Wien $8^{15}$ nachm. eingetroffen.

[3] Siehe Nr. 100.

in maßlosen Anklagen gegen Österreich-Ungarn ergeht, erklärte auf das bestimmteste, Rußland könne unmöglich zulassen, daß österreichisch-serbische Differenz zwischen beiden Beteiligten allein ausgetragen werde. Die Verpflichtungen, die Serbien nach der bosnischen Krisis übernommen habe und auf welche österreichische Note anspielt, seien Europa gegenüber übernommen worden, folglich sei die Angelegenheit eine europäische, und es sei an *Europa, zu untersuchen*[4], ob Serbien diesen Verpflichtungen nachgekommen sei. Er beantragt daher, daß das Dossier über die Untersuchung den Kabinetten der sechs Mächte vorgelegt werde[5]. Österreich könne nicht in eigener Sache Richter und Ankläger sein. Sasonow erklärte, die von Österreich-Ungarn in der Note behaupteten Tatsachen könne er in keiner Weise als bewiesen ansehen, die enquête flößt ihm vielmehr das größste [Mißtrauen][6] ein. Er fuhr fort, in der rein rechtlichen Frage könne Serbien, falls die behaupteten Tatsachen erwiesen seien, Österreich Satisfaktion geben, in den Forderungen politischer Art dagegen nicht. Ich weise darauf hin, daß es unmöglich sei, die rechtliche von der politischen Seite des Falles zu trennen, da das Attentat mit der großserbischen Propaganda unzertrennlich verbunden sei.

*Blech!*

*Das ist Ansichtssache!*

*nicht zu trennen*

*richtig*

*panslavistischen*

Ich versprach, seine Auffassung meiner Regierung zu übermitteln, glaubte aber nicht, daß wir unserem Verbündeten zumuten würden, das Resultat der von ihm geführten Untersuchung *noch einem europäischen Areopag vorzulegen.* Österreich werde sich gegen diese Zumutung ebenso wehren, wie jede Großmacht es ablehnen müsse, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, wo ihre vitalen Interessen in Frage ständen.

*ganz bestimmt nicht!*

*bravo!*

*gut gesagt*

Mein Hinweis auf das monarchische Prinzip machte auf den Minister wenig Eindruck. Rußland *wisse,* was es dem *monarchischen Prinzip schuldet,* um das es sich hier eben gar nicht handle. Ich habe Sasonow sehr ernst, aber unter Vermeidung alles, was als Drohung scheinen könnte, gebeten, sich von seinem Haß gegen Österreich nicht hinreißen zu

*Seit seiner Verbrüderung mit der französ. Sozialrepublik nicht mehr!*

---

[4] Jagow stilisiert im Telegramm an den Kaiser: »und Europa habe zu untersuchen«; Kaiser unterstreicht die vier letzten Worte.

[5] Am Rand Rufzeichen des Kaisers.

[6] Ziffergruppe fehlt, Wort von Jagow ergänzt.

| | |
|---|---|
| *Fürstenmord* | lassen und »*keine schlechte Sache zu verteidigen*«. Rußland könne sich unmöglich zum Anwalt *von* |
| *sehr gut* | *Königsmördern* machen. |
| | Im Laufe des Gesprächs rief Sasonow aus: »Wenn Österreich-Ungarn Serbien verschlingt, werden |
| *na denn zu!* | wir mit ihm den Krieg führen«; hieraus läßt sich vielleicht schließen, daß Rußland erst in dem Fall zu den Waffen greifen würde, daß Österreich auf |
| *das will es ja scheints nicht richtig* | Kosten Serbiens territoriale Erwerbungen machen wollte. Auch der Wunsch einer Europäisierung der Frage scheint darauf hinzuweisen, daß ein sofortiges Einschreiten von Rußland nicht zu erwarten ist. |

Pourtalès

Nr. 161

## Der Botschafter in London an den Staatssekretär des Auswärtigen (Privatbrief)[1]

London, den 23. Juli 1914[2]

Lieber Jagow!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 18., der mich aber leider nicht ganz hat überzeugen können[3].

Allerdings haben wir ein Bündnis mit Österreich, und ich möchte gleich wiederholen, daß ich dasselbe für nützlich und sogar für notwendig halte, wenn es auch vielleicht den Voraussetzungen nicht mehr vollständig entspricht, unter denen Bismarck es abgeschlossen hat. B. stand unter dem Eindruck der Gefahr eines Revanchekrieges mit russischer Hilfe. Diese Gefahr besteht aus bekannten Gründen heute für uns nicht mehr in demselben Maße wie damals. Rußlands Interessengebiet hat sich nach Osten verschoben, wo immer neue Gebiete der russischen Machtentfaltung erschlossen werden und immer wieder Fragen auftauchen, die die russische Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Ich glaube nicht an den russischen Krieg, und zwar schon deshalb nicht, weil es doch ganz klar ist, daß Frankreich nur so lange der Vasall Rußlands bleiben wird und auch England nur so lange anderthalb Augen über das russische Vordringen in Asien schließen wird, als wir die Aufmerksamkeit beider in erster Linie in Anspruch nehmen. Welches Interesse hätte denn Rußland, um den Krieg zu machen? — Solange ich mich entsinnen kann, d. h. solange ich mit der Diplo-

[1] Nach dem bei den Akten befindlichen Konzept. Niederschrift nach dem Diktat des Fürsten Lichnowsky mit Änderungen von seiner Hand.

[2] Abgegangen am 23. Juli, Zeit des Eintreffens nicht bekannt.

[3] Siehe Nr 72.

matie in Fühlung stehe, und das sind nun beinahe 30 Jahre, kann ich mich erinnern, daß es hieß, Rußland sei nicht fertig, werde aber in einigen Jahren fertig sein, und daß der Generalstab beunruhigt sei. Und immer war es nicht fertig, wenn diese Jahre herankamen, und so wird es auch wohl in Zukunft sein. Ebenso habe ich immer wieder die Frage des sogenannten prophylaktischen Kriegs erörtern hören. Schon Bismarck stand diesem Gedanken sehr skeptisch gegenüber und sagte zu Waldersee und anderen Herren Militärs, die ihm die Notwendigkeit des prophylaktischen Krieges klar machen wollten, er könne sich ohne Beweise nicht überzeugen lassen, und Beweise konnte niemand ihm liefern. Ich glaube auch heute nicht, daß wir mit Rußland einen Krieg werden führen müssen, wenn unsere Politik geschickt geleitet wird, am allerwenigsten aber glaube ich, daß durch einen prophylaktischen Krieg etwas anderes zu erreichen wäre, als daß wir uns bestenfalls einen zweiten Nachbarn zum unversöhnlichen Feind gemacht hätten.

Ich möchte aber nicht dahin verstanden werden, als ob ich etwa für eine Preisgabe Österreichs oder des österreichischen Bündnisses etwa zugunsten einer russischen oder gar einer englischen Freundschaft eintreten wollte. Nichts liegt mir ferner. Die Erhaltung Österreichs ist für uns von größter Wichtigkeit, nur müssen wir bei dem Bündnis der *leitende*, nicht aber der *leidende* Teil sein. Das Bündnis war doch als eine gegenseitige Versicherung gedacht gegen politische Wetterschäden, nicht aber als ein Zusammenschluß zu einer gemeinsamen politischen Firma. Wir müssen Österreich zwar schützen, es liegt aber nicht in unserem Interesse, es bei einer aktiven Balkanpolitik zu unterstützen, bei der wir alles zu verlieren und *absolut nichts* zu gewinnen haben. Welche Vorteile versprechen Sie sich denn für uns davon, daß das österreichische Ansehen auf dem Balkan und sonstwo gestärkt werde? Österreichs Bundeswert beruht doch vor allem auf seiner militärischen Leistungsfähigkeit, nicht aber auf seinem auswärtigen Prestige, und unsere Machtstellung ist groß genug, um der Dreibundgruppe auch trotz der diplomatischen Niederlagen des Grafen Berchtold Einfluß zu verschaffen. Was würden Sie dazu sagen, wenn England oder Rußland die Franzosen zur Wiederbelebung ihres doch tatsächlich sehr gesunkenen Ansehens zu einer aktiven und gefährlichen Auslandspolitik ermutigte? Gerade die verhältnismäßige Schwäche Frankreichs und die Angst vor uns sind die Faktoren, die es veranlassen, sich an England und Rußland anzuschmiegen und sich willfährig zu erweisen. Ähnlich ist es mit Österreich; ich will nicht sagen das geschwächte, wohl aber das geängstigte Österreich ist für uns ein bequemer Bundesgenosse, das Zurückgehen des österreichischen Einflusses auf dem Balkan hat sich bisher in sehr vorteilhafter Weise für unsere dortigen wirt-

schaftlichen Interessen geltend gemacht. Wirtschaftlich sind wir und Österreich auf dem Balkan Rivalen, und überall tritt dort immer mehr und mehr, wie mir erst kürzlich ein leitender Wiener Finanzmann klagte, der deutsche Handel in die Stellung ein, die früher der österreichische inne hatte.

Ob man uns in Wien der Flaumacherei beschuldigt, ist doch vollkommen gleichgültig; geschimpft wird über uns dort stets, und mit der berühmten Nibelungentreue werden wir nachträglich doch nur ausgelacht. An den baldigen Zerfall Österreichs glaube ich aber ebensowenig wie an die Möglichkeit, der inneren Schwierigkeiten durch eine aktive Auslandspolitik Herr zu werden. Das südslawische Nationalgefühl und das Bedürfnis, sich zusammenzuschließen, kann durch einen Krieg nicht vernichtet werden und wird vielleicht nur umso heftiger in die Erscheinung treten. Durch ein aktives Vorgehen Österreichs aber werden gerade die Balkanstaaten noch mehr der russischen Hegemonie in die Arme getrieben, während sie sonst, wie das Beispiel von Rumänien und auch von Bulgarien zeigt, die Tendenz haben, sich auf eigene Füße zu stellen.

Was schließlich die Lokalisierung des Streits anlangt, so werden Sie mir zugeben, daß sie, falls es zu einem Waffengange mit Serbien kommt, dem Gebiete der frommen Wünsche angehört. Es scheint mir also alles darauf anzukommen, daß die österreichischen Forderungen so formuliert werden, daß sie mit einigem Druck aus Petersburg und London in Belgrad annehmbar sind, nicht aber, daß sie notwendigerweise zu einem Kriege führen ad majorem illustrissimi comitis de Berchtold gloriam.

Lichnowsky

Nr. 162

## Der Gesandte in Sofia an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 36 — Sofia, den 25. Juli 1914[2] [3]
Geheim!

Ministerpräsident sprach mir nach Abschluß der Anleihe davon, daß Regierung jetzt gefestigt sei und daran gehen könnte, eine eigene politische

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Sofia 12⁰ (ohne nähere Angabe), angekommen im Auswärtigen Amt 11⁵⁵ vorm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm. Am 25. Juli von Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, 3⁰ nachm. zum Haupttelegraphenamt, im Hoflager angekommen 11³⁰ nachm. Entzifferung des Hoflagers, am 26. Juli vom Kaiser zurückgegeben, war am 27. Juli im Auswärtigen Amt.

[3] Siehe Nr. 22.

*dann man schnell!* Richtschnur zu verfolgen, indem *sie Anschluß an den Dreibund suche.* Ich habe ihm geraten, einen konkreten Vorschlag zu machen, worauf er zunächst dem König Vortrag gehalten hat, der *sehr erfreut gewesen* ist und ihn beauftragte, ein Projekt auszuarbeiten.

*das glaube ich*

Michahelles

Nr. 163

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 152 — London, den 25. Juli 1914[2][3]

Werde mich entsprechend äußern. Auch hier Auffassung verbreitet, daß uns zum mindesten moralische Mitverantwortung trifft, da ohne unsere Ermutigung derartige Note undenkbar wäre. Graf Mensdorff weiß auch von entsprechenden Äußerungen Sr. M. des Kaisers und Königs und des Herrn Reichskanzlers zu berichten. Gesamteindruck hier geradezu vernichtend, ohne Beteiligung an vermittelnder Aktion wird das Vertrauen in uns und unsere Friedensliebe hier endgültig erschüttert sein.

Lichnowsky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in London $10^{49}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $12^{45}$ nachm.; Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 140 und 153.

Nr. 164

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London[1]

Telegramm 174 — Berlin, den 25. Juli 1914[2]

Habe Vorschläge Sir E. Greys Wien mitgeteilt. Da Ultimatum heute schon abläuft und Graf Berchtold nach Zeitungsnachrichten in Ischl ist, glaube ich, daß Fristverlängerung nicht mehr möglich sein wird.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $1^{0}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 165

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 153 London, den 25. Juli 1914[2]

Möchte dringend raten, Vorschlag Sir E. Greys betreffend Fristverlängerung nicht abzuweisen, da uns sonst Vorwurf hier treffen wird, nicht alles zur Erhaltung Friedens unversucht gelassen zu haben. Ablehnende Haltung könnte für spätere Stellungnahme Englands von großem Einfluß sein[3].

Heutige Morning Post, führendes konservatives Blatt, sagt bereits am Schluß eines, Österreichs Vorgehen verurteilenden Artikels, Note sei Herausforderung Dreiverbands und wolle England zwingen sich zu entscheiden, ob es weiterhin an europäischer Politik teilnehmen wolle. Trotz häuslicher Zwiste, die britische Nation bewegten, werde dieselbe geschlossen hinter Regierung stehen und ihren Kurs unterstützen, welcher Art dieser auch sei.

Lichnowsky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in London 11[10] vorm., angekommen im Auswärtigen Amt 1[26] nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 157.

Nr. 166

## Der Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 212 Paris, den 25. Juli 1914[2] [3]

Habe gestern bei hiesiger Regierung mit aller Deutlichkeit betont, daß wir in keiner Weise an österreichisch-ungarischer Note an Serbien beteiligt gewesen, wenn wir auch nach deren öffentlichem Bekanntwerden die Forderungen für berechtigt halten. Ich hatte auch Gelegenheit, in diesem Sinne auf Presse einzuwirken, und bleibe weiter bemüht.

Schoen

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Paris 11[25] vorm., angekommen im Auswärtigen Amt 1[50] nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 153.

Nr. 167

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 21 Fiuggi, den 25. Juli 1914[2]

Obwohl Endergebnis gestriger Unterredung mit Ministerpräsidenten und Marquis di San Giuliano schließlich nicht allzu ungünstig ist, habe ich hier doch große Enttäuschung und vorwurfsvolle Haltung gezeigt und möchte glauben, daß gleiche Haltung auch Herrn Bollati gegenüber angezeigt. Es würde mir Aufgabe erleichtern, die an sich, durch gänzliches Versagen österreichischer Botschaft, ohnehin schwer. Botschaft ist seit 14 Tagen so gut wie ohne Kontakt mit hier weilendem Minister. In der Presse ist von ihr absolut nichts geschehen. Erst vorgestern hat Botschafter von Wien 300 000 Fr. erbeten und erhalten. Trotzdem bitte ich, hiervon in Wien nichts zu sagen, da Unfrieden mit erkranktem österreichischen Botschafter in diesem Augenblick verhängnisvoll wirken könnte.

Kann ich, falls Einfluß auf große Blätter möglich, auf 30 bis 40 000 M. rechnen?[3]

Flotow

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Fiuggi $12^{40}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $2^{14}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.

[3] Auf diese Frage ergeht an Flotow am 25. Juli $8^{30}$ nachm. telegraphisch Jagows bejahende Antwort: »Zum Schlußsatz: ja«.

Nr. 168

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Kaiser[1]

Telegramm 134 Berlin, den 25. Juli 1914[2]

Ew. M. Botschafter in Rom telegraphiert:

»In mehrstündiger, ziemlich erregter Unterhaltung mit Ministerpräsidenten Salandra und Marquis di San Giuliano führte letzterer aus, daß der Geist des Dreibundvertrages bei einem so folgenreichen

---

[1] Nach der von Jagow abgeänderten und ergänzten Entzifferung des Telegramms Flotows (Nr. 156) und der jetzt gleichfalls bei den Akten befindlichen Entzifferung des Hoflagers.

[2] Zum Haupttelegraphenamt 25. Juli $3^{0}$ nachm., angekommen im Hoflager 26. Juli nachm., Entzifferung des Hoflagers am 27. Juli vom Kaiser zurückgegeben und am gleichen Tage im Auswärtigen Amt eingetroffen.

aggressiven Schritt Österreichs verlangt hätte, sich vorher mit den Bundesgenossen ins Einvernehmen zu setzen. Da dies bei Italien nicht geschehen sei, so könne sich Italien bei weiteren Folgen aus diesem Schritt nicht für engagiert halten.

Außerdem verlange Artikel 7 des Dreibundvertrags, daß bei Veränderungen auf dem Balkan die Kontrahenten sich vorher verständigten und wenn einer von ihnen[3] daselbst einen Gebietszuwachs erhielte, der andere entschädigt würde.

Auf meine Bemerkung, daß, soviel ich wisse, Österreich erklärt habe, territoriale Erwerbungen nicht zu beabsichtigen, sagte der Minister, daß eine solche Erklärung nur sehr bedingt abgegeben worden sei. Österreich habe vielmehr erklärt, territoriale Erwerbungen jetzt nicht zu beabsichtigen, vorbehaltlich später etwa notwendig werdender anderer Entschlüsse. Der Minister meinte, man werde es ihm daher nicht verdenken, wenn er rechtzeitig Vorsichtsmaßregeln treffe.

*es hat in Albanien still mausen wollen und das hat Österreich verpurrt*

*Blech!*

Der Text der österreichischen Note sei so[4] aggressiv und ungeschickt abgefaßt, daß die[5] *öffentliche Meinung Europas* und auch die Italiens gegen Österreich sein würden, dagegen könne keine italienische Regierung ankämpfen.

*also Eitelkeit*

Nachdem Marquis di San Giuliano an der Hand des Dreibundvertrages mit Energie ausführte, daß der Vertrag zum Defensivkrieg verpflichte, daß aber Österreich jetzt aggressiv vorgehe, und daß daher Italien auch im Falle russischer Intervention nicht ausgiebig[6] engagiert sein würde[7], habe ich diesen Standpunkt lebhaft bekämpft und nach längerer Diskussion die Erklärung erreicht, daß es sich hier wie bei den obigen Erklärungen des Marquis di San Giuliano nur um *prinzipielle Wahrung* seines Standpunkts handle, die anderweitige Entschlüsse der italienischen Regierung nicht aus-

---

[3] »von ihnen« in der Entzifferung des Hoflagers sinngemäß ergänzt an Stelle des dortselbst fehlenden »der Kontrahenten« des Jagowschen Konzepts.

[4] Hinter »so« in Flotows Telegramm folgendes »unerhört« ist von Jagow im Telegramm an den Kaiser fortgelassen.

[5] Hinter »die« in Flotows Telegramm folgendes »gesamte« ist von Jagow im Telegramm an den Kaiser fortgelassen.

[6] »nicht weiter« des Flotowschen und demgemäß des Jagowschen Telegramms in der Entzifferung des Hoflagers in »nicht ausgiebig« verderbt.

[7] Am Rand Ausrufungszeichen des Kaisers.

schließe. Ich habe ausgeführt, daß es in diesem Stadium nicht darauf ankomme, was später *etwa zu geschehen habe,* sondern darauf, im Augenblick *der Welt die Geschlossenheit und Einheitlichkeit*[8] *des Dreibundes zu zeigen* und alles zu vermeiden, was Rußland und Frankreich zu der Annahme der inneren Uneinigkeit der Verbündeten führen könne. Ich müsse daher dringend bitten, auch auf die Presse in diesem Sinne zu wirken. Österreich fordere keine Antwort; man sei also zunächst der Verlegenheit überhoben, ihm eine solche zu geben. Ich habe schließlich die Zustimmung hierzu erlangt.

*richtig*

Nach meinem Eindruck ist die einzige Möglichkeit, Italien festzuhalten, die, ihm *rechtzeitig*[9] *Kompensationen zu versprechen,* wenn Österreich territoriale Besitznahme oder Besetzung des Lowtschen vornehme.

*der kl. Dieb muß eben immer was mitschlucken*

Ich fand Herrn Salandra einigermaßen verständig. Er begriff, daß Lebensinteressen Österreichs vorliegen. Meine Aufgabe ist dadurch[10] sehr erschwert, daß . . . . . . . . . .[11]«

Herr Bollati hat mir im Auftrage seiner Regierung erklärt, Italien werde eine möglichst wohlwollende Haltung Österreich-Ungarn gegenüber einnehmen und ihm keine Schwierigkeiten bereiten, müsse aber auf Grund des Artikels VII des Dreibundvertrages Vorbehalt wegen Wahrnehmung seiner Interessen (*Kompensationen*) und evtl. Aktionsfreiheit machen. Andernfalls müsse seine Politik darauf gerichtet sein, eine österreichische Gebietserweiterung zu verhindern suchen.

*Albanien*

Alleruntertänigst

Jagow

*Das ist lauter Quatsch und wird sich schon von selbst geben, im Lauf der Ereignisse*

---

[8] Entzifferung des Hoflagers hat »Einheitlichkeit« an Stelle von »Einheit« des Flotowschen und demgemäß des Jagowschen Telegramms.

[9] »rechtzeitig« von Jagow im Telegramm an den Kaiser gesetzt an Stelle von Flotows »zu rechter Zeit«.

[10] »dadurch« von Jagow im Telegramm an den Kaiser beigefügt.

[11] Hinter »daß« im Flotowschen und demgemäß im Jagowschen Telegramm folgendes: »österreichischer Botschafter krank im Bett. Botschaftsrat unfähig« fehlt in der Entzifferung des Hoflagers, da die entsprechende Zifferngruppe unverständlich war. Siehe Nr. 156.

Nr. 169

## Der Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 213 Paris, den 25. Juli 1914[2]

Hiesige Presse verurteilt fast einmütig österreichische Note und erklärt vielfach, daß Österreich-Ungarn offenbar Krieg wolle. Es handle sich wohl um eine zwischen Wien und Berlin abgekartete Sache. Dabei Hinweis auf gegenwärtige Schwierigkeiten der Triple-Entente-Mächte: Ulsterkrise, Arbeiterunruhen in Rußland, Enthüllungen im französischen Senat über Rüstungslücken, Abwesenheit von Poincaré und Viviani.

Unsere Erklärung über Lokalisierung des Konflikts hat großen Eindruck gemacht.

Schoen

---

[1] Nach der Entzifferung.
Aufgegeben in Paris $1^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $3^{25}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.

Nr. 170

## Der Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 214 Paris, den 25. Juli 1914[2]

Echo de Paris bringt wesentlichen Teil meiner gestrigen Eröffnung an hiesige Regierung teils zutreffend, teils entstellt, indem es meiner Warnung vor Intervention anderer Mächte einen drohenden Charakter gibt.

Quai d'Orsay, bei dem ich wegen Indiskretion und Entstellung protestierte, versichert, an beiden Nachrichten unbeteiligt zu sein und will für Richtigstellung Sorge tragen.

Ich hatte Gelegenheit, mich zu überzeugen, daß Minister gestern wesentlich meine Eröffnung zutreffend aufgeschrieben hatte.

Bin bei Presse weiterhin der Legende entgegengetreten, daß österreichisch-ungarische Demarche zwischen Wien und Berlin vereinbart.

Schoen

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Paris $1^{10}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $3^{50}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.

Nr. 171

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschaft in Wien[1]

Telegramm 140 — Berlin, den 25. Juli 1914[2]

Der k. Botschafter in London telegraphiert:

»Sir E. Grey ließ mich .......... nicht verhehlen«[3].

Habe in London erwidert, daß ich Sir E. Greys Vorschläge Wien mitteilen würde. Da aber Ultimatum heute abläuft und Graf Berchtold in Ischl ist, glaube ich nicht, daß Fristverlängerung möglich wäre.

Jagow

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.

[2] $4^0$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Hier ist das Telegramm Lichnowskys vom 24. Juli (Nr. 157) unter Fortlassung der Sätze »wie Ew. Exz. .......... betonen« und »Von anderer Seite .......... der angriffe« eingefügt.

Nr. 172

## Der russische Geschäftsträger an den Staatssekretär des Auswärtigen[1]

Très-confidentiel! — Berlin, le 12/25 juillet 1914[2]

Monsieur le Secrétaire d'Etat!

Comme la démarche que j'ai à faire auprès de Votre Excellence revêt un caractère d'urgence exceptionnelle, je me décide, malgré l'obligeance que Vous aurez de me recevoir à 4 h. 50 m., de Vous en soumettre la teneur par ces lignes.

La note de l'Autriche-Hongrie aux Puissances a suivi d'une demi-journée sa démarche à Belgrade; ceci ôte aux Puissances la possibilité de déployer tous leurs efforts pour l'aplanissement des difficultés. Aussi, pour faire ce qui est humainement possible afin d'éviter les suites incalculables que peuvent avoir en l'occurence des actes précipités, le Gouvernement Impérial considère que le Gouvernement de Vienne pourrait avant tout prolonger le terme fixé pour

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 25. Juli nachm. (zum Journal am 29. Juli).

la réponse serbe. Il semble, entre autre, que le Gouvernement Impérial et Royal, ayant déclaré être disposé à mettre à la disposition des Puissances les données sur lesquelles il fonde son accusation, il y aurait lieu de donner à ces dernières le temps d'en prendre connaissance ce qui leur permettrait, une fois convaincus de la justesse de certaines accusations, de donner à Belgrade les conseils nécessaires. Le refus de l'Autriche-Hongrie de mettre les Puissances à même de se faire une opinion raisonnée et fondée sur les données de l'accusation enlèverait à la communication faite hier aux Puissances toute véritable signification.

Le Gouvernement Impérial ayant prescrit au Chargé d'Affaires de Russie à Vienne d'exposer à S. E. le Comte de Berchtold les considérations qui précèdent, me charge d'en informer d'urgence le Gouvernement Impérial d'Allemagne, espérant que ce dernier saura apprécier les motifs qui ont inspiré cette démarche et ne refusera pas de donner à Son Représentant à Vienne les instructions nécessaires pour obtenir la prolongation du délai dont il s'agit.

Veuillez agréer, Monsieur le Secrétaire d'Etat, l'assurance de ma très-haute considération.

A. de Bronewsky

Übersetzung

Sehr vertraulich!

Herr Staatssekretär!

Da der Schritt, den ich bei Ew. Exz. zu unternehmen habe, außergewöhnlich dringender Art ist, entschließe ich mich dazu, trotz Ihrer Freundlichkeit, mich um $4^{50}$ zu empfangen, Ihnen schriftlich zu unterbreiten, worum es sich handelt.

Die Note Österreich-Ungarns an die Mächte ist einen halben Tag nach dem in Belgrad unternommenen Schritt ergangen. Das nimmt den Mächten die Möglichkeit, alles aufzubieten, um die Schwierigkeiten beizulegen. Damit das Menschenmögliche zur Verhütung der unberechenbaren Folgen geschehe, die übereilte Handlungen unter den gegenwärtigen Umständen haben können, ist die k. Regierung daher der Ansicht, daß die Wiener Regierung vor allem die für die serbische Antwort gestellte Frist verlängern könnte. Da ferner die k. u. k. Regierung sich bereit erklärt hat, den Mächten die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, worauf sie ihre Anklagen stützt, wäre es angezeigt, daß den Mächten die Zeit gegeben würde, von diesen Unterlagen Kenntnis zu nehmen und ihnen dadurch zu gestatten, wenn sie einmal von der Richtigkeit gewisser Anklagen überzeugt sind, in Belgrad die nötigen Ratschläge zu erteilen. Die Weigerung Österreich-Ungarns, die Mächte in den Stand zu setzen, sich eine wohlbegründete Meinung über die Unterlagen der Anklage zu bilden, würde der gestern den Mächten gemachten Mitteilung jede wirkliche Bedeutung nehmen.

Die k. Regierung hat den russischen Geschäftsträger in Wien angewiesen, Sr. Exz. dem Grafen Berchtold die vorstehenden Erwägungen darzulegen und beauftragt mich, die k. deutsche Regierung dringend davon in Kenntnis zu setzen, in der Hoffnung, daß diese die Beweggründe, die diesen Schritt ver-

anlaßt haben, zu würdigen wissen und es nicht ablehnen werde, ihrem Vertreter in Wien die nötigen Anweisungen zu geben, um eine Verlängerung der in Rede stehenden Frist zu erlangen.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

Nr. 173

## Der Gesandte im kaiserlichen Gefolge an das Auswärtige Amt [1]

Telegramm 131 Balestrand (»Hohenzollern«), den 25. Juli 1914 [2]

Im Falle einer Verschärfung der Lage und zunehmender Spannung zwischen Rußland und uns wünschen S. M. der Kaiser und König, daß sofort Vertrauensfrage [3] an Dänemark und Schweden gerichtet wird, und lassen ersuchen, das hierzu Erforderliche vorzubereiten.

[G.] Wedel

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Balestrand (»Hohenzollern«) $12^{15}$ nachm., angekommen im Auswärtigem Amt $4^{11}$ nachm.; Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.

[3] »Vertrauensfrage« (so Wedels Konzept) fehlte, da Gruppe unverständlich, in der Entzifferung des Auswärtigen Amts, wurde aber im Amt sinngemäß ergänzt.

Nr. 174

## Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen [1]

Berlin, den 25. Juli 1914

Auf Grund Wolff Nachricht haben S. M. folgenden Befehl erteilt an Flotte heute morgen 9,30:

»Kohlenübernahme beschleunigen, Flotte klarhalten zum Auslaufen.« Victoria Louise und Hansa (Schulschiff, z. Z. in Norwegen) haben folgenden Befehl erhalten:

»Seeklarmachen, Dampfruf für Heimreise. Befehl geheimhalten.«

A[uswärtiges] A[mt] benachrichtigen v. Mueller.

---

[1] Nach Zimmermanns Niederschrift. Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 25. Juli nachm.

Adm. Stab hat an S. M. fol[gende] N[achricht] gegeben: Vertrauensmann Portsmouth meldet heute 12 Uhr mittags, daß 2. und 3. englische Flotte Besatzung reduziere bzw. außer Dienst stelle.

Marine-Attaché London berichtet: »Dislokation planmäßig, soweit ihm bekannt, keine auffälligen Bewegungen«.

Vorstehendes geht jetzt 6½ p. m. ab an S. M.

Zimmermann

## Nr. 175

## Der Admiralstab an den Staatssekretär des Auswärtigen [1]

Ganz geheim! Berlin, den 24. Juli 1914 [2]

Ew. Exz. beehre ich mich von nachstehendem Telegramm sehr ergebenst Kenntnis zu geben:

»Admiral — Berlin von Hohenzollern, Balestrand

An Flotte ist folgender Befehl gegangen: »Einlaufen Flotte Allerhöchst genehmigt.« [in Norwegen] »Beurlaubungen in Norwegen einrichten auf Möglichkeit der Verkürzung des Aufenthaltes. Schluß. Auswärtiges Amt benachrichtigen.

von Mueller«

F. d. beurl[aubten] Ch[ef] d[es] Admiralst[abes]
i. A.
von Bülow
Kapitän zur See

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 25. Juli nachm.

## Nr. 176

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler [1]

Wien, den 24. Juli 1914 [2]

Graf Berchtold las mir die telegraphische Meldung vor, die Baron Giesl über seine Besprechung

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 25. Juli nachm. Bericht lag dem Kaiser vor, von ihm am 27. Juli zurückgegeben.

mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Patschu behufs Übergabe der Note gehabt hat. Die Unterredung sei ihm erst nach einigem Zögern seitens des Herrn Patschu gewährt worden, der versucht habe, ihm mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Herrn Paschitsch auszuweichen. Sie habe dann punkt 6 Uhr in Anwesenheit des Generalsekretärs des Ministeriums des Auswärtigen stattgefunden, da Herr Patschu nicht französisch spreche. Baron Giesl hat die Note nicht verlesen, sondern sich auf deren Übergabe und auf die Bemerkung beschränkt, daß die österreichische Regierung binnen 48 Stunden eine Antwort verlange und daß, im Falle diese nicht unbedingt zustimmend erfolge, er angewiesen sei, mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft Belgrad zu verlassen. Herr Patschu hat gemeint, es würde für die serbische Regierung physisch unmöglich sein, den Ministerrat zusammenzurufen und eine Antwort in so kurzer Zeit zu erteilen. Baron Giesl hat diese Ausflucht im *Zeitalter des Telegraphen* und des *Telephons* und angesichts der *Größenverhältnisse des serbischen* Königreichs nicht gelten lassen. Übrigens war, wie Baron Giesl bekannt, der *Ministerrat bereits um 5 Uhr in Belgrad zusammengetreten*[3].

*gut*

Graf Berchtold sagt mir noch, Herr Dillon, der politische Sturmvogel, der überall erscheine, wo politische Gewitter im Anzuge seien, habe ihn eben besucht. Auch bei Graf Hoyos sei er gewesen. Man habe ihm sehr eingehend den hiesigen Standpunkt und die hiesigen Absichten dargelegt, und Herr Dillon scheine für letztere gewonnen zu sein. Im Anfang habe er allerdings versucht, sich als Vermittler zwischen Österreich und Serbien anzubieten. Darauf sei er, der Minister, aber nicht eingegangen, denn er sei fest entschlossen, sich *auf keinen Handel einzulassen.*

von Tschirschky

---

Am Rand Ausrufungszeichen des Kaisers.

## Nr. 177

## Der Geschäftsträger in Bukarest an den Reichskanzler[1]

Sinaia, den 20. Juli 1914[2]

Der italienische Gesandte sprach sich mir gegenüber sehr aufgeregt über die Haltung aus, die Österreich Serbien gegenüber einnehmen werde. Er meinte, es lohne sich für niemanden, einen Krieg, der in einen Weltkrieg ausarten könne, heraufzubeschwören. Es sei begreiflich, daß Österreich gegebenenfalls in Belgrad Genugtuung fordere, allein dieselbe müsse so beschaffen sein, daß sie für Serbien annehmbar sei. Sollten kriegerische Verwickelungen zwischen Österreich und Serbien ausbrechen, so werde Rußland denselben nicht ruhig zusehen können; denn die offiziellen Kreise würden durch panslawistische Strömungen zu aktiver Teilnahme an denselben gedrängt werden. Italien befände sich augenblicklich finanziell nicht in der Lage, einen Krieg zu führen. Baron Fasciotti suchte mich immer wieder davon zu überzeugen, daß der Schritt Österreichs in solche[n][3] Formen gehalten werden müsse, daß aus demselben keine Komplikationen entstehen könnten.

W a l d b u r g

---

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 25. Juli nachm. Am 28. Juli zufolge Randverfügung Jagows durch Erlaß dem Botschafter in Rom mitgeteilt.

[3] So in der Anfertigung für »solchen«.

## Nr. 178

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 102 Wien, den 25. Juli 1914[2]

Der russische Geschäftsträger ist heute bei Baron Macchio erschienen, um ihn im Auftrage seiner Regierung um Verlängerung der Serbien gestellten 48stündigen Frist zu ersuchen. Fürst Kudaschew hat dieses Ansuchen damit motiviert, daß in der Note

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien $2^{10}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $5^{0}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm. Am 25. Juli von Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, 25. Juli $8^{5}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt, im Hoflager angekommnn 26. Juli $7^{15}$ nachm. Entzifferung des Hoflagers wurde vom Kaiser am 26. Juli zurückgegeben.

verschiedene Angaben enthalten seien, die einer eingehenden Prüfung bedürften, und daß insbesondere den Mächten Zeit gelassen werden müsse, das in Aussicht gestellte Dossier zu studieren. Baron Macchio hat erwidert, er werde dem Grafen Berchtold sofort von dieser Mitteilung Kenntnis geben. Er könne ihm aber schon von sich aus sagen, daß eine Fristerstreckung ausgeschlossen sei. Diese Bestimmung sei nach reiflichster Überlegung und infolge gründlicher Kenntnis der stets von Serbien beobachteten Verschleppungstaktik getroffen worden. Eine Verschiebung bis nach Studium des Dossiers würde eine Verschiebung sine die bedeuten. Außerdem habe es der k. u. k. Regierung fern gelegen, die Angelegenheit zwischen der Monarchie und Serbien dem europäischen Areopag zur Entscheidung vorzulegen. Die Information der übrigen Mächte sei lediglich als ein Akt der Courtoisie gegenüber diesen anzusehen.

Tschirschky

## Nr. 179

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 155 London, den 25. Juli 1914[2]

Privat für Staatssekretär v. Jagow

Ich möchte Sie nochmals auf die Bedeutung des Grey'schen Vorschlags der Vermittelung zu vieren zwischen Österreich und Rußland hinweisen[3]. Ich erblicke hierin die einzige Möglichkeit, einen Weltkrieg zu vermeiden, bei dem für uns alles auf dem Spiele steht und nichts zu gewinnen ist. Ablehnen wir, so wird auch Grey sich nicht mehr rühren. Solange wir noch nicht mobilisiert, ist die Vermittelung immer noch möglich und eine Beilegung des Streites, die für Österreich annehmbar ist. Unsere Ablehnung aber würde hier sehr verstimmen, und ich glaube nicht, daß, falls Frankreich hineingezogen wird, England gleichgültig bleiben dürfte. Ich rate noch einmal dringend dazu, den englischen Vorschlag anzunehmen und dies in Wien und Petersburg bekanntzugeben.

Lichnowsky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in London $2^0$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $5^{21}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.

Siehe Nr. 157.

Nr. 180

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 154 London, den 25. Juli 1914[2]

Habe soeben Sir E. Grey gesehen und Inhalt Telegramms Nr. 169[3] verwertet. Der Minister nahm meine Erklärungen mit vollem Verständnis für unseren Standpunkt entgegen. Ohne jede Gereiztheit oder Verstimmung und mit großer Ruhe besprach er mit mir[4] abermals die gesamte Lage und schien wieder hoffnungsvoller zu sein als gestern, da Graf Mensdorff ihm im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt hat, daß Österreich nach Ablehnung seiner Forderungen zunächst nicht beabsichtige, die serbische Grenze zu überschreiten, sondern nur zu mobilisieren. Sir E. Grey ist vorläufig noch ohne Nachricht über die in Petersburg gefaßten Beschlüsse, rechnet aber mit Bestimmtheit darauf, daß der österreichischen Mobilisierung die russische folgen werde. Alsdann sei seiner Ansicht nach der Augenblick gekommen, um im Verein mit uns, Frankreich und Italien eine Vermittelung zwischen Österreich und Rußland eintreten zu lassen. Ohne unsere Mitwirkung, meinte er, sei jede Vermittelung aussichtslos, und könne er allein nicht an Russen und Österreicher herantreten. Ob Frankreich mitmachen wolle, wisse er noch nicht. Er habe mit Herrn Cambon gesprochen, aber noch keine Antwort erhalten, und ihm dabei gesagt, daß er mir den gleichen Vorschlag gemacht habe. Er rechnet bestimmt auf die Zusage Frankreichs, obwohl er nicht weiß, wie weit dieses schon mit Petersburg verpflichtet ist.

Der Minister unterscheidet scharf, wie er mir wiederholte, zwischen dem österreichisch-serbischen und österreichisch-russischen Streit. In ersteren wolle er sich nicht mischen, da er ihn nichts angehe. Der österreichisch-russische Streit aber bedeute unter Umständen den Weltkrieg, den wir im vorigen Jahre durch die Botschafterkonferenzen gemeinsam hätten verhindern wollen. Europäische Verwickelungen aber seien auch für Großbritannien nicht gleichgültig, obwohl es durch keinerlei bindende Abmachungen verpflichtet wäre.

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in London $2^{2}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $5^{52}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.

[3] Siehe Nr. 153.

[4] Das Gespräch ist inhaltlich auch niedergelegt in einer Verbalnote, die der englische Geschäftsträger Sir H. Rumbold am 25. Juli auf Grund eines Telegramms Sir E. Greys im Auswärtigen Amt überreichte; vgl. auch das englische Blaubuch von 1914, Nr. 11.

Er wolle daher mit uns zusammen wie bisher, so auch jetzt, im Sinne der Erhaltung des europäischen Friedens Hand in Hand vorgehen, und er hoffe von unserer beiderseitigen Vermittelung, der sich wohl auch Frankreich und Italien anschließen würden, die Verhütung eines österreichisch-russischen Krieges.

Was die österreichische Note betreffe, so erkenne er das berechtigte Verlangen Österreichs nach Genugtuung vollkommen an, ebenso das Begehren nach Bestrafung aller mit dem Morde in Verbindung stehenden Personen, auf Einzelheiten der Note ließ er sich nicht ein, schien aber zu hoffen, daß es unserer Vermittelung gelingen werde, eine Einigung auch hierüber zu erzielen.

Ich erachte es als meine Pflicht, Ew. Exz. darauf hinzuweisen, daß die hiesige Regierung meiner Überzeugung nach so lange bestrebt sein wird, eine uns freundschaftliche und möglichst unparteiische Haltung einzunehmen, als sie an unsere aufrichtige Friedensliebe glaubt und an unser Bestreben, Hand in Hand mit England an der Abwendung des aufsteigenden europäischen Gewitters mitzuwirken. Die Zurückweisung seines Vorschlages aber, zwischen Österreich und Rußland zu vermitteln, oder eine schroffe Haltung, die zu der Annahme berechtigen könnte, daß wir den Krieg mit Rußland herbeiwünschen, würde wahrscheinlich zur Folge haben, England bedingungslos auf die Seite Frankreichs und Rußlands zu treiben.

Lichnowsky

Nr. 181

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten in Kopenhagen[1]

Telegramm 25 — Berlin, den 25. Juli 1914[2]
Geheim!

Falls etwa Besuch Poincarés abgesagt werden sollte, bitte sofort dringend drahten[3].

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Stumms Hand.
[2] 8⁰ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 250.

Nr. 182

## Der Reichskanzler an den Kaiser[1]

Telegramm 139 Berlin, den 25. Juli 1914[2]

*Unglaubliche Zumutung!*

*unerhört![4] ist mir garnicht eingefallen!!! Auf die Meldung meines Gesandten von der Mobilmachung in Belgrad! Diese kann Mobilmachung Rußlands nach sich ziehen; wird Mobilmachung Österreichs nach sich ziehen! In diesem Fall muß ich meine Streitmacht zu Lande und zu Wasser beisammen haben. In der Ostsee ist kein einziges Schiff!! Ich pflege im Übrigen militärische Maßnahmen nicht nach einem Wolfftelegramm zu treffen, sondern nach der Allgemeinen Lage und die hat der Civilkanzler noch nicht begriffen! W.*

Der Chef des Admiralstabes der Marine teilt mir mit, daß Ew. M. mit *Rücksicht auf ein Wolfftelegramm*[3] der Flotte Befehl zur schleunigen Vorbereitung der Heimreise erteilt haben[4]. Admiral von Pohl dürfte Ew. M. inzwischen[5] die Meldungen Ew. M. Marine-Attachés in London und des Vertrauensmannes der Marine in Portsmouth unterbreitet haben, wonach die englische Marine *keinerlei auffällige Maßnahmen* trifft, vielmehr[7] die früher vorgesehenen Dislokationen planmäßig[8] ausführt.

*braucht sie nicht! Sie ist bereits Kriegsbereit, wie die Revue eben gezeigt hat und hat mobilisiert![6]*

Da auch die bisherigen Meldungen Ew. M. Botschafters in London erkennen lassen, daß Sir E. Grey vorläufig wenigstens an eine direkte Teilnahme Englands an einem eventuellen europäischen Krieg[9] nicht denkt und auf tunlichst[e][10] Lokalisierung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikts hinwirken will, wage ich alleruntertänigst zu befürworten, daß Ew. M. vorläufig keine verfrühte[11] Heimreise der Flotte befehlen[12].

*wenn Rußland mobil macht muß meine Flotte schon in Ostsee sein also fährt sie nach Haus!*

Bethmann-Hollweg

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Zimmermanns Hand.

[2] 25. Juli 8[35] nachm. zum Haupttelegraphenamt, angekommen im Hoflager 26. Juli 7[0] vorm. Entzifferung vom Kaiser am 26. Juli zurückgegeben, war am 2. August in Berlin.

[3] Die Worte »ein« und »-telegramm« vom Kaiser zweimal unterstrichen.

[4] »unerhört!« ist über »Wolfftelegramm« stehende Interlinearnotiz. Am Rand daneben zwei Rufzeichen des Kaisers.

[5] »inzwischen« fehlt in der Entzifferung des Hoflagers.

[6] Stand am linken Rand.

[7] »vielmehr« fehlt in der Entzifferung des Hoflagers.

[8] »Dislokationen planmäßig« in der Entzifferung des Hoflagers in »Dislokationspläne« verderbt.

[9] »europäischen« fehlt in der Entzifferung des Hoflagers, statt »Krieg« steht dort »Verfahren«.

[10] »tunlichste« fehlt in der Entzifferung des Hoflagers.

[11] »verfrühte« fehlt in der Entzifferung des Hoflagers.

[12] Siehe Nr. 221.

Nr. 183

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt [1]

Telegramm 368 Therapia, den 25. Juli 1914 [2]
Geheim!

Markgraf Pallavicini zeigte mir vertraulich ein Telegramm seiner Regierung, betreffend Äußerungen des bulgarischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu Graf Tarnowski, aus denen man schließen konnte, daß Bulgarien vorläufig nur seine Neutralität in Aussicht stellt. Mein österreichischer Kollege und ich sind der Ansicht, daß, solange Bulgarien sich Österreich gegenüber nicht formell verpflichtet hat, im Falle Eingreifens einer dritten Macht Österreich Waffenfolge zu leisten, ein etwaiges bulgarisch-türkisches Bündnis vollkommen wertlos sein würde.

Wangenheim

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Therapia $6^{45}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $8^{56}$ nachm.; Eingangsvermerk: 25. Juli nachm. Von Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, zum Haupttelegraphenamt 26. Juli $1^{40}$ vorm., angekommen im Hoflager 27. Juli $7^{30}$ vorm., Entzifferung lag noch am 27. Juli dem Kaiser vor. Wangenheims Telegramm am 26. Juli von Jagow durch Erlaß dem Botschafter in Wien, nur zu dessen persönlicher Information, mitgeteilt, abgesandt durch die Post $4^{0}$ nachm., unter Fortlassung des Satzes »Mein österreichischer .......... wertlos sein würde.« telegraphisch auch dem Gesandten in Sofia, gleichfalls nur zu dessen persönlicher Information, mitgeteilt, 26. Juli $1^{40}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 184

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt [1]

Telegramm 367 Therapia, den 25. Juli 1914 [2]

Herr von Giers, den ich im Vorzimmer des Großwesirs traf sagte mir, die österreichischen Forderungen an Serbien seien, wenn nicht berechtigt, so doch begreiflich, mit Ausnahme derjenigen, welche eine Tätigkeit österreichischer Kontrollbeamter in Serbien vorsehen. Diese Forderung bedeute einen Eingriff in die Souveränität Serbiens.

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Therapia $6^{35}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{3}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm. Am 26. Juli von Zimmermann telegraphisch den Botschaftern in Petersburg und Wien mitgeteilt. Telegramme $5^{5}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Die Situation sei deshalb ernst. Die Sprache meines Kollegen war ruhig und enthielt keine Drohungen. Zum Großwesir hat er kurz darauf in einer Weise gesprochen, welche bei ersterem den bestimmten Eindruck hervorrief, daß Rußland sich nicht einmischen werde.

Wangenheim

Nr. 185

## Der Geschäftsträger in Bukarest an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 42 Bukarest, den 25. Juli 1914[2]

Serbischer Geschäftsträger hat hier im Auftrage seiner Regierung angefragt, wie sich Rumänien im Falle eines Konflikts zwischen Serbien und Österreich-Ungarn verhalten würde. Wie mir Minister der auswärtigen Angelegenheiten mitteilt, hat dieser geantwortet, Rumänien betrachte Differenzen als lediglich Serbien und Österreich-Ungarn angehende und ratet[3] Serbien, den österreichischen Forderungen nachzugeben.

Waldburg

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Bukarest $8^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{3}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm. Am 26. Juli von Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, aufgenommen in Berlin 26. Juli $1^{50}$ vorm., angekommen im Hoflager 27. Juli $4^{0}$ vorm. Entzifferung lag noch am 27. Juli dem Kaiser vor. Waldburgs Telegramm von Jagow desgleichen telegraphisch den Botschaftern in Wien und Rom mitgeteilt, Telegramme 26. Juli $1^{50}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Schreibversehen für »rät«.

Nr. 186

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 156 London, den 25. Juli 1914[2]

Erhalte soeben folgenden eigenhändigen Brief Sir Edward Greys: "I enclose a forecast that I have just received of the Servian reply[3].

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in London $6^{9}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{25}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm. Am 26. Juli teilte Jagow dem Botschafter in Wien telegraphisch den Wortlaut des Grey'schen Briefes mit, $1^{5}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt. Am 26. Juli vermerkt Zimmermann am Rand der Entzifferung: »Der englische Geschäftsträger ist davon unterrichtet worden, daß wir die Mitteilung Sir E. Greys nach Wien weitergegeben haben«.

[3] Dem Telegramm beigefügt ist der Wortlaut des Telegramms des englischen Vertreters in Belgrad Crackanthorpe an Sir Edward Grey vom 25. Juli, Nr. 21 des englischen Blaubuchs von 1914.

It seems to me that it ought to produce a favourable impression at Vienna, but it is difficult for anybody but an ally to suggest to the Austrian Government what view they should take of it.

I hope that if the Servian reply when received at Vienna corresponds to this forecast, the German Government may feel able to influence the Austrian Government to take a favourable view of it."

Lichnowsky

Übersetzung

Anbei den voraussichtlichen Inhalt der serbischen Antwort, der mir soeben mitgeteilt worden ist. Es scheint mir, daß er einen günstigen Eindruck in Wien machen müßte, aber es ist schwer für jeden, der nicht Verbündeter ist, der österreichischen Regierung nahe zu legen, wie sie diese Antwort auffassen solle.

Ich hoffe, daß, wenn die serbische Antwort bei ihrem Eintreffen in Wien diesem voraussichtlichen Inhalt entspricht, die deutsche Regierung es für möglich erachten wird, die österreichische Regierung dahin zu beeinflussen, daß sie diese Antwort günstig auffaßt.

Nr. 187

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 103 Wien, den 25. Juli 1914[2]

Ich habe Baron Macchio heute sehr nachdrücklich darüber zur Rede gestellt, warum die mir gegebene Zusage, dem Marquis di San Giuliano die Note vor[3] deren Übergabe in Belgrad durch Herrn von Mérey mitzuteilen und den österreichisch-ungarischen Standpunkt dabei ausführlich klarzulegen, nicht eingehalten worden sei.

Der erste Sektionschef erklärte mir hierauf, der, wie er selbst zugeben müsse, »nicht glückliche« Verlauf dieser Sache sei die Folge eines Mißverständnisses seitens des Herrn von Mérey. Dieser habe Nachricht erhalten gehabt, daß Marquis di San Giuliano von Fiuggi nach Rom kommen werde, und habe danach beabsichtigt, dem Minister die Note in Rom mitzuteilen. Nun sei der Marquis allerdings nach Rom gekommen, sei aber schon wieder abgereist gewesen, als der Botschafter ihn sprechen wollte. Herr von Mérey sei dann plötzlich erkrankt und habe dann am folgenden Tage erst den Botschaftsrat nach Fiuggi senden können. So sei die Mitteilung um einen Tag verspätet und nicht durch den Botschafter selbst erfolgt, was er, Baron Macchio, lebhaft bedauere.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien $6^{20}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{25}$ nachm.; Eingangsvermerk: 25. Juli nachm. Von Jagow, nach Vornahme kleiner stilistischer Änderungen, dem Botschafter in Rom mitgeteilt, 26. Juli $2^{15}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Siehe Nr. 136 Anm. 2.

Nr. 188

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 104 Wien, den 25. Juli 1914[2]

Baron Macchio teilt mir telephonisch mit: Da in der serbischen Antwort mehrere Punkte unbefriedigend, ist Baron Giesl abgereist. Seit 3 Uhr nachmittags soll bereits allgemeine Mobilisierung in Serbien stattfinden.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Wien $7^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{50}$ nachm.; Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.

Nr. 189

## Der Geschäftsträger in Athen an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 213 Athen, den 25. Juli 1914[2] [3]
Streng vertraulich!

Minister der auswärtigen Angelegenheiten bittet mich, aufrichtigen Dank für die hier stets gern aufgenommenen Ratschläge zu übermitteln. Diese seien ernstlich mit Sr. M. dem König besprochen und an den heute in München weilenden Herrn Veniselos telegraphiert worden, von dem jedoch Antwort noch aussteht.

Herr Streit sagt mir, daß Griechenland an einem österreichisch-serbischen Konflikt sich nicht beteiligen werde. Er werde dies auch in Belgrad erklären, wo Griechenland nicht aufhöre, dringend für den Frieden zu wirken.

Über Haltung Griechenlands bei einem eventuellen Eingreifen Bulgariens oder der Türkei glaubt Herr Streit sich heute noch nicht äußern zu sollen, da diese zu sehr von den Umständen abhänge, unter denen dies Eingreifen erfolge. Für Griechenland sei die Erhaltung des Bukarester Friedens eine Kardinalfrage; es könne sich daher Serbien gegenüber diesbezüglich durch keine Erklärungen bloßstellen, die ihm die serbische Freundschaft kosten könnten.

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Athen $5^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{5}$ nachm.; Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 122.

Griechenlands Hauptbestreben sei die Erhaltung des Friedens; es werde alles tun, um nicht in einen Konflikt hineingezogen zu werden. Streit hat in diesem Sinne heute auch mit türkischem Gesandten gesprochen. Ich habe Eindruck, daß man hier der angeregten Vereinbarung über Neutralität, im Hinblick auf die mögliche Gefährdung des Bukarester Vertrags durch Bulgarien, nicht wird näher treten wollen.

Bassewitz

Nr. 190

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 152 Petersburg, den 25. Juli 1914[2]

Wie ich von meinem italienischen Kollegen höre, hat er bis jetzt noch keine Instruktionen erhalten, die Forderungen der österreichischen Note an Serbien zu unterstützen.

Pourtalès

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Petersburg $6^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{30}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm. Von Jagow telegraphisch dem Botschafter in Rom »streng vertraulich« mitgeteilt, 26. Juli $12^{55}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 191

## Der Reichskanzler an den Kaiser[1]

Telegramm 140 Berlin, den 25. Juli 1914[2]

Nach Wiener Nachrichten haben die serbische Regierung, König Peter und die Behörden, heute nachmittag $^1/_2 3$ Uhr Belgrad verlassen und sich nach dem Süden zurückgezogen. Da die um 6 Uhr überreichte Antwort der serbischen Regierung den österreichischen Forderungen nicht genügt, hat der Gesandte Baron Giesl Belgrad verlassen.

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Jagows Hand. Der Satz »In Paris und London..........Konflikts« im Entwurf von der Hand des Reichskanzlers beigefügt.
[2] Zum Haupttelegraphenamt 25. Juli $10^{45}$ nachm., angekommen im Hoflager 26. Juli $11^{50}$ nachm., Entzifferung vom Kaiser am 27. Juli zurückgegeben.

Präsident Poincaré ist heute in Stockholm, eine Änderung seiner weiteren Besuchspläne ist bisher nicht bekanntgeworden. In Paris und London arbeitet man eifrig auf Lokalisierung des Konflikts.

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg.

Nr. 191a

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 157 London, den 25. Juli 1914[2]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 156

Anlage zum Brief Sir E. Greys:

"Telegram from Mr. Crackanthorpe Belgrade July 25, 1914

Council of Ministers is now drawing up reply to Austrian note. I am informed by Under-Secretary of State for Foreign Affairs that it will be drawn up in most conciliatory terms and will, in as large a measure as possible, meet Austrian demands. Under-Secretary gave me a brief summary of projected reply in advance. Consent of Servian Government is given in it to the publication of declaration in "Official Gazette", and they accept the ten points with reserves. They consent to the dismissal and prosecuting of those officiers who can be clearly proved to be guilty, and they have already arrested officer mentioned in the Austrian note. They agree to suppress Narodna Odbrana. They declare themselves ready to agree to mixed commission of enquiry provided that it can be proved that it is in accordance with international usage that such a commission should be appointed."

Lichnowsky

Übersetzung

»Telegramm von Hr. Crackanthorpe Belgrad, 25. Juli 1914

Der Ministerrat entwirft jetzt die Antwort auf die österreichische Note. Ich erfahre vom Unterstaatssekretär des Auswärtigen, daß sie in versöhnlicher Form gehalten sein und soweit als möglich den österreichischen Forderungen entgegenkommen wird. Der Unterstaatssekretär gab mir im voraus eine kurze Inhaltsangabe der beabsichtigten Erwiderung. Die serbische Regierung stimmt darin der Veröffentlichung einer Erklärung in ihrem offiziellen Organ zu und nimmt die zehn Punkte unter Vorbehalten an. Sie stimmt der Entlassung und gerichtlichen Verfolgung der Beamten zu, deren Schuld klar nachgewiesen

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in London $6^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $11^{0}$ nachm. Eingangsvermerk: 25. Juli nachm.

werden kann, und sie hat schon den in der österreichischen Note bezeichneten Offizier verhaften lassen. Sie erklärt sich bereit, eine gemischte Untersuchungskommission zuzugestehen, vorausgesetzt, daß nachgewiesen werden kann, daß die Einsetzung einer solchen Kommission mit dem internationalen Brauch in Übereinstimmung steht.«

Nr. 192

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London[1]

Telegramm 176 Berlin, den 25. Juli 1914[2]

Unterscheidung Sir E. Greys zwischen österreichisch-serbischem und österreichisch-russischem Konflikt vollständig zutreffend. In ersteren wollen wir uns ebensowenig wie England mischen und vertreten nach wie vor Standpunkt, daß Frage durch Enthaltung aller Mächte lokalisiert bleiben muß. Wir hoffen deswegen dringend, daß Rußland, bewußt des Ernstes der Situation und seiner Verantwortung, sich jeden aktiven Eingriffs enthält. Sollte österreichisch-russischer Streit entstehen, so sind wir, vorbehaltlich unserer bekannten Bündnispflichten, bereit, mit den anderen Großmächten Vermittlung zwischen Österreich und Rußland eintreten zu lassen.

Jagow

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand. — Vgl. deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 30 Nr. 15.
[2] $11^5$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 193

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an die Botschafter in Rom und Wien[1]

Telegramm 19, 148 Berlin, den 26. Juli 1914[2]

Der soeben zurückgekehrte rumänische Gesandte sagte mir, König Carol werde seine Politik zum Dreibund nicht ändern. Allerdings hat Gesandter den König noch vor Ausbruch österreichischer Demarche in Belgrad gesehen[3].

Jagow

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $2^0$ vorm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 208—210.

Nr. 194

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 153 Petersburg, den 25. Juli 1914[2]

General von Chelius meldet für S. M.:

»Die Truppenübungen im Krasnojelager wurden heute plötzlich abgebrochen, die Regimenter kehren sofort in ihre Garnisonen zurück; Manöver sind abgesagt, die Kriegsschüler wurden heute zu Offizieren befördert, statt im Herbst. Im Hauptquartier herrscht große Erregung über das Vorgehen Österreichs, habe den Eindruck, daß man alle Vorbereitungen zur Mobilmachung gegen Österreich trifft.«

Pourtalès

---

[1] Nach der Entzifferung. — Vgl. deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 28 Nr. 6.

[2] Datiert: Petersburg, den 25. Juli, aufgegeben daselbst 26. Juli $12^{20}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $3^{28}$ vorm., Eingangsvermerk: 26. Juli vorm. Am 26. Juli vom Reichskanzler durch Funkspruch dem Kaiser mitgeteilt, in Berlin zum Haupttelegraphenamt 26. Juli $12^{5}$ nachm., angekommen im Hoflager 27. Juli $4^{0}$ vorm.; Entzifferung des Hoflagers vom Kaiser am 27. Juli im Auswärtigen Amt zurückgelangt.

Nr. 195

## Der Geschäftsträger in Cetinje an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 17 Cetinje, den 25. Juli 1914[2]

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärt mir, infolge Abwesenheit Ministerpräsidenten sei über die Haltung Montenegros im Falle eines österreichisch-serbischen Krieges keine Entscheidung getroffen. Als Privatansicht äußerte er, daß König und Regierung, auch wenn sie neutral zu bleiben wünschten, wohl von der öffentlichen Meinung gezwungen werden würden, einzugreifen, sobald Österreich in Serbien einmarschiert. Ähnlich soll sich auch der König ausgesprochen haben. Stadt und Bevölkerung ruhig.

Zech

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Cetinje 25. Juli $10^{16}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 26. Juli $4^{8}$ vorm. Eingangsvermerk: 26. Juli vorm. Am 26. Juli von Jagow telegraphisch dem Botschafter in Wien mitgeteilt, Telegramm $3^{40}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 196

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 23 Fiuggi Fonte, den 25. Juli 1914[2]

Bei der Bedeutung, welche die hiesige öffentliche Meinung Berliner Telegrammen gerade jetzt beimißt, dürfte es angezeigt sein, wenn es politisch möglich ist, durch Berliner Nachrichten hiesige Presse darauf hinzuweisen, daß Österreichs Aktion nicht Territorialerwerb, welcher italienische Interessen an der Adiia gefährden könnte, bezweckt, sondern in erster Linie endgültige Klärung des Verhältnisses zu Serbien aus innerpolitischen Gründen[3].

Flotow

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte, 25. Juli 11[20] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 26. Juli 4[20] vorm. Eingangsvermerk: 26. Juli vorm.

[3] Randbemerkung Hammanns: »Wolff angewiesen, solche Stimmen an Agenzia Stefani zu geben.«

Nr. 197

## Der Reichskanzler an den Kaiser[1]

Telegramm 146 Berlin, den 26. Juli 1914[2]

Außer der von General von Chelius gemachten Meldung[3] liegen über russische Haltung noch keine verbürgten Nachrichten vor. Sollte Rußland sich zum Konflikt mit Österreich anschicken, beabsichtigt England Vermittelung[4] zu versuchen und erhofft dabei französische Unterstützung. Solange Rußland keinen feindlichen Akt vornimmt, glaube ich, daß unsere auf eine *Lokalisierung*[5] gerichtete Haltung auch

---

[1] Nach dem Konzept von des Reichskanzlers Hand.

[2] Durch Funkspruch über Norddeich: In Berlin 26. Juli 1 Uhr nachm. zum Haupttelegraphenamt, angekommen im Hoflager 27. Juli 4 Uhr vorm. Entzifferung am 27 Juli vom Kaiser zurückgegeben, am gleichen Tage ins Auswärtige Amt gelangt.

[3] Siehe Nr. 194.

[4] Die Worte »Österreich anschicken, beabsichtigt.........Unterstützung« lauten in der Entzifferung des Hoflagers verstümmelt und irreführend: »Österreich (folgt Lücke) Baron Fredericks beabsichtigt Englands Vermittlung zu versuchen, und er hofft auf französische Unterstützung«. Das Wort »Fredericks« hat der Kaiser unterstrichen und am Rand vermerkt: »welcher?«

[5] Am Rand Ausrufungszeichen des Kaisers.

*Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Nur Ruhe, immer nur Ruhe!! Eine Ruhige Mobilmachung ist eben auch was Neues.*

eine *ruhige bleiben muß.* General von Moltke ist heute aus Karlsbad zurückgekehrt und teilt diese Ansicht.

Erbitte alleruntertänigst Mitteilung, wo und wann Ew. M. an *Land steigen*[6], damit ich Ew. M. dort zum Vortrag erwarten darf.

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

*Er soll mich in Berlin erwarten; ich komme dorthin, oder Wildpark.*

[6] Am Rand 2 Ausrufungszeichen des Kaisers.

Nr. 198

## Der Reichskanzler an den Botschafter in Petersburg[1]

Telegramm 126 Berlin, den 26. Juli 1914[2]

Nachdem Graf Berchtold Rußland erklärt hat, daß Österreich keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtige, sondern nur Ruhe schaffen wolle, hängt Erhaltung europäischen Friedens allein von Rußland ab. Wir vertrauen auf Friedensliebe Rußlands und unsere altbewährten guten Beziehungen, daß es keinen Schritt unternimmt, welcher den europäischen Frieden ernstlich gefährden würde.

Bethmann Hollweg

[1] Nach dem Konzept von des Reichskanzlers Hand. — Vgl. deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 29 Nr. 12.
[2] $1^{35}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 199

## Der Reichskanzler an den Botschafter in London[1]

Telegramm 178 Berlin, den 26. Juli 1914[2]
Dringend!

Österreich hat Rußland offiziell erklärt, daß es keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtige und seinerseits Bestand des Königreichs nicht antasten, sondern nur Ruhe schaffen wolle. Nach hier von vertrauenswürdiger Seite eingelangten, allerdings noch nicht

[1] Nach dem Konzept von des Reichskanzlers Hand. — Vgl. deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 29 Nr. 10.
[2] $1^{35}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

verbürgten Nachrichten steht in Rußland Einberufung mehrerer Reservistenjahrgänge unmittelbar bevor, was einer Mobilisierung auch gegen uns gleichkommen würde. Sollten sich diese Nachrichten bewahrheiten, so würden wir gegen unseren Wunsch zu Gegenmaßregeln gezwungen werden. Unser Streben geht auch heute dahin, den Konflikt zu lokalisieren und den europäischen Frieden zu erhalten. Wir bitten daher Sir Edward Grey, in diesem Sinne in Petersburg zu wirken[3].

Bethmann Hollweg

[3] Siehe Nr. 218.

Nr. 200

## Der Reichskanzler an den Botschafter in Paris[1]

Telegramm 167 — Berlin, den 26. Juli 1914[2]

Österreich hat Rußland offiziell erklärt, daß es keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtige und seinerseits Bestand des Königreichs nicht antasten, sondern nur Ruhe schaffen wolle[3]. Die Entscheidung, ob ein europäischer Krieg entstehen soll, hängt momentan nur bei Rußland. Wir vertrauen auf Frankreich, mit dem wir uns in dem Wunsche der Erhaltung des europäischen Friedens eins wissen, daß es in Petersburg seinen Einfluß in beruhigendem Sinne geltend machen wird.

Bethmann Hollweg

[1] Nach dem Konzept von des Reichskanzlers Hand.
[2] $1^{35}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Gleichlautend wie Nr. 199.

Nr. 201

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 159 — London, den 26. Juli 1914[2]

Prinz Heinrich bittet mich, Ew. Exz. zu melden, S. M. der König habe ihm den lebhaften Wunsch zu erkennen gegeben, daß es der britisch-deutschen Gemeinschaft unter Zutritt Frankreichs und Italiens gelingen möge, der so überaus ernsten Lage im Sinne des Friedens Herr zu werden.

Lichnowsky

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in London $11^{49}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $1^{56}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm. Am 26. Juli von Jagow telegraphisch dem Kaiser mitgeteilt, aufgegeben in Berlin, den 26. Juli $7^{56}$ nachm., angekommen im Hoflager 27. Juli $7^{30}$ vorm., Entzifferung lag noch am 27. Juli dem Kaiser vor.

Nr. 202

## Der Reichskanzler an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 150 Berlin, den 26. Juli 1914[2]

Auch der Chef des Generalstabs hält es für dringend erforderlich, daß Italien fest beim Dreibund gehalten wird. Eine Verständigung Wiens mit Rom ist daher nötig. Wien darf derselben nicht mit fraglichen Vertragsdeutungen ausweichen, sondern muß dem Ernst der Lage entsprechend seine Entschlüsse fassen.

Bethmann Hollweg

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Jagows Hand.
[2] $3^0$ nachm. zum Haupttelegraphenamt gegeben, $7^{10}$ nachm. auf der Botschaft in Wien angekommen.

Nr. 203

## Der Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler[1]

St. Petersburg, den 24. Juli 1914[2]

Nach der Parade in Krasnoje Selo und einem Diner auf der »France« hat der Präsident der französischen Republik die Kronstädter Reede gestern abend wieder verlassen. Die Herrn Poincaré hier zuteil gewordene Aufnahme war, wie nicht anders zu erwarten stand, eine sehr freundliche. Die offiziellen Veranstaltungen zeugten von dem Wunsche, dem Staatschef der verbündeten Republik ganz besondere äußerliche Ehren zu erweisen, die offenbar auch darauf berechnet waren, seiner *persönlichen Eitelkeit zu schmeicheln.* Bei dem Besuch zum Beispiel, den Herrn Poincaré von Peterhof aus in St. Petersburg machte, wurde er nicht allein bei seiner Fahrt von Newa-Quai zum Winterpalais, sondern

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 26. Juli nachm. Ausfertigung wurde dem Kaiser zugeleitet, der durch Randverfügung Mitteilung an den Botschafter in Paris anordnete; vom Kaiser am 28. Juli ins Amt zurückgelangt. Bericht wurde am 30. Juli dem Botschafter in Paris mitgeteilt. Vgl. deutsches Weißbuch vom Mai 1915.

auch bei allen seinen Ausfahrten von einer Schwadron Kosaken eskortiert, die zu diesem Zwecke ihre scharlachrote Uniform, die sonst im Sommer selbst bei Paraden nicht angelegt wird, trugen.

Abgesehen von diesen äußerlichen Ehrenbezeugungen, läßt sich *nicht* sagen, daß die dem französischem Gaste hier zuteil gewordene Aufnahme *eine besonders warm*e *gewesen* ist. Wer lediglich die hiesigen nationalistischen Blätter und die überschwenglichen Festberichte der sehr zahlreich hier erschienenen französischen Journalisten liest, wird ein sehr falsches Bild von der Stimmung gewinnen, die während der Tage des Präsidentenbesuches hier geherrscht hat. Jeder unparteiische Beobachter muß die *auffallende Gleichgültigkeit,* welche die große Masse des Publikums dem Besuche gegenüber zeigte, konstatiert haben. Selbst an dem Tage, an welchem Herr Poincaré der Residenz selbst seinen Besuch abstattete, und trotz des bei diesem Besuch aufgebotenen großen Apparates war von einer besonders regen Teilnahme des Publikums, geschweige denn von irgend welcher Begeisterung nichts zu merken. Bei der Ankunft des Präsidenten und seiner Fahrt die Newa-Quais entlang bis zum Winter-Palais hatte sich trotz des schönen Wetters verhältnismäßig wenig Publikum eingefunden, das Herrn Poincaré *nicht nur keine Ovationen* bereitete, sondern *überhaupt kaum grüßte.* Die auf polizeiliche Anordnung dekorierten, aber keineswegs besonders reich beflaggten Straßen, durch welche der Präsident mit seiner Eskorte und einem zahlreichen Gefolge am Nachmittag eine Rundfahrt machte, waren durchaus nicht besonders belebt, und nur an den Straßenecken erwarteten einige Schaulustige die Vorbeifahrt des *Cortège*[3].

Am meisten Leben zeigte sich noch am Newski-Prospekt, als der Präsident

---

[3] Hinter »Cortège« Ausrufungszeichen des Kaisers.

sich am Abend nach dem Diner auf der französischen Botschaft nach der Stadt-Duma begab.

Wie ich bereits anderweitig hervorgehoben habe, ist die große Teilnahmlosigkeit der Bewohner der Hauptstadt während des Besuchs des Herrn Poincaré nicht zum geringsten auf die *Arbeiterstreiks zurückzuführen,* die während der Anwesenheit der französischen Gäste zu ernsten Zusammenstößen mit der Polizei und der Truppe geführt haben. Man muß es als eine Ironie des Schicksals empfinden, daß zu der gleichen Zeit, zu welcher im Lager von Krasnoje Selo die russischen Garden den Gast des Zaren mit den Klängen der »*Marseillaise*«[4] begrüßten, in den Vorstädten Petersburgs *die Kosaken auf die Arbeiter* einhieben, welche *dieselbe Marseillaise* sangen.

*das kommt vom Bunde der Absoluten Monarchie und der Absoluten Sozialistischen-Sansculotten Republik!*

Als sich gelegentlich meiner Unterhaltungen mit Herrn Sasonow das Gespräch dem Besuch des Herrn Poincaré zuwandte, hob der Minister den friedfertigen Ton der gewechselten Trinksprüche hervor. Ich konnte nicht umhin, Herrn Sasonow darauf aufmerksam zu machen, daß nicht die bei derartigen Besuchen ausgetauschten Toaste, sondern die daran geknüpften Preßkommentare den Stoff zur Beunruhigung geliefert hätten. Derartige Kommentare seien auch diesmal nicht ausgeblieben, wobei sogar die Nachricht des angeblichen Abschlusses einer russisch-englischen Marinekonvention verbreitet worden sei. Herr Sasonow griff diesen Satz auf und meinte unwillig, eine solche *Marinekonvention existiere* nur »in der Idee des »Berliner Tageblattes« und im Mond«.

*nach den heutigen Meldungen des Marineattachés, nach Aussage des Russ. Marineattachés, ist sie im Werden!*

*heute noch! aber morgen!*

Das von der russischen Regierung über den Besuch des Herrn Poincaré in der Presse veröffentlichte Communiqué ist in der Anlage gehorsamst beigefügt.

F. Pourtalès

---

[4] »Marseillaise« zweimal vom Kaiser unterstrichen.

Nr. 204

## Der Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler[1]

St. Petersburg, den 25. Juli 1914[2]

Die Unterredung, die ich gestern abend mit Herrn Sasonow hatte, und über die ich anderweitig schon zu berichten die Ehre hatte[3], drehte sich, nachdem ich dem Minister den Standpunkt der k. Regierung entwickelt hatte, zunächst hauptsächlich um die Frage der vom Minister befürworteten europäischen Enquete über die Konnivenz der serbischen Regierung gegenüber den Treibereien der groß-serbischen Propaganda. Herr Sasonow vertrat den Standpunkt, daß die Frage eine europäische sei, da Serbien nach der bosnischen Krisis Europa gegenüber Verpflichtungen übernommen habe, und daß Europa Serbien nicht der Vergewaltigung durch seinen mächtigen Nachbarn preisgeben dürfe.

Ich versuchte, dem Minister zu beweisen, daß es im Interesse der dringend erwünschten Vermeidung aller etwaiger weiterer Komplikationen durchaus geboten erscheine, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren. Ich wies ferner darauf hin, daß nach meiner Überzeugung Österreich-Ungarn auf die Zumutung, die Untersuchung gegen die Urheber des Attentats von Sarajevo einer Superrevision der Mächte zu unterwerfen, niemals eingehen werde und auch nicht eingehen könne, wenn es nicht auf seine Stellung als Großmacht verzichten wolle.

Ich machte endlich darauf aufmerksam, daß mir der ganze Vorschlag, die Angelegenheit vor einen europäischen Areopag zu bringen, auch abgesehen von der zweifellos zu gewärtigenden österreichischen Ablehnung, auch durchaus unpraktisch erscheine, da unbedingt zu erwarten sei, daß der allgemeine politische Standpunkt der verschiedenen Mächte und Mächtegruppen bei der Stellungnahme zu der Frage der ausschlaggebende sein werde. Was aber habe ein solches »Gerichtsverfahren« für einen praktischen Zweck, wenn sich »die politischen Freunde« Österreich-Ungarns auf seine Seite und die Gegner auf die Gegenseite stellten? Wer solle in diesem Falle die Entscheidung fällen?

Herr Sasonow war durch diese Argumente nicht von seiner Idee abzubringen und bat mich dringend, sie meiner Regierung zu übermitteln. Ich entgegnete, es sei natürlich meine Pflicht, meiner Regierung über seine Stellungnahme zu berichten, ich könnte ihm aber nicht die geringste Aussicht machen, daß Ew. Exz. diesen, nach

---

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 26. Juli nachm. Randnotiz des Reichskanzlers: »S. M. vorgetragen: v. B. H. 27.«

[3] Siehe Nr. 160.

meiner Ansicht ganz unpraktischen und auch für Österreich demütigenden Vorschlag überhaupt als diskutabel anerkennen würde. Herr Sasonow erwiderte sehr verstimmt, er merke allerdings schon seit mehreren Tagen, daß wir in der Frage voreingenommen seien und unsere Stellungnahme bereits in einer bestimmten Richtung festgelegt hätten.

Ich bemerkte darauf, unser Standpunkt sei ein durchaus klarer und loyaler. Er werde uns nicht allein durch unsere Pflichten gegen unseren Verbündeten, sondern auch durch unser Gerechtigkeitsgefühl und vor allem durch unser treues Festhalten an dem monarchischen Prinzip diktiert.

Der Appell an das monarchische Prinzip war Herrn Sasonow sichtlich unangenehm. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich hier in keiner Weise um die Verteidigung monarchischer Interessen handele. Rußland, fügte er ärgerlich hinzu, brauche sich gewiß, was die Heilighaltung des monarchischen Prinzips betreffe, keine Lehren erteilen zu lassen. »Und doch«, erwiderte ich, »sollten Sie ernstlich prüfen, ob Sie nicht im vorliegenden Falle eine schlechte Sache vertreten. Rußland kann unmöglich die Sache des Fürstenmordes verteidigen.«

Herr Sasonow, der bei diesem Teil des Gespräches immer nervöser und gereizter wurde, suchte von diesem Thema abzulenken und unter Berufung auf frühere Attentate wieder den Standpunkt zu vertreten, daß noch nie Regierungen und Völker für die Taten einzelner verantwortlich gemacht worden seien. Ich bemerkte darauf, daß es in der neueren Geschichte wohl auch kaum ein Beispiel gäbe, daß ein Staat eine verbrecherische Propaganda gegen den Nachbarn, wie dies jetzt in Serbien nachgewiesenermaßen geschehen sei, geduldet habe.

Herr Sasonow gab darauf zu verstehen, daß ihn die von Österreich-Ungarn vorgebrachten, »Beweise« in keiner Weise überzeugten; er erging sich dabei in den maßlosesten Anklagen und Verdächtigungen gegen die österreichisch-ungarische Regierung. Diesen in größter Erregung vorgebrachten Ausfällen gegenüber konnte ich nicht umhin, dem Minister die Befürchtung auszusprechen, daß er sich ganz unter der Herrschaft seines unversöhnlichen blinden Hasses gegen Österreich befinde, der ihn leider anscheinend für alle anderen ruhigen Erwägungen unzugänglich mache. »Haß entspricht nicht meinem Charakter,« erwiderte der Minister, »ich hege daher auch keinen Haß gegen Österreich, aber Verachtung.«

Herr Sasonow führte dann aus, daß Österreich-Ungarn nach seiner Überzeugung nur nach einem Vorwand suche, um Serbien zu »verschlingen« (avaler). »In diesem Falle aber«, fügte der Minister hinzu, »wird Rußland mit Österreich Krieg führen.« Es war das einzige Mal, daß Herr Sasonow, der sich sonst in seinen Äußerungen wenig Zwang auferlegte, eine Anspielung auf die Möglichkeit eines bewaffneten Einschreitens Rußlands machte. Ich möchte daraus

schließen, daß übereilte Schritte in dieser Richtung, trotz der zweifellos in hiesigen Regierungskreisen herrschenden großen Erregung, vorläufig nicht zu gewärtigen sind.

Ich habe dem Minister meine Überzeugung dahin ausgesprochen, daß es sich im äußersten Falle nur um eine Strafexpedition Österreichs gegen Serbien handeln werde, und daß Österreich weit davon entfernt sei, an territoriale Erwerbungen zu denken. Herr Sasonow schüttelte zu diesen Ausführungen ungläubig den Kopf und sprach von weitgehenden Plänen, die Österreich habe. Erst solle Serbien verspeist werden, dann werde Bulgarien darankommen und dann »werden wir sie am Schwarzen Meer haben«.

Ich bemerkte hierauf, solche phantastischen Übertreibungen schienen mir überhaupt einer ernsten Diskussion nicht wert.

Mein Gesamteindruck ist der, daß trotz der sehr erregten Stimmung, in der sich Herr Sasonow befindet, er doch vor allem zu temporisieren wünscht, und daß dieser Wunsch seinem Vorschlag, die Angelegenheit vor den Richterstuhl Europas zu bringen, in erster Linie zugrunde liegt. Ein gefährliches Moment der hiesigen Situation ist allerdings der leidenschaftliche nationale und besonders auch religiöse Haß des Ministers gegen Österreich-Ungarn.

Die hiesige öffentliche Meinung hat sich bis jetzt dem österreichisch-serbischen Konflikt gegenüber merkwürdig gleichgültig gezeigt. Dies dürfte sich allerdings, wie schon die heutige Presse zeigt, in den nächsten Tagen ändern.

F. Pourtalès

Nr. 205

## Der Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler[1]

St. Petersburg, den 25. Juli 1914[2]

Aus zuverlässiger Quelle höre ich, daß im gestrigen hiesigen Ministerrat in erster Linie die Frage besprochen worden sein soll, ob die gegenwärtige innere Lage Rußlands derart sei, daß das Land äußeren Verwickelungen ohne Beunruhigung in dieser Richtung entgegensehen könne. Die Mehrzahl der anwesenden Minister soll sich in dem Sinne geäußert haben, daß Rußland wegen der inneren Lage derartige Verwickelungen nicht zu scheuen brauche.

F. Pourtalès

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 26. Juli nachm. Randnotiz des Reichskanzlers: »S. M. vorgetragen, B. H. 27«.

Nr. 206

## Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler[1]

Wien, den 25. Juli 1914[2] [3]

Man wird Kriegserklärung gegebenenfalls serbischer Regierung telegraphisch oder durch die Post zustellen, zugleich aber davon allen Mächten Mitteilung machen, um serbischer Regierung jeden Vorwand zu nehmen, nicht unterrichtet worden zu sein.

von Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 26. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 142, die 24. Juli $6^{15}$ nachm. auf der Botschaft in Wien eintraf.

Nr. 207

## Der Marineattaché in London an das Reichsmarineamt[1]

Telegramm (ohne Nummer) London, den 26. Juli 1914[2]

Ganz geheim!

England beabsichtigt gemeinschaftliche Aktion Deutschland, Frankreich, Italien zur Beruhigung Rußland, Österreich-Ungarn. König von Großbritannien äußerte zum Prinzen Heinrich von Preußen, England würde sich neutral verhalten, falls Krieg ausbrechen sollte zwischen Kontinentalmächten. Flotte hat Reservisten entlassen und Mannschaften beurlaubt programmäßig.

Marineattaché

---

[1] Nach einer vom Kapitän von Bülow vom Admiralstab am 26. Juli nachm. im Auswärtigen Amt überreichten Abschrift. Zimmermann vermerkt dazu noch am 26. Juli: »Der Herr Reichskanzler hat bereits direkt durch H. v. B[ülow] davon Kenntnis«.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 26. Juli nachm.

Nr. 208

## Der rumänische Gesandte in Berlin an das Auswärtige Amt [1]

Geheim! Berlin, den 13./26. Juli 1914[2]

Die k. rumänische Regierung, welche durch die sich überstürzenden Ereignisse in die Lage kommen kann, ihre Bündnispflichten zu erfüllen, legt den größten Wert darauf, im engsten Einvernehmen mit dem Deutschen Reich rechtzeitig derart unterrichtet zu werden, daß sie ihrerseits die notwendigen politischen und militärischen Maßnahmen treffen, insbesondere die öffentliche Meinung des Landes auf die eventuell zu fassenden Entschlüsse von größter Tragweite für Rumänien vorbereiten kann.

In diesem Sinne hat sowohl S. M. der König, als auch der Ministerpräsident Bratianu den Unterzeichneten instruiert, wenn es auch bei seiner Abreise von Rumänien noch nicht ersichtlich war, daß wir so nahe vor dieser Entscheidung standen.

A. Beldiman

---

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 26. Juli nachm. Die Mitteilung muß jedoch vor Absendung von Nr. 193 erfolgt sein. Siehe auch Nr. 209 und 210.

Nr. 209

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an die Botschafter in Wien und Rom [1]

Geheim! Berlin, den 26. Juli 1914[2] [3]

Der rumänische Gesandte, der soeben aus Heimaturlaub zurückgekehrt ist und vor wenig Tagen König Carol gesehen hatte, sagte mir im Auftrage des letzteren, er werde seine Politik dem Dreibund gegenüber nicht ändern. Allerdings hatte Herr Beldiman seinen Souverän noch vor der österreichischen Demarche in Belgrad gesprochen, und König Carol hatte ihm gesagt, er bäte, vor Eintritt einer kritischen Lage rechtzeitig informiert zu werden, damit Er Sich darauf einrichten könne. Herr Beldiman ist aber der Ansicht, daß Rumänien, im Falle einer Konflagration, zweifellos seinen Vertragsverpflichtungen nachkommen würde.

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] Abgegangen am 26. Juli.
[3] Siehe Nr. 193, 208, 210.

Trotz der starken, in Rumänien bestehenden Verstimmung gegen Österreich-Ungarn wäre das Mißtrauen gegen Rußland doch noch stärker, viele einflußreiche Landsleute hätten sich zu ihm in dem Sinne geäußert. Das russische Heiratsprojekt sei zunächst vertagt, da Prinz Carol dem Gedanken, jetzt schon eine Ehe einzugehen, sehr abgeneigt sei.

Was das Verhältnis zu Bulgarien anlangt, sagte der Gesandte, der Haß gegen Rumänien sei in Bulgarien, namentlich in Armeekreisen, zu stark, um jetzt schon eine Besserung der Beziehungen bzw. einen Anschluß zu ermöglichen. Die militärischen Grenzkonflikte seien wesentlich auf die rumänenfeindliche Stimmung des bulgarischen Offizierkorps zurückzuführen.

Jagow

Nr. 210

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 152 Berlin, den 26. Juli 1914[2] [3]

Hiesiger rumänischer Gesandter hat im Auftrage des Königs Carol und im Einverständnis mit Bratianu Bitte ausgesprochen, behufs Erfüllung Bündnispflichten rechtzeitig derart unterrichtet zu werden, daß rumänische Regierung die erforderlichen politischen und militärischen Maßnahmen treffen, auch öffentliche Meinung auf die zu treffenden Entschlüsse beizeiten vorbereiten kann.

Bratianu hat — die hier nicht bekannte — Nachricht erhalten, daß Bulgarien Reservisten einberuft und Truppen an rumänischer Grenze zusammenzieht. Rumänische Regierung legt naturgemäß größten Wert darauf, dafür Garantie zu erhalten, daß von bulgarischer Seite nichts zu befürchten, um mit ganzer Macht gegen Rußland marschieren zu können.

Bitte vorstehendes Grafen Berchtold mitteilen und darauf hinwirken, daß Rumänien die gewünschten Garantien erhält.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Bergens Hand mit Änderungen von der Hand Stumms und Zimmermanns.
[2] $4^{15}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 193, 208, 209.

Nr. 211

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 24 Fiuggi Fonte, den 26. Juli 1914[2]

Marquis di San Giuliano fährt fort, mir zu sagen, daß das Vorgehen Österreichs für Italien höchst bedenklich sei, da Österreich morgen wegen der Irredenta dasselbe Vorgehen gegen Italien richten könne. Zu solchen Schritten könne Italien daher nicht Zustimmung geben. Nach vertraulichen Nachrichten aus Bukarest sei S. M. der König von Rumänien der gleichen Ansicht wegen der in Ungarn lebenden Rumänen[3]. Ich habe dem Minister gesagt, daß er nicht Fälle konstruieren möge, die gar nicht vorlägen.

Den österreichischen Versicherungen, kein serbisches Territorium zu beanspruchen, glaubt der Minister immer noch nicht. Er hält es daher für nötig, Österreich schon bald auf Italiens Kompensationsansprüche vorzubereiten. Mit Wien könne er aber schwerlich darüber direkt verhandeln. Weder Baron von Mérey hier, noch der Herzog von Avarna in Wien seien dazu geeignet. Überhaupt mache das bestehende Mißtrauen zwischen Wien und Rom solche Verhandlungen schwierig. Der einzige gangbare Weg führte über Berlin. Ich habe ihm gesagt, ich wisse nicht, wie meine Regierung darüber denke. Im Augenblick scheine es mir noch zu früh zu sein. Der Minister deutete wieder an, ohne Kompensation sei Italien gezwungen »Österreich in den Weg zu treten«.

Marquis di San Giuliano gab mir ein Telegramm des Herrn Bollati, wonach der Herr Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten sich durch die Erklärungen als befriedigt gezeigt habe.

In vertraulichem Gespräch sagte der Minister, es scheine ihm, als wenn die k. Regierung Österreich zu sehr ermutige. Ich habe das bestritten und ihm gesagt, wir beschränkten uns darauf, unsere Bundespflichten zu erfüllen.

Überhaupt Presse noch relativ günstig, mit Ausnahme des Berliner Korrespondenten des Messagero. Corriere della Sera hat abgelehnt, für Österreich einzutreten.

Flotow

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte $3^{10}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $5^{10}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm. Auf der Entzifferung der noch am 26. oder 27. Juli geschriebene Vermerk Jagows: »Mit Herrn Bollati besprochen«.

[3] Dazu die Randbemerkung Zimmermanns: »Fasciotti!« Siehe Nr. 239

Nr. 212

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 106 Wien, den 26. Juli 1914[2]

Herzog von Avarna hat gestern hier im Auftrage seiner Regierung eine Erklärung in nachstehendem Sinne abgegeben. Italien müsse sich selbst bei provisorischer Besetzung serbischen Gebiets sein Recht auf Kompensationen im Sinne des Artikels 7 vorbehalten. Im übrigen beabsichtigt die italienische Regierung in dem eventuellen bewaffneten Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eine freundschaftliche und den Bündnispflichten entsprechende Haltung der Monarchie gegenüber einzunehmen.

Graf Berchtold begrüßte diese Erklärung Italiens, bemerkte aber, daß man kriegerische Operationen auf serbischem Gebiet selbstverständlich nicht als provisorische Besetzung ansehen könne. Den ganzen Komplex der mit den italienischen Kompensationsforderungen zusammenhängenden Fragen erörtere ich fortlaufend mit Baron Macchio und Graf Berchtold und darf mir demnächstige Berichterstattung vorbehalten. Ich bemühe mich dabei in erster Linie, die hiesigen Stellen dazu zu bringen, die nutzlosen theoretischen Erörterungen über Interpretation des Artikels 7 fallen zu lassen, wobei mich General Freiherr Conrad von Hötzendorf, in dessen Gegenwart ich heute wieder mit Graf Berchtold die Angelegenheit eingehend besprach, unterstützte. Ich betonte, daß es darauf ankommt, einen praktisch gangbaren Weg zu finden, zumal es keinem Zweifel unterliegt, daß Italien gegebenenfalls doch mit Kompensationsforderungen kommen werde. Graf Berchtold verhielt sich nicht ablehnend, meint aber, die Italiener hätten bereits vorweg durch die Besetzung der Inseln, die, mit Ausnahme von Rhodos und den ganz dicht daran liegenden Inseln, im Ägäischen Meer lägen, eine Kompensation in Händen.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien $4^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $6^{15}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm. Am 26. Juli von Jagow nach Vornahme kleiner Änderungen und mit Fortlassung des Satzes: »zumal es keinem . . . . . . . . . . kommen werde«, telegraphisch dem Botschafter in Rom mitgeteilt, 27. Juli $12^{50}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 213

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 105 Wien, den 26. Juli 1914[2]

Geheim!

Graf Berchtold las mir Telegramm des Grafen Szögyény vor, in welchem dieser meldet, daß man in Berlin, um die[3] Gefahr der Einmischung dritter tunlichst vorzubeugen, größte Schnelligkeit in militärischen Operationen und baldigste Kriegserklärung für nützlich hielte. Der Minister hatte zur Besprechung über diesen Punkt bereits Freiherrn von Hötzendorf zu sich gebeten, der während meiner Anwesenheit beim Minister erschien. Ich unterstützte warm unseren Standpunkt, der von Graf Berchtold durchaus geteilt wurde, beim Generalstabschef. Freiherr von Hötzendorf führte aus, es müsse vor allem vermieden werden, mit unzulänglichen Kräften den Feldzug zu beginnen. Die ungarischen Korps an serbischer Nordgrenze würden ja binnen kurzer Zeit marschbereit sein. Die österreichische Aufstellung an serbischer Westgrenze werde aber mangels genügender Kommunikationsmittel längere Zeit in Anspruch nehmen, solange müsse unbedingt gewartet werden. Er rechne darauf, ungefähr am 12. August den allgemeinen Vormarsch beginnen zu können. Übrigens würde sich wohl eine formelle Kriegserklärung erübrigen, da, wie er sicher annehme, schon in den nächsten Tagen feindliche Einbrüche Serbiens an der bosnischen Grenze erfolgen würden.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Wien $4^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $6^{20}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm. Auf einer Abschrift der Entzifferung der Vermerk des Reichskanzlers: »S. M. vorgetragen. B. H. 27.« Jagow verfügt Mitteilung der in Tschirschkys Telegramm gemeldeten Ausführungen Conrads von Hötzendorf an Generalstab und Admiralstab; Conrads Bemerkungen werden nach Vornahme stilistischer Änderungen von Zimmermann am 27. Juli diesen Dienststellen und dem Kriegsminister mitgeteilt. Mitteilungen $9^{0}$ nachm. durch Boten abgesandt.

[3] So irrig für »der«.

Nr. 214

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Bukarest[1]

Telegramm 42 Berlin, den 26. Juli 1914[2]
Geheim!

Zur Mitteilung. Österreich hat Rußland erklärt, daß es keinen Gebietsgewinn in Serbien erstrebe, sondern dort nur Ruhe herstellen wolle. Verantwortung für eventuelle Ausdehnung des Konfliktes und Störung des europäischen Friedens würde daher allein Rußland zufallen, wenn dieses gegen Österreich vorgehen sollte. Wir sind ebenso wie England fortgesetzt um Lokalisierung des Konfliktes bemüht. Vorgehen Rußlands gegen Österreich würde aber für uns die bekannten Konsequenzen haben, wobei wir auf Rumäniens Loyalität rechnen.

Nachrichten aus Rußland lauten ziemlich beunruhigend.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $6^{25}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 215

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 159 St. Petersburg, den 26. Juli 1914[2]

Von Kollegen erfahre ich, daß Herr Paléologue sich hier dahin geäußert, Deutschland treibe zum Konflikt, es handele sich schon jetzt nicht mehr um austro-serbischen, sondern um russisch-deutschen Konflikt. Habe daher nunmehr durch hiesiges Informationsbureau nach Vereinbarung mit meinem österreichischen Kollegen veröffentlichen lassen, daß Nachricht, wonach Österreich von Deutschland geschoben werde und deutsche Regierung Inhalt österreichischer Note gekannt habe, unwahr.

Pourtalès

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Petersburg $3^{45}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{0}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm. Unter dem 26. Juli von Jagow telegraphisch dem Botschafter in Paris mitgeteilt, 27. Juli $1^{15}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 216

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 158 St. Petersburg, den 26. Juli 1914[2]

Militär-Attaché bittet mich, nachstehende Meldung Generalstab zu übermitteln:

Halte für sicher, daß Mobilmachung für Kiew und Odessa befohlen. Warschau und Moskau fraglich, die anderen wohl noch nicht.

Pourtalès

---

[1] Nach der Entzifferung. — Vgl. deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 28 Nr. 7.

[2] Aufgegeben in Petersburg $3^{25}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{1}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm. Randbemerkung des Reichskanzlers vom 27. Juli: »S. M. vorgetragen. B. H. 27.« Pourtalès' Telegramm am 26. Juli $8^{30}$ nachm. dem Generalstab mitgeteilt.

Nr. 217

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 157 St. Petersburg, den 26. Juli 1914[2]

Habe Sasonow, mit dem ich eben wieder lange Unterredung hatte, heute viel ruhiger und versöhnlicher gefunden. Er betont mit der größten Wärme, daß Rußland nichts ferner liege, als Krieg zu wünschen, daß es vielmehr bereit sei, alle Mittel zu erschöpfen, um denselben zu vermeiden, man müsse durchaus, und er bäte uns dringend, dabei zu helfen, eine Brücke finden, um einerseits den österreichischen Forderungen, deren Berechtigung er, soweit sie sich direkt auf die Verfolgung der Urheber des Attentats bezögen, aner-

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Petersburg $3^{15}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{1}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm. Unter dem 26. Juli von Jagow, unter Fortlassung der Sätze: »Ich habe .......... Ministers beizutragen«, telegraphisch dem Botschafter in Wien mitgeteilt, Telegramm am 27. Juli $12^{5}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt gegeben. Auf einer Abschrift der Entzifferung der Randvermerk des Reichskanzlers vom 27. Juli: »S. M. vorgetragen. B. H. 27.«

kenne, Genugtuung zu verschaffen[3]. Einige Forderungen jedoch[4], welche direkt Angriffe gegen serbische Souveränität bedeuteten, müßten abgeschwächt werden, und er bitte im Interesse des Friedens dringend um Mitwirkung aller Mächte, auch Deutschlands, um Wiener Kabinett zu einer Milderung einiger Punkte zu bewegen, es sei falsch, zu glauben, daß hiesige Politik sich lediglich durch »Sympathien« leiten lasse. Für Rußland sei aber das Gleichgewicht auf dem Balkan Lebensfrage, und es könne daher eine Herabdrückung Serbiens zu Vasallenstaat Österreichs unmöglich dulden. Von Vorschlägen über Revision österreichischer Untersuchung durch Europa war nicht mehr die Rede. Dagegen scheint Minister Idee einer Vermittelung vorzuschweben, bei der Deutschland und Italien Rolle spielen könnten.

Ich habe Sasonow gegenüber besonders betont, daß, wenn Österreich wirklich, wie er glaube, nach Vorwand suche, um über Serbien herzufallen, man jetzt bereits von Beginn österreichischer Aktion höre[5].

Dieser Hinweis schien zur Beruhigung des Ministers beizutragen.

Pourtalès

---

[3] In besonderem Telegramm vom 26. Juli, aufgegeben in Petersburg 26. Juli $5^{25}$ nachm., Eingangsvermerk des Amts: 27. Juli vorm., bittet Pourtalès, in dem obenstehenden Telegramm hinter »Genugtuung zu verschaffen« die Worte einzuschalten: »Andererseits ihre Annahme serbischerseits überhaupt möglich zu machen«.

[4] In dem berichtigenden Telegramm vom 26. Juli (siehe Anm. 3) bittet Pourtalès, das Wort »jedoch« zu streichen. Die Änderungen Pourtalès' sind in dem Telegramm nach Wien und in der dem Reichskanzler vorgelegten Abschrift der Entzifferung (siehe oben Anm. 2) noch nicht berücksichtigt.

[5] So in der Entzifferung.

## Nr. 218

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 160 London, den 26. Juli 1914[2]

Heute Sonntag niemand im Foreign Office zu sprechen, kann daher Auftrag[3] vor morgen nicht ausrichten. Bezweifle, daß Sir E. Grey in der Lage, in Rußland in gedachtem Sinne zu wirken, da nach Erscheinen österreichischer Forderungen hier niemand mehr

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in London $4^{25}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{1}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm.

[3] Siehe Nr. 199.

an Möglichkeit glaubt, Konflikt zu lokalisieren. Daß aus derartigem Vorgehen Österreichs Weltkrieg hervorgehen muß, hat hier niemand bezweifelt. Halte Augenblick für gekommen, Vermittelung im Sinne Sir E. Greys eintreten zu lassen, was allerdings wohl zur Voraussetzung hätte, daß Österreich bereit, auf weitere Lorbeeren zu verzichten.

Lichnowsky

## Nr. 219

## Der Reichskanzler an den Botschafter in Petersburg[1]

Telegramm 128 — Berlin, den 26. Juli 1914[2]

Dringend!

Wie bereits in Telegramm Nr. 126[3] angedeutet, würden vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands, die irgendwie eine Spitze gegen uns hätten, uns zu Gegenmaßregeln zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müßten. Die Mobilisierung aber bedeutete den Krieg und würde überdies gegen Rußland und Frankreich zugleich gerichtet sein müssen, da uns Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Rußland ja bekannt sind. Wir können nicht annehmen, daß Rußland einen solchen europäischen Krieg entfesseln will. Angesichts der territorialen Desinteressierung Österreichs geben wir uns vielmehr der Ansicht hin, daß Rußland der Auseinandersetzung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien gegenüber eine abwartende Stellung einnehmen kann. Den Wunsch Rußlands, den Bestand des serbischen Königreichs nicht in Frage stellen zu lassen, werden wir umso eher unterstützen können, als Österreich-Ungarn erklärt hat, diesen Bestand gar nicht in Frage stellen zu wollen. Eine gemeinsame Basis der Verständigung dürfte sich hierdurch auch im weiteren Verlaufe der Angelegenheit finden lassen[4].

Ew. Exz. ersuche ich, sich Herrn Sasonow gegenüber in vorstehendem Sinne auszusprechen.

Bethmann Hollweg

---

[1] Nach dem Konzept von der Hand des Reichskanzlers. Vgl. deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 5.

[2] $7^{15}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Siehe Nr. 198.

[4] Hier im Konzept des Kanzlers ursprünglich folgendes: »und dann dazu beitragen, einer Spannung ein Ende zu machen, die den wahren, auf gute Beziehungen angewiesenen Interessen Deutschlands und Rußlands widerspricht« von ihm nachträglich gestrichen.

Nr. 220

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 26 — Fiuggi Fonte, den 26. Juli 1914[2]

Kronprinz von Serbien hat an S. M. den König von Italien geschrieben, hat aber nur eine höfliche, nichtssagende Antwort erhalten.

Flotow

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte $4^{5}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{58}$ nachm. Eingangsvermerk: 26 Juli nachm. Randvermerk des Reichskanzlers vom 27. Juli: »S. M. vorgetragen B. H. 27«. Flotows Telegramm am 27. Juli $7^{40}$ nachm. von Jagow telegraphisch dem Botschafter in Wien mitgeteilt.

Nr. 221

## Der Reichskanzler an den Kaiser[1]

Telegramm 150 — Berlin, den 26. Juli 1914[2]

Wie Ew. M. soeben durch den Admiralstab gemeldet wird, hat Marineattaché London berichtet, daß *englische* Flotte Reservisten entläßt, Mannschaften programmäßig beurlaubt[3]. Im Einklang hiermit wage ich Ew. M. alleruntertänigst vorzuschlagen, die Hochseeflotte anzuweisen, vorläufig in Norwegen zu bleiben[4], da dies England seine geplante Vermittlungsaktion in Petersburg, das *ersichtlich schwankend*[5] ist, wesentlich erleichtern würde.

*[Randbemerkung links:] Es giebt eine Russ. Flotte! In der Ostsee sind jetzt auf Übungsfahrten begriffen 5 Russ. Torpedobootsflotillen, welche ganz oder teilweise in 16 Stunden vor den Belten stehen und dieselben sperren können. Port Arthur sollte eine Lehre sein! Meine Flotte hat Marsch Ordre nach Kiel und dahin fährt sie! W.*

*[Randbemerkung rechts:] Woher ist das zu entnehmen? Aus dem mir vorgelegten Material nicht*[6]

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

[1] Nach dem Konzept von des Reichskanzlers Hand. Notiz des Kanzlers für Zimmermann: »Bitte dies Telegramm, falls Sie und Exz. v. Jagow keine Bedenken haben, abgehen zu lassen. Eventuell bitte ich um Vorlage eines andern Entwurfs. B. H. 26.« Dazu Zimmermann: »Keine Bedenken. Das Tel. ist sofort abzulassen. Z. 26. 7.«

[2] Abgegangen durch Funkspruch über Norddeich, aufgegeben in Berlin 26. Juli $7^{59}$ nachm., angekommen in Hoflager 27. Juli $7^{0}$ vorm.

[3] Siehe Nr. 182.

[4] Am Rand Ausrufungszeichen des Kaisers.

[5] »schwankend« vom Kaiser zweimal unterstrichen; am Rand seine Bemerkung.

[6] Steht im Original auf der linken Seite.

Nr. 222

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 107 Wien, den 26. Juli 1914[2]

Aus den Meldungen des Grafen Szápáry hat man hier den Eindruck, daß Herr Sasonow[3] bei Besprechung des österreichisch-ungarischen Vorgehens gegen Serbien ängstlich jede Stellungnahme Rußlands vermieden, vielmehr nur auf Eindruck in England, Frankreich und Europa hingewiesen hat. Auch der Ausruf Sasonows: Wenn Österreich Serbien verschlinge, werde Rußland mit ihm Krieg führen, deutet darauf hin, daß Rußland nicht über diplomatische Aktion hinausgehen werde.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Wien $6^{10}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $8^{0}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm.
[3] »Herr Sasonow« im Auswärtigen Amt aus ursprünglichem irrigen »Graf Szápáry« der Entzifferung korrigiert.

Nr. 223

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 108 Wien, den 26. Juli 1914[2]

Graf Szécsen meldet über Unterredung mit Herrn Pichon u. a. folgendes:

Herr Pichon habe gefragt, ob man in Berlin sehr kriegerisch gesinnt sei; wenn man in Berlin keinen Krieg wolle, so werde Frieden bleiben. Rußland wolle nicht Krieg. Graf Szécsen hat betont, daß Deutschland den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nur als eine, diese beiden Staaten allein angehende Sache betrachten und sich von dem Streit fernhalten werde, solange kein Dritter sich einmischt.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Wien $6^{10}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $8^{0}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm.

Nr. 224

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 109 Wien, den 26. Juli 1914[2]

Graf Czernin meldet, daß der König von Rumänien ihm gegenüber bei Besprechung der serbischen Note einzelne Punkte kritisiert habe. Die im Laufe der Unterredung seitens des Grafen Czernin zweimal mit Nachdruck gemachte Bemerkung, daß der Dreibund mit Rumänien immer stärker sei als seine Gegner, hat der König beide Male widerspruchslos entgegengenommen.

Tschirschky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Wien $6^{10}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $8^{0}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm.

Nr. 225

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 25 Fiuggi Fonte, den 26. Juli 1914[2]

Marquis di San Giuliano sagte mir mit Beziehung auf den Vorschlag Sir E. Greys zur Vermittelung bei Gefahr eines Konflikts zwischen Rußland und Österreich, man müsse sich hüten, etwaige Vermittelungsvorschläge Sir E. Greys kurz zurückzuweisen. Nach seinem Charakter würde ihn das entmutigen und auf die andere Seite treiben, während seine Mitwirkung jetzt kostbar sei.

Flotow

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte $4^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $9^{30}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm.

Nr. 226

## Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 156 Berlin, den 26. Juli 1914[2]

Zwecks eventueller Verwertung in London wäre Mitteilung erwünscht, in welchen wesentlichen Punkten serbische Antwort auf Wiener Note unbefriedigend ausgefallen ist.

Zimmermann

---

[1] Nach dem Konzept von Zimmermanns Hand.
[2] $9^{40}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt, von dort abgesandt $12^{0}$ Mitternacht, auf der Botschaft in Wien angekommen am 27. Juli $3^{30}$ vorm. Antwort der Botschaft in Wien »Mitteilung wird erfolgen« Wien ab 27. Juli $3^{20}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $4^{32}$ nachm.

Nr. 227

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Rom[1]

Telegramm 20 Berlin, den 26. Juli 1914[2]

Wie Ew. Exz. bekannt, will Rumänien seinen Pflichten nachkommen. Wie mir rumänischer Gesandter vertraulich sagt, wird nur Herr Bratianu immer wieder etwas schwankend durch Sprache des italienischen Gesandten, der sagt, Italien könne sich an Konflikt nicht beteiligen und jetzt überhaupt keinen Krieg führen. Es ist erwünscht, daß Marquis San Giuliano dem Gesandten Instruktion zu korrekter Haltung erteilt. Auch rumänischer Gesandter in Rom muß über Italiens einwandsfreie Haltung aufgeklärt werden.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $9^{40}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 228

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 157 Berlin den 26. Juli 1914[2]

Es wäre mir erwünscht zu wissen, wie weit Verhandlungen zwischen Wien und Sofia wegen Einbeziehung Bulgariens in den Dreibund gediehen sind und ob Abmachungen wegen eventuellen Eingreifens Bulgariens für den Fall der Ausdehnung des Konflikts bestehen. Drahtantwort[3].

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Bergens Hand.
[2] 10⁰ nachm. zum Haupttelegraphenamt gegeben, dort abgefertigt um Mitternacht, auf der Botschaft in Wien angekommen am 27. Juli 3⁰ vorm.
[3] Siehe Nr. 259.

Nr. 229

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 162 St. Petersburg, den 26. Juli 1914[2]

Wie mir Generalleutnant von Chelius mitteilt, sieht man in Kreisen dem Frieden geneigter, monarchisch gesinnter höherer Offiziere der Umgebung des Zaren als bestes Mittel, Frieden zwischen den Großmächten zu erhalten, Telegramm Sr. M. des Kaisers und und Königs an Kaiser Nikolaus an[3]. Dieses Telegramm müßte an monarchisches Gefühl des Zaren appellieren und auf schweren Stoß, den monarchischer Gedanke durch Mord in Sarajevo erlitten hat, sowie auf die den Monarchien im Falle allgemeiner europäischer Konflagration drohenden Gefahren hinweisen.

Pourtalès

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Petersburg 8⁵⁰ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 10⁵ nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm.
[3] Siehe den Entwurf eines solchen Telegramms Nr. 233. Es ging tatsächlich nicht ab. Randbemerkung des Reichskanzlers vom 27. Juli zu Pourtalès' Telegramm: »S. M. will einstweilen keine Depesche an den Zaren schicken. B. H. 27.«

Nr. 230

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 164 St. Petersburg, den 26. Juli 1914[2]

Habe Herrn Sasonow auf die in Kreisen hiesiger fremder Militärattachés verbreitete Nachricht angeredet, wonach angeblich an mehrere russische Armeekorps der Westgrenze Mobilmachungsorder ergangen sei. Ich habe dabei auf große Gefahr solcher Maßregel, die leicht Gegenmaßregeln hervorrufen könnte, hingewiesen. Minister erwiderte, er könne mir garantieren, daß keinerlei Mobilmachungsorder ergangen, vielmehr im Ministerrat beschlossen worden sei, mit einer solchen zu warten, bis Österreich-Ungarn feindliche Haltung gegen Rußland einnehme. Daß »gewisse militärische Vorbereitungen, um nicht überrascht zu werden«, schon jetzt getroffen würden, gab Herr Sasonow zu.

Pourtalès

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Petersburg $9^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{5}$ nachm. Eingangsvermerk: 26. Jul nachm. Randbemerkung des Reichskanzlers vom 27. Juli: »S. M. vorgetragen. B. H. 27.« v. Jagow verfügte Mitteilung an den Generalstab. Pourtalès' Telegramm, nach Vornahme stilistischer Änderungen, unter dem 27. Juli dem Kriegsminister und dem Chef des Generalstabs mitgeteilt, abgesandt durch Boten am 28. Juli $11^{30}$ vorm.

Nr. 231

## Der Kaiser an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 134 An Bord Hohenzollern, den 26. Juli 1914[2]

Den Befehl an Flotte zur schleunigen Vorbereitung der Heimreise[3] habe Ich nicht auf Grund eines Wolfftelegramms erteilt, sondern in Berücksichtigung der allgemeinen Lage und möglicher Eventualitäten. Ich war hierzu um so mehr gezwungen, als Mir ein Situationsbericht des Auswärtigen Amtes nicht vorlag, und Ich sogar den Inhalt des österreichischen Ultimatums durch Zeitungsdienst von Norddeich und nicht auf dem Dienstwege erfahren habe.

---

[1] Nach der Entzifferung des Auswärtigen Amts und dem jetzt bei den Akten befindlichen von Wedel niedergeschriebenen und vom Kaiser persönlich unterfertigten Konzept, das am 2. August in das Auswärtige Amt gelangte.
[2] Aufgegeben in Neumünster $7^{30}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{23}$ nachm.
[3] Siehe Nr. 182 und 221.

Abgesehen davon, daß die englische Marine gar keine weiteren Maßnahmen mehr zu treffen braucht, da sie, wie die Revue eben gezeigt hat, bereits kriegsbereit in ihren Heimatshäfen liegt, haben wir mit russischer Flotte zu rechnen, die, im Falle Rußland gegen Österreich mobilisiert, schon allein mit ihren jetzt im Dienst befindlichen Schiffen binnen kürzester Zeit vor unseren Ostseehäfen erscheinen kann.

Um der möglichen Gefahr zu begegnen, daß Meine in norwegischen Häfen weit verstreute Flotte fern von ihrer Basis vom Kriege überrascht werden könnte, habe Ich gestern nachmittag, nachdem Ich aus Telegramm 127[4] erfuhr, daß serbische Mobilmachung bereits im vollen Gange sei, Befehl gegeben, daß Flotte nach Beendigung der notwendigen Kohlenübernahme sich zusammenziehe und Heimreise antrete[5].

Wilhelm I. R.

---

[4] Siehe Nr. 158, Anm. 2.

[5] »der notwendigen .......... antrete« in der Entzifferung des Auswärtigen Amts verstümmelt in: »der Kohlenübernahme baldig Heimreise antrete«.

Nr. 232

## Der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen an den Reichskanzler[1]

Straßburg, den 24. Juli 1914[2]

Der Weisung vom 16. d. M.[3] entsprechend ist die Straßburger Post dahin verständigt worden, daß sie in nächster Zeit Polemik gegen Frankreich nicht treiben sollte. Für andere Zeitungen bedarf es hier einer derartigen Mahnung kaum.

Die Affären Hansi und Knüpfler waren bereits erledigt und der Erlaß betr. die Rekruten, die Warnung wegen der französischen Farben und die vom Auswärtigen Amte gewünschte Mahnung in der Straßburger Post an die französischen Offiziere wegen der in letzter Zeit häufig vorgekommenen Grenzüberschreitungen waren erfolgt, als Ew. Exz. gütiges Schreiben einging. Ich möchte daher annehmen, daß für absehbare Zeit keine administrativen Maßregeln erforderlich sein werden, die jenseits der Grenze stark interessieren. Sollte irgend etwas Neues kommen, soll die gewünschte entsprechende Verlangsamung des Tempos bei der Verfolgung der Angelegenheit eintreten.

Graf Roedern

---

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingegangen in der Reichskanzlei am 26. Juli.

[3] Siehe Nr. 58.

Nr. 233

## Entwurf eines nicht abgesandten Telegramms des Kaisers an den Zaren[1]

I am confident you will agree with me that the Austro-Servian conflict concerns only Austria and Servia and that they should be left alone to settle it between themselves. The unscrupulous agitation that has been going on in Servia for years, has resulted in the outrageous crime to which Franz Ferdinand fell a victim. It is a common interest of me and you and in fact of all monarchs that this crime and all that are morally responsible for it, should receive the punishment it deserves. Austria must be allowed a free hand to take the evil by the root and to wipe out the revolutionary movement in Servia which may, by spreading over other countries, one day threaten your throne as well as mine. The spirit of the people that murdered their own king and his wife still governs the country. It would be folly and suicidal on our part to do anything to spare them the penalty they have incurred[2].

Übersetzung

Du wirst sicher mit mir darin übereinstimmen, daß der österreichisch-serbische Konflikt nur Österreich und Serbien angeht, und daß man es beiden Ländern überlassen sollte, diese Angelegenheit unter sich zu regeln. Die in Serbien seit Jahren betriebene gewissenlose Agitation hat zu dem abscheulichen Verbrechen geführt, dem Franz Ferdinand zum Opfer gefallen ist. Es ist mein und Dein und überhaupt aller Monarchen gemeinsames Interesse, daß dieses Verbrechen und alle Personen, die moralisch dafür verantwortlich sind, die verdiente Strafe erhalten. Österreich muß freie Hand gewährt werden, das Übel bei der Wurzel zu fassen und die revolutionäre Bewegung in Serbien zu ersticken, die auf andere Länder übergreifen und eines Tages Deinen wie meinen Thron gefährden kann. Der Geist, der die Serben ihren eigenen König und seine Gemahlin morden ließ, herrscht immer noch im Lande. Es wäre unsererseits Torheit und Selbstmord, ihnen irgendwie die verwirkte Strafe zu ersparen.

---

[1] Überschrift des in Maschinenschrift vorliegenden Stückes von der Hand Stumms: »Entwurf für eine eventuelle Depesche an den Zaren«. Der Entwurf trägt kein Datum; er ist natürlich nach Eingang von Pourtalès' Telegramm (Nr. 229) in den späten Abendstunden des 26. oder erst am 27. Juli niedergeschrieben worden. Abgegangen ist die Depesche nicht, siehe Nr. 229, Anm. 3.

[2] Vgl. dazu Nr. 335.

Nr. 234

## Entwurf eines nicht abgesandten Telegramms des Reichskanzlers an die Botschafter in Paris, London und Petersburg[1]

Berlin, den 26. Juli 1914

Einzelne russische Stimmen betrachten es als selbstverständliches Recht und als die Aufgabe Rußlands, in dem Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien aktiv für Serbien Partei zu ergreifen. Für die aus einem solchen Schritte Rußlands resultierende, europäische Konflagration glaubt die »Nowoje Wremja« sogar Deutschland verantwortlich machen zu dürfen, wofern es nicht Österreich-Ungarn zum Nachgeben veranlaßt. Die russische Presse stellt hiermit die Verhältnisse auf den Kopf. Nicht Österreich-Ungarn hat den Konflikt mit Serbien hervorgerufen, sondern Serbien ist es gewesen, das durch eine skrupellose Begünstigung großserbischer Aspirationen, auch in Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie, diese selbst in ihrer Existenz gefährdet und Zustände geschaffen hat, die schließlich in der frevelhaften Tat von Sarajevo ihren Ausdruck gefunden haben. Wehrt sich Österreich-Ungarn dagegen, so handelt es lediglich aus dem berechtigten Triebe der Selbsterhaltung. Wenn Rußland in diesem Konflikt für Serbien eintreten zu müssen glaubt, so ist das an sich gewiß sein gutes Recht. Es muß sich aber darüber klar sein, daß es damit die serbischen Bestrebungen auf Unterhöhlung der Existenzbedingungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu den seinigen macht, und daß es allein die Verantwortung dafür trägt, wenn aus dem österreichisch-serbischen Handel, den alle übrigen Großmächte zu lokalisieren wünschen, ein europäischer Krieg entsteht. Diese Verantwortung Rußlands liegt klar zu Tage und wiegt um so schwerer, als Graf Berchtold Rußland offiziell erklärt hat, es beabsichtige weder serbische Gebietsteile zu erwerben, noch

---

[1] Entwurf von der Hand des Reichskanzlers. Auf dem Entwurf des nichtabgegangenen Telegramms die Notiz von Stumms Hand: »Cessat«. Dem Entwurf folgt, gleichfalls von der Hand des Kanzlers, der Entwurf eines Telegramms, das den Botschaftern in Wien, Rom und Konstantinopel den vorstehenden telegraphischen Runderlaß im Falle seiner Absendung mitgeteilt hätte. Weiter folgt der von Stumm niedergeschriebene nicht gezeichnete Entwurf zu dem telegraphischen Erlaß nach London: Was ein Sieg Rußlands in einem etwaigen Konflikt und ein allgemeines Vordringen des Slawentums für das europäische Gleichgewicht sowie für die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen ganz Westeuropas bedeuten würde, darüber wird sich die englische Regierung hoffentlich nicht im Unklaren sein.

den Bestand des serbischen Königsreichs anzutasten, sondern wolle lediglich Ruhe vor den, seine Existenz gefährdenden, serbischen Umtrieben haben.

Deutschlands Stellung in dieser Krisis ist klar vorgezeichnet. Den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien betrachten wir als eine Angelegenheit, die diese beiden Staaten allein angeht und die deshalb lokalisiert bleiben muß[2]. Da Österreich-Ungarn bei seinem Vorgehen vitale Interessen wahrt, ist eine Ingerenz des verbündeten Deutschlands ausgeschlossen. Sollte ein akuter Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland entstehen, so werden wir alle Bestrebungen anderer Großmächte auf Vermittelung dieses Gegensatzes tatkräftig unterstützen, getreu den Richtlinien derjenigen Politik, die wir seit nunmehr 44 Jahren im Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens mit Erfolg durchgeführt haben. Nur gezwungen werden wir zum Schwert greifen, dann aber in dem ruhigen Bewußtsein, daß wir an dem namenlosen Unheil keine Schuld tragen, das ein Krieg über Europas Völker bringen müßte.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, bei Ihren Unterhaltungen mit den dortigen Staatsmännern den Grundton vorstehender Erwägungen festzuhalten.

Bethmann Hollweg

---

[2] »Den Konflikt .......... bleiben muß« vom Kanzler geändert aus dem ursprünglich von ihm Niedergeschriebenen: »Gerade weil wir mit allen Kräften bestrebt sind den Konflikt zu lokalisieren, halten wir uns von einer Ingerenz auf die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, die diese beiden Staaten allein angehen, fern«.

## Nr. 235

## Der Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 220 — Paris, den 26. Juli 1914[2]

Der stellvertretende Minister der auswärtigen Angelegenheiten versicherte mir, daß unser Appell an Solidarität des Bestrebens um Friedenserhaltung hier ungemein wohltuend berühre und gebührend

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Paris 26. Juli $7^{40}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 27. Juli $12^{7}$ vorm.; Eingangsvermerk: 27. Juli vorm. In der vom Reichskanzler für den Vortrag beim Kaiser benutzten Abschrift ist der Abschnitt »Herr Bienvenu Martin gab .......... ausgegangen« fortgelassen. Randvermerk des Kanzlers auf dieser Abschrift vom 27. Juli: »S. M. vorgetragen. B. H. 27.« Schoens Telegramm am 27. Juli von Jagow telegraphisch den Botschaftern in Wien und Rom mitgeteilt, $8^{0}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

beachtet werde. Er für seine Person sei gern bereit, in Petersburg beruhigend einwirken zu lassen, nachdem durch österreichisch-ungarische Versicherung, daß keine Annexion beabsichtigt, Vorbedingung geschaffen sei. Er könne mir allerdings noch nicht förmliche Erklärung namens der französischen Regierung über Modus der Einwirkung geben, da er zunächst mit abwesendem Ministerpräsidenten in Benehmen treten müsse.

Der Minister warf persönlichen Gedanken ein, ob nicht auch beruhigende Einwirkung in Wien in Frage kommen könne, nachdem Serbien anscheinend in den meisten Punkten nachgegeben habe und somit Raum für Verhandlungen gegeben. Ich erwiderte, daß mir etwaige gemeinschaftliche Vorstellungen der Mächte in Wien mit unserer Auffassung, daß Österreich-Ungarn und Serbien allein zu lassen, nicht vereinbar scheine. Der Punkt für Einwirkung sei Petersburg.

Herr Bienvenu Martin gab im Laufe des Gespräches vertraulich zu, daß der Gedanke Sasonows, wonach nur Gesamtheit der Mächte Verhalten Serbiens aburteilen könne, juristisch schwer haltbar sei. Minister sprach mir Bedauern aus, daß meine erste Demarche hier von Presse vielfach mißdeutet worden, und versicherte, daß Indiskretion nicht von Quai d'Orsay ausgegangen.

Schoen

Nr. 236

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 161 London, den 26. Juli 1914[2]

Habe soeben Sir A. Nicolson und Sir W. Tyrrell gesprochen. Nach hier vorliegenden Nachrichten steht allgemeine Einberufung russischer Reservisten nicht bevor, sondern nur partielle Mobilisierung fern unseren Grenzen. Beide Herren erblicken im Vorschlage Sir E. Greys, hier Konferenz zu vier abzuhalten, einzige Möglichkeit, allgemeinen Krieg zu vermeiden und hoffen, daß es hierbei gelingen werde, Österreich volle Genugtuung zu verschaffen, da

---

[1] Nach der Entzifferung. Siehe Nr. 248.

[2] Aufgegeben in London 26. Juli $8^{25}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 27. Juli $12^{7}$ vorm.; Eingangsvermerk: 27. Juli vorm. In der vom Reichskanzler für den Vortrag beim Kaiser benutzten Entzifferung sind die Sätze »und sich in deren .......... Drohungen Österreichs«, »denn keine russische .......... verlustig gehen wollte« und »Ich möchte dringend .........., zu verlieren hat« gestrichen. Randvermerk des Kanzlers vom 27 Juli: »S. M. vorgetragen. S. M. mißbilligten den Standpunkt Lichnowskys. B. H. 27.«

Serbien eher geneigt sein würde, dem Druck der Mächte zu weichen und sich in deren vereinten Willen zu fügen als den Drohungen Österreichs. Unbedingte Voraussetzung sei aber für Gelingen der Konferenz und für Erhaltung Friedens, daß alle militärischen Bewegungen unterblieben. Sei erst serbische Grenze überschritten, so wäre alles verloren, denn keine russische Regierung würde dies dulden können und zum Angriff gegen Österreich zu schreiten gezwungen sein, falls sie nicht ihrer Stellung bei den Balkanstaaten für immer verlustig gehen wollte. Sir W. Tyrrell, der Sir E. Grey noch gestern abend gesehen hat und von dessen Ansichten genau unterrichtet ist, wies mich wiederholt und mit Nachdruck auf die ungeheure Wichtigkeit hin, daß bis zur Erledigung der Konferenzfrage serbisches Gebiet nicht berührt werde, da sonst alle Bemühungen vergeblich und der Weltkrieg unabwendbar sei. Die in Berlin erhoffte Lokalisierung des Konflikts sei vollkommen unmöglich und müsse aus der praktischen Politik ausscheiden. Gelänge uns beiden, Sr. M. dem Kaiser bzw. dessen Regierung und Vertretern im Verein mit Sir E. Grey, den europäischen Frieden zu retten, so seien die deutsch-englischen Beziehungen für immerwährende Zeiten auf eine sichere Grundlage gestellt. Gelänge dies nicht, so stehe alles in Frage.

Ich möchte dringend davor warnen, an die Möglichkeit der Lokalisierung auch fernerhin zu glauben, und die gehorsamste Bitte aussprechen, unsere Haltung einzig und allein von der Notwendigkeit leiten zu lassen, dem deutschen Volke einen Kampf zu ersparen, bei dem es nichts zu gewinnen und alles zu verlieren hat.

Sir E. Grey kehrt heute abend zurück.

Lichnowsky

Nr. 237

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 162 London, den 26. Juli 1914

Wie ich im Foreign Office vertraulich höre, ist die Stimmung in Italien nach den dort vorliegenden Nachrichten derart gegen eine Beteiligung am Kriege, daß die Regierung es nicht wagen

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in London 26. Juli $8^{43}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 27. Juli $12^{45}$ vorm. Eingangsvermerk: 27. Juli vorm. Betr. Mitteilung von Lichnowskys Telegramm nach Rom siehe Nr. 273.

würde, aktiv einzugreifen. Die von Wien aus verbreitete Nachricht, Italien habe seine Zustimmung ausgesprochen und bundesgemäße Zusagen gemacht, entspräche nicht den Tatsachen[3].

Lichnowsky

[3] Dazu die Randbemerkung Zimmermanns: »Was geht den Botschafter Italien an!«

Nr. 238

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 163 St. Petersburg, den 26. Juli 1914[2]

Graf Szápáry hatte heute nachmittag längere Unterredung mit Sasonow. Beide Beteiligte, die ich nachher sprach, hatten von derselben befriedigenden Eindruck. Die Versicherung des Botschafters, daß Österreich-Ungarn keine Eroberungspläne habe und nur endlich an seinen Grenzen Ruhe halten wolle, hat Minister sichtlich beruhigt. Zwischen Sasonow und Graf Szápáry ist österreichische Note ruhig durchgesprochen worden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß Sasonow gegen eine Reihe von Punkten keine Bedenken hatte. Über einige andere Punkte, sagte mir der Minister, könnte man sich vielleicht durch Änderung der Formen der Forderung einigen. Es handele sich vielleicht nur um Worte. Österreich stelle einige Zumutungen, die die serbische Regierung tatsächlich nicht erfüllen könne, ohne seine Verfassung zu ändern, was in diesem Augenblick nicht möglich. Vielleicht ließe sich aber doch ein Modus finden, um Österreich zu befriedigen, ohne die scharfe Forderung dem Buch-

[1] Nach der Entzifferung. Vgl. deutsches Weißbuch Mai 1915, S. 27 Nr. 5.

[2] Aufgegeben in Petersburg 26. Juli $10^{10}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 27. Juli $12^{45}$ vorm.; Eingangsvermerk: 27. Juli vorm. In dem vom Reichskanzler für den Vortrag beim Kaiser benutzten Exemplar sind, abgesehen von kleinen stilistischen Änderungen, der Satz »Sollte dabei.......... wissen zu lassen« und die Worte »im Sinne meines Vorschlages« fortgelassen. Randvermerk des Kanzlers vom 27. Juli: S. M. vorgetragen. v. B. H. 27. Pourtalès' Telegramm am 27. Juli von Jagow nach Vornahme kleiner stilistischer Änderungen und unter Fortlassung der Worte »im Sinne meines Vorschlages« sowie der Sätze »Sollte dabei.......... wissen zu lassen« und »Minister bat.......... dasselbe hier zu tun« telegraphisch dem Botschafter in London, desgleichen, nach Vornahme kleiner stilistischer Änderungen und unter Fortlassung der Sätze »Sollte dabei.......... wissen zu lassen« und »Ich habe Eindruck.......... dasselbe hier zu tun« telegraphisch dem Botschafter in Wien mitgeteilt, Telegramm 180 nach London $12^{10}$ nachm., Telegramm 161 nach Wien $4^{35}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

staben nach zu erfüllen. — Sasonow ist meinem österreichischen Kollegen gegenüber auch auf Vermittelungsgedanken gekommen und hat Vermittelung des Königs von Italien und Englands angeregt. Der Minister bat mich dringend, ihm zu sagen, ob ich nicht auch irgendeinen Vorschlag machen könnte. Ich erwiderte unter Betonung, daß ich zu keinen Vorschlägen ermächtigt sei und daher nur meine eigenen Gedanken aussprechen könnte, der folgende Weg schiene mir vielleicht gangbar. Falls, wie es nach den Äußerungen des Grafen Szápáry nicht ganz ausgeschlossen erscheine, das Wiener Kabinett darauf einginge, seine Forderungen in der Form etwas zu mildern, wäre vielleicht der Versuch zu machen, mit Österreich-Ungarn zu diesem Zweck unverzüglich Fühlung zu nehmen. Sollte dabei eine Einigung erfolgen, so..........[3] Serbien durch Rußland geraten werden, die österreichischen Forderungen auf der zwischen Österreich und Rußland vereinbarten Basis anzunehmen und dies die österreichische Regierung durch Vermittelung dritter Macht wissen zu lassen. — Sasonow, den ich nochmals dringend darauf aufmerksam machte, daß ich nicht im Namen meiner Regierung spräche, erklärte, er wolle sofort im Sinne meines Vorschlages an russischen Botschafter in Wien telegraphieren.

Ich habe Eindruck, daß Sasonow, vielleicht infolge von Nachrichten aus Paris und London, etwas die Nerven verloren hat und jetzt nach Auswegen sucht. — Minister bat dringend, daß deutsche Presse tunlichst beruhigt werden möchte. Er versprach, dasselbe hier zu tun.

Pourtalès

---

[3] Hier fehlt eine Zifferngruppe.

Nr. 239

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Rom[1]

Telegramm 22 — Berlin, den 26. Juli 1914[2 3]

Ansicht über Rumänien irrtümlich, beruht offenbar auf tendenziöser Berichterstattung des dortigen italienischen Gesandten.

Wegen Kompensationen muß Italien in Wien selbst verhandeln.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] 27. Juli 1[35] vorm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 211.

Nr. 240

## Der Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 222 Paris, den 26. Juli 1914[2]

Quai d'Orsay scheint aus Umstand, daß Wiener Kabinett sich mit serbischer Antwort, obwohl diese weit entgegenkommend, nicht begnügt hat, Argwohn zu schöpfen, daß wir treibend hinter Österreich-Ungarn stehen und Krieg wünschen.

Ich bin dieser Meinung nachdrücklich entgegengetreten.

Schoen

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Paris 26. Juli $9^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 27. Juli $1^{55}$ vorm. Eingangsvermerk: 27. Juli vorm. Randvermerk des Reichskanzlers vom 27. Juli: »S. M. vorgetragen. B. H. 27.«

Nr. 241

## Der Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 221 Paris, den 26. Juli 1914[2]

Aus vertraulicher Rücksprache mit stellvertretendem politischen Direktor habe bestimmten Eindruck, daß Antwort Viviani lauten wird, er sei zu beruhigender Einwirkung in St. Petersburg bereit, falls wir bereit, in Wien, nachdem Serbien fast alle Forderungen erfüllt hatte, zu Mäßigung zu raten.

Schoen

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Paris 26. Juli $9^{50}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 27. Juli $1^{55}$ vorm. Eingangsvermerk: 27. Juli vorm. Am 27. Juli von Zimmermann telegraphisch dem Botschafter in Wien mitgeteilt, $7^{50}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 242

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 165 St. Petersburg, den 27. Juli 1914[2]

Militärattaché meldet über Gespräch mit Kriegsminister: Sasonow hat ihn gebeten, mich über militärische Lage aufzuklären. Der Kriegsminister gab mir sein Ehrenwort, daß noch keinerlei Mobilmachungsorder ergangen sei. Vorläufig würden lediglich Vorbereitungsmaßnahmen getroffen, kein Pferd ausgehoben, kein Reservist eingezogen. Wenn Österreich serbische Grenze überschreitet, werden auf Österreich gerichtete Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau, Kasan mobilisiert. Unter keinen Umständen an deutscher Front Warschau, Wilna, Petersburg. Man wünsche dringend Frieden mit Deutschland. Auf meine Frage, zu welchem Zweck Mobilmachung gegen Österreich, Achselzucken und Hinweis auf Diplomaten. Sprach dem Minister aus, daß man bei uns Würdigung für freundschaftliche Absichten zeige, aber auch Mobilmachung gegen Österreich allein als sehr bedrohlich ansehen werde. Minister betonte nachdrücklichst und wiederholt dringendes Bedürfnis und Wunsch nach Frieden. Hatte Eindruck großer Nervosität und Besorgnis. Halte Wunsch auf Frieden für aufrichtig, militärische Angaben insoweit für zutreffend, daß völlige Mobilmachung wohl nicht angeordnet, vorbereitende Maßnahmen aber sehr weitgehend. Man ist sichtlich bestrebt, Zeit zu gewinnen zu neuen Verhandlungen und Fortsetzung der Rüstungen. Auch verursacht innere Lage unverkennbar schwere Besorgnis. Grundzug der Stimmung, Hoffnung auf Deutschland und Vermittelung Sr. M.

Pourtalès

---

[1] Nach der Entzifferung. — Vgl. deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 30 Nr. 13.

[2] Aufgegeben in Petersburg 1⁰ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $2^{35}$ vorm; Eingangsvermerk: 27. Juli vorm. Randvermerk des Reichskanzlers vom 27. Juli: »S. M. vorgetragen v. B. H. 27.« Pourtalès' Telegramm am 27. Juli von Jagow telegraphisch dem Botschafter in Wien mitgeteilt, $9^{5}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt; am 28. Juli auch dem Generalstab, dem Kriegsminister und dem Admiralstab mitgeteilt, abgesandt durch Boten $11^{30}$ vorm.

Nr. 243

## Der König von Griechenland an den Kaiser

(Übermittelt durch den Geschäftsträger in Athen an das Auswärtige Amt)[1]

Telegramm 218 Athen, den 27. Juli 1914[2]

S. M. übergab mir folgendes für S. M. den Kaiser und König bestimmtes Telegramm mit der Bitte, es an die Allerhöchste Stelle gelangen zu lassen:

»Ich danke für das Telegramm Ew. M., welches mir die Gelegenheit gibt, falsche Beschuldigungen, die gegen mein Land, ergo auch gegen mich erhoben werden, abzuweisen. Unsere Friedfertigkeit ist nicht scheinbar, und ich glaube, daß wir in letzter Zeit dies namentlich der Türkei gegenüber genugsam bewiesen haben. Die Kriegsvorräte, die wir in unseren Häfen aufstapeln sollen, sind die Vorräte, die wir für den Fall einer Mobilisation brauchen, die immer bereit liegen sollten. Durch den Abgang nach den Kriegen und durch die Verdreifachung meiner Armee sind die Bedürfnisse sehr erheblich gestiegen. Der Generalstab, nach der Bearbeitung des Mobilisationsplanes, dringt seit Oktober v. J. auf Ergänzung alles Nötigen. Das Ministerium hatte es bis vor drei Monaten versäumt, dann sind aber alle Bestellungen gemacht, mit Termin, wenn möglich bis Oktober. Außerdem kommen seit Februar die Geschütze zur Ergänzung von Feld- und Bergartillerie mit ihrer Munition, Gewehre, und dieser Tage sind Festungsgeschütze für die Befestigungen von Saloniki, Kavalla und die Grenzen bei Krupp bestellt worden. Daß wir Krankenschwestern zurückberufen haben, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Wenn feurige Patrioten Briefe an griechische Ottomanen schrieben und ihnen Freiheit verheißen, kann ich nicht dafür verantwortlich gemacht werden, und ich weiß auch nichts davon. An einen Angriff gegen die Dardanellen oder sonstwo haben wir nie gedacht. Eine abenteuerliche Politik liegt mir und meiner Regierung ganz fern. Die Regierung hat letzte Zeit Beweise ihres Solidaritätsgefühls mit euro-

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Athen $1^{10}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $7^{32}$ vorm.; Eingangsvermerk: 27. Juli vorm. Am Rand der Vermerk des Reichskanzlers: »S. M. vorgetragen. S. M. wünschen Prüfung, ob demnächst Antwort erforderlich ist. v. B. H. 27.« Betr. Mitteilung von König Konstantins Telegramm an den Botschafter in Konstantinopel siehe Nr. 354.

päischen Interessen gegeben und sinnt nur auf Frieden mit Ehren, den das Land notwendig braucht. Was wir erworben, wollen wir wahren und entwickeln. Wir wollen keinen Krieg und haben es in der letzten schweren Krise bewiesen trotz der furchtbaren Mißhandlungen von Hunderttausenden unserer Konnationalen in Kleinasien. Wir wollen nichts von der Türkei. Die Türkei fühlt sich im Gegensatz zu uns wegen der Inselfrage. Wir waren fast zu einer Verständigung gekommen, als beinahe alles verdorben wurde durch ihre Kniffe. Veniselos soll sich dieser Tage in Brüssel mit dem Großwesir treffen, um über den Vorschlag zu verhandeln, den ich vor einigen Tagen Ew. M. telegraphierte und den Ew. M. durch meine persönlichen Mitteilungen an den Grafen von Quadt kennen. Wir können aber nicht mehr als das konzedieren. Die Bitte um Unterstützung in dieser Sache wiederhole ich nochmals an Ew. M. Wenn diese Frage gelöst ist, wird uns nichts mehr von der Türkei trennen, wenn letztere es ehrlich meint. Serbien hatten wir Ratschläge erteilt, seine Handlungsweise zu mildern.

Ich kann nicht einsehen, wie die Türkei Österreich helfen kann, ohne sich mit Bulgarien zu verbinden. Wenn aber Bulgarien sich einmischt, dann entsteht ein Machtzuwachs eines anderen Slawenstaats auf dem Balkan, der der Türkei und den nichtslawischen Staaten besonders gefährlich ist, was den Bukarester Frieden und das Gleichgewicht auf dem Balkan umstürzen würde. Dies wäre unseren Interessen sehr gefährlich, ich denke, es würde auch den deutschen Interessen im Orient widersprechen, und in diesem Falle würde ich nicht auf Seite Österreichs gegen die Slawen stehen, wie es im Telegramm Ew. M. steht.

Zum Schluß bitte ich Ew. M., an meine vollste Loyalität zu glauben als Herrscher, als Kollege und als Mensch, und daß ich immer reinen Wein eingeschenkt habe und so fortfahren werde. Die anderen müssen mich aber ebenso aufrichtig behandeln wie ich sie, namentlich die Türkei.

Constantin«[3]

Bassewitz

---

[3] Siehe Nr. 466.

Nr. 244

## Der Botschafter in Rom an den Reichskanzler[1]

Fiuggi, den 25. Juli 1914[2]

Bei gestriger Diskussion mit Herrn Salandra und Marquis di San Giuliano[3], die wiederholt zu scharfen Zusammenstößen zwischen dem Marquis di San Giuliano und mir führte, schienen sich auf italienischer Seite drei Punkte abzuzeichnen. Erstens Furcht vor der öffentlichen Meinung Italiens, zweitens das Bewußtsein militärischer Schwäche und drittens der Wunsch, bei dieser Gelegenheit etwas für Italien herauszuschlagen, wenn möglich das Trentino.

Die Möglichkeit, daß Italien sich eventuell auch gegen Österreich wenden könnte, sprach Marquis di San Giuliano nicht direkt aus, sie klang nur in leisen Andeutungen durch. Ich habe diese Andeutungen nicht aufgegriffen, weil ich es für richtig hielt, eine solche Möglichkeit überhaupt gar nicht zuzulassen. Ich habe den Eindruck, daß auch die Besetzung rein serbischen Territoriums ein derartiges Vorgehen Italiens noch nicht ohne weiteres auslösen würde. Es würde nur die an sich schon nicht unverdächtigen Beziehungen Italiens zu Rußland verdichten. Dagegen würde ich es für außerordentlich erwünscht halten, wenn Österreich die Besetzung des Lowtschen, namentlich zunächst, vermeiden könnte. Ist das nicht möglich, so muß Österreich vorher hier Kompensationsanerbietungen machen. Denn die Besetzung des Lowtschen wird tatsächlich ganz Italien alarmieren und die Regierung unter Umständen weiter drängen als sie will. Man muß bei allen diesen Dingen im Auge behalten, daß dieses Kabinett weit weniger stark und daher weit weniger widerstandsfähig ist als das Ministerium Giolitti.

S. M. der König wird nach Lage der hiesigen parlamentarischen und demokratischen Verhältnisse nicht in der Lage sein, einen ausschlaggebenden Einfluß auszuüben.

Wie schon gemeldet, vertrat Marquis di San Giuliano auf Grund der Fassung der österreichischen Note mit Nachdruck die These, daß das Vorgehen Österreichs gegen Serbien ein aggressives sei, daß daher auch alle sich etwa ergebenden Einmischungen Rußlands und Frankreichs den Krieg nicht zu einem defensiven machen würden, und

---

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 27. Juli vorm. Randvermerk des Reichskanzlers vom 27. Juli: »S. M. vorgetragen B. H. 27.«, darunter der Vermerk des Kanzlers vom gleichen Tage: »S. M. hält es für unbedingt erforderlich, daß sich Österreich mit Italien rechtzeitig wegen der Kompensationsfrage verständigt. Das soll Herrn von Tschirschky zur Weitergabe an Graf Berchtold im ausdrücklichen Auftrage S. M. mitgeteilt werden. B. H. 27.« Siehe Nr. 267.

[3] Siehe Nr. 156.

daß damit der casus foederis nicht gegeben sei. Ich habe diesen Standpunkt schon aus taktischen Gründen lebhaft bekämpft. Voraussichtlich wird aber Italien an dieser Möglichkeit, zu entschlüpfen, festhalten.

Das Gesamtresultat ist also: Auf eine aktive Hilfe Italiens in einem etwa entstehenden europäischen Konflikt wird man schwerlich rechnen können. Eine direkt feindliche Haltung Italiens gegen Österreich dürfte sich, soweit sich heute übersehen läßt, durch ein kluges Verhalten Österreichs verhindern lassen.

Flotow

Nr. 245

## Der Reichskanzler an den Kaiser[1]

Telegramm 151 Berlin, den 27. Juli 1914[2]

Österreich scheint erst am 12. August in kriegerische Aktion eintreten zu können, Serbien sich lediglich auf Defensive beschränken zu wollen. Serbiens Antwort auf Ultimatum, deren Wortlaut noch nicht zu erhalten war, soll beinahe alle Punkte, auch Bestrafung aller Offiziere, annehmen, außer Armeebefehl; Kollaboration nur unter gewissen Reserven. Die diplomatische Lage nicht völlig geklärt. England und Frankreich wünschen Frieden, Italien gleichfalls, da Streitfrage unpopulär und angeblich italienische Interessen benachteiligt. Rußland scheint nach den neusten Nachrichten noch nicht zu mobilisieren und mit Wien Verhandlungen über mäßige Modifikation[3] der von Serbien noch nicht befriedigten Forderungen anknüpfen zu wollen. Wiens Haltung hierzu noch unbekannt. Ich habe bei allen Kabinetten sagen lassen, daß wir österreichisch-serbischen Konflikt als Angelegenheit betrachten, die lediglich diese beiden Staaten angeht, und Rußland auf die Folgen jeder militärischen Maßregel, die sich irgendwie gegen uns richtete, mit allem Nachdruck aufmerksam gemacht. Die letzten eingegangenen Depeschen werde ich Ew. M. auf Station Wildpark überreichen.

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

---

[1] Nach dem Konzept von der Hand des Reichskanzlers.

[2] Randvermerk des Kanzlers: »Wohl am zweckmäßigsten S. M. bei der Durchfahrt durch Wittenberge zuzustellen, falls Hofzug dort hält. Sonst auf derjenigen Station, wo letzteres der Fall.« — Telegramm aufgegeben in Berlin 11[20] vorm., angekommen im Hoflager 1[20] nachm. Entzifferung vom Kaiser am 27. Juli zurückgegeben.

[3] In Entzifferung des Hoflagers »mäßige Modifikation« verderbt in: »Mäßigung, Modifikationen.«

Nr. 246

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 160 Berlin, den 27. Juli 1914[2]

Bitte umgehend Text der serbischen Antwort drahten[3].

Jagow

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $11^{30}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt, auf der Botschaft in Wien angekommen $4^{0}$ nachm.
[3] Siehe Nr. 280.

Nr. 247

## Der Reichskanzler an den Botschafter in Paris[1]

Telegramm 170 Berlin, den 27. Juli 1914[2]

Wir müssen daran festhalten, daß österreichisch-serbischer Konflikt lediglich diese beiden Staaten angeht. Wir können daher in dem Konflikt zwischen Österreich und Serbien nicht vermitteln, wohl aber eventuell zwischen Österreich und Rußland.

Bethmann Hollweg

[1] Nach dem Konzept von der Hand des Reichskanzlers.
[2] $11^{30}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 248

## Der Reichskanzler an den Botschafter in London[1]

Telegramm 179 Berlin, den 27. Juli 1914[2]

Von dem Vorschlage Sir E. Greys, dort Konferenz zu vieren abzuhalten, hier bisher nichts bekannt[3]. An einer solchen Konferenz könnten wir uns nicht beteiligen, da wir Österreich in seinem Serben-

[1] Nach dem Konzept von der Hand des Reichskanzlers. — Vgl. deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 30 Nr. 14.
[2] $1^{0}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 236

handel nicht vor ein europäisches Gericht ziehen können. Sir Ed. Grey scheidet, wie Ew. pp. ausdrücklich gemeldet haben, scharf zwischen österreichisch-serbischem und österreichisch-russischem Konflikt [4] und kümmert sich um ersteren ebensowenig, wie wir es tun. Unsere Vermittlungstätigkeit muß sich auf eventuellen österreichisch-russischen Konflikt beschränken [5]. In serbisch-österreichischem Konflikt scheint mir der in Telegramm Nr. [163] [6] aus Petersburg angegebene Weg direkter Verständigung zwischen Petersburg und Wien gangbar. Ich bitte deshalb dringend, dort die Notwendigkeit und Möglichkeit der Lokalisierung zu vertreten.

Bethmann Hollweg

---

[4] Siehe Nr. 180 Abs. 2.

[5] Hinter »beschränken« ursprünglich geschriebenes »Ew. pp. Annahme, daß Lokalisierung unmöglich sei, ist noch nicht erwiesen« vom Kanzler nachher gestrichen.

[6] Siehe Nr. 238.

Nr. 249

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt [1]

Telegramm 29 — Fiuggi Fonte, den 27. Juli 1914 [2]

Marquis di San Giuliano äußert einige Hoffnung, daß es noch möglich sei, Konflikt zu verhindern. Nach seinen Nachrichten — Näheres gibt er nicht an — wäre Serbien bereit, die österreichischen Forderungen anzunehmen, wenn sie von Europa gestellt würden. *Quatsch!* Andererseits würde Rußland nur eingreifen, wenn Österreich serbisches Territorium dauernd besetzte. Sir Edward Grey wolle die Botschafter von Deutschland, Frankreich, Italien und Rußland zu einer Aktion im Sinne des Friedens vereinigen. *[I]ch lasse mich auf nichts ein* Hiesige Verlegenheit und Besorgnis ist groß, daher unablässige Friedensbemühungen.

Flotow

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte 11[5] vorm., angekommen im Auswärtigen Amt 1[28] nachm. Eingangsvermerk: 27. Juli nachm. Entzifferung dem Kaiser vorgelegt, von ihm am 28. Juli zurückgegeben.

Nr. 250

## Der Gesandte in Kopenhagen an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 32 Kopenhagen, den 27. Juli 1914[2] [3]

Besuch Poincarés ist soeben, zwei Stunden bevor die Ankunft erwartet wurde, offiziell abgesagt worden.

Rantzau

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Kopenhagen $12^{14}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $1^{28}$ nachm. Eingangsvermerk: 27. Juli nachm. Entzifferung dem Kaiser vorgelegt, von ihm am 28. Juli zurückgegeben.

[3] Siehe Nr. 181.

Nr. 251

## Der Gesandte in Sofia an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 37 Sofia, den 27. Juli 1914[2]

Ministerpräsident bestätigt mir seine aus Konstantinopel gemeldete Antwort auf türkische Anfrage und erklärt jedermann, daß Bulgarien bis auf weiteres strikt neutral bleibt.

Alle etwaigen Meldungen über Truppenverschiebungen in Bulgarien oder sonstige Vorbereitungen zu einer Mobilisierung sind falsch[3] und, wenn sie aus Bukarest kommen, tendenziös, da rumänischer Kollege bei seiner Regierung gegen Bulgarien hetzt.

Michahelles

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Sofia $11^{10}$ vorm., angekommen im Auswärtigen Amt $3^{0}$ nachm. Eingangsvermerk: 27. Juli nachm. Dem Kaiser vorgelegt, der durch Randverfügung Mitteilung an die Vertretungen in Wien, Bukarest, Konstantinopel und Athen anordnete. Entzifferung vom Kaiser am 28. Juli zurückgegeben. Michahelles' Telegramm wurde von Zimmermann am 29. Juli dem Botschafter in Wien, der Abschnitt »Ministerpräsident.........neutral bleibt« dem Botschafter in Konstantinopel und dem Gesandten in Athen mitgeteilt; Telegramm nach Wien $1^{45}$ nachm., Telegramm nach Konstantinopel und Athen $7^{50}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

[3] Betr. Mitteilung an den Geschäftsträger in Bukarest siehe Nr. 321.

Nr. 252

## Der Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 223 Paris, den 27. Juli 1914[2]

Stimmung hiesiger Presse und Geschäftswelt heute etwas hoffnungsvoller, hauptsächlich infolge diskreter offiziöser Notiz über meine gestrige Unterredung über Mittel zur Erhaltung europäischen Friedens. Presse zwar noch mißtrauisch gegen uns, beschuldigt uns aber nicht mehr offen des Treibens zum Kriege. Entscheidung über Krieg oder Frieden liege jetzt wesentlich *bei Berlin*. Wenn Deutschland in Wien, Frankreich in Petersburg mäßigend wirken, könnte Friede erhalten werden.

*Nein! Allein bei Petersburg!*

Schoen

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Paris 1[5] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 3[40] nachm. Eingangsvermerk: 27. Juli nachm. Zufolge Randverfügung Jagows in Abschrift, unter Fortlassung der Worte »hauptsächlich.........europäischen Friedens«, dem Kaiser vorgelegt, von ihm am 28. Juli ins Amt zurückgelangt

Nr. 253

## Der Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler[1]

St. Petersburg, den 22. Juli 1914[2]

In einem vertraulichen Gespräch mit meinem italienischen Kollegen, der mir von Beginn seiner hiesigen Tätigkeit an stets sehr offen gegenübergetreten ist, brachte ich den Marquis Carlotti vor kurzem auf die gewaltige Vermehrung der russischen Streitkräfte und frug ihn, ob er es für angezeigt gehalten habe, bezüglich der Ziele, die Rußland bei seinen Rüstungen verfolge, seiner Regierung gegenüber Besorgnisse zum Ausdruck zu bringen.

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 27. Juli nachm

Der Botschafter antwortete darauf, er habe über die Frage der russischen Armeevermehrung seiner Regierung überhaupt keinen ausführlichen Bericht geschickt, sondern sich darauf beschränkt, die in der letzten Zeit bekannt gewordenen Ziffern der in Angriff genommenen Armee- und Flotten-Vermehrung sowie der zu diesem Zwecke von der Duma bewilligten Gelder telegraphisch zu melden. Er habe dabei, ebenfalls an der Hand der bekannt gewordenen Ziffern, auch darauf hingewiesen, wie sich die Präsenzstärke der russischen Armee in drei Jahren gestalten werde, wenn bis dahin alle jetzt in Aussicht genommenen Maßregeln zur Durchführung gelangt sein würden. Ausführlichere Kommentare habe er an diese Meldung nicht geknüpft.

Die dem k. Gesandten in Athen von seinem italienischen Kollegen gemachten Mitteilungen über alarmistische Berichte des Marquis Carlotti dürften meines gehorsamen Erachtens auf obige Meldung des Botschafters zurückzuführen sein. Vielleicht waren die von Marquis Carlotti genannten Ziffern dem italienischen Vertreter in Athen vorher nicht bekannt, und ist er durch die Höhe derselben frappiert gewesen. In dem Umstande, daß Marquis Carlotti über diesen Gegenstand einen telegraphischen Bericht erstattet hat, dürfte auch etwas Außergewöhnliches nicht zu erblicken sein, da mein italienischer Kollege, wie er mir selbst sagt, und wie es, soviel mir bekannt ist, im italienischen diplomatischen Dienst sehr viel geschieht, seine Meldungen meist telegraphisch schickt und nur ausnahmsweise schriftlich berichtet.

Bezüglich seiner Ansichten über die russischen Rüstungen sagte mir Marquis Carlotti, er glaube nicht, daß Rußland mit irgendwelchen Plänen umginge, die dahin gerichtet wären, etwa in drei Jahren einen Offensivkrieg zu führen. Dagegen gewinne nach seiner Ansicht die Überzeugung hier immer mehr an Boden, daß der nicht mehr aufzuhaltende Prozeß des weiteren Zerfalls der Türkei sehr bald eine neue Orientkrisis herbeiführen werde. Für den Eintritt dieser Eventualität wolle Rußland stark gerüstet sein, um bei der bevorstehenden Regelung der durch eine solche Krisis entstehenden Fragen ein stärkeres Gewicht als bisher in die Wagschale werfen zu können.

Diese Ansicht meines italienischen Kollegen deckt sich vollkommen mit der meinigen. Ich möchte nur noch hinzufügen, daß ich allerdings nicht umhin kann, in der Verbindung der in der Tat sehr bedeutenden Vermehrung der russischen Streitkräfte mit dem sich immer mehr zuspitzenden russisch-österreichischen Gegensatz eine nicht zu unterschätzende zunehmende Gefahr für den europäischen Frieden zu erblicken.

F. Pourtalès

Nr. 254

## Der Generaldirektor der Hapag an den Staatssekretär des Auswärtigen[1]

Geheim! Z. Zt. London (Ritz Hotel), den 24. Juli 1914[2] [3]

Hochverehrte Exzellenz!

Ich habe also gestern abend bei Haldane mit Sir Edward Grey gegessen und habe nach dem Diner Gelegenheit genommen, den Herren zu sagen, daß mich die durch die Presse gegangene Nachricht über anglo-russische Flottenverhandlungen insofern unangenehm berührt hätte, als ich fürchten müßte, daß die Bestätigung oder auch nur die fortgesetzte Verbreitung solcher Nachricht die freundlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland aufs neue trüben könnte, indem man deutscherseits sich vielleicht gezwungen sähe, solche neue Situation in Form vermehrter Kriegsschiffbauten zu kompensieren. Mich interessiere natürlich intensiv die Frage, ob auf die freundschaftlichen Beziehungen, zu deren Herbeiführung ich selbst ein Geringes habe tun dürfen, ein Schatten gefallen sei, und nicht minder natürlich fühlte ich mich versucht, die indiskrete Frage Grey vorzulegen, ob und in welchem Umfange die Nachrichten über diese anglo-russischen Verhandlungen zutreffend seien; er spräche ja nur mit einem Privatmanne und brauche deshalb nicht nach einer diplomatischen Abwehr dieser Frage zu suchen; er könne die Frage unbeantwortet lassen, wenn sie ihm nicht passe.

Das Ergebnis meiner Unterhaltung mit Grey und Haldane darf ich in folgenden Notizen zusammenfassen:

1. Grey erklärt, daß die freundlichen Beziehungen, welche als ein Ergebnis der damaligen Haldaneschen Mission zu betrachten seien, nicht nur im ganzen Umfange ungetrübt geblieben, sondern durch die Kooperation von Deutschland und England während der Balkanschwierigkeiten und durch die anderen inzwischen gepflogenen Verhandlungen noch verstärkt seien.

---

[1] Nach der Ausfertigung.

[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 27. Juli nachm., zum Journal 29. Juli.

[3] Siehe Nr. 56 und 57.

2. Die politische Situation habe sich im Laufe des letzten Jahrzehnts ja so gestaltet, daß auch England einer Gruppe angehöre, und es sei natürlich, daß von Mitgliedern dieser Gruppe Fragen zur Diskussion gestellt würden, deren Verhandlung man nicht ohne weiteres ablehnen könne. Wie es England in dieser Beziehung mit Frankreich und Rußland gehe, so würde es wohl Deutschland innerhalb seiner Gruppe mit Österreich und Italien gehen.

3. Das wolle er mir aber gern erklären, daß keine solche Flottenkonvention bestehe, und daß es nicht in Englands Absicht läge, in eine derartige Konvention zu willigen.

Haldane, der sich dem Herrn Reichskanzler herzlich empfehlen läßt, unterstrich die Greyschen Erklärungen noch ganz besonders, als ich mit ihm noch einige Zeit, nachdem Grey gegangen war, zusammensaß, und deutete mir an, daß die unruhigen französischen Freunde sehr oft aus Gründen interner Natur Fragen in die Öffentlichkeit würfen, die ernsthaft nicht zu diskutieren wären. Grey glaubt, daß die Kräfteverteilung, wie sie sich in den beiden Gruppen ergeben habe, die glücklichste Garantie für die Erhaltung des Weltfriedens oder jedenfalls doch des Friedens zwischen den Großmächten bilde. Auf der Hand läge es, daß die starken Rüstungen Deutschlands auch die anderen Mächte zu großen Ausgaben und Anstrengungen auf dem Gebiet der Rüstungen führen. Das sei natürlich höchst bedauerlich und zweifellos eine starke Belastungsprobe für ein friedliches Zusammenarbeiten.

Die österreichische Note an Serbien wird hier sehr milde beurteilt. Das hängt zum Teil wohl zusammen mit der gegenwärtigen Situation, denn die Ulster-Frage beherrscht die Stunde. Die Herren waren gestern abend ganz außerordentlich pessimistisch gestimmt.

Ich esse heute abend mit Winston Churchill und denke Montag nach Cöln zu reisen, wo am 29. und 30. Juli Konferenzen der nordatlantischen Schiffahrtsgesellschaften stattfinden.

Ich bin, hochverehrte Exzellenz, mit den verbindlichsten Grüßen

Ihr aufrichtig ergebener

Ballin

Nr. 255

## Der Admiralstab an den Staatssekretär des Auswärtigen[1]

Ganz Geheim! Berlin, den 27. Juli 1914[2]

1. Nach vertrauenswürdigen Quellen aus Hull und dem Medway-Gebiet werden dort keine Maßnahmen getroffen, die auf Kriegsvorbereitungen schließen lassen.

2. Ein Agent, dessen Zuverlässigkeit zwar noch nicht erprobt ist, der aber einen sehr guten Eindruck macht (Deutscher), meldet:

Vom Gehilfen des Petersburger Bezirkskommandos ist mir folgendes bekannt:

Rußland mobilisiert im stillen, um Serbien gegebenenfalls zu unterstützen.

In Petersburg waren vor ca. 10 Tagen auf dem Bezirkskommando die Einberufungen für ca. 300 000 Mann und 20 000 Offiziere fertig.

Die Stimmung in Militärkreisen ist nicht für einen Krieg mit Deutschland, aber durchaus für einen Krieg gegen Österreich.

Im Auftrage
Isendahl

[1] Nach der Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 27. Juli nachm.

Nr. 256

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 371 Therapia, den 27. Juli 1914[2]
Geheim!

Privat für den Staatssekretär

Türkischer Bündnisantrag ist dadurch zustandegekommen, daß ich die Bedenken, welche ich bisher dem Großwesir dagegen geltend gemacht habe, entsprechend dem peremtorischen Befehl habe fallen lassen. Bulgarien ist der Türkei bisher nur mit Redensarten gekommen, ohne positive Vorschläge zu machen. Rußland und Frankreich haben sich von ihrer Betäubung noch nicht erholt.

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Therapia 1 $^{45}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 4 $^{15}$ nachm., Eingangsvermerk: 27. Juli nachm.

Es ist aber vorauszusehen, daß von beiden sehr bald energische Versuche einsetzen werden, die türkische Regierung einzuschüchtern und sie auf den Anschluß an Griechenland unter Schutz der Triple-Entente zu verweisen. Wenn der Türkei kein positiver Schutz gegen Rußland gewährt wird, so braucht deshalb die Türkei nicht unbedingt an die Triple-Entente verloren zu gehen, obwohl die Versuchung, sich unter russischen Schutz zu stellen, dann natürlich für die Türken sehr groß wird. Ich glaube aber, daß nach unserer Ablehnung die Bulgaren und Türken sich zusammenfinden werden, um à conto des beschäftigten Serbiens mit Griechenland abzurechnen. Damit würde das allgemeine déclanchement beginnen. Wir haben das Interesse, Bulgarien und die Jungtürken festzuhalten, solange der österreichisch-serbische Konflikt lokalisiert bleibt.

Mein Urteil über die Bündnisfähigkeit der Türkei müßte ich natürlich berichtigen, wenn die türkische Armee tatsächlich von deutschen Offizieren kommandiert wird. Ihr militärischer Wert würde sich damit verdreifachen. General Liman sagt mir heute, er ....[3] sich stark als Führer der sofort ins ....[4] zu stellenden 5 türkischen Armeekorps unter allen Umständen jed. ..........[5] stark zu schlagen. Das deutsche Kommando würde auch den unschätzbaren Wert haben, daß die Türkei im Kriegsfall die übernommenen Verpflichtungen ausführen müßte.

W a n g e n h e i m

[3] Zifferngruppe fehlt; im Auswärtigen Amt sinngemäß ergänzt: mache.
[4] Zifferngruppe fehlt; im Auswärtigen Amt sinngemäß ergänzt: Feld.
[5] Zifferngruppe unverständlich.

Nr. 257

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 113 Wien, den 27. Juli 1914[2]

Man hat hier beschlossen, morgen, spätestens übermorgen, offizielle Kriegserklärung zu erlassen, hauptsächlich, um jedem Interventionsversuch den Boden zu entziehen.

T s c h i r s c h k y

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Wien $3^{20}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $4^{37}$ nachm. Eingangsvermerk: 27. Juli nachm. Ein Exemplar der Entzifferung wurde am 27. Juli an den Kaiser geschickt. Tschirschkys Telegramm wurde am 28. Juli auch dem Generalstab, Kriegsministerium, Admiralstab und Reichsmarineamt mitgeteilt; abgesandt durch Boten $11^{45}$ vorm.

Nr. 258

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 164 London, den 27. Juli 1914[2]

Sir E. Grey ließ mich soeben kommen und bat mich, Ew. Exz. nachstehendes zu übermitteln.

Der serbische Geschäftsträger habe ihm soeben den Wortlaut der serbischen Antwort auf die österreichische Note übermittelt[3]. Aus derselben gehe hervor, daß Serbien den österreichischen Forderungen in einem Umfange entgegengekommen sei, wie er es niemals für möglich gehalten habe; bis auf einen Punkt, der Teilnahme österreichischer Beamter an den gerichtlichen Untersuchungen, habe Serbien tatsächlich in alles eingewilligt, was von ihm verlangt worden sei. Es sei klar, daß diese Nachgiebigkeit Serbiens *lediglich auf einen Druck von Petersburg zurückzuführen sei*[4].

Begnüge sich Österreich nicht mit dieser Antwort, bzw. werde diese Antwort in Wien nicht als Grundlage für friedliche Unterhandlungen betrachtet, oder gehe Österreich gar zur Besetzung von Belgrad vor, das vollkommen wehrlos daliegt, so sei es vollkommen klar, daß Österreich nur nach einem Vorwand suche, um Serbien zu erdrücken. In Serbien solle aber alsdann Rußland getroffen werden und der russische Einfluß auf dem Balkan. Es sei klar, daß Rußland dem nicht gleichgültig zusehen könne und es als eine direkte Herausforderung auffassen müsse. Daraus würde der fürchterlichste Krieg entstehen, den Europa jemals gesehen habe, und niemand wisse, wohin ein solcher Krieg führen könne.

Wir hätten uns, so meinte der Minister, wiederholt und so noch gestern[5] mit der Bitte an ihn gewandt, in *Petersburg in mäßigendem Sinne vorstellig zu werden. Er habe diesen Bitten stets gern entsprochen* und sich während der letzten Krise Vorwürfe aus Rußland zugezogen, daß er sich zu sehr auf unsere und zu wenig auf ihre Seite stelle. Nun wende er sich mit der Bitte an uns, unseren Einfluß in Wien dahin zur Geltung zu bringen, daß man die Antwort aus Belgrad entweder als genügend betrachte oder aber als Grundlage für Besprechungen. Er sei überzeugt, daß es in unserer Hand liege, durch entsprechende Vorstellungen die Sache zu erledigen, und er betrachte es als eine gute Vorbedeutung für die Zukunft, *wenn es uns beiden abermals gelänge, durch unseren beiderseitigen Einfluß auf unsere Verbündeten den Frieden Europas gesichert zu haben.*

Ich fand den Minister zum ersten Male verstimmt. Er sprach mit großem Ernst und schien von uns auf das Bestimmteste zu erwarten, daß es unserem Einfluß gelingen möge, die Frage beizulegen. Er wird auch heute ein statement im House of Commons machen, worin er seinen Standpunkt zum Ausdruck bringt. Auf

jeden Fall bin ich der Überzeugung, daß, falls es jetzt doch noch zum Kriege käme, wir mit den englischen Sympathien und der britischen Unterstützung nicht mehr zu rechnen hätten, da man in dem Vorgehen Österreichs alle Zeichen üblen Willens erblicken würde. Auch ist hier alle Welt davon überzeugt, und ich höre es auch aus dem Munde meiner Kollegen, daß der Schlüssel der Lage in Berlin liegt und, falls man dort den Frieden ernstlich will, Österreich davon abzuhalten sein wird, eine, wie Sir E. Grey sich ausdrückt, tollkühne Politik zu treiben[6].

Lichnowsky

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in London 1[31] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 4[37] nachm. Eingangsvermerk: 27. Juli nachm. Betr. Mitteilung von Lichnowskys Telegramm an den Kaiser und den Botschafter in Wien siehe Nr. 283 und 277.
[3] Abgedruckt im österreichisch-ungarischen Rotbuch I Nr. 25. Französischen Text siehe auch Nr. 271.
[4] In der dem Kaiser vorgelegten Abschrift am Rand Fragezeichen des Kaisers.
[5] Siehe Nr. 199 und 218.
[6] Siehe Nr. 265, 277 und 278.

## Nr. 259

## Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 114 Wien, den 27. Juli 1914[2] [3]

Bulgarien hat hier wissen lassen, daß es nichts unternehmen würde, ohne *sich vorher mit Österreich-Ungarn zu verständigen*. Von hier aus ist Bulgarien energisch bedeutet worden, sich strikt neutral zu halten, keine Aktion gegen Rumänien und auch in Mazedonien zu unternehmen. Rumänische Nachricht, der zufolge Bulgarien an rumänischer Grenze Truppen zusammenzieht, hält man hier für falsch, sie stammt augenscheinlich von dem *rumänischen Vertreter* in *Sofia, Derussi*, der bekanntlich ein schlechtes Element sei. Man werde weiter Bulgarien . . . . . . . . . .[4] soviel als irgendmöglich Ruhe halten, um Rumänien nicht zu reizen.

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Wien 4[0] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 5[33] nachm.; Eingangsvermerk: 27. Juli nachm. Entzifferung am 28. Juli an den Kaiser gesandt, der durch Randverfügung Mitteilung nach Bukarest und Sofia anordnete, vom Kaiser noch am 28. Juli ins Amt zurückgelangt. Am 28. Juli wurde Tschirschkys Telegramm von Jagow den Vertretern in Sofia, Bukarest und Konstantinopel »zur vertraulichen Information« telegraphisch mitgeteilt. Telegramme 10[20] vorm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 210 und 228.
[4] Chiffrierbüro hat hier vermerkt: »Gruppe fehlt« Nach den Akten der deutschen Botschaft in Wien fehlt jedoch nichts, indes ist anstatt »Ruhe« »ruhig« zu lesen.

Herr Bratianu hat auch hier ersucht, kalmierend auf Bulgarien einzuwirken, worauf ihm energische Einwirkung in diesem Sinne zugesagt worden ist.

Graf Berchtold hat Herrn Bratianu sagen lassen, daß, falls irgend jemand Rumänien angreifen würde, Österreich-Ungarn sofort erklären würde, daß es als Bundesgenosse Rumäniens hinter diesem stehe.

Tschirschky

Nr. 260

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 31 Fiuggi Fonte, den 27. Juli 1914[2]

Habe bis jetzt hier keinerlei Mitteilung oder Andeutung gemacht, daß wir Italiens Kompensationsansprüche in Wien unterstützen oder vorbereiten[3]. Sobald es zulässig, darf ich Weisung erbitten, da es hier taktisch zur Festhaltung Italiens von Wert.

Flotow

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte $5^{35}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $5^{45}$ nachm.; Eingangsvermerk: 27. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 211, 267 und 287.

Nr. 261

## Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 30 Fiuggi Fonte, den 27. Juli 1914[2]

Marquis San Giuliano hat Gesandten Bukarest angewiesen: 1. Rumänische Regierung aufzufordern, in Belgrad zur Nachgiebigkeit zu raten, 2. sich mit rumänischer Regierung darüber auszusprechen, daß

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Fiuggi Fonte $2^{40}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $6^{6}$ nachm. Eingangsvermerk: 27. Juli nachm. Am 29. Juli von Zimmermann, unter Fortlassung des Satzes »Ich darf.......... warnen« telegraphisch dem Geschäftsträger in Bukarest mitgeteilt, $2^{10}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

sowohl Italien als Rumänien ein Interesse daran hätten, daß Serbien nicht völlig erdrückt werde. Wenn darüber hinaus Gesandter erklärt habe, »Italien könne sich nicht am Konflikt beteiligen« etc., so habe er Instruktion überschritten, und er werde ihn zurechtweisen.

Ich habe den Minister darauf aufmerksam gemacht, daß mir schon Punkt 2 in diesem Augenblick in Bukarest ein bedenkliches Gesprächsthema erscheine, das besser unterbliebe. Minister bestand aber darauf, daß der Bestand Serbiens für Italien ein unbedingtes Erfordernis sei. Diese Barriere gegen Österreich dürfe nicht verschwinden. Ich habe im allgemeinen noch einmal Minister gewarnt, durch seine Sprache irgendwo Zweifel an der Festigkeit des Dreibunds aufkommen zu lassen; seinem Zweck, den Frieden zu erhalten, würde dadurch nur entgegengearbeitet. Ich darf anheimstellen, auch Bollati zu warnen.

Flotow

Nr. 262

## Der Geschäftsträger in Bukarest an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 43 Bukarest, den 26. Juli 1914[2]

Minister der auswärtigen Angelegenheiten sagte mir soeben, Rumänien werde, falls durch österreichisch-serbischen Konflikt Bukarester Frieden verletzt würde, mit Griechenland gemeinsam dagegen Einspruch erheben. Ferner könne Rumänien nicht zulassen, daß Bulgarien irgendwie die Ruhe störe.

*nur nicht so große Worte machen!*

Waldburg

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Bukarest 26. Juli $9^{10}$ (ob vorm. oder nachm., ist nicht angegeben), angekommen im Auswärtigen Amt 27. Juli $7^{30}$ nachm. Eingangsvermerk: 27. Juli nachm. Entzifferung wurde am 28. Juli an den Kaiser gesandt, der durch Randverfügung Mitteilung an die Vertretungen in Wien und Sofia anordnete, und gelangte noch am gleichen Tage ins Amt zurück. Die Mitteilung nach Wien erfolgte durch Jagow am 28. Juli, Telegramm $9^{40}$ vorm. zum Haupttelegraphenamt; Mitteilung nach Sofia unterblieb.

Nr. 263

## Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 373 Konstantinopel, den 27. Juli 1914[2]

Griechischer Gesandter hat soeben dem Großwesir mitgeteilt, Veniselos sei durch den Ernst der Lage gezwungen, sofort nach Athen zurückzukehren, hoffe aber bald einen neuen Zeitpunkt für die Begegnung bezeichnen zu können. Prinz Said Halim hat erwidert, daß er Herrn Veniselos jederzeit zur Verfügung stehe.

Wangenheim

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Konstantinopel 4⁹ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 7²⁰ nachm. Eingangsvermerk: 27. Juli nachm. Entzifferung am 28. Juli an den Kaiser gesandt, der durch Randverfügung Mitteilung an die Gesandtschaft in Athen anordnete; von ihm am 28. Juli ins Amt zurückgelangt. Am 28. Juli wurde Wangenheims Telegramm in Postziffern dem Geschäftsträger in Athen mitgeteilt, abgegangen 9⁰ nachm.

Nr. 264

## Der Verweser des Konsulats Kowno an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 3 Eydtkuhnen, den 27. Juli 1914[2]

Kowno in Kriegszustand versetzt. Bericht folgt.

Bülow

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in Eydtkuhnen 27. Juli 5³⁵ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 27. Juli 7⁴⁰ nachm. Eingangsvermerk: 27. Juli nachm. Vgl. deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 28, Nr. 8.

Nr. 265

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 166 London, den 27. Juli 1914[2]

Im Anschluß an mein heutiges Telegramm Nr. 164[3] möchte ich hervorheben, daß von dem Erfolge dieses Schrittes Sir Edward Greys unsere gesamten zukünftigen Beziehungen zu England ab-

hängen. Gelingt es dem Minister in diesem bedeutsamen Augenblick, in dem zweifellos trotz aller inneren Spaltungen die gesamte britische Nation hinter ihm steht, durch unser Eingehen auf sein Bitten eine weitere Zuspitzung der Lage zu verhindern, so stehe ich dafür ein, daß unsere Beziehungen zu Großbritannien auf unabsehbare Zeit den vertrauensvollen und intimen Charakter tragen werden, der sie seit anderthalb Iahren kennzeichnet. Die britische Regierung, ob liberal oder konservativ, sieht in der Erhaltung des europäischen Friedens auf Grundlage des Gleichgewichts der Gruppen ihr vornehmstes Interesse[4], und die Überzeugung, daß es lediglich von uns abhängt, ob Österreich durch eine hartnäckige Prestigepolitik den europäischen Frieden gefährdet, bringt es mit sich, daß jede entgegenkommende Haltung Österreichs als ein Beweis unseres aufrichtigen Wunsches, mit Großbritannien vereint einen europäischen Krieg zu verhindern, zugunsten unserer Freundschaft mit England und unserer Friedensliebe gedeutet werden wird.

Sollten wir hingegen unseren Sympathien für Österreich und der Korrektheit unserer Bundesverpflichtungen eine so weitgehende Auffassung zugrunde legen, daß alle übrigen Gesichtspunkte dagegen zurücktreten, und sogar den wichtigsten Punkt unserer Auslandspolitik — unser Verhältnis zu England — den Sonderinteressen unseres Bundesgenossen unterordnen, so glaube ich, daß es niemals mehr möglich sein wird, diejenigen Fäden wieder anzuknüpfen, welche in der letzten Zeit uns verbunden haben.

Der Eindruck greift hier immer mehr Platz, und das habe ich aus meiner Unterredung mit Sir Edward Grey deutlich entnommen, daß die ganze serbische Frage sich auf eine Kraftprobe zwischen Dreibund und Dreiverband zuspitzt. Sollte daher die Absicht Österreichs, den gegenwärtigen Anlaß zu benutzen, um Serbien niederzuwerfen (to crush Servia, wie Sir E. Grey sich ausdrückte), immer offenkundiger in Erscheinung treten, so wird England, dessen bin ich gewiß, sich unbedingt auf Seite Frankreichs und Rußlands stellen, um zu zeigen, daß es nicht gewillt ist, eine moralische oder gar militärische Niederlage seiner Gruppe zu dulden. Kommt es unter diesen Umständen zum Krieg, so werden wir England gegen uns haben. Denn die Empfindung, daß der Krieg angesichts des weitgehenden Entgegenkommens der serbischen Regierung sich hätte vermeiden lassen, wird für die Haltung der britischen Regierung von ausschlaggebender Bedeutung sein.

L i c h n o w s k y

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in London 27. Juli 5[8] nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 8[40] nachm. Eingangsvermerk: 28. Juli vorm.

[3] Siehe Nr. 258.

[4] Am Rand der Entzifferung die Bemerkung Zimmermanns: »Wo bleibt das Gleichgewicht, wenn Österreich-Ungarn zurückweicht!«

Nr. 266

## Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 165 London, den 27. Juli 1914[2]

Allerdings unterscheidet der Minister scharf zwischen österreichisch-serbischem und österreichisch-russischem Konflikt[3], d. h. er wollte sich in den österreichisch-serbischen so lange nicht einmischen, als aus demselben sich nicht ein österreichisch-russischer entwickelt hatte. Solange es ein österreichisch-serbischer bliebe, hielte er sich zurück. Jetzt aber sieht er sich genötigt einzugreifen, da daraus ein österreichisch-russischer und somit ein europäischer zu werden droht. Der österreichisch-russische läßt sich demnach vom österreichisch-serbischen gar nicht trennen, da ersterer auf letzterem beruht, und in diesem Sinne sprach auch der Minister mit mir. Eine Verständigung zwischen Österreich und Rußland beruht auf Beilegung des österreichisch-serbischen Zwistes. Ohne diese Beilegung erscheint nach hiesiger Auffassung jeder Vermittlungsversuch ganz aussichtslos. Wie soll ich für Lokalisierung des Konflikts eintreten, wenn hier niemand daran zweifelt, daß durch das Vorgehen Österreich-Ungarns ernste russische Interessen auf dem Spiele stehen, und daß Rußland sich, falls von uns aus kein Druck auf Österreich ausgeübt wird, selbst gegen seinen Wunsch zum Einschreiten genötigt sehen wird? Ich errege damit nur heiteres Achselzucken.

Sollte sich Einigung zwischen Wien und Petersburg nach Telegramm Nr. 180[4] auf Grundlage der österreichischen Note erzielen lassen unter Vermeidung militärischer Maßnahmen gegen Serbien, so wäre alles erreicht, was Sir E. Grey erstrebt. Was er vermeiden möchte, ist Österreichs Waffengang gegen Serbien, weil er von diesem Störung europäischen Friedens befürchtet.

Er bestätigt mir übrigens heute, daß keine russische Einberufung der Reserven stattfinde.

Lichnowsky

---

[1] Nach der Entzifferung.
[2] Aufgegeben in London $6^{17}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $8^{40}$ nachm. Eingangsvermerk: 27. Juli nachm.
[3] Siehe Nr. 248.
[4] Siehe Nr. 238, Anmerkung 2.

## Nr. 267

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 168 Berlin, den 27. Juli 1914[2]

S. M. der Kaiser hält es für unbedingt erforderlich, daß Österreich sich mit Italien rechtzeitig über Art. 7 und Kompensationsfrage verständigt. S. M. haben ausdrücklich befohlen, dies Ew. Exz. zur Weitergabe an Graf Berchtold mitzuteilen[3].

Jagow

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] 9⁰ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 168 und 244 Anm. 2.

## Nr. 268

## Der österreichisch-ungarische Botschafter an das Auswärtige Amt[1]

Memorandum

Berlin, den 27. Juli 1914[2]

Die k. serbische Regierung hat es abgelehnt, die Forderungen, welche wir zur dauernden Sicherung der von ihr bedrohten vitalsten Interessen an sie stellen mußten, zu erfüllen, und so bewiesen, daß sie ihre subversiven, auf die stete Beunruhigung einiger unserer Grenzländer und deren schließliche Lostrennung aus dem Gefüge der Monarchie gerichteten Bestrebungen nicht willens ist aufzugeben. Wir sind dadurch zu unserem Bedauern und sehr gegen unseren Willen gezwungen worden, Serbien durch die schärfsten Mittel zu einer grundsätzlichen Änderung seiner bisherigen feindseligen Haltung zu zwingen. Daß uns hierbei aggressive Tendenzen ferneliegen und daß es ein Akt der Selbstverteidigung ist, wenn wir

[1] Nach der nicht unterzeichneten Ausfertigung.
[2] Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts: 27. Juli. Vom Reichskanzler am 28. Juli zurück.

uns nach Jahren der Duldung endlich entschließen, den groß-serbischen Wühlereien auch mit dem Schwerte entgegenzutreten, ist der k. deutschen Regierung wohl bekannt.

Es gereicht uns zur aufrichtigen Genugtuung, daß wir bei der k. deutschen Regierung und bei dem ganzen deutschen Volke volles Verständnis dafür finden, daß das nach den Ergebnissen der Untersuchung in Belgrad vorbereitete und von dortigen Sendlingen ausgeführte Attentat von Sarajevo unsere Langmut erschöpfen mußte, und daß wir jetzt bestrebt sein müssen, uns mit allen Mitteln Garantien gegen die Fortdauer der gegenwärtigen unleidlichen Verhältnisse an unserer südöstlichen Grenze zu verschaffen.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere bevorstehende Auseinandersetzung mit Serbien zu keinen weiteren Komplikationen Anlaß geben wird; für den Fall, als dies aber dennoch eintreten sollte, stellen wir mit Dankbarkeit fest, daß Deutschland in oft erprobter Treue seiner Bundespflicht eingedenk sein und uns in einem uns aufgezwungenen Kampf gegen einen anderen Gegner unterstützen wird.

Nr. 269

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 167. Berlin, den 27. Juli 1914[2]

Marquis San Giuliano sehr besorgt, weil Graf Berchtold auf Erklärung des Herzogs Avarna wohl bezüglich wohlwollender Haltung Italiens seine Befriedigung ausgesprochen, aber wegen Artikel VII und Kompensation nichts geäußert hat[3]. Italienischer Botschafter gab mir Kenntnis von Inhalt eines Erlasses, wonach Marquis San Giuliano Erörterung über Artikel VII und Kompensation (wenigstens im Prinzip) als Vorbedingung für Haltung Italiens hinstellt. Letztere könnte sonst direkt antiösterreichisch werden. Halte daher schleunige Aussprache zwischen Graf Berchtold und Herzog Avarna für dringend erforderlich.

Vertraulich höre ich, daß Italien auch sehr Besetzung des Lowtschen befürchtet.

Jagow

---

[1] Nach dem Konzept von Jagows Hand.
[2] $9^{30}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 168 und 267.

Nr. 270

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Kaiser[1]

Berlin, den 27. Juli 1914[2]

Ew. k. u. k. M. verfehle ich nicht, in der Anlage Abdruck der mir soeben vom hiesigen serbischen Geschäftsträger überreichten Antwort seiner Regierung auf das österreichisch-ungarische Ultimatum[3] alleruntertänigst zu unterbreiten.

Jagow

[1] Nach dem Konzept von Zimmermanns Hand.
[2] Abgesandt durch Boten $9^{30}$ nachm. Auf der gleichfalls bei den Akten befindlichen von Jagow vollzogenen Ausfertigung der Vermerk von des Kaisers Hand: »28. VII. 14«.
[3] Das bei der serbischen Gesandtschaft in Berlin eingegangene, die Note übermittelnde Telegramm — Belgrad ab 25. Juli $7^{40}$ (zu ergänzen nachm.), sehr dringend, aufgenommen im Berliner Haupttelegraphenamt 26. Juli $8^{55}$ nachm. — ist bei den Akten des Auswärtigen Amts. Das schlecht leserliche Telegramm wurde vom serbischen Geschäftsträger mit kurzem Begleitschreiben im Laufe des 27. Juli — die genaue Stunde hat sich nicht feststellen lassen — übergeben und im Amt vervielfältigt. Ein Abdruck lag dem Kaiser vor; siehe Nr. 271. Wegen Übersendung der serbischen Antwortnote durch Tschirschky siehe Nr. 347.

Nr. 271

## Antwortnote der serbischen Regierung auf das österreichisch-ungarische Ultimatum[1]

Le Gouvernement royal serbe a reçu la communication du Gouvernement impérial et royal du 10[2] de ce mois et il est persuadé que sa réponse éloignera tout malentendu qui menace de gâter les

[1] Nach der vom serbischen Geschäftsträger Dr. M. Jowanowitsch dem Auswärtigen Amt im Original mit kurzem Begleitschreiben (Eingangsvermerk des Ausw. Amts 27 Juli nachm.) überreichten Telegrammausfertigung (siehe Nr. 270) und der jetzt gleichfalls bei den Akten befindlichen dem Kaiser zugesandten Abschrift. Der Text des serbischen Blaubuches ist zum Vergleich herangezogen. Eine Reihe kleiner Verschiedenheiten ist jedoch nicht berücksichtigt.
Das an die serbische Gesandtschaft in Berlin gerichtete, vom 25. Juli datierte Telegramm wurde am 26. Juli $8^{58}$ nachm. im Berliner Haupttelegraphenamt aufgenommen. Auf der Abschrift oben der Randvermerk des Kaisers: »gelesen N. Pal. 28/VII 1914. W.«
[2] Serbisches Blaubuch: »10/23«.

bons rapports de voisinage entre la Monarchie hongroise[3] et le Royaume de Serbie. Le Gouvernement royal est conscient[4] que les protestations qui ont apparu tant à la tribune de la Skoupchtina nationale que dans les déclarations et les actes de[s] représentants responsables de l'Etat, protestations qui furent coupées court[5] par la déclaration du Gouvernement serbe faite le 18[6] mars 1909, ne se sont plus renouvelées vis-à-vis[7] la grande Monarchie voisine en aucune occasion et que, depuis ce temps, autant de la part des Gouvernements royaux qui se sont succédé que de la part de leurs organes, aucune tentative n'a été faite dans le but de changer l'état de choses politique et juridique créé en Bosnie-Herzégovine.

Le Gouvernement royal constate que sous ce rapport le Gouvernement impérial et royal n'a fait aucune représentation, sauf en ce qui concerne un livre scolaire et[8] au sujet de laquelle[9] le Gouvernement impérial et royal a reçu une explication entièrement satisfaisante.

La Serbie a de nombreuses fois donné des preuves de sa politique pacifiste[10] et modérée pendant la durée de la crise balcanique, et c'est grâce à la Serbie et aux sacrifices qu'elle a fait[s] dans l'intérêt exclusif de la paix européenne que cette paix a été préservée.

Le Gouvernement royal ne peut pas être rendu responsable pour des manifestations d'un caractère privé telle[s] que les articles des journaux et le travail paisible des sociétés, manifestations qui se produisent dans presque tous les pays comme une chose ordinaire et qui échappent en règle générale au contrôle officiel, d'autant moins que le Gouvernement royal, lors de la solution de toute une série de questions qui se sont présentées entre la Serbie et l'Autriche-Hongrie, a montré une grande prévenance

---

[3] Serbisches Blaubuch: »austro-hongroise«.
[4] Serbisches Blaubuch: »a conscience«.
[5] Für »qui furent coupées court par la déclaration« im serbischen Blaubuch »auxquelles coupa court la déclaration«.
[6] Serbisches Blaubuch: »18/31«.
[7] Serbisches Blaubuch: »vis-à-vis de«.
[8] Nach serbischem Blaubuch ist »et« zu streichen.
[9] Nach serbischem Blaubuch das Wort: »représentation« einzuschalten
[10] Serbisches Blaubuch: »pacifique«

et a réussi, de cette façon, à en régler le plus grand nombre au profit du progrès de[s] deux pays voisins.

C'est pourquoi le Gouvernement royal a été péniblement surpris par les affirmations d'après lesquelles des personnes[11] du Royaume de Serbie auraient participé à la préparation de l'attentat commis à Sarajevo. Il s'attendait à ce qu'il soit[12] invité à collaborer à la recherche de tout ce qui se rapporte à ce crime et il était prêt, pour prouver par des actes son entière correction, à agir contre toutes les personnes à l'égard desquelles des communications lui seraient faites.

Se rendant donc au désir du Gouvernement impérial et royal, le Gouvernement royal est disposé à remettre au tribunal tout sujet serbe sans égard à sa situation et à son rang[13] pour la complicité duquel, dans le crime de Sarajevo, des preuves lui seraient fournies, et spécialement il s'engage[14] à faire publier à la première page du «Journal officiel» en date du 13/26 [juillet]l'énonciation suivante:

«Le Gouvernement royal de Serbie condamne toute propagande qui serait dirigée contre l'Autriche-Hongrie, c'est-à-dire l'ensemble des tendances qui aspirent en dernier lieu à détacher de la Monarchie au.[stro]-hongroise de[s] territoires qui en font partie et il déplore sincèrement les conséquences funestes de ces agissements criminels.

Le Gouvernement royal regrette que certains officiers et fonctionnaires serbes aient participé, d'après la communication du Gouvernement imp. et royal, à la propagande susmentionnée et compromis par là les relations de bon voisinage auxquelles le Gouvernement royal s'était solennellement engagé par sa déclaration du 31[15] mars 1909.

Le Gouvernement qui désapprouve et réfute[16] toute idée ou tentative d'une immixtion dans les destinées des habitants de quelque partie de l'Autriche-Hongrie que ce soit, considère[17] de son devoir

[11] Serbisches Blaubuch: »sujets«.
[12] Für »à ce qu'il soit« serbisches Blaubuch: »à être«.
[13] Satzstellung nach serbischem Blaubuch: »sans égard.......... son rang, tout sujet serbe«.
[14] Serbisches Blaubuch: Neuer Absatz, beginnend: «Il s'engage spécialement à faire publier..........»
[15] Serbisches Blaubuch: »18/31«.
[16] Telegramm: »réfudie«, Abschrift »réfute«; serbisches Blaubuch: »répudie«
[17] Serbisches Blaubuch: »considère qu'il est de son devoir«.

d'avertir formellement les officiers, les fonctionnaires et toute la population du Royaume que dorénavant il procèdera avec la dernière rigueur contre les personnes qui se rendraient coupables de pareils agissements qu'il mettra tous ses efforts à prévenir et à réprimer.»

Cette énonciation sera portée à la connaissance de l'armée royale par un ordre du jour, au nom de Sa Majesté le Roi par S. A. R. le Prince héritier Alexandre, et sera publiée dans le prochain «Bulletin officiel de l'Armée».

Le Gouvernement royal s'engage, en outre:

1° d'introduire dès la première convocation régulière de la Skoupchtina une disposition dans la loi de la presse par laquelle sera punie de la manière la plus sévère la provocation à la haine et au mépris de la Monarchie a.-hongroise ainsi que contre toute publication dont la tendance générale serait dirigée contre l'intégrité territoriale de l'Autriche-Hongrie.

Il se charge, lors de la *révision de la Constitution* qui est prochaine, à faire introduire dans l'article 22 de la Constitution, un amendement de telle sorte que les publications ci-dessus puissent être confisquées ce qui, actuellement, aux termes catégoriques de l'article 22 de la Constitution, est impossible.

2° Le Gouvernement ne possède aucune preuve et la note du Gouvernement impérial et royal ne lui en fournit non plus aucune que la société «Narodna Odbrana» et autres sociétés similaires aient commis jusqu'à ce jour quelque acte criminel de ce genre par le fait d'un de leurs membres. Néanmoins, le Gouvernement royal *acceptera* la demande du Gouvernement impérial et royal et dissoudra la société Narodna Odbrana et *toute autre société* qui agirait contre l'Autriche-Hongrie.

3° Le Gouvernement royal serbe s'engage à éliminer sans délai de l'instruction publique en Serbie tout ce qui sert ou pourrait servir à fermenter la propagande contre l'Autriche-Hongrie, quand le Gouvernement impérial et royal lui fournira des faits et des preuves de cette propagande.

4° Le Gouvernement royal acceptera de même à éloigner du service militaire[18] l'enquête judiciaire aura prouvé qu'ils sont coupables d'actes dirigés

[18] Hier nach serbischem Blaubuch zu ergänzen: »ceux dont«.

contre l'intégrité du territoire de la Monarchie a.-hongroise et il attend que le Gouvernement impérial et royal lui communique ultérieurement les noms et les faits de ces officiers et fonctionnaires aux fins de la procédure qui doit s'ensuivre.

5° Le Gouvernement royal doit avouer qu'il ne se rend pas clairement compte du sens et de la portée de la demande du Gouvernement impérial et royal [tendant à ce] que la Serbie s'engage à accepter sur son territoire la collaboration des organes du Gouvernement impérial et royal, mais il déclare qu'il *admettra la*[19] *collaboration qui* répondrait aux principes du droit international et à la procédure criminelle ainsi qu'aux bons rapports de voisinage.

6° Le Gouvernement royal, cela va de soi, considère de son devoir d'ouvrir une enquête contre tous ceux qui sont ou qui, éventuellement, auraient été mêlés au complot du 15[20] juin et qui se trouveraient sur le territoire du Royaume. Quant à la participation de[21] cette enquête des agents des autorités au.-hongroises qui seraient délégués à cet effet par le Gouvernement impérial et royal, le Gouvernement royal ne peut pas l'accepter, car ce serait une violation de la Constitution et de la loi sur la procédure criminelle. Cependant, dans des cas concrètes[22] des communications sur les résultats de l'instruction en question pourraient être données aux organes a.-hongrois.

*die Gesandtschaft kann ja mit Controlle beauftragt werden!*

7° Le Gouvernement royal a fait procéder, dès le soir même de la remise de la note, à l'arrestation du commandant Voislav Tankositsch; quant à Milan Ciganowitsch qui est sujet de la Monarchie a.-hongroise et qui, jusqu'au 15/20 juin, était employé (comme aspirant) à la direction des chemins de fer, il n'a pas pu encore être pris. Le Gouvernement impérial et royal est prié de vouloir bien, dans la forme accoutumée, faire connaître le plus tôt possible les présomptions de culpabilité ainsi que les preuves éventuelles de leur culpabilité qui ont été recueillies jusqu'à ce jour par l'enquête à Sarajevo aux fins d'enquête[s] ultérieure[s].

8° Le Gouvernement serbe renforcera et étendra les mesures prises pour empêcher le trafic illicite

[19] Serbisches Blaubuch: »toute collaboration«.
[20] Serbisches Blaubuch: »15/28«.
[21] Anstatt »à«.
[22] Anstatt »concrets«.

d'armes et d'explosifs à travers la frontière; il va de soi qu'il ordonnera de suite une enquête et punira sévèrement les fonctionnaires des frontières sur la ligne Schabatz-Losnitza qui ont manqué à leur devoir et laisser passer les auteurs du crime de Sarajevo.

9° Le Gouvernement royal donnera volontiers des explications sur les propos que ses fonctionnaires tant en Serbie qu'à l'étranger, ont eu[s] après l'attentat dans des entrevues et qui, d'après l'affirmation du Gouvernement imp. et royal, ont été hostiles envers la Monarchie, dès que le Gouvernement imp. et royal lui aura [communiqué] les passages en question de ce[s] propos, et dès qu'il aura démontré que les propos employés ont en effet été tenu[s] par les 10[23] fonctionnaires, [propos] au sujet de quoi[24] le Gouvernement royal lui-même aura soin de recueillir des preuves et convictions.

10°. Le Gouvernement royal informera le Gouvernement imp. et royal de l'exécution de[s] mesures comprises dans les points précédents en tant que cela n'a pas été déjà fait par la présente[25] note,[26] aussitôt que chaque mesure aura été ordonnée et exécutée.[27]

Dans le cas où le Gouvernement imp. et royal ne serait pas satisfait de cette réponse, le Gouvernement royal serbe, considérant qu'il est de l'intérêt commun de ne pas précipiter la solution de ces questions, est prêt, comme toujours, d'accepter une entente pacifique, soit en remettant cette question à la décision du tribunal international de la Haye, soit aux grandes Puissances qui ont pris part à l'élaboration de la déclaration que le Gouvernement serbe a faite le 18/31 mars 1909.

*Eine brillante Leistung für eine Frist von blos 48 Stunden Das ist mehr als man erwarten konnte!*
*Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!*
*W.*[28]

---

[23] So irrig für »dits«.
[24] Anstatt »desquels«.
[25] Anstatt »précédente«.
[26] Punkt statt Komma, mit folgendem neuen Satze.
[27] Statt Punkt steht hier Komma und die folgenden Sätze sind im Serb. Blaubuch unmittelbar angeschlossen.
[28] Siehe Handschreiben des Kaisers vom 28. Juli 10$^{\bullet}$ vorm. [Nr. 293].

Nr. 272

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London[1]

Telegramm 182 Berlin, den 27. Juli 1914[2]

Italienische Regierung hat in Wien bundesfreundliche Haltung zugesagt und hier entsprechende Mitteilung gemacht.

Jagow

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Bergens Hand.
[2] 10⁰ nachm. zum Haupttelegraphenamt.

Nr. 273

## Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Rom[1]

Telegramm 24 Berlin, den 27. Juli 1914[2]

Fürst Lichnowsky telegraphiert:

»Wie ich im Foreign Office .......... entspräche nicht den den Tatsachen«[3].

Bitte dort immer aufs neue darauf hinweisen, daß gerade in der Geschlossenheit des Dreibunds nach außen sicherste Gewähr für eine seinen Interessen entsprechende Lösung der Krisis liegt.

Jagow

[1] Nach dem Konzept. Entwurf von Bergens Hand.
[2] 10⁰ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Hier ist Lichnowskys Telegramm vom 26. Juli (Nr. 237) eingefügt.

Nr. 274

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 169 Petersburg, den 27. Juli 1914[2]

Militärattaché meldet: Schwedischer Konsul Riga berichtet: Düna-Münde ist von Minen gesperrt. Im Gebiet von Riga werden alle Waggons entladen und der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt.

Pourtalès

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Petersburg 27. Juli $7^{17}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{30}$ nachm.; Eingangsvermerk: 28. Juli vorm. Am 28. Juli dem Generalstab, Admiralstab, Reichsmarineamt und Kriegsministerium mitgeteilt; abgesandt durch Boten $11^{45}$ vorm.

Nr. 275

## Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 170 Petersburg, den 27. Juli 1914[2]

Konsul Kiew meldet, heute nacht Artillerie in westlicher Richtung abmarschiert, Kommandeur 11. Kavallerie-Division nach Garnisonort Dubno abgereist. Börse stark beunruhigt, sonst öffentliche Meinung nicht besonders erregt, die Presse gemäßigt, Streikagitation im Gange, Konsulatschutz verstärkt.

Pourtalès

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Petersburg 27. Juli $7^{43}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $10^{30}$ nachm.; Eingangsvermerk: 28. Juli vorm. Am 28. Juli dem Generalstab, Admiralstab, Reichsmarineamt und Kriegsministerium mitgeteilt, abgesandt durch Boten $11^{45}$ vorm. Entzifferung am 28. Juli an den Kaiser gesandt.

Nr. 276

## Der Generalkonsul in Warschau an das Auswärtige Amt[1]

Telegramm 13 Warschau, den 27. Juli 1914[2]

Alle Truppen sind aus den Manövern zurückberufen worden; viel Infanterie, außerdem Ulanen auf dem Brester Bahnhof angeblich nach Lublin und Kowel verladen; während der ganzen Nacht auf der Brest-Litowsk-Chaussee verkehren hunderte von Militärautomobilen; bisher sind keine Reservisten einberufen; gestern flog das Geschoßmagazin bei der Zitadelle in die Luft.

Brück

---

[1] Nach der Entzifferung.

[2] Aufgegeben in Warschau 27. Juli $3^{46}$ nachm., angekommen im Auswärtigen Amt $11^{0}$ nachm.; Eingangsvermerk: 28. Juli vorm. Am 28. Juli gemäß Randverfügung Zimmermanns dem Generalstab, Admiralstab, Reichsmarineamt, Kriegsministerium mitgeteilt, abgesandt durch Boten $11^{45}$ vorm.

## Nr. 277

# Der Reichskanzler an den Botschafter in Wien[1]

Telegramm 169 Berlin, den 27. Juli 1914[2]

Fürst Lichnowsky telegraphiert soeben[3]:

Sir E. Grey ließ mich soeben kommen und bat mich, Ew. Exz nachstehendes zu übermitteln.

Der serbische Geschäftsträger habe ihm soeben den Wortlaut der serbischen Antwort auf die österreichische Note übermittelt[4]. Aus derselben gehe hervor, daß Serbien den österreichischen Forderungen in einem Umfange entgegengekommen sei, wie er es niemals für möglich gehalten habe; bis auf einen Punkt, der Teilnahme österreichischer Beamter an den gerichtlichen Untersuchungen, habe Serbien tatsächlich in alles eingewilligt, was von ihm verlangt worden sei. Es sei klar, daß diese Nachgiebigkeit Serbiens *lediglich auf einen Druck von Petersburg zurückzuführen sei*[5].

Begnüge sich Österreich nicht mit dieser Antwort, bzw. werde diese Antwort in Wien nicht als Grundlage für friedliche Unterhandlungen betrachtet, oder gehe Österreich gar zur Besetzung von Belgrad vor, das vollkommen wehrlos daliegt, so sei es vollkommen klar, daß Österreich nur nach einem Vorwand suche, um Serbien zu erdrücken. In Serbien solle aber alsdann Rußland getroffen werden und der russische Einfluß auf dem Balkan. Es sei klar, daß Rußland dem nicht gleichgültig zusehen könne und es als eine direkte Herausforderung auffassen müsse. Daraus würde der fürchterlichste Krieg entstehen, den Europa jemals gesehen habe, und niemand wisse, wohin ein solcher Krieg führen könne.

Wir hätten uns, so meinte der Minister, wiederholt und so noch gestern[6] mit der Bitte an ihn gewandt, in *Petersburg in mäßigendem Sinne vorstellig zu werden. Er habe diesen Bitten stets gern entsprochen* und sich während der letzten Krise Vorwürfe aus Rußland zugezogen, daß er sich zu sehr auf unsere und zu wenig auf ihre Seite stelle. Nun wende er sich mit der Bitte an uns, unseren Einfluß in Wien dahin zur Geltung zu bringen, daß man die Antwort aus Belgrad entweder als genügend betrachte oder aber als Grundlage für Besprechungen. Er sei überzeugt, daß es in unserer Hand liege, durch entsprechende Vorstellungen

---

[1] Nach dem Konzept von der Hand des Reichskanzlers.

[2] $11^{50}$ nachm. zum Haupttelegraphenamt, dort abgefertigt 28. Juli $12^{45}$ vorm., auf der Botschaft in Wien angekommen $5^{30}$ vorm.

[3] Siehe Nr. 258 und 258 Anm. 2.

[4] Abgedruckt im österreichisch-ungarischen Rotbuch I Nr. 25. Französischen Text siehe auch Nr. 271.

[5] In der dem Kaiser vorgelegten Abschrift am Rand Fragezeichen des Kaisers.

[6] Siehe Nr. 199 und 218.

> die Sache zu erledigen, und er betrachte es als eine gute Vorbedeutung für die Zukunft, *wenn es uns beiden abermals gelänge, durch unseren beiderseitigen Einfluß auf unsere Verbündeten den Frieden Europas gesichert zu haben*[7].
>
> Ich fand den Minister zum ersten Male verstimmt. Er sprach mit großem Ernst und schien von uns auf das Bestimmteste zu erwarten, daß es unserem Einfluß gelingen möge, die Frage beizulegen. Er wird auch heute ein statement im House of Commons machen, worin er seinen Standpunkt zum Ausdruck bringt. Auf jeden Fall bin ich der Überzeugung, daß, falls es jetzt doch noch zum Kriege käme, wir mit den englischen Sympathien und der britischen Unterstützung nicht mehr zu rechnen hätten, da man in dem Vorgehen Österreichs alle Zeichen üblen Willens erblicken würde.

Nachdem wir bereits einen englischen Konferenzvorschlag abgelehnt haben, ist es uns unmöglich, auch diese englische Anregung a limine abzuweisen. Durch eine Ablehnung jeder Vermittelungsaktion würden wir von der ganzen Welt für die Konflagration verantwortlich gemacht und als die eigentlichen Treiber zum Kriege hingestellt werden. Das würde auch unsere eigene Stellung im Lande unmöglich machen, wo wir als die zum Kriege Gezwungenen dastehen müssen. Unsere Situation ist um so schwieriger, als Serbien scheinbar sehr weit nachgegeben hat. Wir können daher die Rolle des Vermittlers nicht abweisen und müssen den englischen Vorschlag dem Wiener Kabinett zur Erwägung unterbreiten, zumal London und Paris fortgesetzt auf Petersburg einwirken. Erbitte Graf Berchtolds Ansicht über die englische Anregung, ebenso wie über Wunsch Herrn Sasonows, mit Wien direkt zu verhandeln[8].

Bethmann Hollweg

---

[7] Siehe Nr. 265 und 278.
[8] Siehe Nr. 400.

Nr. 278

## Der Reichskanzler an den Botschafter in London[1]

Telegramm 183 — Berlin, den 27. Juli 1914[2] [3]

In dem von Sir Edward Grey gewünschten Sinne haben wir Vermittelungsaktion in Wien sofort eingeleitet. Außer dieser englischen Anregung haben wir überdies Graf Berchtold auch den Wunsch Sasonows auf direkte Aussprache mit Wien unterbreitet.

Bethmann Hollweg

---

[1] Nach dem Konzept von der Hand des Reichskanzlers. — Vgl. deutsches Weißbuch vom Mai 1915, S. 31, Nr. 15.
[2] 11⁵⁰ nachm. zum Haupttelegraphenamt.
[3] Siehe Nr. 258 und 277.

Reichsdruckerei, Berlin.
4293. 19. V.







